

Schwachstellen der Politik

Beobachtungen zu institutionellen und
prozessualen Defiziten

Illustriert an der Behandlung
bildungspolitischer Fragen in Bayern

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
Philosophisch - Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der
Universität Augsburg

vorgelegt von
Johannes Strasser
89423 Gundelfingen
Juni 2006

Erstgutachter: Prof. Dr. Hans-Otto Mühleisen

Zweitgutachter: Prof. Dr. Rainer-Olaf Schultze

Tag der mündlichen Prüfung: 27. Juli 2006

Prüfungskommission:

Prof. Dr. Hans-Otto Mühleisen Vorsitz

Prof. Dr. Rainer-Olaf Schultze 2. Prüfer

Prof. Dr. Andreas Brunold 3. Prüfer

**Wir
können der Sonne
nicht entgeneilen,
auch nicht nachlaufen,
aber wir können sie immer
im Herzen tragen**

Carla Pols

*Gewidmet
meiner lieben Anne
und
ihren Kindern
Katja und Mario*

Danke

Ein chinesisches Sprichwort sagt: „*Wenn viele Menschen an vielen Stellen viele kleine Dinge tun, kann man die Welt verändern!*“ Ähnlich war es auch bei meiner vorliegenden Arbeit. Für mich stand allerdings nicht das Verändern oder Verbessern der Welt im Vordergrund, sondern die Möglichkeit zu promovieren, eine wissenschaftliche Arbeit zu fertigen und damit meine langjährigen politische Erfahrung, verbunden mit Anregungen, weitergeben zu können. Viele haben mich auf diesem Weg und bei dieser Arbeit begleitet.

An dieser Stelle bedanke ich mich daher für die vielfältige Unterstützung recht herzlich. **Herrn Prof. Dr. Hans-Otto Mühleisen** von der Philosophischen-Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität in Augsburg fühle ich mich zu besonderem Dank verpflichtet. Insbesondere für die Bereitschaft, mir eine Promotion unter seiner wissenschaftlichen Leitung zu ermöglichen, sowie für die aufschlussreichen Anregungen, Gespräche und Diskussionen. Dank gilt ebenso den **Herren Prof. Dr. Rainer-Olaf Schultze** und **Prof. Dr. Andreas Brunold** für die Zeit, die sie sich als Gutachter und Prüfer genommen und meine Arbeit und Leistungen bewertet haben. **Frau Karin Magg** und **Herrn Hendrik Loven** vom Lehrstuhl für Politikwissenschaft danke ich für die hilfreiche Begleitung. Für die wissenschaftliche Arbeit musste auf sehr viele Unterlagen zurückgegriffen werden. Ich danke dabei der Donauwörther Zeitung, **Herrn Redaktionsleiter Paul Soldner**, sowie der Donau-Zeitung, **Frau Sylvia Fakler**, für ihre aufgeschlossene Hilfe. Mein Dank gilt dem Gymnasium Donauwörth für den Zugriff auf frühere Jahresberichte aus dem Schularchiv, welche zur Auswertung und Darstellung in dieser Arbeit wichtig waren, sowie den **Herren Realschulrektoren Dr. Andreas Mack** von der Realschule Rain am Lech und **Karl Stumpf** von der Realschule Lauingen.

Dem Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband, dessen Präsidenten **Herrn Albin Dannhäuser** und **Klaus Wenzel**, und dem Parlamentsreferenten des BLLV **Herrn Florian Fischer** danke ich dafür, dass mir interessante Informationen und Veröffentlichungen des BLLV zur Verfügung gestellt wurden.

Herrn Dr. Leo Baur danke ich ganz herzlich für die Gestaltung im Satzprogramm, für das Anfertigen der Grafiken und nicht zuletzt für seine großartige Unterstützung. Mein Dank geht ferner an Frau Ulrike Mayershofer, die trotz umfangreicher und aufwändiger Schreibtätigkeiten Ruhe ausstrahlte und souverän ihre Aufgabe meisterte. Meiner **Frau Anne** danke ich sehr für ihre Anregungen. Sie hat zusammen mit **Frau Vera Baur** die Arbeit mit kritischem Blick gelesen. Ein Dank gilt der Lektorin, **Frau Ingeborg Hefe**, für die abschließende Korrektur.

Allen ein besonderes herzliches Dankeschön für die großartige Unterstützung.

Johannes Strasser

Inhaltsverzeichnis

	Innentitel	I
	Gutachter und Prüfer	II
	Widmung	III
	Dank	IV
	Inhaltsverzeichnis	V-VIII
1	Einleitung	1
1.1	Thematik	1
1.2	Methodische Aufarbeitung	2
1.3	Eingrenzung des Themas	2
1.4	Arbeitsschritte	3
1.5	Auswertung	3
2	Politik und Gesellschaft	4
2.1	Gesellschaftspolitische Entwicklungen	4
2.1.1	Der Arbeitsmarkt und seine regionale Entwicklung	4
2.1.2	Veränderung in Natur und Umwelt	5
2.1.3	Die Medien und ihr Einfluss	6
2.1.4	Bildung, Bildungseinrichtungen und Qualifikationen	7
2.1.4.1	Die Arbeit und die höheren Qualifikationen	7
2.1.4.2	Die Arbeit und die weniger Qualifizierten	8
2.1.4.3	Schulversuche und ihre Umsetzung	8
2.1.4.4	Europa und die Fremdsprachen	9
2.2	Forderungen und Erwartungen	11
2.2.1	Bürgeranliegen – aus einem Abgeordnetenarchiv	12
2.2.2	Bürgeranliegen – aus dem Sprechstundenarchiv	14
2.2.3	Hohe Erwartungshaltung	16
2.2.4	Der Politiker und die Politik	17
2.2.5	Zuviel Diskussionen – Ergebnisse einer Umfrage	18
2.2.6	Politische Prozesse – ein langer Weg	19
2.2.7	Die Politik und ihre Allzuständigkeit	21
2.2.8	Das politische „Maussyndrom“	21
2.2.9	Die Politik – eine schwierige Materie	21
2.2.10	Die Politik und die kollektive Betroffenheit	22
2.3	Das Image der Politiker	24
2.3.1	Die Politiker – am Ende der Prestigeskala	24
2.3.2	Die Politiker – nicht vertrauenswürdig	24
2.3.3	Die Politiker – nicht kompetent	24
2.3.4	Die Politiker und ihr Ansehen – Ergebnisse einer Umfrage	24

2.3.5	Die Frage nach den Ursachen	26
2.3.5.1	Die Politiker: „Machtversessen und machtvergessen“	26
2.3.5.2	Die Politiker und die Medien	26
2.4	Die Gesellschaft und ihre Reaktion	29
2.4.1	Die politische Distanz	29
2.4.2	Die Wahlbeteiligung	29
2.4.3	Jugend und Politik	32
2.4.4	Konsequentes Handeln und Kontrolle	32
2.4.5	Das politische Engagement	34
3	Gesellschaftliche Veränderungen	36
3.1	Wertewandel	37
3.1.1	Wertewandel bei der Jugend	38
3.1.2	Wertewandel und die Entsolidarisierung	39
3.2	Technischer Fortschritt	40
3.3	Arbeitswelt	41
3.3.1	Weniger Beschäftigte und höhere Produktivität	42
3.3.2	Erwerbstätigkeit und die Sozialversicherungspflicht	43
3.3.3	Qualifikationen und Anforderungen	44
3.3.4	Berufe – alte verschwinden und neue entstehen	45
3.4	Statistische Betrachtungen	47
3.4.1	Alterstruktur und die bekannten Fakten	48
3.4.2	Bildungseinrichtungen – ein Mehr und doch weniger	48
3.5	Medien	51
3.5.1	Medien und ihre Expansion	51
3.5.2	Berichterstattung und Umfang	52
3.5.3	Regionale Besonderheiten	54
3.5.4	Personen und Inhalte	56
3.5.5	Schnelllebigkeit der Informationen	59
3.6	Veränderungen und die Politik	62
4	Bildungspolitik in den 70er Jahren	63
4.1	Epoche hoher Priorität	63
4.1.1	Der Bildungsausschuss und seine Aktivitäten	64
4.1.2	Interesse am Bildungsausschuss	66
4.2	Epoche der bildungspolitischen Reformen	67
4.2.1	Neue Gesetze werden verabschiedet	67
4.2.2	Neue Schuleinrichtungen entstehen	68
4.2.3	Gründung von Universitäten	69
4.2.4	Investitionen in die Bildung – ein Konjunkturprogramm	72
4.2.5	Politische Initiativen	73

4.3	Lerninhalte	75
4.3.1	Politische Reaktionen	75
4.3.2	Lehrpläne werden geändert	77
4.3.3	Neue Fächer – größere Flexibilität	77
4.4	Bildungspolitische Aufbruchstimmung	78
5	Bildungspolitische Reaktionen in den 90er Jahren	79
5.1	Bildung und ihr Stellenwert	80
5.2	Bildung – berechtigte Anliegen	83
5.2.1	Vorschulischer Bereich	86
5.2.2	Grundschulen	88
5.2.3	Hauptschule	89
5.2.4	Weiterführende Schulen	97
5.2.5	Universitäten	103
5.3	Lerninhalte – Schule der Zukunft	104
5.3.1	Förderung der Sprachen	105
5.3.2	Schulsport und Gesundheit	106
5.4	PISA: Neue Erkenntnisse oder bisher nicht wahrgenommene	107
5.4.1	PISA aktuell – keine Überraschung	108
5.4.2	Übertrittsquoten – lange bekannt	108
5.4.3	Keine Reaktion ist auch eine Reaktion	110
5.5	Notwendigkeit einer bildungspolitischen Offensive	113
6	Gesamtpolitische Folgerungen	114
6.1	Bildungspolitische Konsequenzen	115
6.1.1	Bildungsfragen – Betroffenheit schaffen	118
6.1.2	Bildungsfragen – in Parteiprogramme aufnehmen	121
6.1.3	Bildungsfragen – in der Schule vermitteln	122
6.1.4	Bildungsfragen, Stiftungen und Akademien	123
6.1.5	In Bildung investieren lohnt sich	123
6.1.6	Bildungspolitik als Herausforderung im 21. Jahrhundert	125
6.2	Gesamtpolitische Konsequenzen	126
6.2.1	Parteien und ihre politischen Ziele	126
6.2.2	Politische Arbeit und ihre Vermittlung	130
6.2.3	Programme und ihre Schwerpunkte	131
6.3	Mandatsträger und Verantwortliche	132
6.3.1	Der Politiker, seine Arbeit und sein Zeitbudget	132
6.3.1.1	Das wöchentliche Zeitbudget	133
6.3.1.2	Das parlamentarische Zeitbudget	134
6.3.1.3	Das Zeitbudget am Wochenende	135
6.3.2	Der Parlamentarier und seine Nebenjobs	136

6.3.2.1	Keine Nebentätigkeiten für Parlamentarier	137
6.3.2.2	Der Politiker und das Ehrenamt	138
6.3.2.3	Der Parlamentarier und seine Aufgaben	140
6.3.3	Politische Neuausrichtung – Zusammenfassung	141
6.4	Die Parlamentarischen Konsequenzen	141
6.4.1	Politische parlamentarische Arbeit	144
6.4.1.1	Das politische Schachspiel	144
6.4.1.2	Scheinaktivitäten schaden der Qualität	144
6.4.1.3	Initiativen der Opposition – „Nein Danke!“	145
6.4.1.4	Entscheidungen und die betriebswirtschaftlichen Verluste	146
6.4.1.5	Die zukünftige Rolle des Parlaments	146
6.4.1.6	Verkleinertes Parlament – weniger Initiativen	148
6.4.2	Der parlamentarische Geschäftsgang	149
6.4.2.1	Federführend und mitberatend	150
6.4.2.2	Änderung der Geschäftsordnung	152
6.4.2.3	Erweiterung der Zuständigkeit	153
6.4.2.4	Politische Gremien und ihre Größe	154
6.4.2.5	Ausschüsse und endgültige Entscheidungen	154
6.4.3	Beratungsablauf	155
6.4.3.1	Reduzierung der Mitberatung	155
6.4.3.2	Bündelung inhaltlicher Beratungen	157
6.4.3.3	Vollzug von Beschlüssen überprüfen	157
6.4.4	Kontrolle schafft Vertrauen	161
6.4.4.1	Politische Aussagen nachprüfen	162
6.4.4.2	Kontrolle durch die Basis	163
6.4.4.3	Kontrolldefizite oder die Diktatur der Harmonie	164
6.4.4.4	Einige Gründe hierfür	165
6.4.4.5	Demokratie braucht Vertrauen	165
6.5	Der Föderalismus – ein kompliziertes System	166
7	Zusammenfassung und Ausblick	168
8	Anmerkungen	174
9	Quellen- und Literaturverzeichnis	189
9.1	Quellenverzeichnis	189
9.2	Literaturverzeichnis	191
10	Anhang	192
11	Persönlicher Werdegang	195

1. Einleitung

Die regelmäßig wiederkehrenden Schlagzeilen, Meinungen und Kommentare über die Politik, die Parteien und die Politiker können keinen der 2.728 Parlamentarier in den verschiedenen Parlamenten oder die Verantwortlichen der demokratischen Parteien zufrieden stimmen. „Störung im Schlafsaal“ lautet ein wöchentlicher Zwischenruf im Stern, Ausgabe 38/2004. Vom entmachteten Parlament ist die Rede und das Volk verliere die Lust, seine Vertreter zu wählen. Wenn nur mehr 42 Prozent der Westdeutschen und 27 Prozent der Ostdeutschen zufrieden seien und wie die Demokratie derzeit funktioniere, dann sei dies nach Meinung von Hans-Ulrich Jörges ein „Weckruf zur Reform von Wahlrecht und Bundestag“¹. Fast zehn Jahre zuvor forderte der Präsident des Bayerischen Landtags Johann Böhm eine offensive Auseinandersetzung mit den „Alarmsignalen“ in der demokratischen Gesellschaft, die überall hörbar seien. Die Abschaffung von Parlamenten und ihrer Abgeordneten werde gefordert und die oft gebrauchten Klischees von „denen da oben“, die nur ihre eigenen materiellen Interessen vertreten, sind stark verbreitet. In diesem Zusammenhang stellte der Landtagspräsident klar heraus, dass eine Volksvertretung ohne Volk der Abgesang auf die Demokratie wäre². Daher müsse es gelten, diese „Alarmsignale“ ernst zu nehmen und Gegenmaßnahmen endlich und über Parteigrenzen hinweg zu ergreifen. Eine Politik, die sich an den Menschen und nicht an den Medien orientiere, forderte Manfred Güllner in einem Beitrag in der Financial Times Deutschland und stellte heraus, dass die Deutschen nicht politikverdrossen seien. Im Gegenteil, das Interesse an der Politik sei groß, vielmehr stoße der Stil und der Inhalt die Gesellschaft ab³. „Schwachstellen der Politik“ werden seit Jahren oder auch Jahrzehnten beobachtet, registriert, es wird hierüber geschrieben, diskutiert. Jedoch Entscheidendes daran hat sich nicht geändert.

1.1 Thematik

Das „Warum“ für diese Zustandsfeststellung wird in dieser Arbeit näher untersucht und analysiert. Durch verschiedene empirische Erhebungen werden Grundlagen für diese Aussagen bestätigt und schließlich Konsequenzen aufgezeigt, um durch notwendige Veränderungen die Schwachstellen in der Politik zu reduzieren, zu beseitigen und somit wieder Vertrauen in die Politik zu gewinnen. Zunächst müssen jedoch die Entwicklungsprozesse auf den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen dargestellt werden, bei denen Politik nicht, verspätet, letztlich nur aus einer handlungsinduzierenden Notsituation heraus handelt und somit reagiert. Es wird dabei unter anderem auf einige Beispiele, die bildungspolitische Fragen betreffen, eingegangen. In diesem Spannungsfeld zwischen Politik und Gesellschaft wird mit Hilfe von Umfragen und durch

Literaturstudium herausgearbeitet, was die Gesellschaft eigentlich von der Politik erwartet. Dabei werden Unterlagen verschiedener politischer Archive ausgewertet, die die hohen Anforderungen und hohe Erwartungshaltung gegenüber den politisch Verantwortlichen dokumentieren. Inwieweit institutionelle und prozessuale Defizite ihre Ursache in der Verhaltens- und Arbeitsweise des einzelnen Politikers haben, zeigt die Auswertung von diversem Arbeitsmaterial und Aufzeichnungen von Arbeitsabläufen einzelner Parlamentarier. Wie ist es um ihr Image bestellt? Warum brauchen die politisch Verantwortlichen so lange, bis sie reagieren, handeln und eine Weichenstellung vornehmen? Und zwar früh- bzw. rechtzeitig! Haben sie zu wenig Zeit und haben sie zu viel zu tun? Ist alles zu schwierig? Warum wird oft zu wenig agiert? Nur noch reagiert und dann repariert. Wo bleibt der Weitblick, der Weitblick über den Wahltermin hinaus oder der Blick über den berühmten Tellerrand? Ging er verloren? Viele Fragen, denen bei dieser Arbeit durch gründliche Auswertung vieler dokumentierter Aufzeichnungen, zusätzlich durchgeführter Erhebungen und unmittelbar gemachten Beobachtungen nachgegangen wird.

1.2 Methodische Aufarbeitung

Neben einem gründlichem Studium vieler und verschiedener Unterlagen aus dem Landtagsarchiv, den Archiven von Parteien und der Auswertung von persönlichen Aufzeichnungen einiger Parlamentarier, wurden Umfragen und Interviews durchgeführt, die der Forschungsarbeit zugrunde gelegt werden. Hinzu kommt noch die thematische Berücksichtigung vieler Medienberichte über einen längeren Zeitraum hinweg. Dadurch wird es möglich, eine Aussage über den Stellenwert der Bildungspolitik innerhalb der Gesellschaft zu treffen.

1.3 Eingrenzung des Themas

Um den Fragestellungen nachzugehen, sie zu analysieren, das „Warum“ der Schwachstellen der Politik mit ihren institutionellen und prozessualen Defiziten zu hinterfragen, Antworten zu finden und Lösungen aufzuzeigen, können nicht alle politischen Felder, von der Finanz- und Haushaltspolitik über die Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik untersucht werden. Dies wäre zu umfangreich. Weil die Bildungspolitik in unserem föderalen System der Bundesrepublik Deutschland zu den ureigensten Aufgaben der Länder zählt, so auch des Freistaates Bayern, bietet es sich an institutionelle und prozessuale Defizite an der Behandlung einiger bildungspolitischer Fragen in Bayern aufzuzeigen. Somit steht das Maximilianeum, der Bayerische Landtag in München, mit seinen früher 204 und seit 2003 180 Abgeordneten im besonderen Blickfeld der Forschungsarbeit, der Analysen, der empirischen Untersuchungen und der anvisierten Lösungen.

1.4 Arbeitsschritte

Nach den grundlegenden methodischen und strukturellen Eingrenzungen dieser Arbeit, wird im zweiten Abschnitt auf das Verhältnis Gesellschaft und Politik auf verschiedenen Politikfeldern eingegangen und dabei bereits belegt, dass Reaktionen auf gesellschaftliche Veränderungen und Forderungen lange auf sich warten lassen. Neben der hohen Erwartungshaltung gegenüber der Politik wird das Image von Parteien, Politikern und Politik analysiert und dokumentiert. Wie denkt die Gesellschaft über Parteien und Demokratie? Wie denkt der einzelne Bürger über die Mandatsträger, über die Politik insgesamt? Wie denkt er über unseren demokratischen Staat? Politiker, Politik und Parteien haben kein großes Ansehen. Sehr oft wird von der Politik-, Politiker- und Parteienverdrossenheit gesprochen, weniger von Demokratieverdrossenheit.

Im nächsten Abschnitt dieser Dissertation wird auf die enormen gesellschaftlichen Veränderungen eingegangen werden. Dabei stellen durchgeführte Untersuchungen, Dokumentationen und statistisches Material die Grundlage der wissenschaftlichen Aussagen dar. Die Abschnitte vier und fünf befassen sich dann schwerpunktmäßig mit bildungspolitischen Fragen in den 70er und 90er Jahren. Durch das Studium von Beiträgen aus den Parlamentsarchiven, den Medien und Material von Berufsverbänden werden Aussagen zum Stellenwert der Bildung in verschiedenen Zeitepochen getroffen, bevor Aussagen zur Beseitigung von Schwachstellen erfolgen.

1.5 Auswertung

Welche Maßnahmen kurz-, mittel- und langfristig angegangen und welche Konsequenzen gezogen werden müssen, um die Schwachstellen in der Politik, die in den einzelnen Abschnitten nachgewiesen worden sind, zu reduzieren und zu beseitigen, wird ausführlich im Abschnitt sechs abgehandelt. Der erarbeitete Forderungskatalog richtet sich dabei sowohl an die verschiedenen Institutionen als auch an Parteien, Parlamente und den einzelnen Politiker als „homo politicus“. Abschließend wird dabei noch darauf verwiesen, dass der Föderalismus vieles nicht erleichtert, sondern erschwert, gerade bei bildungspolitischen Fragen. Werden gesellschaftliche Veränderung über einen längeren Zeitraum betrachtet, genauer analysiert, dann wird festgestellt, dass Politik oft sehr spät und oft aus Notlagen heraus, auf gesellschaftlichen Druck reagiert. Auf berechtigte Forderungen, die rechtzeitig vorgebracht wurden, wird nicht oder sehr spät reagiert.

2 Politik und Gesellschaft

In einem ganz besonderen Spannungs- oder Beziehungsverhältnis stehen Politik und Gesellschaft zueinander. Das politische Koordinatensystem kann durch Aktivitäten oder Inaktivitäten verändert werden. Wie anhand einiger nachfolgenden Beispiele dokumentiert aufgrund von Erfahrungen, Beobachtungen und Erlebnisse aus der täglichen Praxis, sind oft viele Fakten bekannt. Zusätzliche Aktivitäten unterstreichen die politisch erhobene Forderung, doch Jahre vergehen bis tatsächlich politisch reagiert und gehandelt wird.

2.1 Gesellschaftspolitische Entwicklungen

2.1.1 *Der Arbeitsmarkt und seine regionale Entwicklung*

Oft werden rechtzeitig aufgrund aktueller und perspektivischer Entwicklungen Forderungen erhoben, die allerdings von den politisch Verantwortlichen nicht registriert, nicht zur Kenntnis genommen werden, weil momentan kein Handlungsbedarf besteht, jedoch nach Jahren doch reagiert werden muss, wie konkrete Beobachtungen auf dem Arbeitsmarkt durch folgendes Beispiel zeigen. Dass der regionale Arbeitsmarkt Probleme hat, Arbeitskräfte in Ballungsräume abwandern, war zwar bekannt, wurde aber mit zusätzlichen Aktivitäten, z.B. mit Fahrgastzählungen am Bahnhof in Donauwörth gegenüber den politisch Verantwortlichen begründet, um diese zum Handeln zu drängen.

Bahnsteig 5 in Donauwörth: 57 Personen warten am 20. Februar 1984 auf den InterRegio aus Nürnberg, der um 6.49 Uhr weiter nach Augsburg–München fährt⁴. Es sind Männer und Frauen aus Donauwörth und den umliegenden Gemeinden, Finanz- und Polizeibeamte, die in Augsburg und München arbeiten und ihren Dienst verrichten. Es sind Beschäftigte bei der Regierung von Schwaben in Augsburg, Angestellte beim Gerlingkonzern bzw. bei der Allianz in München, Diplomingenieure bei MBB in Ottobrunn. Zehn Jahre zuvor waren es nur einige, die morgens am Bahnsteig 5 in Donauwörth auf den Zug nach München warteten, wie der damalige Bahnhofsvorsteher Kilian Bradl berichtet⁵. Die Zahl der Pendler stieg, weil die Arbeitsplätze in dieser Zeit in den Landkreisen Dillingen und Donau-Ries rar waren und auf der anderen Seite die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften in den Ballungsräumen dagegen zunahm⁶.

Die Zahl der Pendler stieg und stieg! 1998 bei der gleichen Aktion morgens um 6.49 Uhr in Donauwörth fuhren 96 Pendler mit dem InterRegio in Richtung München. 15 Minuten später auf Bahnsteig 5 um 7.08 Uhr mit dem ICE nach München wurden 87 Fahrgäste gezählt.

Zunehmend mehr Menschen pendeln täglich nach Augsburg und München zu ihren Arbeitsstätten. Eine Entwicklung, die zu Beginn der 80er Jahre einsetzte und auf die nicht reagiert wurde, obwohl

immer wieder Vorschläge z.B. für dezentrale Arbeitsmarktstrukturen vorgebracht wurden. Dies war ein wichtiges und aktuelles Thema 1986 beim traditionellen „Gründonnerstagsgespräch“⁷ der nordschwäbischen SPD-Abgeordneten im Parkhotel in Donauwörth mit den Vertretern der nordschwäbischen Tageszeitungen und Medien. Sie forderten Initiativen, um diesem Trend entgegenzuwirken. Vorgeschlagen wurde unter anderem die Körperschaftssteuer wieder in den Finanzämtern in Nordschwaben, wie in Dillingen, Donauwörth und Nördlingen bearbeiten zu lassen und somit die 1973 durchgeführte Zentralisierung nach Augsburg und Neu-Ulm zu korrigieren und wieder zu dezentralisieren. Mit dieser Verlagerung ging nämlich ein gravierender Arbeitsplatzabbau in den ländlichen Regionen einher. Die Zahl der Auspendler stieg.

Auf der anderen Seite lasse die moderne Kommunikationstechnik, so die damalige Argumentation derjenigen, die eine Dezentralisierung von staatlichen Aufgaben forderten, eine Bearbeitung vor Ort zu, also dort wo die Menschen leben, sollten die Arbeitsplätze geschaffen werden. Am 31. März 1988 wurde diese Forderung von den SPD-Parlamentariern wiederholt⁸ und am 25. April 1989 in einem Brief dem damaligen Finanzminister Gerold Tandler unterbreitet⁹. Es wurden Anträge im Bayerischen Landtag eingereicht und unzählige Aktionen gestartet.

Genau nach 20 Jahren, am 1. Januar 2006 wurde das vollzogen, was bereits 1986 gefordert wurde. Der Bayerische Finanzminister Dr. Kurt Falthäuser hat am 12. November 2004 in einem Brief dem früheren stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Johannes Strasser „freundlich“ mitgeteilt, dass die damals unterbreiteten Vorschläge (1986 !), die Aufgaben der Finanzverwaltung in ländliche Regionen zu verlagern, nunmehr erfüllt werden¹⁰. Die Bearbeitung der Körperschaftssteuer wird ab 1. Januar 2006 dezentral erfolgen, also nicht mehr in Augsburg und Neu-Ulm, sondern in Nördlingen und Donauwörth. Die Betroffenen, z.B. die Vereine in Nordschwaben, wurden am 21. Dezember 2005 hiervon benachrichtigt¹¹. 20 Jahre hat es gedauert, bis dem Vorschlag aus dem Jahre 1986 nachgekommen wurde, obwohl die Arbeitsplatzverlagerung in die Ballungsräume bereits vor 20 Jahren ein aktuelles Thema war.

2.1.2 *Veränderung in Natur und Umwelt*

Der Mensch hat die Natur verändert, Probleme geschaffen und viele nicht gelöst, oder nur langsam versucht, sie zu lösen, im Großen beim Klima wie im Kleinen in der unmittelbaren Region vor Ort. Am Beispiel der Donaulandschaft wird aufgezeigt, wie langwierig sich ein derartiger Prozess darstellt. Im gesamten Donaunied von Ulm bis Regensburg hat sich im gleichen Zeitraum vieles verändert¹². Und zwar so deutlich, dass dies für alle sichtbar und erkennbar geworden ist¹³: Der Grundwasserspiegel hat sich gesenkt. Dort, wo früher feuchte Wiesen waren, müssen jetzt

Zuckerrübenfelder bewässert werden. Durch den Kiesabbau ist eine Seenlandschaft entstanden. Baggerseen ziehen im Sommer immer mehr Menschen an. Entsprechende Einrichtungen für den Freizeittourismus wurden nicht geschaffen. Natur und Landschaft wurden verändert und Städte und Dörfer haben sich verändert¹⁴. Mit welchen Konsequenzen? Darüber wurde und wird nicht oder zu wenig nachgedacht. Das Donauried war sehr lange kein Thema! Erst mit einem Antrag vom 9. Juni 1988 wurde die Sanierung des Donaumooses und Donau-Rieds gefordert¹⁵ und vom Bayerischen Parlament am 15. November 1989 beschlossen¹⁶ – übrigens einstimmig. Ein „Gesamtökologisches Gutachten“ für 2,5 Millionen DM wurde erstellt¹⁷. Die Umsetzung und der Vollzug des 1989 gefassten Beschlusses wurde jedoch erst im Jahre 2003 richtig eingeleitet, wie aus einem Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 25. August 2005 an den Landtagsabgeordneten a.D. Johannes Strasser hervorgeht¹⁸. 15 Jahre dauerte es, bis die ersten richtigen Konsequenzen auf einen einstimmig erfolgten Parlamentsbeschluss gezogen, Mittel bereit gestellt und Weichenstellungen vorgenommen wurden.

2.1.3 Die Medien und ihr Einfluss

Politik hat immer mit Medien zu tun. Erfahrungen und Beobachtungen über vier Jahrzehnte zeigen den Wandel aufgrund der technischen Entwicklung und der Informationsbefriedigung der Gesellschaft in der Qualität und Quantität.

Dass sich in den 80er Jahren und zu Beginn der 90er Jahre das Verhalten vieler Jugendlicher durch den Videokonsum und die neuen Medien gewandelt hat, wurde in zahlreichen Studien ausführlich dargelegt, ersichtlich auch in dem Bericht der Kommission über die „Gewalt in den Medien“, einer Kommission des Staatsministeriums in Baden-Württemberg vom Jahre 1993¹⁹. Endlose Diskussionen wurden geführt, Anträge z.B. im Bayerischen Landtag²⁰ eingereicht, begründet²¹ und verabschiedet, Initiativen erneut gestartet, Unterschriftenaktionen wie vom Bayerischen Bauernverband²² durchgeführt und dem Ministerpräsident übergeben, Pressemitteilungen geschrieben. Medien haben ausführlich berichtet²³, Eltern haben den Parlamentariern geschrieben²⁴, Kommissionen wurden beschäftigt, die dann gegenwärtig feststellten:

„Die Anzahl der verhaltensauffälligen Jugendlichen steigt²⁵.“ Doch damals, zu Beginn des Zeitalters „Neue Medien“ haben die politisch Verantwortlichen nicht reagiert oder nur zögerlich. Berichte von Kommissionen und Bildungsfachleuten, von Lehrer- und Elternverbänden wurden in der Folgezeit lediglich zur Kenntnis genommen, ohne die konkreten Vorschläge aufzugreifen

und rasch in Angriff zu nehmen. Vorschläge, wie sie die Stuttgarter Kommission unterbreitet hat, wie z. B. die Medienerziehung im Kindergarten und in den Schulen zu stärken und Medienpsychologie und Medienpädagogik zu fördern, wurden nur zögerlich und sehr spät umgesetzt.

Erst Anfang der 90er Jahre, als sich die Klagen häuften, Pädagogen Alarm schlugen²⁶, wurde das Thema auf dem politischen Tablett aktuell, obwohl es eigentlich schon lange aktuell war. Endlich wurden Verbesserungen der schulpsychologischen Dienste an den einzelnen Schulen durch Initiativen im Bayerischen Landtag vom 28. Juni 1988²⁷ und vom 6. Dezember 1990²⁸ gefordert. Begründung: Steigende Zahlen verhaltensschwieriger und -auffälliger Schülerinnen und Schüler. Das Problem war erkannt! Wurde es rechtzeitig gelöst? Nein! Notwendiges rechtzeitiges politisches Agieren, wird durch Reparieren ersetzt.

Fast 20 Jahre später, am 7. Oktober 2005 berichtete die Süddeutsche Zeitung: „Ansturm auf Schulpsychologen – Lehrerverband sieht lange Wartezeiten für Sprechstunden als unhaltbaren Zustand.“ Seit Jahren wurde auf die diesbezügliche Problematik an allen Schulen hingewiesen. „Die zunehmende Zahl verhaltensauffälliger, aggressiver und zu Kriminalität neigender Jugendlicher steigt ständig, Lehrkräfte und Pädagogen sind überfordert und genervt“²⁹, so die veröffentlichte Feststellung. Im Einzelfall ist die Öffentlichkeit dann schockiert, die Eltern sind ratlos und die Politiker wundern sich und suchen krampfhaft nach Lösungen. Vielleicht oder sogar sehr oft zu spät, weil Entwicklungen politisch verschlafen wurden.

2.1.4 Bildung, Bildungseinrichtungen und Qualifikationen

2.1.4.1 Die Arbeit und die höheren Qualifikationen

Viele der älteren Generation haben noch erlebt, als Klassen mit über 40 Schülerinnen und Schüler zum normalen Alltag gehörten, der Besuch eines Gymnasiums etwas ganz Besonderes war und es viele Handwerksberufe gab, wie den des Schlossers, des Schreiners, des Zimmermanns. Die Industrialisierung hat vieles mit Auswirkungen auf das gesamte Bildungssystem und die Arbeitswelt verändert.

Dort, wo früher der Hilfsarbeiter am Bau einfache Arbeiten verrichtete, stehen heute Maschinen. Die ungelerten Arbeitskräfte am Fließband, die einfache Tätigkeiten verrichteten, wurden durch den Roboter ersetzt. Es waren und sind Arbeitsplätze, für die keine besondere abgeschlossene Berufsausbildung erforderlich war. Arbeitsplätze für weniger Qualifizierte werden heute kaum noch angeboten. Zu Recht haben bereits im Oktober 1989 Experten, Wirtschaft und Gewerkschaften ihre Sorge um die Ungelernten zum Ausdruck gebracht und eine stärkere Förderung dieser Gruppe angemahnt³⁰.

Doch die notwendige und intensive Förderung dieser Gruppe unterblieb bis heute. Somit beklagt die Wirtschaft in Schwaben zu Recht im Jahre 2005 die Qualität der Lehrstellenbewerber³¹ und in einem Kommentar wird darauf verwiesen, dass es noch nie so viele Klagen und Beschwerden über die fehlende Ausbildungsreife gegeben hat, wie es derzeit der Fall ist³². Selbst bei Metzger- oder Bäckermeistern ist die Bereitschaft auszubilden und Ausbildungsplätze zu schaffen aus den genannten Gründen rapide zurückgegangen. Aus vielen Gesprächen mit Ausbildungsbetrieben war dies zu erfahren³³. Liest man dann die Forderungen, die der Hauptausschuss des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BIBB) bereits in seiner Sitzung vom 27. und 28. September 1989 formuliert hat, nämlich die Förderung von weniger qualifizierten Hauptschülern zu verbessern³⁴, muss die berechtigte Frage gestellt werden: Warum ist dies bis heute nicht oder nur ungenügend geschehen?

2.1.4.2 Die Arbeit und die weniger Qualifizierten

Auf der anderen Seite hat eine rasante wirtschaftliche Entwicklung in den 70er Jahren höhere Qualifikationen gefordert und oft eine Änderung der Berufsbilder notwendig gemacht. Der Schlosser hat sich weiter qualifiziert zum Techniker, der Kraftfahrzeugmechaniker zum Kraftfahrzeugmechatroniker. Dort wo früher ein Hauptschulabschluss erforderlich war, wurde die Mittlere Reife zur Voraussetzung für einen Ausbildungsplatz. Der dpa-Dienst für Kulturpolitik berichtet am 2. Oktober 1989, dass der „Anteil an Lehrlingen in zehn Jahren von zwei auf 17 Prozent gestiegen“ sei³⁵. Die Anzahl der Gymnasien stieg von 1965 bis 1975 um 18,5 Prozent, somit auch die Anzahl der Abiturienten von 11.545 im Jahre 1970 auf 25.737 im Jahre 1990 und auf 26.010 im Jahre 2000³⁶.

Wurden im gleichen Zeitraum die äußeren Bedingungen verbessert, mehr Raumkapazitäten geschaffen und das Lehrpersonal aufgestockt? Nein. Und dies trotz immer wieder erhobener Forderungen von Eltern³⁷, Verbänden und Initiativen. Dies trifft auch für die Universitäten zu. So haben die Studenten z.B. am 24. April 1989 in Bonn auf die fehlenden 650.000 Studienplätze verwiesen und anstelle ständig neuer Prognosen zu fordern, die Hochschulen endlich auszubauen³⁸. Obwohl alles bekannt war: Höhere Qualifikationen, mehr Gymnasiasten, mehr Abiturenten, fehlende Studienplätze – es wurde nicht zeitnah reagiert und gehandelt!

2.1.4.3 Schulversuche und ihre Umsetzung

Nach dem „Schulversuch sechsstufige Realschule“, der von September 1992 bis Juli 1998 stattfand, hat das Bayerische Parlament entschieden³⁹, dass spätestens zum Schuljahr 2003/

2004 die vierstufige Realschule flächendeckend zur sechsstufigen ausgebaut werden soll. Dies führte natürlich zu einem Anstieg der Schülerzahl an dieser Bildungseinrichtung. Besuchten im Freistaat Bayern im Schuljahr 1989/1990 noch 120.854 Schülerinnen und Schüler die Realschule, so waren es 1999 bereits 154.889 und im Schuljahr 2003/2004 erhöhte sich die Schülerzahl sogar auf 211.333. Unterrichtet wurde im Schuljahr 2002/2003 in 6.968 Klassen und ein Jahr darauf mussten sogar 436 Klassen oder 6,2 Prozent mehr gebildet werden, um die Unterrichtsversorgung zu gewährleisten⁴⁰.

Ein Blick in die regionalen Schulstrukturen zeigt eine ähnliche Entwicklung: Besuchten die Realschule in Rain am Lech (Landkreis Donau-Ries, Regierungsbezirk Schwaben) im Schuljahr 1995/1996 insgesamt 295 Schülerinnen und Schüler, so stieg die Schülerzahl bis heute auf 702, eine Steigerung von 137,9 Prozent⁴¹. Die gleiche Entwicklung verzeichnet die Realschule Lauingen (Landkreis Dillingen, ebenfalls Regierungsbezirk Schwaben). Im Schuljahr 2005/2006 werden in 23 Klassen 670 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. 1995/1996 waren es 13 Klassen und 316 Schülerinnen und Schüler⁴², also ebenfalls eine Zunahme von 112 Prozent. Doch parallel zu diesen steigenden Schülerzahlen wurde weder die jetzt vorhandene räumliche Enge beseitigt, noch landesweit die notwendige personelle Verstärkung beim Lehrpersonal vorgenommen. So enthält die Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm zur Haushaltssatzung 2005⁴³ des Landkreises Dillingen keine Mittel für dringende Erweiterungsmaßnahmen für die Realschule in Lauingen, obwohl die Schülerzahl innerhalb der letzten 10 Jahre um 112 Prozent zugenommen hat und Klagen der Lehrkräfte über beengte Raumverhältnisse nicht zu überhören sind. Folge: Übergroße Klassen, beengte Raumverhältnisse und Unterrichtsausfall, gestresste Lehrkräfte und Eltern, die sich über die schlechten Lernbedingungen beklagen. Es wurden zwar durch politische Entscheidungen vor vielen Jahren Strukturen verändert, die zu einem Anstieg der Schülerzahlen führen mussten, aber es wurde versäumt oder sehr verspätet angepackt, dass wesentlich mehr Stellen für das Lehrpersonal zur Verfügung gestellt und für die räumlichen Erweiterungen ausreichend und rechtzeitig Finanzmittel bereit gestellt werden müssten⁴⁴.

2.1.4.4 *Europa und die Fremdsprachen*

Dass heute das Erlernen von Fremdsprachen immer notwendiger wird, dürfte unbestritten sein. Bereits bei einem europäischen Berufsbildungskongress im Berliner Kongresszentrum im Jahre 1987 wurde darauf verwiesen, dass Englisch eigentlich keine Fremdsprache mehr sein dürfte⁴⁵. Doch genau das Gegenteil wurde bildungspolitisch unternommen: Der Englischunterricht an den Hauptschulen wurde reduziert⁴⁶, obwohl bekannt war, wie wichtig im Wirtschaftsleben Englisch

sein wird. Und heute? „Viele haben Probleme mit Englisch“, schreibt die Augsburger Allgemeine am 4. März 2006 und verweist auf eine internationale Studie, bei der auch 27 bayerische Schulen unter die „Lupe“ genommen wurden⁴⁷. Im Zusammenhang mit einem gemeinsamen Sprachenprojekt der Firma Hama in Monheim (Landkreis Donau-Ries, Regierungsbezirk Schwaben), der Margarete-Gradl-Stiftung und der örtlichen Hauptschule wurde in den Medien berichtet, dass Englisch im Beruf immer wichtiger werde, die mündliche Sprechfertigkeit der Schülerinnen und Schüler verbessert und die Dialogfähigkeit gesteigert werden müsse⁴⁸. Diesen in den Medien von den Verantwortlichen des Projekts getätigten Aussagen kann beigeplichtet werden. Die Sprachkompetenz insgesamt muss gestärkt und das Erlernen von Fremdsprachen noch mehr gefördert werden als dies bisher der Fall ist. Dies gilt auch für osteuropäische Sprachen, denn durch den Vollzug der Deutschen Einheit haben sich die bisherigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Koordinaten völlig verschoben. Deutschland und Bayern sind in Europa zu einer wichtigen Drehscheibe geworden. Die Wirtschaft spricht von vielen interessanten Investitionen im Osten Europas, Kontakte müssen hergestellt werden und der Blick richtet sich nach Osten. Denn das Erlernen von Sprachen ist nicht alleine unter dem wirtschaftlichen Aspekt zu sehen, sondern dient auch der Völkerverständigung und somit der Friedenssicherung. Daher sollte die Vermittlung der Sprachkompetenz an unseren Schulen gerade im Hinblick auf die aktuelle Erweiterung der Europäischen Union gestärkt werden. Tatsache ist jedoch, dass die Zahl der russisch sprechenden Bevölkerung in Bayern rapide zugenommen, im Gegensatz der Unterricht in russischer Sprache aber an den allgemein bildenden Schulen in den letzten drei Jahren um 3,4 Prozent abgenommen hat⁴⁹. Dieser Trend wird in einem Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 6. Juni 2005 bestätigt. „Die Zahl der Gymnasiasten, die Russisch lernen, ist insgesamt leicht rückläufig“, wird berichtet⁵⁰. Eigentlich müsste das Erlernen führender osteuropäischer Sprachen hohe Priorität haben. Es müssten bildungspolitisch entsprechende Weichenstellungen vorgenommen werden. Doch dies ist leider nicht immer der Fall. Die tägliche Informationsfülle aus allen Teilen der Welt, die vielfältigen internationalen Kontakte z.B. beim letztjährigen Weltjugendtag in Köln und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten erfordern vertiefte und verstärkte Sprachkenntnisse mit der bildungspolitischen Konsequenz, dass die Lehrerplanstellen für Fremdsprachenunterricht und die Stundendeputate nicht gekürzt, sondern erweitert werden müssen. Somit würde notwendig und rechtzeitig auf eine Entwicklung reagiert.

2.2 Forderungen und Erwartungen

Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, Veränderungen in Natur und Umwelt, bildungspolitische Notwendigkeiten, auf all diese Veränderungen sollte die Politik reagieren. Ist sie hierzu überhaupt in der Lage und werden von der Gesellschaft nicht zu hohe Erwartungen an die Politik gerichtet? Es ist ja gang und gäbe, dass bei den immer wiederkehrenden Talkshows mittwochs, donnerstags oder sonntags bei „Sabine Christiansen“ oder bei der „Münchner Runde“ politische Themen diskutiert werden und viel gefordert wird. Vom 30-jährigen Reformstau bei dem Sozialsystem war vor kurzem die Rede, die Haushaltskonsolidierung wird angemahnt und gespart werden muss in jeder Talkrunde, Subventionen müssen gestrichen werden. Zustimmung und Beifall gibt es bei dieser Forderung. Und die Realität? Eine Vielzahl von Petitionen, die an das Bayerische Parlament gerichtet sind, wenden sich entschieden gegen oft erst angedachte Kürzungen von Subventionen. Verbände protestieren massiv gegen die geplanten Kürzungen speziell in ihrem Bereich. Die Gewerkschaften lehnen die Kürzung der Pendlerpauschale ab, der Bauernverband wendet sich dagegen⁵¹, dass die Vorsteuerpauschale nicht erhöht werden soll, die Bauindustrie wendet sich gegen die Streichung der Eigenheimzulage. So erlebt der Politiker auf der einen Seite die allgemein gehaltene Forderung nach Kürzung und Streichen der Subventionen und dies mit großem Beifall. Doch wenn es konkret wird, steht er massenhaften Protesten der einzelnen Gruppen gegenüber, die sich dann wieder unbewusst miteinander solidarisieren und die Politik insgesamt ablehnen. So werden Bauernverband und Gewerkschaft plötzlich ungewollt zu Verbündeten, wenn es um die Ablehnung der Politik insgesamt geht. Eine punktuelle Betroffenheit entwickelt sich zu einer kollektiven. Dass Politik nicht akzeptiert wird, liegt allerdings auch daran, dass es versäumt wurde, die Menschen mitreden zu lassen, sie rechtzeitig politisch und argumentativ mitzunehmen, sie zu beteiligen, wie es bereits Alfons Pieper am 14. Mai 1992 in seinem Kommentar „Alarmsignal für Volksparteien“ gefordert hat⁵². Es bleibt zu hoffen, dass die Parteien die Warnungen als „Alarmsignale“ verstehen und nach Lösungen suchen, meinte Alfons Pieper und vertrat die Meinung, dass ein weiterer Aderlass das politische System der Republik schwächen wird.

Doch richtig nach Lösungen wurde nicht gesucht, sehr schnell gingen die Verantwortlichen der Parteien und die Parlamente zum Alltag über bis kurz vor der nächsten Wahl und danach gab es die gleichen Erklärungen zur Wahlbeteiligung, wie vor 4 oder 8 oder 12 Jahren. Am 25. September 1993 berichtet die Augsburgische Allgemeine: „Die Wähler werden immer wählerischer – die Bürger wollen mehr mitbestimmen.“ Doch die Politiker haben die betroffenen Bürgerinnen und Bürger bei der Lösung ihrer Probleme auf dem Weg der Reformen nicht eingebunden. Daher fühlen sie

sich allein gelassen und immer mehr machen von ihrem Wahlrecht immer weniger Gebrauch. Das Vertrauen in die Politik und in die politischen Prozesse ging und geht verloren. Bisher waren kein richtiges System oder Lösungsansätze zu erkennen, um dieser Tendenz entgegenzuwirken und die Gesellschaft oder den Bürger an den Prozessen teilhaben zu lassen.

Doch wenn die „große“ Politik von den Bürgerinnen und Bürgern vielfach nicht akzeptiert wird, beschäftigen diese, also die gleichen, ihre einzelnen Politiker vor Ort mit einer Vielzahl, ja fast unvorstellbaren Zahl von persönlichen Anliegen. Ein Blick ins „Anliegen-Archiv“⁵³ eines Abgeordneten zeigt die hohe Zahl und das breite Spektrum der Themen, mit denen sich der Parlamentarier beschäftigen muss. Anliegen, die der einzelne Bürger, der zwar die große Politik ablehnt, „seinem“ Abgeordneten aber vorträgt und natürlich Hilfe erwartet, und zwar vom Wehrdienst über Baugenehmigungen, über Ausbildungsplätze bis zur Schulwegkostenfreiheit.

2.2.1 Bürgeranliegen – aus einem Abgeordnetenarchiv

In einem Zeitraum von 1994 bis 1998 sind 1284 Anliegen an den Parlamentarier schriftlich und mündlich herangetragen worden. In insgesamt 27 Leitz-Ordnern wurden diese registriert. Nachfolgende Aufstellung zeigt einige Bürgeranliegen aus dem Anliegenarchiv „Buchstabe S“. Es soll nicht nur die Zahl, sondern die Vielfalt der Themen verdeutlicht und die damit verbundene Erwartungshaltung vom Wähler an den Politiker aufgezeigt werden.

Aus dem Anliegenarchiv „Buchstabe S“ :

* Name und Ort aus datenschutzrechtlichen Gründen geändert

Scherer Alfons	Tapfheim	Erschließungskosten
Schneid Manfred	Donaumünster	Baugebiet
Schneid Maria	Kaisheim	Versorgungsamt
Schnepf Anton	Tapfheim	Drainage Sportanlage
Scherla Gerhard u. Renate	Monheim-Rotheberg	Antrag auf Arbeitslosengeld
Dr. Schammel Christian	Mönchsdeggingen	Baugenehmigung
Schlössle	Nördlingen	Denkmalschutz
Schön Werner	Harburg/Mauren	Führerschein
Schmidt Fritz	Wemding	Steinbruch Schneider
Schweier Markus	Ederheim	Einberufungsbescheid
Schulz Hans-Peter*	Möttingen	Disziplinarverfahren
Schmidt GmbH Co.KG	Asbach-Bäumenheim	Anbringen von Werbetafeln
Schmidbauer Leo	Harburg-Hoppingen	Versetzung
Scherer Joachim*	Holzheim	Stundungsantrag

Schurrer Hans	Nördlingen-Hohlheim	Abbaugenehm. Steinbruch
Schiele Josef	Tapfheim	Verwaltungsstreitsache
Schabert Heinrich	Kleinsorheim	Referenzmenge
Schoppe Ralf	Königsbrunn	Baugenehmigung
Schuster Rolf*	Tapfheim	Strafverfahren: Ratenzahlung
Schieler Gerlinde*	Neu-Ulm	Staatsanw. Ermittl.-verfahren
Schabert	Ederheim	Aufwendungsdarlehen
Schramm Josef und Hilde	Schmiechen	Bauvorh. Nachbarbeschwerde
Schweinberger Franz	Diedorf	Bebaubarkeit von Grundstück
Schumann Rosa	Modlos/Oberleichersbach	Rundfunkgebühren
Schnepf Ludwig	Tapfheim	Wendeplatte Mozartstraße
Schneider Barbara	Monheim	Arbeitsplatzsuche Teilzeit
Schmid Hermann	Wechingen	Neubau Maschinenhalle
Schmidt	Erlingshofen	Entwässerungsanlage
Schiele Ralf	Monheim	Unterbringung w. Mobilübung
Schön Jürgen	Lauingen	Einberufung Wehrdienst
Schwarz Hubert	Tapfheim	Bauvorhaben
Schneid Thomas	Wemding	Versetzung
Schön Johann	Donaumünster	Nachversicherung
Schöninger Elmar	Nordendorf	Versetzungsgesuch Hollinger
Schmidbauer Peppi	Monheim	Musterungsbescheid
Schiele Günter	Buchdorf	Tätigkeitszeitpunkt als Zivi
Scholz Nadine	Tapfheim	Schülerbeförderung
Scholz Renate	Asbach-Bäumenheim	Umlegungsverfahren
Strodl Manfred	Tapfheim-Oppertshofen	Erschließung
Streitberger-Eitrich Martina	Oppertshofen	Adoption
Strehle Petra und Gerald	Harburg	Öffentl. Wohnbauförderung
Straß Peter	Mönchsdeggingen	Bau eines Bullenstalls
Steurer Jutta	Augsburg	Legalisierung ghan.Urkunden
Straß Wilhelmine	Harburg	Witwenaltersgeld
Stoll Gudrun und Alfred	Kaisheim	Erschließungskosten
Stamm Albin	Schwabach	Erschließungskosten
Stöckl Erwin	Gansheim	Milchgarantiemenge
Stark	Marxheim	Milchgarantiemenge

Stachowiak Zbigniew	Ottobeuren	Absehen von Ausweisung
Stöckl Franz	Wiedenzhausen	Arbeitsamt
Steinmaier Ernst	Ederheim	Beitragszahlungen an die BG
Steiner Josef und Perpetua	Dillingen	Sirenenanlage in Fristingen
Steinberger Bruno	Nördlingen	Schornsteinfegerwesen
Steib Gebhard	Marxheim-Neuhausen	Rentenangelegenheit
Strobel Werner	Fünfstetten	Einberufungsbescheid
Steger Hermann	Tapfheim	Grundstücksauffüllung
Streitwieser Marlies	Donauwörth	Initiativkreis: „In Würde alt werden.“

Neben diesen direkten und unmittelbaren Bürgeranliegen wenden sich Verbände, wie der Bauernverband, die Industrie- und Handelskammer, der Bayerische Landessportverband und kommunale Gebietskörperschaften regelmäßig an die Parlamentarier und bitten sie um Unterstützung. Die Handwerkskammer Schwaben schreibt am 27. Juli 1994 wegen Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der mittelständischen Kleinbetriebe⁵⁴, die kommunalen Spitzenverbände in Bayern am 22. Juli 1998 wegen des kommunalen Finanzausgleichs⁵⁴ und der Bayerische Lehrerinnen- und Lehrerverband (BLLV) im Juli 1991 wegen der Anstellung von Junglehrern⁵⁵.

2.2.2 *Bürgeranliegen – aus dem Sprechstundenarchiv*

Viele Parlamentarier versuchen darüber hinaus noch den unmittelbaren Kontakt zum Bürger durch örtliche Sprechstunden zu verbessern. „Nahe am Bürger sein“, heißt die Devise. So finden regelmäßig Sprechstunden statt, bei denen die Anliegen vorgebracht werden können und die Unterstützung des Parlamentariers vorausgesetzt wird, auch wenn der Fall noch so schwierig ist. Die Erwartungshaltung ist groß, und natürlich auch die Enttäuschung auf der anderen Seite, wenn nichts erreicht wird. Das Lob ist sicher, wenn etwas positiv erledigt ist. Der Abgeordnete als Bürgeranwalt, sehr gerne angenommen, aber für den Politiker mit großem Arbeitsaufwand verbunden. Dabei suchen die Petenten nicht nur einen, sondern in der Regel alle Abgeordneten einer Region auf, sodass die Parlamentarier im „Wettbewerb“ zueinander stehen. Und alle, ob Landtagsabgeordnete oder Abgeordnete des Deutschen Bundestags, bieten die Bürgersprechstunden an, wie aus verschiedenen Mitteilungen in den Medien zu entnehmen ist. Dass diese keine neue oder neueste Erscheinungsform politischer Arbeit ist, zeigen Organisationsaufzeichnungen aus dem Jahre 1992⁵⁶. Nachstehende Übersicht soll den enormen zeitlichen Umfang aufzeigen und die Anliegen darstellen, die vorgebracht wurden und die es so zu

bearbeiten gilt.

Sprechstunden vor Ort nahmen und nehmen sehr viel Zeit in Anspruch. Auch exaktes „Time-Management“ ist erforderlich. Am Jahresende wird die Sprechstundenorganisation für das kommende Jahr festgelegt, wie folgendes Beispiel aus den nordschwäbischen Landkreisen Dillingen und Donau-Ries, Regierungsbezirk Schwaben zeigt:

Sprechstundenplan 1992

Abgeordnetenbüro Johannes Strasser, Schulstraße 10, 86660 Tapfheim:

10. Januar 1992	Wertingen	15.00–16.00 Uhr
10. Januar 1992	Dillingen	16.30–17.30 Uhr
10. Januar 1992	Büro	18.00–19.00 Uhr
10. Januar 1992	Nördlingen	20.00–21.00 Uhr
20. März 1992	Rain a. Lech	15.00–16.00 Uhr
20. März 1992	Wemding	16.30–17.30 Uhr
20. März 1992	Oettingen	18.00–19.00 Uhr
20. März 1992	Fremdingen	20.00–21.00 Uhr
27. März 1992	Gundelfingen	17.00–18.00 Uhr
27. März 1992	Bachhagel/Syrgenstein	18.30–09.30 Uhr

Ähnlich sah die Planung im zweiten, dritten und vierten Quartal des Jahres 1992 aus. Bürgersprechstunden waren und sind eine feste Einrichtung, und zwar von allen Parlamentariern. Sie werden von der Bevölkerung stark in Anspruch genommen. Der Politiker wird als unmittelbarer Ansprechpartner und als Ombudsmann gegenüber einer mächtigen Verwaltung gesehen. Ein Blick auf die „To do Liste“ nach einer durchgeführten Sprechstunde zeigt die umfangreichen und vielfältigen Anliegen, die die Bürger „ihrem“ Politiker vortragen und Hilfe oder Unterstützung erwarten: Am 19. April 2000 sprach z.B. ein Orthopäde vor und erkundigte sich wegen des Verkaufs seines Geschäftes und wie es dabei mit der Steuer aussehe. Er wurde auf das Finanzamt verwiesen und sofort wurde ein Gespräch mit dem Finanzamt vereinbart.

Oder ein Lokomotivführer, beschäftigt bei der Deutschen Bahn AG, informierte sich wegen Familienurlaub bzw. Erziehungszeiten, ob es denn hier eine Möglichkeit gäbe. Er wurde später schriftlich über die Möglichkeiten und zuständigen Stellen informiert.

Wegen einer Bauangelegenheit sprach in Rain a. Lech, Landkreis Donau-Ries, ein Bürger aus Monheim vor. Er fragte nach, ob seine Hütte wirklich abgerissen werden solle. Gespräche mit der Baubehörde wurden einige Tage später geführt und eine positive Lösung gefunden. Am gleichen Tage bei der Sprechstunde in Donauwörth hat ein Bürger wegen der schlechten Zuganbindungen in Otting im Landkreis Donau-Ries vorgesprochen. Ihm wurde erklärt, dass bei der nächsten Fahrplankonferenz dieses Anliegen vorgebracht wird. Er wurde danach auch hiervon informiert.

Wegen der Erweiterung des Gymnasiums in Donauwörth hat eine Mutter von zwei Gymnasiasten vorgeschlagen und gebeten, dass hier dringend eine Initiative ergriffen werden sollte. Das Anliegen wurde an die Landkreisverwaltung weitergegeben und die Mutter hiervon informiert.

Ein Bürger aus der Stadt Monheim fragte nach, ob es im Landkreis Donau-Ries einen Behindertenbeauftragten gäbe. Wegen Rentenangelegenheiten sprachen z.B. in der Sprechstunde im November 2000 die Bürger aus Oberndorf, im Landkreis Donau-Ries vor. Es wurde bemängelt, dass der Rentenantrag noch nicht bei der zuständigen Rentenstelle bearbeitet sei. Darauf hin hat sich der Parlamentarier mit der Landesversicherungsanstalt in Verbindung gesetzt und eine Mitteilung erhalten, dass in der Zwischenzeit ein Bescheid ergangen sei. Die Betroffenen waren zufrieden. Bedenken wegen einer Erweiterung der Wasserversorgung in Bäumenheim/Mertingen im Landkreis Donau-Ries hatte ein Bürger vorgebracht. Und ein Unternehmer, der eine Biogasanlage betreibt, hat seine Probleme geschildert, die er mit dem Abfallzweckverband hat. Dies sind nur einige Beispiele, mit denen Politiker bei Sprechstunden konfrontiert werden und die der „Ombudsmann“ Parlamentarier bearbeiten muss.

2.2.3 *Hohe Erwartungshaltung*

Wie die vorgetragenen Beispiele zeigen, ist die Erwartungshaltung an die Politiker, speziell in persönlichen Anliegen, sehr groß und die Themen vielfältig. Die Bürger erwarten beim Politiker vor Ort Unterstützung in ihren Anliegen. Sie erhoffen so auch eine zügige Bearbeitung und eine Rückmeldung, um dann zu beurteilen, ob ihr Mandatsträger etwas für sie unternommen hat. Dabei spielt das Ergebnis positiv oder negativ eine geringere Rolle. Natürlich wird eine positive Nachricht gerne gesehen, aber sehr wichtig ist das Feedback! Diese Rückmeldung und den unmittelbaren hautnahen Kontakt zum Politiker vermisst der gleiche Bürger in den anderen politischen Ebenen des Landes und des Bundes. Die zeitgleiche Nähe und die Ferne führen zur politisch emotionalen Spannung in der Person des Bürgers.

Über leere Staatskassen wird berichtet, berichtet und nochmals berichtet, aber es geschieht nichts. Dass die Gesellschaft älter wird, darüber wird seit Jahren diskutiert. Doch entscheidende Korrekturen zur Sicherung des Rentensystems werden nicht vorgenommen. Der Bürger erwartet Lösungen, keine unendlichen Diskussionen. Ein anderes Thema ist der Unterrichtsausfall in den jeweiligen Schulen. Die Schulleitung informiert, informiert wieder, schreibt den Eltern nochmals, aber politisch geschieht nichts. An den Universitäten: überfüllte Hörsäle, Studenten sitzen am Boden, Veranstaltungen fallen wegen zu wenig Lehrpersonal aus und dies immer und immer wieder. Die Beispiele könnten in allen Bereichen der Politik beliebig fortgeführt werden. Dadurch entsteht Frust und Verärgerung und der Vorwurf in der Bevölkerung, dass die da „oben“ ja nur an

sich und an ihr Gehalt denken. Die eigentlichen Probleme werden nicht in Angriff genommen und gelöst. Dies erfährt man bei Gesprächen, bei Versammlungen, an Infoständen, offen oder hinter vorgehaltener Hand. Die Medien berichten ausführlich über diese Abkehr des Volkes von der Politik und den Politikern. Mitgliederschwund, Rückgang der Wahlbeteiligung und Ansehensverlust der Parlamentarier werden oft als Ergebnis angeführt. Doch in Wirklichkeit gibt es für den genauen Beobachter der politischen Szene eine Diskrepanz. Der Politiker vor Ort, den der Bürger kennt, den er schätzt und achtet, mit dem er redet und ihn als „einen von uns“ ständig erlebt, ist anerkannt. Das ist die eine Seite. Doch die anderen Politiker, die er auch gar nicht genau definieren kann, die Politik machen, liebt er nicht. Zu dieser Thematik passt folgender Beitrag vom 15. Juni 1993 veröffentlicht in den Donau-Ries Aktuell⁵⁷.

Damit soll die oft gegensätzliche Haltung zur Politik und seinen Vertretern verdeutlicht werden, Akzeptanz und Ablehnung in einer Person. Akzeptanz gegenüber dem Politiker vor Ort und Ablehnung gegenüber der Politik, die angeblich im Unterbewusstsein mit dem Vertreter vor Ort nichts zutun hat.

2.2.4 *Der Politiker und die Politik*

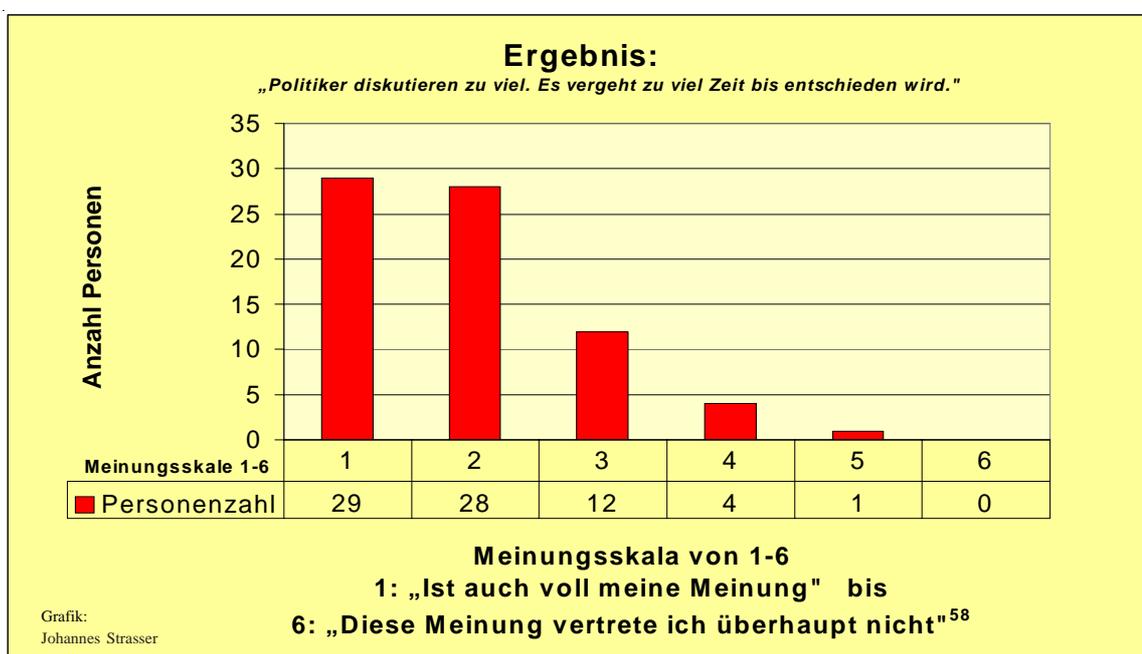
„Der hautnahe oder bürgernahe Politiker – oder wohin gehören die Politiker?

Sie wollen ihn, unsere Bürgerinnen und Bürger. Bürgernah muss er sein, kontaktfreudig, immer zugegen. Man muss ihn anfassen können, einfach volksnah muss er sein. Hier ein Weinfest, dort ein Stadelfest, Chöre singen, Kirchen werden renoviert und eingeweiht. Nicht zu vergessen: Ein Jubiläum, gleich ob 10 Jahre, 15, 40, 50, 65, 70, 100 oder 125 usw. Der volksnahe Politiker – er ist einfach da. Schüttelt Dutzende von Händen, lächelt, winkt, wird begrüßt, spricht ein Grußwort, lobt das Engagement, schimpft über die Leserbriefschreiber, bekommt Beifall. Ja, so wollen wir ihn, wir das Volk und wir sind zufrieden mit unserem Politiker.

Doch die Politik, die ist schlecht. Schlechter kann sie gar nicht mehr sein. Nein, mit dem Politiker hat das aber nichts zu tun. Wir sehen nämlich in unserem Politiker die Person, den Menschen. Die Parteien machen eine schlechte Politik. Unser Politiker, der volksnah ist, gehört nicht zu dieser Sorte Partei! „Ja, wo gehört er denn hin?“

So die Frage am Ende eines Beitrages, der für Donau-Ries im Juni 1993 geschrieben wurde. Ist hier nicht eine gewisse Orientierungslosigkeit zu beobachten? Das Ansehen der Politiker ist schlecht, so die öffentliche Meinung, doch sie werden alle zu den Festen geladen, Einladungen über Einladungen auf dem Schreibtisch unserer Politiker. Die Schere zwischen dem Ansehen von Parteien oder Politik und den Politikern vor Ort – nur die Person wird nämlich gesehen – geht immer weiter auseinander. Wer steht dann für die Politik? Diese Frage ist berechtigt. Die

Parteien als anonymes Wesen? Der volksnahe Politiker, der seine Arbeit aus der Hand gegeben hat, um volksnah zu sein? Der Verwaltungsapparat in den Behörden oder Ministerien, der den volksnahen Politiker volksnah sein lässt und Politik macht in seinem Namen, ohne dass es bemerkt wird. Was will das Volk eigentlich? Beides, wie geschildert, ist nur schwer möglich. Wer fachkompetent sein will, muss sich Zeit nehmen für wichtige Dinge. „Hat ein volksnaher Politiker diese Zeit?“ Und die Politiker, die da „oben“ sind das Problem, so die verbreitete Meinung. Sie benötigen viel, zu viel Zeit! Die Auswertung von Aufzeichnungen einzelner Parlamentarier zeigt Defizite im „Time-Management“ der Politiker. Wie Umfragen jedoch zeigen, gibt es noch andere und weitere Probleme aus der Sicht des beurteilenden Bürgers.



Grafik 1: Politiker diskutieren zu viel; Ergebnisse einer Umfrage

Überwiegend herrscht in der Gesellschaft, aber auch bei den befragten Studentinnen und Studenten die Auffassung vor, dass die Politik schneller entscheiden müsse. Dies wurde im Übrigen auch nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 erwartet. Doch der Weg zur Regierungsbildung, zum Regierungsprogramm und zu einer Koalition ist länger, als viele annehmen, wie an einer grafischen Darstellung aufgezeigt wird.

2.2.5 Zuviel Diskussionen – Ergebnisse einer Umfrage

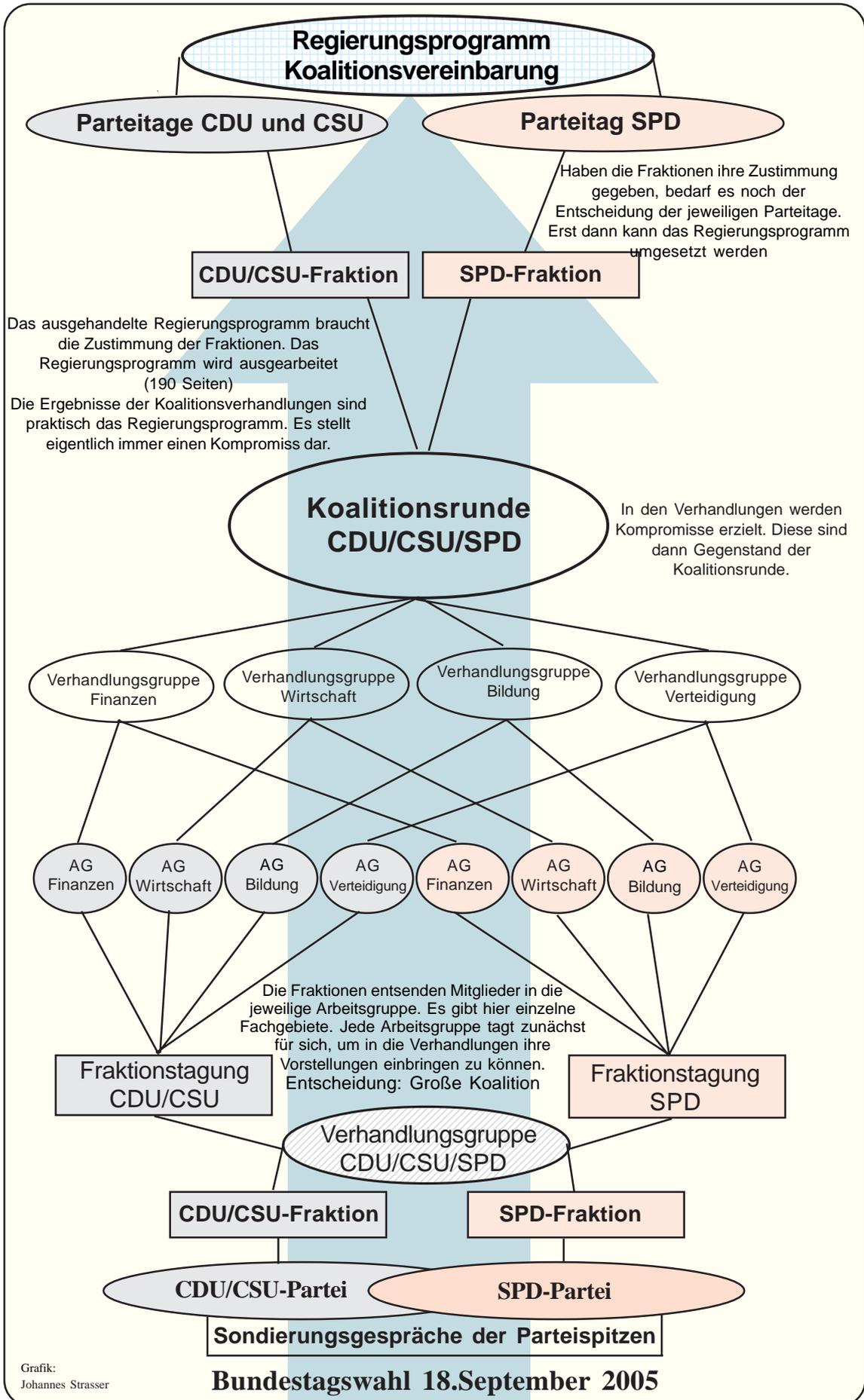
Oft wird innerhalb der Gesellschaft die Auffassung vertreten, dass zu lange und immer wieder diskutiert wird, bevor Entscheidungen gefällt werden. Um für diese Feststellung eine Bestätigung zu erhalten, wurden verschiedene Personengruppen befragt. 77 Prozent sind der Meinung, die Politik braucht absolut zu lange, bis sie entscheidet⁵⁸. Es wird viel, zu viel diskutiert und gestritten,

wurde noch bei „Diskussion“ hinzugefügt. Nur wenige – fünf Befragte – waren der Auffassung, dass Politik schon kompliziert sei und deshalb eine Lösungsfindung länger dauere.

2.2.6 Politische Prozesse – ein langer Weg

Wie lange dauerte die Regierungsbildung? Ungeduld machte sich breit. Spekulationen gab es genügend. Doch dass eine Regierungsbildung ein äußerst schwieriger und langwieriger Prozess war und ist, scheint der Bevölkerung vielfach nicht bekannt und bewusst zu sein, weil es nicht entsprechend vermittelt wurde und wird. Daher entsteht zwangsläufig auf Grund der hohen Erwartungshaltung eine ablehnende Haltung gegenüber der Politik und gegenüber dem Politiker. Es müsste allen klar gemacht werden, dass es eine hervorragende politische Leistung ist, in vier Wochen einen Koalitionsvertrag zustande zu bringen. Das nachfolgende Schaubild soll nur im Groben zeigen, wie viele Stufen zurückgelegt und wie viele Schritte getätigt werden müssen, bis eine Koalitionsvereinbarung zustande kommt und wie ein Regierungsprogramm in einer großen Koalition entsteht. Von der Wahl des Bundestages bis zum Beschluss auf den jeweiligen Parteitag ist es ein verhältnismäßig kurzer Weg, doch für die Bürgerinnen und Bürger viel zu lange, weil ihnen die Komplexität nicht bekannt ist. Möglichst vieles soll ziemlich klar vor Regierungsantritt festgeschrieben werden. Somit kann er weder kürzer sein noch schneller zurückgelegt werden. Zwischen den einzelnen Schritten liegen natürlich viele Sitzungen der Präsidien, der Vorstandschaften, Rückkoppelungen mit den Fraktionsspitzen sind erforderlich. Politik ist eben schwieriger, als wir es oft meinen und einiges dauert länger, als wir es uns vorstellen können, wie das Schaubild auf der nächsten Seite über die Verhandlungen zur Regierungsbildung 2005 zeigt.

Diese getroffenen Aussagen von der Komplexität der politischen Prozesse, aufgezeigt an der Regierungsbildung und Koalitionsvereinbarung nach der letzten Bundestagswahl, verbunden mit der gezeigten Grafik, soll verdeutlichen, dass Politik schwieriger ist, als oft über Schlagzeilen und Talkshows vermittelt wird. Dadurch kann beim politisch interessierten Bürger notwendiges Vertrauen zurückgewonnen und Defizite in der Politik abgebaut werden. Der Blick in Niederschriften von Ausschusssitzungen und die Auswertung von Medienberichten haben in diesem Verhältnis von Politik und Gesellschaft auch eine hohe Erwartung an die Zuständigkeit der Parlamente ergeben.



Grafik 2: Die Komplexität politischer Prozesse am Beispiel der letzten Regierungsbildung

2.2.7 Die Politik und ihre Allzuständigkeit

Eine im Rahmen dieser Arbeit durchgeführte Umfrage hat bereits ergeben, dass die Bevölkerung oder der einzelne Bürger schnelle Entscheidungen erwartet. Selbst dann, wenn die Materie, wie die Grafik über die Komplexität im Zusammenhang mit der Regierungsbildung zeigt, schwieriger ist. Warum ist dies so? Des Weiteren ist die Bevölkerung oft der Meinung, dass die Politik alles plötzlich lösen würde und müsste. Es werden Fabriken wie das Stahlwerk „Maxhütte“ in der Oberpfalz geschlossen. Hunderte von Arbeitsplätzen werden abgebaut. Es wird nach der Politik gerufen und Ausschüsse und Parlamente beschäftigen sich damit. Doch ob bei der Deutschen Bank, bei Siemens, bei Opel, bei AEG, Tatsache ist, dass die Politik vielleicht noch Gespräche vermitteln kann, viel mehr nicht. Die Gesetze des Handelns liegen bei der Wirtschaft, die rein fiskalisch entscheidet, weil die Politik sie hierzu ermächtigt hat und durch Gesetze die Rahmenbedingungen geliefert hat. Vielleicht hat die Politik auch selbst an dieser Feststellung der Allzuständigkeit Schuld, weil sie stets den Eindruck vermittelt hat, dass sie etwas erreichen kann. Ein Blick in die Landtagsakten und die einzelnen Anträge bestätigt dies.

2.2.8 Das politische „Maussyndrom“

Bei allen politischen Prozessen geht die Gesellschaft, die Bürgerschaft und somit jeder Einzelne davon aus, dass es funktionieren müsste wie zu Hause am PC oder am Arbeitsplatz. Es wird angeklickt, der Rechner läuft, 3 Gigabyte – und wehe er läuft nicht schnell genug – dann kommt Ungeduld auf. Dieses so genannte „Maussyndrom“ wird im Unterbewusstsein auf die Politik übertragen. Weil dieses Tempo vom PC nicht auf die politischen Prozesse übertragen werden kann, weil es in der Politik nicht so schnell geht, erfolgt die Ablehnung, das Kopfschütteln, der Frust, die Politikverdrossenheit. Der einzelne Bürger befindet sich genau zwischen diesen Plus- und Minuspole in einem „elektromagnetischen politischen“ Spannungsfeld zwischen der hohen Erwartungshaltung und der Realität. Und weil es nicht so schnell geht, wie es er Bürger von anderen Bereichen seines Alltags gewohnt ist, entsteht ein Vertrauensverlust. Daher ist es wichtig, wie schon erwähnt, den Bürger teilhaben zu lassen an den oft nicht einfachen politischen Prozessen. Hinzu kommt, dass Politik oft schwieriger ist, als dem Bürger bewusst ist oder ihm vermittelt wurde.

2.2.9 Politik – eine schwierige Materie

Politische Prozesse sind komplex, schwierig und beanspruchen Zeit. Setzen sich die Parteien und die Politiker insgesamt zu wenig mit der eigentlichen schwierigen Materie auseinander? Gibt

es hier Defizite? Von den Politikern wird die Politik und ihre Zusammenhänge in ihren Programmen zu wenig pädagogisch vermittelt. Oft wird gar nicht erst versucht, wie aus Diskussionen im Zusammenhang mit Manifesten und Wahlprogrammen zu entnehmen ist, auf schwierige politischen Themen einfache und verständliche Antworten zu geben. Auch dies wäre eine Form der Teilhabe an der Politik und ist derzeit ein absolutes Defizit in der Politikvermittlung. Doch die Schwierigkeit eines Problems darf nicht der Grund sein, dass es nicht angepackt und gelöst wird. Die Alterspyramide ist nicht neu. Die schwierige Finanzierung der Sozialsysteme ist seit langem bekannt. Doch eine Lösung und eine längerfristige sichere Perspektive gibt es nicht. Daher ist die Kritik des nicht Anpackens“, des „laufen lassen“ durchaus berechtigt. Sicherlich befassen sich Parlamente tagelang mit den Problemen, sehr viel Zeit wird in Anspruch genommen, Gesetze verabschiedet und die ersten Änderungsgesetze hierzu sind vorbereitet. Die Ursache liegt oft in der Schwierigkeit der jeweiligen Materie. Auf die gegenwärtige Diskussion um Hartz IV wird verwiesen. Angegangen werden schwierige Themen oft mit dem Blick auf den Wahltag und Wählerstimmen. Wie eine Befragung von Kommunalpolitikern ergeben hat, lehnen sie Gebührenerhöhungen in einem Zeitraum von zwei Jahren vor einer Wahl strikt ab⁵⁹. Auf der anderen Seite haben ebenfalls 10 Kommunen unmittelbar in einem Zeitraum von zwei Jahren nach der Kommunalwahl ihre Gebühren erhöht. Dass Politik in all ihren Bereichen nicht einfach ist, wurde an einigen Beispielen aufgezeigt, und dass aus wahlstrategischen Gründen oft Entscheidungen zu einem bestimmten Zeitpunkt erfolgen, wurde ebenfalls dokumentiert. Viele Aufgaben, sei es in der Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- oder Bildungspolitik, die angepackt werden müssten, werden nicht angepackt, weil vielleicht der notwendige Druck oder die entsprechende Betroffenheit fehlt. Ganz im Gegensatz dazu, die politischen Reaktionen und Entscheidungen unmittelbar nach dem Terroranschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001.

2.2.10 Die Politik und die kollektive Betroffenheit

Sofort werden zusätzlich Polizeibeamte eingestellt und Terrorgesetze verabschiedet. Landesregierungen und Bundesregierung handeln unverzüglich, eine Regierungserklärung folgt der anderen. Alle waren betroffen und entsetzt und die Politik hat sofort reagiert. Bereits am 17. September 2001, kaum eine Woche nach dem Terroranschlag hat die Bayerische Staatsregierung ihr Maßnahmenpaket festgelegt und ihr Sicherheitskonzept am 9. Oktober 2001 beschlossen. Im zweiten Nachtragshaushalt für das Jahr 2002 wurden Finanzmittel für die Verstärkung der Polizei, sei es personell oder im Bereich der Investitionen für zusätzlicher Maßnahmen beim Verfassungs- und Katastrophenschutz bereitgestellt. Von den Terroranschlägen war die

Gesellschaft kollektiv betroffen, daher hat auch die Politik unverzüglich gehandelt. Nur innerhalb weniger Tage wurde ein 200 Mio. Euro umfassendes Maßnahmenpaket finanziert. Die kollektive Betroffenheit hat zu sofortigen Entscheidungen gedrängt. Die notwendigen Finanzmittel standen ohne große Diskussionen zur Verfügung und wurden einstimmig gebilligt.

Oder wie war es im gesundheitspolitischen Bereich, als der erste BSE-Fall bekannt wurde? Die Staatsministerin im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung wurde entlassen, Bundesminister Funke ereilte das gleiche Schicksal. Auf Bundes- und Landesebene wurden Verbraucherministerien installiert, zusätzliche Planstellen sofort bewilligt, also Finanzmittel unverzüglich bereitgestellt⁶⁰.

Oder stellt die Polizei Unfallschwerpunkte fest, so werden sehr schnell Maßnahmen für deren Beseitigung ergriffen und Finanzmittel zur Verfügung gestellt, um diese zu beseitigen, weil eben viele Wähler betroffen sind und sein können und die kollektive Betroffenheit das Tempo der Entscheidungen und des Handelns bestimmt. Wo ist diese kollektive Betroffenheit in der Bildungspolitik oder Sozialpolitik? Von der Arbeitslosigkeit kann das Kollektiv zwar theoretisch betroffen werden, aber es sind tatsächlich nur einzelne, selbst wenn die Zahl der Arbeitslosen bei 4,5 Mio. sehr hoch ist. Von hohen Klassenstärken und Unterrichtsausfällen sind eben nicht alle betroffen, ebenso von überfüllten Seminarräumen und Hörsälen an den Universitäten. Dass jedoch durch Versäumnisse in der Bildungspolitik im Grunde genommen alle, die gesamte Gesellschaft, betroffen ist, wurde und wird nicht hinreichend und emotional vermittelt, um die Politik zum sofortigen Handeln zu zwingen. Hohe Erwartungen an die Politik, schwierige Prozesse werden nicht verständlich vermittelt, die Teilhabe an den politischen Prozessen müsste verbessert werden, und oft fehlt die kollektive Betroffenheit als Basis für schnellere Entscheidungen. Alles Feststellungen aufgrund intensivem Befragen und Aktenstudium, die aber nicht das Ansehen der politischen Klasse stärken. Im Gegenteil, ein enormer Ansehensverlust von Politik, Politikern und Parteien ist die letzten Jahre zu beobachten.

2.3 Das Image der Politiker

2.3.1 *Der Politiker – am Ende der Prestigeskala*

Wird nach dem Ansehen verschiedener Berufe in unserer Gesellschaft gefragt, finden wir die Politiker oft am Ende der Bewertungsskala⁶¹. Frust und Abneigung gegenüber den politisch Verantwortlichen und den Mandatsträgern können wir in regelmäßigen Abständen den demoskopischen Erhebungen entnehmen. So hat das Institut für Demoskopie Allensbach berichtet, dass in der „Berufsprestige-Skala“ die Berufe des Politikers und des Gewerkschaftsführers sich am Ende der Skala befinden. Oder wir erfahren diese Betrachtungsweise oft ganz persönlich bei Gesprächen am Straßenrand, am Arbeitsplatz, in den Familien, bei der Diskussion mit der Jugend, bei Verwandten oder mit Studenten⁶².

2.3.2 *Der Politiker – nicht vertrauenswürdig*

Auch die Hamburger Morgenpost berichtet am 19. August 2005 wie es um das Image der Politiker bestellt ist: „Umfrage in 18 Ländern: Manager und Politiker haben schlechtes Image.“ Vertrauenswürdig erscheinen den Bürgern hingegen Ärzte, Lehrer, Polizei, Militär und Kirchenvertreter, wie eine im Dezember 2005 in Nürnberg veröffentlichte Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ergab. Befragt wurden 16.040 Personen in 18 Ländern. Insgesamt haben 85 Prozent der Befragten kein Vertrauen in ihre politischen Führungskräfte, so die Studie. Gegenüber den Managern in den Top-Etagen äußerten sich durchschnittlich zwei Drittel misstrauisch. Vor allem deutsche Führungskräfte kommen schlecht weg: Lediglich 12 Prozent der Deutschen haben „etwas Vertrauen“, ein Prozent hat „großes Vertrauen“ in ihre Führungskräfte (epd)⁶³.

2.3.3 *Der Politiker – nicht kompetent*

Mangelnde Kompetenz bei weit reichenden Entscheidungen wird ihnen ebenfalls unterstellt, wie dies vor kurzem bei einem Symposium „Demokratie lernen, leben und gestalten“, das die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen durchgeführt hat, festgestellt wurde. Interessant dabei ist: Diese Aussage über Kompetenzdefizite bei Politikern wurde mit Beifall „quittiert“! Interessant deshalb, weil die Teilnehmer an diesem Symposium Lehrkräfte aus verschiedenen Schulen waren⁶⁴.

2.3.4 *Die Politiker und ihr Ansehen – Ergebnisse einer Umfrage*

Dass das Ansehen der Politiker in den vergangenen drei Jahrzehnten stark gesunken ist, ergab

eine Umfrage des Linzer Meinungsforschungsinstitutes IMAS in Österreich im Jahre 2004, wie es um das Image der Politiker und der Politik bestellt ist.

Aufgrund ähnlicher Gesellschaftsstrukturen und einer ähnliche demokratischen Grundordnung könnten die Ergebnisse bei einer Befragung in der Bundesrepublik Deutschland fast identisch ausfallen. Die Nationalratsabgeordneten sind den Bundestagsabgeordneten gleichzustellen. Der Österreichische Rundfunk hat nach dem vorliegenden schriftlichen Manuskript am 12. September 2005 die Umfrage wie folgt wiedergegeben:

„Umfrage: Das Ansehen der Politiker ist in den vergangenen drei Jahrzehnten stark gesunken.

Das Bild der Österreicher von ihren Politikern hat sich nach einem im Dezember 2005 veröffentlichten Vergleich von Umfragen des Linzer Meinungsforschungsinstitutes IMAS in den vergangenen drei Jahrzehnten drastisch verschlechtert.

Demnach ist jetzt eine Mehrheit davon überzeugt, dass ein Nationalratsabgeordneter für sein Amt keine großen Fähigkeiten mitbringen muss, allerdings viel Geld dabei verdient und nur wenig Verantwortung trägt.

Keine großen Fähigkeiten notwendig

IMAS fragte 1975, 1997, 2002 und zuletzt Ende August/Anfang September 2004 repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ausgewählte Personen danach, wie sie sich das Leben eines Nationalratsabgeordneten vorstellen. Aktuell erklärten 34 Prozent, es seien für das Mandat große Fähigkeiten notwendig. 41 Prozent glaubten nicht daran. 25 Prozent waren unentschieden. 1995 glaubten noch 55 Prozent, dass eine hohe Qualifikation erforderlich sei, um ins Parlament zu kommen, nur 28 Prozent widersprachen, 17 Prozent waren unentschieden.

Viel Geld

Ähnlich verändert haben sich auch die übrigen Einschätzungen. Derzeit sind 69 Prozent überzeugt, dass ein Parlamentarier gut verdient und keine finanziellen Sorgen hat. 59 Prozent sagen aus, ein Parlamentarier sei viel unterwegs. 56 Prozent meinten, er brauche sich nach dem Ausscheiden aus der Politik keine finanziellen Sorgen machen. 55 Prozent – er genieße viele Vorrechte und habe es dadurch überall ein wenig leichter. 45 Prozent – er könne sich leicht ein zusätzliches Einkommen schaffen.

Aber auch Schattenseiten

Erst nach diesen mutmaßlichen Vorteilen folgen einige Nennungen, die auf ein Schattendasein des Politikerdaseins hindeuten. 44 Prozent glauben, ein Nationalratsabgeordneter habe wenig Privatleben und müsse sich ständig um seine politischen Aufgaben kümmern. 42 Prozent meinen,

er müsse sich gegen viele Rivalen und Neider in den eigenen Reihen behaupten. 41 Prozent vermuten, er stoße bei der Bevölkerung häufig auf Misstrauen. Mit 40 Prozent glauben ähnlich viele, ein Parlamentarier müsse ständig fürchten, das nächste Mal nicht wieder gewählt zu werden.

Wenig Verantwortung

Nur 28 Prozent sind der Auffassung, ein Abgeordneter trage große Verantwortung. Lediglich 23 Prozent haben den Eindruck, dass er von der übrigen Bevölkerung geachtet werde. 17 Prozent meinen, er müsse persönliche Opfer bringen und auf viele Annehmlichkeiten verzichten.

15 Prozent gestehen ihren Vertretern im „Hohen Haus“ zu, dass sie großen Einfluss auf die Entwicklung Österreichs haben. Es passt auch nicht in das Erwartungsschema der Österreicher, dass ein Abgeordneter damit rechnen muss, nach einem politischen Misserfolg mit leeren Händen dazustehen, nur 12 Prozent glauben daran⁶⁵.

Diese Umfragen und Umfragen in der Bundesrepublik Deutschland bestätigen das immer wieder festgestellte Meinungsbild über die Politiker. Sicherlich gibt es hierfür viele Ursachen: Skandale, Korruption, Untersuchungsausschüsse, die Machtstreitigkeiten, Nebeneinkünfte, Diätenerhöhungen – alles Beispiele, die in ihrer Gesamtheit zu diesem derzeitigen Erscheinungsbild beitragen und zu einem Imageverlust geführt haben.

2.3.5 Die Frage nach den Ursachen

2.3.5.1 Der Politiker: „Machtversessen und machtvorgessen“

Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker wagte es einmal, Politiker in einem Interview zu kritisieren: „Nach meiner Überzeugung ist unser Parteienstaat von beiden zugleich geprägt, nämlich machtvorgessen auf den Wahlsieg und machtvorgessen bei der Wahrnehmung der inhaltlichen und konzeptionellen politischen Führungsaufgaben“⁶⁶. Derartige kritische Aussagen eines Bundespräsidenten über diejenigen, die sich eigentlich in seiner unmittelbaren politischen Nähe befinden, werden von der Bevölkerung und den Medien sorgfältig registriert.

2.3.5.2 Der Politiker und die Medien

Dieses Bild vom Politiker, wie es dargestellt wird und die Meinung in der Gesellschaft über Politiker wird natürlich ganz wesentlich von den Medien und ihren Schlagzeilen geprägt. Sie spielen heute in unserer so genannten Mediengesellschaft eine ganz entscheidende Rolle. Sie informieren kurz und bündig, über das, was sich politisch ereignet hat, im Landesparlament, im deutschen Bundestag und was sonst interessiert. So ist es heute. Und vor 30 Jahren? Wurde z.B. am 25. September 1970 in der Donau-Zeitung über eine gut besuchte Versammlung mit

dem Landtagsabgeordneten berichtet, so war der Saal tatsächlich gut mit über 80 Personen gefüllt. Es gab Informationen aus erster Hand.

Oder wenn ein Staatssekretär am 25. September 1970 vor zahlreichen Zuhörern sprach, so war der Saal der Berggaststätte in Höchstädt mit seinen 150 Sitzplätzen gefüllt⁶⁷. Die Bürgerinnen und Bürger, die Parteimitglieder gingen zur Versammlung, um tatsächlich etwas Neues zu erfahren. Und sie erfuhren es auch, vom Abgeordneten oder vom Staatssekretär. Wurde der Bürger früher vom Politiker wirklich über aktuelle Entscheidungen informiert, haben die Medien ihm diese Aufgabe abgenommen und der Politiker steht einem durch die Medien, nicht durch ihn informierten Bürger gegenüber, dem noch dazu eine große Auswahl von Informationsquellen zur Verfügung steht. Alleine von der Anzahl haben die Medien die letzten drei Jahrzehnte rapide zugenommen⁶⁸. Das Informationsangebot wurde wesentlich erweitert und die Informationsfülle ist fast bis ins Unendliche gestiegen. Die Konkurrenz unter Medien wurde größer. Wer übertrifft wen im Wettbewerb um höhere Auflagen und ums Überleben? Wer produziert reißerische Schlagzeilen, um den Verkauf zu steigern? Welche Mittel werden angewandt, um mehr Leser zu gewinnen? Wo sind die Grenzen? Vieles beschäftigt heute die Medienwissenschaftler und die Politiker. Zwei nachfolgende Beispiele, ganz bewusst im Original dargestellt, eines von einer Boulevardpresse und eines von einer Abonnementzeitung, verdeutlichen besonders das Spannungsfeld, in dem heute über Politiker und politische Prozesse berichtet wird und mit Schlagzeilen Meinungen produziert werden. Von der Großen Koalition der Abkassierer berichtet die Bild am 12. November 2005 in großen Lettern und schreckt den Leser einer übergroßen in Rot gehaltenen Aussage: „So teuer wird's für SIE.“ Wen schrecken nicht darüber hinaus die am Rande der Titelseite abgedruckten Aussagen: Mehrwertsteuer rauf auf 19 Prozent! Pendlerpauschale gekürzt! Reichensteuer! Eigenheimzulage gestrichen! Rentenbeitrag steigt! Sozialabgaben auf Nacht- und Feiertagszuschläge! Sparerfreibetrag halbiert!

Der Bürger ist aufgrund der Vielzahl von Informationen überfordert, sich noch mit den schwierigen Inhalten zu befassen. Es fehlt ihm auch die Zeit hierzu. Somit wird er in seiner Meinung über Politiker und seiner Haltung durch die Schlagzeilen geprägt.

Wenn die Bildzeitung am 12. November 2005 von den „Abkassierern“ spricht bzw. dies in der Headline wirksam darstellt, so hinterlässt so eine Schlagzeile selbstverständlich eine Wirkung in der Bevölkerung, alle sind betroffen.

Doch nicht nur die Boulevardpresse stellt Politiker an den Pranger, sondern die normalen Tageszeitungen wie die Augsburger Allgemeine ziehen nach und befassen sich oft mit dem gleichen Thema. So steht in großer Schrift am 28. November 2005 die Schlagzeile „Politiker geben kein

Beispiel“. Der Kommentator Walter Roller wurde natürlich durch die Bildzeitung animiert, die am 26. November 2005 mit folgenden Schlagzeilen über den finanziellen Zugriff berichtete:

„Hat der Schulden-Minister das wirklich verdient? 7.500 Euro Weihnachtsgeld für Eichel! Dickes Geld für Ex-Minister! Aber den Ärmsten wird das Weihnachtsgeld brutal gestrichen“!⁶⁹

Dies interessiert die Leserinnen und Leser! Das schafft Stimmungen und führt zu dem angesprochenen Vertrauensverlust.

Herr Roller kritisiert die zusätzlichen Kosten für 30 parlamentarische Staatssekretäre und meint es sei besonders ärgerlich, wenn Nullrunden für die Rentner beschlossen werden und die Politiker sich üppige Übergangsgelder und Pensionen genehmigen.

Bei diesem Kommentar muss noch angemerkt werden, dass durch nicht richtige Behauptungen falsche Meinungen beim Leser entstehen.

„Acht Jahre im Bundestag bringen 1.700 Euro“, das ist richtig, aber nicht vollständig. Denn, dass derjenige, der mit 40 Jahren in den Bundestag gewählt wird und mit 48 ausscheidet, die Altersversorgung erst mit 65 Jahren erhält, wird verschwiegen. Oder es wird in diesem Kommentar auf die Übergangsgelder verwiesen. „Wozu braucht der Altkanzler Gerhard Schröder 300.000 Euro, zumal er eine stattliche Pension bezieht und weiter als Berater viel verdient?“ Diese Feststellung ist falsch und wird dann erst sechs Wochen später in der gleichen Zeitung berichtigt⁷⁰. Wer eine Pension oder Altersversorgung erhält, bekommt kein Übergangsgeld. Der Kommentar vom 28. November 2005 „Politiker geben kein Beispiel“ erscheint auf Seite 2, die Berichtigung vom 11. Januar 2006 „Schröder bezieht kein Übergangsgeld“ dagegen auf Seite 7, und noch dazu schlecht positioniert. Wer von den Lesern kann sich noch erinnern? Das „schlechte Beispiel“ ist in der Meinung gespeichert. Die spätere Korrektur, oder das „Trifft nicht zu“ wird die Grundeinstellung des Lesers nicht mehr beeinflussen. Es ist eigentlich eine Korrekturmeldung ohne Wirkung im Vergleich zum ursprünglichen Kommentar.

So entstehen Meinungen über die Politiker und vieles basiert auf Informationsdefiziten, weil die Informanten oft nicht wissen, wie der Sachverhalt wirklich ist. Daher werden die Politiker in dieses schlechte Licht gerückt, als „Abkassierer“ bezeichnet, als unfähig und nicht kompetent eingestuft, oder einfach als korrupt abgestempelt. Dies ist eine einfache Gleichung, die bisher funktioniert. Dieser Zusammenhang von Schlagzeilen, oft in verschiedenen Variationen wiederkehrend, und der öffentlichen Meinungsbildung liegt auf der Hand und ist eindeutig. Es ist eine Tatsache, wie die österreichische Studie IMAS festgestellt hat, dass das Ansehen der Politiker in den letzten Jahren wesentlich gesunken ist.

2.4 Die Gesellschaft und ihre Reaktion

2.4.1 Die politische Distanz

„Parteien müssen demokratischer werden!“ berichtet am 30. September 1992 der Münchner Merkur und weist darauf hin, dass es keinen ausreichenden Konsens zwischen der Führung und der Basis gibt. Die Bürger wenden sich resigniert ab. Dr. Claus Hasslinger, Arzt und Vorsitzender der Vereinigung liberaler Kommunalpolitiker Bayerns, weist in seinen sechs Punkten auf diese Problematik hin.

Von einer „Überforderung“ der Bürger mit „finanziellen, strukturellen und sozialen Problemen“ wird gesprochen und zutreffend beschrieb der Kommentator damals im Jahre 1992 die vorhandene Stimmung innerhalb der Gesellschaft: „Noch niemals in der Geschichte der Bundesrepublik gab es eine derartig klagende Abwendung der Bürger von den so genannten etablierten Parteien – überwiegend resignierend, teilweise strafend, manchmal sogar hasserfüllt⁷¹“. Sechs Ursachen werden für diese Haltung ausgemacht, dass sich der Bürger enttäuschend und resignierend abwendet. Die Asyldebatte sei ein Beispiel für unendliche und jahrelange Diskussionen, für gegenseitige Schuldzuweisungen. Vieles geschehe einfach zu „laienhaft und unkontrolliert“, wie die Diskussionen um neue Einnahmequellen oder die Verträge von Maastrich zeigen. Aufgrund dieser politischen Situation kommt Claus Hasslinger zum Ergebnis, dass „man eigentlich nicht nur von Parteiverdrossenheit“ sprechen kann. „Es ist Zorn, Enttäuschung und ein Gefühl der Hilflosigkeit, dass diejenigen, denen man voller Vertrauen das eigene Schicksal in die Hand gelegt hat, es nicht so verantwortungsvoll gestalten, wie man dies zu Recht erwarten darf.“ Die Erwartungshaltung der Gesellschaft gegenüber der Politik ist hoch und wurde bereits zu Beginn der 90er Jahre immer wieder öffentlich angesprochen. Doch entscheidende Weichenstellungen von der Politik sind nicht erfolgt.

So ist auch heute von Politiker und Politikverdrossenheit nach wie vor die Rede. Unzufriedenheit zählt zum heutigen Alltag. Der Imageverlust von Politikern und Parteien zählt zur gegenwärtigen Realität.

2.4.2 Die Wahlbeteiligung

Diese Abneigung gegenüber der Politik hat zugenommen, obwohl der Strukturwandel der deutschen Gesellschaft eher zu einem Anstieg der Wahlbeteiligung hätte führen müssen. Das Bildungsniveau der Bevölkerung war seit Beginn der 70er Jahre beträchtlich gestiegen. Der Zugang zu politischen Informationen war besser als je zuvor. Das politische Interesse nahm zumindest nicht ab und es ergab keine Änderungen des Wahlrechts.

Mit dieser Grundstimmung sind andere Entwicklungen verbunden, wie zum Beispiel die Wahlbeteiligung generell sowie in besonderen Fällen. Auf Bundes- und Landesebene ist ein langfristiger Trend des Rückgangs der Wahlbeteiligung zu erkennen. Die Europawahlen sind mit großem Desinteresse verbunden bei denen, die zur Wahl aufgerufen sind. Wenn bei der letzten Europawahl von 61.682.394 Wahlberechtigte nur 26.523.104 oder 43 Prozent ihre Stimme abgegeben haben, kann dies nicht zufrieden stimmen, selbst wenn in anderen Ländern die Wahlbeteiligung noch geringer war.

Der Rückgang der Wahlbeteiligung in den letzten Jahren hat viele Gründe. Eine Umfrage, durchgeführt durch die Studentinnen Katharina Funk und Olga Bergmüller an der Universität Augsburg, ergab folgendes Ergebnis⁷²:

Die Wahlbeteiligung ist in den letzten Jahren deutlich gesunken.

Was könnte Ihrer Meinung nach die Ursache dafür sein, dass die Menschen nicht wählen gehen?

Politisches Desinteresse	23,95 %
Kein Vertrauen in die Politik	24,96 %
Wählen zu gehen ist nicht rational, denn eine einzelne Stimme hat keinen Einfluss auf das Wahlergebnis	7,28 %
Im Endeffekt ist es gleichgültig, wer regiert	12,48 %
Alle Politiker sind „Verbrecher“	10,40 %
Fehlende politische Grundkenntnisse	11,44 %
Aus Protest	12,52 %
Sonstiges	4,16 %
Folgende Gründe wurden für „Sonstiges“ genannt:	
– schlichte Faulheit	
– schönes Wetter	
– keine Partei hat den Mut für einen durchgreifenden Sparkurs, denn der kostet Stimmen, siehe SPD von 49 Prozent auf 27 Prozent gefallen!	

Abbildung 1: Umfrage zur Wahlbeteiligung – Funk/Bergmüller

Bei Kommunalwahlen sind insgesamt große Schwankungen bei der Wahlbeteiligung zu beobachten. Es ist äußerst unbefriedigend, wenn sich bei einer Bürgermeisterwahl nur mehr 35,99 Prozent der Wahlberechtigten beteiligen und den einzigen Kandidaten mit 95,21 Prozent wählen, dann mag letztere Zahl zwar euphorisch klingen, ob jedoch diese Entwicklung dem demokratischen Prozess nützt und dadurch stärkt, wird stark bezweifelt⁷³.

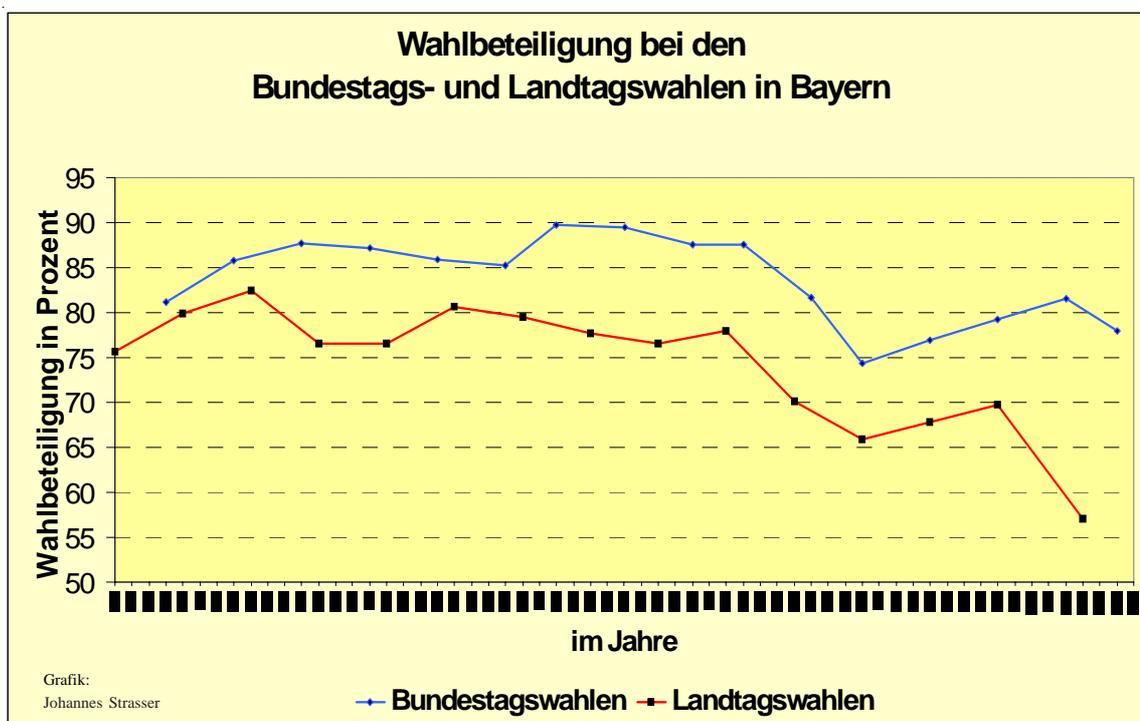
Oder ein anderes Beispiel:

Wenn sich von 6.000 Wahlberechtigten nur mehr 40 Prozent an der Wahl beteiligen und ihre Stimme abgeben, und ein Kandidat 1.320 Stimmen, somit 55 Prozent erhält, ist er zwar zum Bürgermeister gewählt, jedoch nur von 22 Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger. Dies kann einen doch nicht zufrieden stimmen. Der Oberbürgermeister von Leipzig wurde am 26. Februar 2006 in sein Amt mit 65.786 Stimmen von 407.503 Wahlberechtigten gewählt, also

gerade mit 16 Prozent. Alarmglocken der politisch Verantwortlichen müssten in diesem Staat ertönen und eine aktive demokratische Gegenbewegung in Gang gesetzt werden, um die Wahlbeteiligung zu verbessern.

Selbst bei einer äußerst interessanten und in der Öffentlichkeit als spannend beurteilten Landratswahl im Jahre 2004 mit drei Kandidaten gingen nur 57,32 Prozent der Wählerinnen und Wähler zur Wahlurne, sodass bei einem Wahlergebnis von 53,53 Prozent der siegreiche Kandidat allerdings nur 30,6 Prozent der Wahlberechtigten für sich gewinnen konnte.

Es ist doch auch erschreckend, wenn bei den jüngsten Landtagswahlen am 26. März 2006 in Baden-Württemberg die Wahlbeteiligung auf 53,3 Prozent (– 9,3% im Vergleich zu 2001) sinkt oder die in Sachsen-Anhalt nur mehr 44,4 Prozent (–12 Prozent im Vergleich zu 2001) der Wahlberechtigten zur Wahl gehen. Ein Blick auf eine grafische Darstellung der Wahlbeteiligungen seit 1946 in Bayern zeigt, dass die Tendenz eindeutig nach unten geht.



Grafik 3: Die Entwicklung der Wahlbeteiligung in Bayern, 1946–2003

Doch die ganze Diskussion über die zurückgehende Wahlbeteiligung ist nicht neu. Bereits am 22. Oktober 1991 hat Michael Langer im Donau-Kurier von den Nichtwählern als zweitstärkste „Partei“ geschrieben⁷⁴. Entscheidende Reaktionen und Aktivitäten, um diesen Trend zu ändern waren allerdings nicht zu beobachten.

Bei genauerer Betrachtung dieser Entwicklung ist dies eine äußerst unbefriedigende Situation, obwohl die Höhe der Wahlbeteiligung nicht unbedingt mit dem Zustand der Demokratie zu tun hat. An Beiträgen zu dieser Thematik über einen längeren Zeitraum fehlt es nicht:

„Augsburger Wahlforscher sieht Rückzug des Bürgers ins Private“ vom 11. Dezember 1990, Augsburg Allgemeine,
 „Erstwähler bleiben oft der Urne fern“ vom 25. März 1991, Süddeutsche Zeitung,
 „Alarmsignale für die Volksparteien“ 14. Mai 1992, Augsburg Allgemeine,
 „Die Wähler werden immer wählerischer“ vom 25. September 1993, Augsburg Allgemeine,
 „Ähnlich wie in Weimar“ vom 15. Juni 2004, Süddeutsche Zeitung,
 „Verweigerung als politischer Akt“ vom 15. Juni 2004", Süddeutsche Zeitung.

Dies sind nur einige wenige Beispiele. Doch vermisst wird eine intensive Auseinandersetzung mit diesem Thema. Auf der Tagesordnung von Sitzungen verschiedener politischer Gremien erscheint es nicht und falls sich doch eine Kreisvorstandschaft damit befasst, bleibt es, wie in 2.4.4 ausgeführt wird, bei der Vorlage. Weder Parteien, noch der einzelne Politiker nehmen sich Zeit, sich intensiv mit diesem Thema auseinander zu setzen. Sie überlassen es den Politologen, den Meinungsforschern und den Journalisten. Doch es wäre ureigenste Aufgabe der Politik sich mit der Entwicklung der Wahlbeteiligung zu befassen und die vorhandenen Defizite zu beseitigen.

2.4.3 *Jugend und Politik*

Und die Jugendlichen? Sie finden ihr Leben super und haben kein Interesse an der Politik, wie aus einem Bericht der Augsburg Allgemeinen vom 29. Oktober 1992 zu entnehmen ist⁷⁵.

Von den 1.504 befragten Jugendlichen halten 48 Prozent nichts von den politischen Parteien. Ein Jahr später am 24. September 1993 wird Folgendes berichtet: „Immer mehr Jugendliche trauen Parteien und Politiker nicht zu, die Probleme der Zukunft in den Griff zu bekommen.“ Dies geht aus dem neuen Jugendkompass Niedersachsen hervor. Nur noch sieben Prozent der 3.000 Befragten glauben danach an die Kompetenz der Verantwortlichen in der Politik. Vor zehn Jahren waren es noch 12 Prozent. „Weiter wird ausgeführt, dass die Jugend sich immer mehr von der Politik distanziert und nur noch 25 Prozent der Befragten sich für Bundespolitik interessieren⁷⁶.“ Ergebnisse von vor über zehn Jahren⁷⁷! Nichts Konkretes wurde in der Zwischenzeit unternommen. Die Jugendlichen von 1985 und 1995 sind heute erwachsene Bürgerinnen und Bürger. Ihre Einstellung hat sich diesbezüglich nicht geändert.

Diese Entwicklung wurde von Politikern und Parteien nie richtig ernst genommen. Sie wurde lediglich andiskutiert, aber weder konkrete Maßnahmen oder sonst dahingehende Initiativen ergriffen. Es fehlte die politische Vertrauensoffensive.

2.4.4 *Konsequentes Handeln und Kontrolle*

All die angeführten Themen, wie Politikverdrossenheit, schlechte Wahlbeteiligung, Politik-

müdigkeit sind nicht neu. Immer wieder stand es auf der Agenda von Parteien politischer Gruppen, in den Medien wurde berichtet, viel diskutiert, und zwar auf allen Ebenen, so auch in der Vorstandschaft der SPD Donau-Ries am 7. April 1992 bei ihrem monatlichen Treffen. Aus der Sitzungsvorlage, die wörtlich und in ihrer Gesamtheit wiedergegeben wird, kann entnommen werden, dass die gegenwärtigen Themen bereits damals äußerst aktuell waren. Doch wie ernst hat man sie genommen? Haben Parteien und die politisch Verantwortlichen diese Thematik tatsächlich in ihren Focus aufgenommen? Wenn die jetzige Diskussion um die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen am 26. März 2006 betrachtet und verfolgt wird, dann kommen wir zwangsläufig zu dem Ergebnis, dass nichts Entscheidendes getan wurde, um dem lange bekannten Trend entgegenzuwirken. Und die Sitzungsvorlage⁷⁸ hatte folgenden Inhalt:

„Politikmüdigkeit – Nichtwählerpartei – Protestwähler – Krise der Demokratie

– Nicht nur die letzten LT-Wahlen zeigen, dass die Zahl derer in der Bevölkerung steigt, die den Eindruck haben, dass die Politiker ihre Sorgen und Ängste nicht ernst nehmen, auf wichtigen Politikfeldern ihre Hausaufgaben nicht machen.

– Zurückhaltung oder Protesthaltung entsteht auch dadurch, dass die Entscheidungen und der Weg dorthin kaum noch durchsichtig sind, anonym ablaufen und nur notdürftig – oft floskelhaft erläutert werden, vor den Wahlen anders als danach geredet wird.

– Denkwahlwahlen typischer Art waren bisher nur die Europawahlen, wo Ängste, Sorgen und Vorbehalte für den Wähler gehäuft erscheinen und der dem relativ unmächtigen Europa Parlament verpasste Denkwahl keine direkten Auswirkungen auf das eigene Land, den eigenen Lebensbereich zu haben scheint.

– Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass und Asyldebatte treten weitgehend nur deshalb in den Vordergrund, weil die eigenen sozialen Probleme wie Wohnungsnot, Teuerungsspirale, Arbeitsplatz in der letzten Zeit immer drängender geworden sind, der eigene soziale Absturz befürchtet wird und dafür – neben den Politikern noch andere Schuldige gesucht werden.

– Immer mehr wird die Verantwortung für Fehler der Regierenden der politischen Klasse insgesamt angelastet. Das demokratische Wechselspiel, das Ablösung einer Regierung durch die Opposition vorsieht, wenn Erwartungen enttäuscht wurden, wird nicht mehr als reinigende Möglichkeit empfunden.

– Die Wahl von rechtsextremen Parteien, die sich auf die monotone Wiederholung von Phrasen zur Lösung komplexer Probleme beschränken, geschieht auch deshalb, weil die Sehnsucht nach einfachen Lösungen nach dem Motto: ‘Man muss nur ..., dann wird alles besser!’ allgemein zunimmt.

- Rechtsextrem, d.h. antidemokratisch wird auch deshalb gewählt, weil den Protestwählern mehr oder weniger selbstverständlich ist, dass das bestehende politische System nicht erschüttert wird. Ein Wechsel in totalitäre Strukturen wird nur von einer Minderheit wirklich gewünscht.
- Die tagtäglich empfundene Realitätsferne ‘der Politiker’, die von den ‘normalen’ Menschen ‘abgehoben’ sind, wird mittlerweile auch auf der untersten politischen Ebene empfunden. Wenn die gewählten Vertreter im eigenen Dorf, der Heimatstadt immer mehr ‘hinter verschlossenen Türen’ unter Ausschluss der Öffentlichkeit die Themen aushandeln, wird der Eindruck verstärkt, dass ‘sie doch alle gleich’ sind.
- Demokratisch gewählte Gremien geben auch auf dieser Ebene kein gutes Beispiel. Der Respekt vor der anderen Meinung, gar einer Minderheit, lässt oft zu wünschen übrig.

Was tun?

- Lastenverteilung bei der Steuer von oben nach unten beenden,
- Wohnungsnot energisch beseitigen, z.B. Baugenossenschaften wieder fördern
- Entscheidungsabläufe klar darstellen
- Standpunkte klar formulieren und ‘standhalten’
- deutlicher unterscheiden, wer die Macht und damit die Verantwortung hat
- auf Floskeln verzichten
- nicht nur für sich werben, sondern die in demokratischer Verfahrensweise zustande gekommenen Grundlinien offensiv vertreten.“

So ist es leider. Das Problem wurde erkannt, punktuell angesprochen, aber keineswegs weiter verfolgt. So dürfen wir uns heute nicht wundern über Politikmüdigkeit, Nichtwählerpartei, Protestwähler, weil eben die Hausaufgaben nicht gemacht wurden.

2.4.5 *Das politische Engagement*

Ein Weiteres darf nicht übersehen werden. Die Frage nach dem „Wozu sich politisch betätigen“ stellt sich immer öfter und für immer mehr Menschen. „Wozu soll ich mich engagieren?“ „Wozu soll ich Zeit investieren?“ Die politischen Vorgänge sind äußerst kompliziert. Langatmige Debatten und unendliche Diskussion sind nicht motivierend. Und dies oft noch ohne Erfolgserlebnis. Im Gegensatz zum Bund Naturschutz: Erfolge stellen sich schneller ein. Nistkästen werden im März aufgehängt, sie werden von den Kohlmeisen belegt und im April sind die Jungvögel bereits flügge. Oder Hecken werden am Feldrain gepflanzt, sie wachsen, bilden einen Schutzraum für Tiere. Die Ergebnisse der Aktionen werden sehr schnell sichtbar – im Gegensatz zur Politik.

Wer sich wirklich intensiv mit politischen Themen befassen will, muss sehr viel Zeit neben Beruf und Familie aufbringen. Politik und Ehrenamt wird später in 6.3.2.2 im Zusammenhang mit dem Zeitbudget eines Politikers noch näher analysiert werden.

„Der Bürger beziehe zusehends Wahlenthaltung ins Kalkül seiner Entscheidungen ein. Nichtwahl sei als politischer Protest bei unzureichendem Angebot und als Alternative zum Wechsel zu einer anderen Partei durchaus eine rationale Entscheidung“, meinte Rainer-Olaf Schultze in einem Bericht der Augsburger Allgemeinen vom 11. Dezember 1990⁷⁹ zur Abnahme der Wahlbeteiligung. Er sprach im Übrigen von „Zyklen unterschiedlichen politischen Engagements des Bürgers“. Auf Zeiten starker Beteiligung folge Enttäuschung und der „Rückzug ins Private“. In der Bundesrepublik scheine es gegenwärtig nach der starken Mobilisierung in den 70er Jahren und zu Beginn der 80er Jahre, nach den Erfolgen der sozialen Bewegungen und der Grünen, nach der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR und den damit verbundenen Erwartungen und Enttäuschungen eine solche Phase des Rückzugs ins Private zu geben. „Die Legitimation des politischen Systems gerät dadurch längst noch nicht in Gefahr“, bekräftigte der Politikwissenschaftler. Im Gegenteil spreche der Kreislauf von starkem öffentlichem Engagement und zeitweiligem Rückzug ins Private für Normalität. Hinzugefügt werden müsse, dass eine Wahlbeteiligung von rund 80 Prozent im internationalen Vergleich noch immer über dem Üblichen liege. Er erinnerte daran, dass in der Bundesrepublik die Wahlbeteiligung zunächst bei 86 bis 87 Prozent lag, in der sozialliberalen Ära auf 90 Prozent stieg und seitdem kontinuierlich auf 78,5 Prozent (1990) sank. Er stellte für den jüngsten Urnengang „Wahlmüdigkeit, Alternativ- und Perspektivlosigkeit“ fest. Allenthalben sei ein klarer Sieg der Koalition vorausgesagt worden. Dies habe Mobilisierungsprobleme für die Volksparteien in ihren Hochburgen zur Folge gehabt. Die CSU verbucht Verluste und das schlechte Abschneiden der SPD in Nordrhein-Westfalen, wo viele Stammwähler auch aus Unzufriedenheit mit Person und Programm Oskar Lafontaines zu Hause geblieben seien, sind der Beweis hierfür.

Es ist die letzten Jahre, ja Jahrzehnte nicht gelungen, das Ansehen der Politik und der Politiker zu steigern. Es ist nicht gelungen, die Komplexität der politischen Prozesse den Bürgern zu vermitteln. Der Bürger will einfache Antworten auf schwierige Verhältnisse und der Bürger selbst ist durch die vielfältigen Informationen kritischer geworden als früher. Das politische System muss sich fragen: Welchen Beitrag hat es geleistet, was muss es tun, um die Bürger wieder zu gewinnen? Schneller auf Veränderungen reagieren wäre mit Sicherheit eine Möglichkeit.

Doch zunächst werden einige der gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen aufgezeigt, um anschließend die bildungspolitischen Fragen zu behandeln.

3 Gesellschaftliche Veränderungen

Beim Studium der Physikatsberichte der Landgerichte Dillingen, Wertingen, Lauingen und Bissingen aus den Jahren 1858 bis 1861 mit anschließendem Blick auf die Gegenwart sind die epochenweise rapiden Veränderungen der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse gerade in ländlichen Regionen deutlich zu erkennen⁸⁰. Wird 1861 noch davon geschrieben, dass die Schulzimmer für die „große Anzahl der Schulkinder zu klein und zu niedrig“ sind und ein neues Schulhaus in Aussicht gestellt wird, so hat man damals schnell gehandelt. In der Schulbeschreibung vom Jahre 1911 wurden bereits die um 1870 neu erbauten Schulhäuser für Knaben und Mädchen beschrieben⁸¹. Der Weg in das Industriezeitalter machte Investitionen für Bildungseinrichtungen dringend notwendig. Dies geht auch besonders in der Ausstellung zur „Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns seit 1850“, die vom 10. Mai bis 25. August 1985 im Nürnberger Germanischen Nationalmuseum gezeigt wurde, hervor. In dem hierzu erschienenen Ausstellungskatalog wird der rapide Wandel vieler Lebensbereiche oder der Weg vom Industriezeitalter bestens dokumentiert⁸². Im Zusammenhang mit den Ausführungen zum Bildungswesen im Hinblick auf Hausaufgaben, Stundenplan und Unterrichtsgestaltung wurde z.B. darauf hingewiesen, dass 10–15 Prozent aller Volksschüler um die Jahrhundertwende noch erwerbstätig waren. 214.954 Kinder unter 14 Jahren waren es nach der deutschen Berufsstatistik 1895⁸³, und dies vor etwa 120 Jahren. Oder wir blicken auf die jüngste Geschichte, soweit wir noch die Entwicklungen selbst erlebt haben: Die Jahrgänge 1 bis 4 in einer Klasse, drei Fernsehprogramme, die erste Schreibmaschine, der Besuch eines Gymnasiums galt als etwas Besonderes. Die Reformen Anfang der 70er Jahre führten zu vielen Veränderungen: Die Landkreisreform, die Gemeindegebietsreform, die Schulreform, Schulhäuser wurden geschlossen, neue gebaut⁸⁴, zentrale Bildungseinrichtungen wurden geschaffen. Neue Verwaltungen mussten aufgebaut, organisiert und Räumlichkeiten geschaffen werden⁸⁵.

Genauso im Blick auf die Parteien:

Gab es vor allem in den Nachkriegsjahren mit den dominanten Volksparteien der CDU, der CSU und der SPD, eine klare Zuordnung zu einem Rechts- und Linksblock, so kamen später kleinere Parteien wie „Die Grünen“ im Jahre 1980 oder neuerdings mit der Gründung am 22. Januar 2005 die „WASG“, Arbeit und soziale Gerechtigkeit, hinzu.

Enorme Veränderungen in der Arbeitswelt führen zur Forderung nach höheren Qualifikationen und die Vereinbarung von Beruf und Familie steht plötzlich im Vordergrund im Hinblick darauf, dass Deutschland familienfreundlicher werden muss⁸⁶.

Ein besseres Gespür für die Umwelt hat sich entwickelt. Die Erkenntnis, dass der Mensch inmitten der Natur lebt und nicht außerhalb, führt zu einer anderen politischen Betrachtungsweise⁸⁷. In diesem Zusammenhang ist die Gesellschaft sensibler geworden gegenüber Gesundheit und Ernährung. Der Verbraucherschutz nimmt plötzlich einen hohen Stellenwert ein und führt sogar zur Errichtung neuer Ministerien in Bund und Ländern. Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz wurde durch Beschluss des Bayerischen Landtags am 14. Oktober 2003 geschaffen. Der nachhaltige Schutz des Menschen, der natürlichen Lebensgrundlagen spielt in einer ganzheitlichen Betrachtungsweise eine entscheidende Rolle⁸⁸. So hat sich vieles in unserem persönlichen und im öffentlichen Leben gewandelt, und zwar mit einer enormen Geschwindigkeit gerade die letzte drei Jahrzehnte. Im Folgenden werden die Veränderungen einiger wichtigen Bereiche unserer Gesellschaft besonders analysiert, immer unter dem Blickfeld der Aufgabenstellung: „Veränderungen und Reaktionen der Politik.“

3.1 Wertewandel

Werte eines Menschen oder einer Gesellschaft dienen als Leitfaden, als Richtung oder Orientierung. „Eine Gemeinschaft werde nicht nur durch äußere Einrichtungen zusammengehalten, sondern vielmehr durch den Glauben an sittliche Werte“, schrieb in einem Brief vom 29. Oktober 1944 Wilhelm Hoegner an den ehemaligen Reichskanzler Josef Wirth⁸⁹. Wilhelm Hoegner verweist dabei darauf, dass der Freiheitsgedanke, Humanismus und Christentum die höchsten „Kulturwerte“ des Abendlands darstellen und zu den Bausteinen jeder abendländischen Gesellschaftsordnung gehören. Werte, wie Sicherheit, Stabilität und Pflichterfüllung, oft auch „alte“ Werte genannt, stammen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und galten als Orientierung für die Nachkriegsgesellschaft. Materielle Werte wie Konsum, Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung rücken dann plötzlich in der Werteskala in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens. „Soziologen beschrieben diese Tendenzen mit den Schlagworten Individualisierung, Pluralisierung, Fragmentierung und Entstrukturierung. Einfacher ausgedrückt – die Gesellschaft verfällt nicht mehr in wenige Klassen, sondern zersplittert sich in tausende Facetten⁹⁰.“

Oder anders und bildlich ausgedrückt: Die Gesellschaft als ursprünglich Gesamtes zerfällt immer mehr in viele kleine Mosaikteile. Die Schwierigkeit für die Politik besteht darin, dass sie diese Mosaikteile wieder zu einem Gesamtbild zusammenfügen sollte oder muss. Die Vernetzung der politischen Interessen oder eine ganzheitliche Perspektive sind heute gefragt. Schwierig ist diese politische Aufgabenstellung deshalb, weil jedes einzelne Mosaik starken Druck auf die Politik und somit auf die Parteien und deren Verantwortliche ausübt. Daher wird gegenwärtig in nahezu

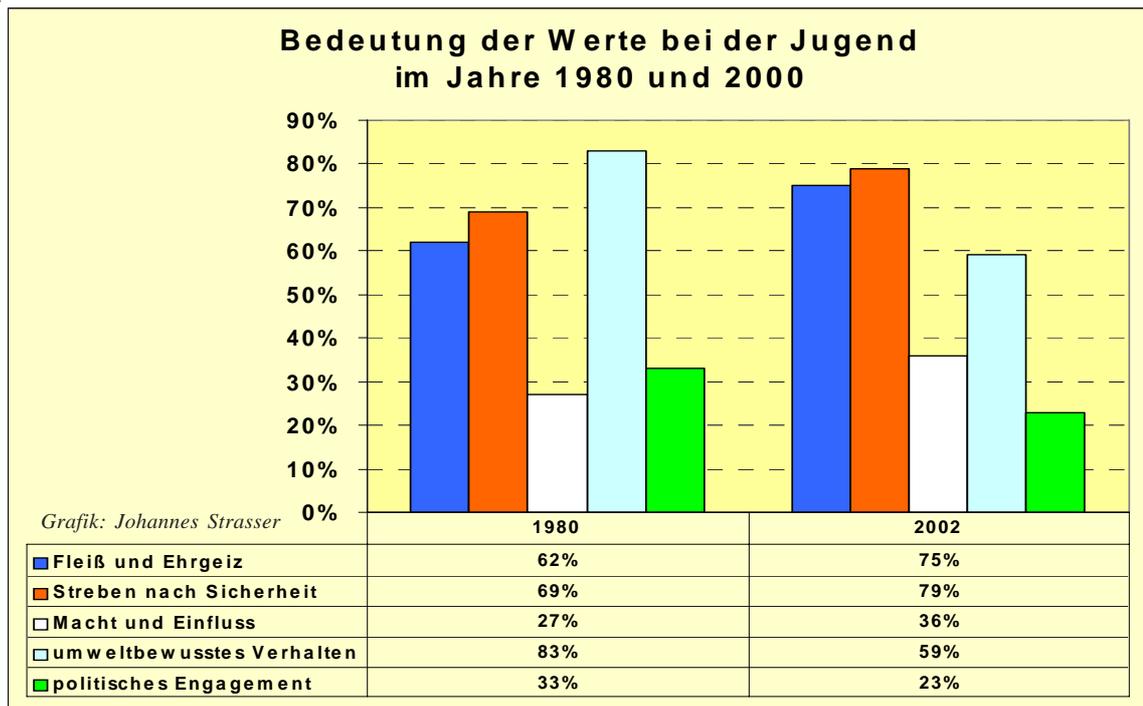
allen Parteien an Grundsatzprogrammen gearbeitet⁹¹. Mit dem Wertewandel und den Konsequenzen für die demokratische Grundordnung befasst sich Hans-Otto Mühleisen in einer Gedenkschrift für Manfred Hättich: „Das menschliche Maß aller Dinge.“ Auf die Wechselwirkung von Wertewandel und politischen Aktivitäten und Initiativen wird verwiesen und mit aktuellen Diskussionen beispielhaft belegt. Der „Wert soziale Gerechtigkeit“ und die Bedeutung der sozialen Sicherheit“ für den Einzelnen haben zugenommen⁹². Dabei verweist Hans-Otto Mühleisen auch auf den früheren SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering, der auf dem außerordentlichen Parteitag am 21. März 2004 die Frage stellte: „Was sind Werte, die die Grundlagen unserer Politik sind und für die Zukunft sein können⁹³?“

Wertewandel oder Änderung des Wertebewusstseins sollen und müssen als äußerst „komplexer Prozess“ immer im Mittelpunkt der politischen Orientierung stehen. Daher wird gegenwärtig nahezu in allen Parteien an Grundsatzprogrammen gearbeitet und somit versucht auf die vielen Fragen der Orientierung eine Antwort zu geben.

3.1.1 Wertewandel bei der Jugend

Speziell im Hinblick auf die Jugend haben sich die Werte und die Wertvorstellungen geändert. Mit zwei Zahlen macht Hans-Otto Mühleisen dies besonders deutlich: „1967 hatten junge Menschen unter 30 Jahren den Erziehungszielen, die ihre Eltern für wichtig hielten, wie Höflichkeit, Sauberkeit und Ähnliches, noch mit 80 Prozent zugestimmt. 1972, also 5 Jahre später, war dieser Anteil unter 50 Prozent gesunken. Vielleicht noch eine aussagekräftigere Zahl: 1967 hielten es erst 24 Prozent der Frauen für möglich in einer Partnerschaft ohne Ehevertrag zu leben. Man nannte dies damals eine wilde Ehe. Wenige Jahre später konnten sich 76 Prozent eine solche Lebensform vorstellen⁹⁴.“ Heute will die Jugend im Gegensatz zu den 80er Jahren konkrete und praktische Probleme in Angriff nehmen, die aus ihrer Sicht mit persönlichen Chancen verbunden sind. Übergreifende gesellschaftliche Reformen stehen nicht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Jugendlichen. Im Laufe der letzten Jahre sind bei den Jugendlichen Leistungssicherheit und Macht wichtiger geworden, als dies früher der Fall war.

Vor etwas über 20 Jahren, im Jahre 1980, waren 62 Prozent der Jugendlichen im Alter von 16 bis 20 Jahren der Auffassung, dass Fleiß und Ehrgeiz wichtig sei. 2002 waren es dann bereits 75 Prozent. Die Wichtigkeit des Strebens nach Sicherheit stieg von 69 Prozent auf 79 Prozent, bei Macht und Einfluss von 27 Prozent auf 36 Prozent. Auf der anderen Seite lag umweltbewusstes Verhalten bei Jugendlichen bei 83 Prozent in der zweiten Hälfte der 80er Jahre und fiel nunmehr nach der Shell-Jugendstudie zurück auf 59 Prozent⁹⁵.



Grafik 4: Wertewandel bei der Jugend: Was war und ist der Jugend wichtig in den Jahren 1980 und 2002 – ein Vergleich.

3.1.2 Wertewandel und die Entsolidarisierung

Die Wichtigkeit des politischen Engagements war in den 80er Jahren schon nicht besonders ausgeprägt und sank weiter von 33 Prozent auf 23 Prozent ab. Neben der Werteeinstellung bei der Jugend und der Gesellschaft insgesamt vollzog sich auch eine Mentalitätsänderung gegenüber den gewachsenen Organisationen, speziell den Parteien und vielen Institutionen. Durch die Begriffe und politischen Botschaften wie Privatisierung, Entsolidarisierung und Pluralisierung haben natürlich viele Großorganisationen wie Parteien, Kirchen und Gewerkschaften zu leiden. Einher ging mit dieser Entwicklung ein Vertrauensverlust für Politik, Parteien, Parlamente und Politiker, wie nachstehende Darstellung aus Emnid-Informationen verdeutlicht⁹⁶.

Die Wert- und Zielvorstellungen der Jugend in den 80er Jahren haben sich verändert. Die Jugendlichen von damals sind heute erwachsene Bürger, und die Jugendlichen heute werden es eines Tages sein. Deshalb darf es uns nicht wundern, wenn heute die Gesellschaft andere Vorstellungen hat, als viele Verantwortliche in Verbänden, Politik und Religionsgemeinschaften oder Gewerkschaften. Diese Veränderungen oder der Wertewandel insgesamt steht immer in einem Wechselverhältnis zur Politik und ist, wie viele Untersuchungen beweisen mit einem Vertrauensverlust gegenüber politischen Mandatsträger und Gruppen verbunden.

Enormer Vertrauensverlust			
Ausgewählte Institutionen	Anteil der erwachsenen Bevölkerung, die der jeweiligen Institution Vertrauen entgegenbringt		Veränderungen 1983–1993 in %
	1983	%	
Bundestag	76		–29
Parteien	50		–24

Tabelle: Johannes Strasser

Tabelle 1: Bericht in der Berliner Morgenpost vom 15. September 1995 über eine Emnidumfrage⁹⁶. Der Bericht wurde tabellarisch dargestellt

3.2 Technischer Fortschritt

Die moderne Technik hat vor allem die letzten drei Jahrzehnte in allen Bereichen unseres Lebens Einzug gehalten, in die Fabriken, am Arbeitsplatz, in die öffentlichen Verwaltungen, in die Schulen – eigentlich überall. Technische Erneuerungen erfolgen in immer geringeren Abständen. Stand in einem Wohnzimmer 1972 noch ein schwarz-weiß Fernsehapparat mit drei Programmen, so können heute im Jahre 2005 auf einem Flachbildschirm in der Größe von 80 auf 40 cm insgesamt 34 Programme empfangen werden. Der Fernseher ist bequem vom Sofa aus zu betätigen. Und hinzu kommt noch, dass nicht nur das Wohnzimmer mit einem Fernsehgerät ausgestattet ist, sondern oft das Schlafzimmer und sogar die Kinderzimmer. Natürlich hat der Fernsehkonsum der Kinder Auswirkungen auf ihr Verhalten und tangiert somit die Bildungspolitik. Die neuen Technologien haben nicht nur die Welt verändert, sondern auch die Kinder, und zwar bevor sie in die Schule kommen und verringert deren Einflussmöglichkeiten ständig⁹⁷.

Ein Blick in die öffentlichen Verwaltungen zeigt ähnliche Veränderungen. Zählten im Rathaus der Gemeinde Tapfheim (Landkreis Donau-Ries) 1973 noch zwei elektrische Schreibmaschinen und eine Reiseschreibmaschine zum Verwaltungsinventar, so stehen heute dem Personal zwei Kopiergeräte, 11 Bildschirme mit Rechner, ein Zentralrechner, 11 Drucker und eine zentrale Telefonanlage mit 11 Apparaten zur Verfügung⁹⁸. An das Verwaltungspersonal werden völlig andere Anforderungen gestellt. Ein Blick in den Produktionsablauf von Wirtschaftsunternehmen zeigt folgende Entwicklung: Dort, wo früher Arbeiter am Fließband standen, sind heute moderne, von zentralen Büros aus gesteuerte Anlagen im Einsatz, natürlich verbunden mit einer entsprechenden Produktionssteigerung und Arbeitsplatzabbau. Haben z.B. 1960 etwa 500 Beschäftigte der Zuckerrübenfabrik in Rain am Lech (Regierungsbezirk Schwaben) täglich 3.000 Tonnen Rüben verarbeitet, wird heute die vierfache Menge, also 12.000 Tonnen Rüben von der Hälfte des damaligen Personals erledigt⁹⁹.

Zuckerrübenfabrik Rain am Lech

im Jahr 1960	500 Beschäftigte verarbeiten	3.000 t Zuckerrüben täglich
im Jahr 2000 (nur 40 Jahre später)	250 Beschäftigte verarbeiten	12.000 t Zuckerrüben täglich

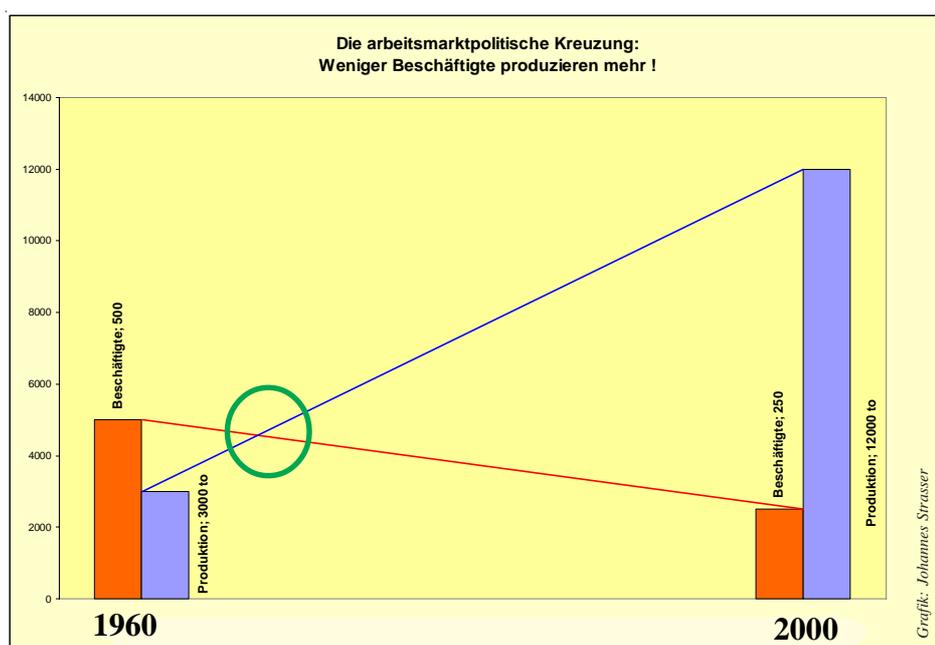
Tabelle: Johannes Strasser

Tabelle 2: Entwicklung von Beschäftigung und Produktion⁹⁹

So hat der technische Fortschritt alle Bereiche unseres Lebens erfasst und verändert. Die Bildungspolitik war und ist herausgefordert, schnell auf diese Veränderungen zu reagieren. Und hier bestehen, wie noch später ausführlich dargelegt wird, absolute Handlungsdefizite.

3.3 Die Arbeitswelt

Auf alle Bereiche der Wirtschaft können diese wenigen oben aufgeführten Beispiele übertragen werden. Diese Entwicklung kann auf einen einfachen Nenner gebracht werden: Höhere Produktion mit weniger Personal und dafür höhere Qualifikationen, Verlagerung in Billiglohnländer und die gering oder weniger Qualifizierten haben Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Mit dieser Zielsetzung hat sich der Bayerische Senat in einem Antrag vom 4. Mai 1999¹⁰⁰ befasst, allerdings ohne den nötigen Erfolg, wie von der IHK Schwaben am 6. Juli 2005 allgemein festgestellt wird¹⁰¹. Die Bildungspolitik wird aufgerufen und gefordert, die Veränderungen im wirtschaftlichen Leben ernst zu nehmen, Initiativen für höhere Qualifikationen auf der einen Seite und für die weniger Qualifizierten auf der anderen Seite zu starten. Dieser „bildungspolitische Spagat“ müsste schon längst angepackt werden. Doch die Politik bewegt sich nur zäh und zu langsam, wie auch die nächste Grafik verdeutlicht.



Grafik 5: Die arbeitsmarktpolitische Kreuzung = Schnittstelle von Produktion und Beschäftigtenzahl

Die „arbeitsmarktpolitische Kreuzung“, bei der sich die Produktionssteigerung und der Personalabbau auf gleicher Ebene treffen, hat enorme Auswirkungen auf die Inhalte, die unsere Bildungssysteme vermitteln müssen und sollte eigentlich eine „bildungspolitische Wende“ sein. Doch leider war sie dies in den 80er Jahren nicht. So ging kostbare und wertvolle Zeit verloren, weil nicht rechtzeitig gehandelt wurde.

Von dem Wertewandel und dem technischen Fortschritt, wie oben beschrieben, ist natürlich die Arbeitswelt ganz besonders betroffen. Wer früher auf der elektrischen Schreibmaschine schrieb, muss heute den Computer beherrschen, muss sich weiter und besser qualifizieren, um im Berufsleben überhaupt bestehen zu können. Die Ausbildung 1975 war anders als heute. Die Anforderungen sind enorm gestiegen. Der frühere Kraftfahrzeugmechaniker musste sein Können erweitern. Nicht mehr der Mechaniker, sondern der Mechatroniker ist heute gefordert. Das ist die Realität und hierauf muss reagiert werden. Berufsbilder und Lerninhalte sind neu zu konzipieren und festzuschreiben. Schlüsselqualifikationen wie Kommunikations-, Kompetenz-, Team- und Konfliktfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Kritik- und Entscheidungsfähigkeit werden benötigt, um im Berufsleben künftig bestehen zu können. Bestehende Schulorganisationen müssen überdacht und auf ihre Zukunftsfähigkeit überprüft und falls notwendig verändert werden¹⁰². Die allzu langen Ausbildungszeiten werden in Frage gestellt und vieles mehr. Es bleibt in einer schnelllebigen Zeit tatsächlich nicht viel Zeit, notwendige Veränderungen vorzunehmen, es muss zügig reagiert werden. Schafft dies die Politik?

3.3.1 *Weniger Beschäftigte und höhere Produktivität*

Die Automatisierung und Rationalisierung haben die Wirtschaftsprozesse, aber auch die Anzahl der Beschäftigten, wie oben bereits erwähnt, total geändert. Dies wurde auch am Beispiel der Zuckerrübenfabrik Rain am Lech exemplarisch dargestellt. Ein Blick in die einzelnen Abteilungen zeigt, dass sich die Produktionsprozesse völlig verändert haben. Wo früher z.B. 24 Frauen noch mit dem Abpacken von Würfelzucker beschäftigt waren, regelt diese Arbeit heute der Roboter¹⁰³. Zwei Beschäftigte überwachen den Abpackungsvorgang. Maschinen, Roboter und Programme erledigen die Arbeit. Vollautomatisiert – in einer Minute 2.500 Zuckerpäckchen. Unvorstellbar! Ein anderes Beispiel aus dem Geschäftsbericht des Jahres 2004 der Firma BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH, Robert-Bosch-Straße 16 in Dillingen (Regierungsbezirk Schwaben):

Mehrjahresübersicht der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte (in Millionen Euro)									
	2004	2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997	Veränderungen
Umsatz	6.844	6.296	6.289	6.092	6.278	5.484	5.257	4.906	1.930
Veränderungsquote in % gegenüber Vorjahr	9	0	3	-3	15	4	7	9	39,5
Auslandsquote in %	77	74	73	71	71	68	64	62	6,25
Mitarbeiter in 1000 am Stichtag	34,5	34,4	35,7	35,6	36,5	36,3	33,4	32,3	

Tabelle: Johannes Strasser

Tabelle 3: Umsatz und Personalentwicklung bei Bosch und Siemens Hausgeräte, tabellarisch dargestellt aus dem Geschäftsbericht 2004

Die Tabelle zeigt die weltweite Entwicklung des Konzerns. Aus der Mehrjahresübersicht ist zu entnehmen, dass der Umsatz um 39,5 Prozent zunahm, die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lediglich um 6,25 Prozent. Der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung stieg sogar um 263 Prozent¹⁰⁴.

Die Beispiele können beliebig fortgeführt oder auf einen ganz einfachen Nenner gebracht werden: Weniger Personal produziert heute wesentlich mehr. Höhere Qualifikationen sind im Berufsleben erforderlich und hierauf muss die Bildungspolitik reagieren, und zwar ständig und schnell.

3.3.2 Erwerbstätigkeit und die Sozialversicherungspflicht

Viele Fakten, Zahlen und Entwicklungen sind bekannt. Doch auf Änderungen, gerade die Sozialsysteme betreffend, wurde nicht rechtzeitig reagiert. Vor dem Hintergrund einer positiven Bevölkerungsentwicklung bis hin auf 12.230.255 (31.12. 2004) Einwohner müssen die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse gesehen werden. Waren es im Jahre 1995 noch 4.253.281 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen, so waren nach der aktuellen Statistik vom März 2005 4.204.400 Beschäftigte¹⁰⁵ im Freistaat Bayern sozialversicherungspflichtig oder 48.881 weniger als vor zehn Jahren bei einem gleichzeitigen Einwohnerzuwachs von 212.745¹⁰⁶. Trotz dieser bekannten Entwicklung ist es der Politik nicht gelungen, zügig die Sozialsysteme ins richtige Lot zu rücken. Die politischen Defizite sind durch die Fakten nicht zu leugnen.

Ein Blick in die Bauwirtschaft: Im Jahre 2005 betrug die Anzahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe noch 140.381 Beschäftigte, am 31. Dezember 2000 waren es noch 180.788, im Gegensatz zu einer Beschäftigungszahl 1995 mit 2.354.274¹⁰⁷. Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt haben sich vollzogen, ohne dass die Berufsschulstruktur inhaltlich angepasst oder entscheidende Wirtschaftsimpulse gegeben wurden.

Im produzierenden Gewerbe war die Entwicklung wie folgt: Im Jahre 2000 gab es noch insgesamt

1.759.704 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und am 31. März 2005 waren es nur mehr 1.555.300, also insgesamt 203.700 oder 11,5 Prozent weniger¹⁰⁸. Die Politik nahm diese Fakten zwar zur Kenntnis, ohne aber Initiativen für mehr Beschäftigung und bessere Qualifizierungsmaßnahmen einzuleiten, denn vom technischen Fortschritt im Zusammenhang mit der Produktionssteigerung und dem parallel dazu verlaufenden Personalabbau sind besonders die weniger qualifizierten Beschäftigten betroffen, z.B. die 24 Frauen bei der Würfelzuckerproduktion in Rain am Lech. Vor diesem Hintergrund darf man sich nicht über die Klagen in der Gesellschaft und Unverständnis gegenüber der Politik wundern, überdrüssig ewiger Diskussionen über die Finanzierung der Sozialsysteme, ohne zu einem Ziel führenden Ergebnis, Parteienstreit und gegenseitige Schuldzuweisung. Ein Verhalten, mit dem man nicht gerade mehr Vertrauen schafft. Das Gegenteil ist der Fall, wie zahlreiche Studien beweisen oder wie im Magazin der Stern, Nr. 38/2004 auf Seite 56 zu lesen ist: „Nur noch 27 Prozent der Ost- und 41 Prozent der Westdeutschen sind zufrieden damit, wie Demokratie und somit Politik derzeit funktioniert“¹⁰⁹.“

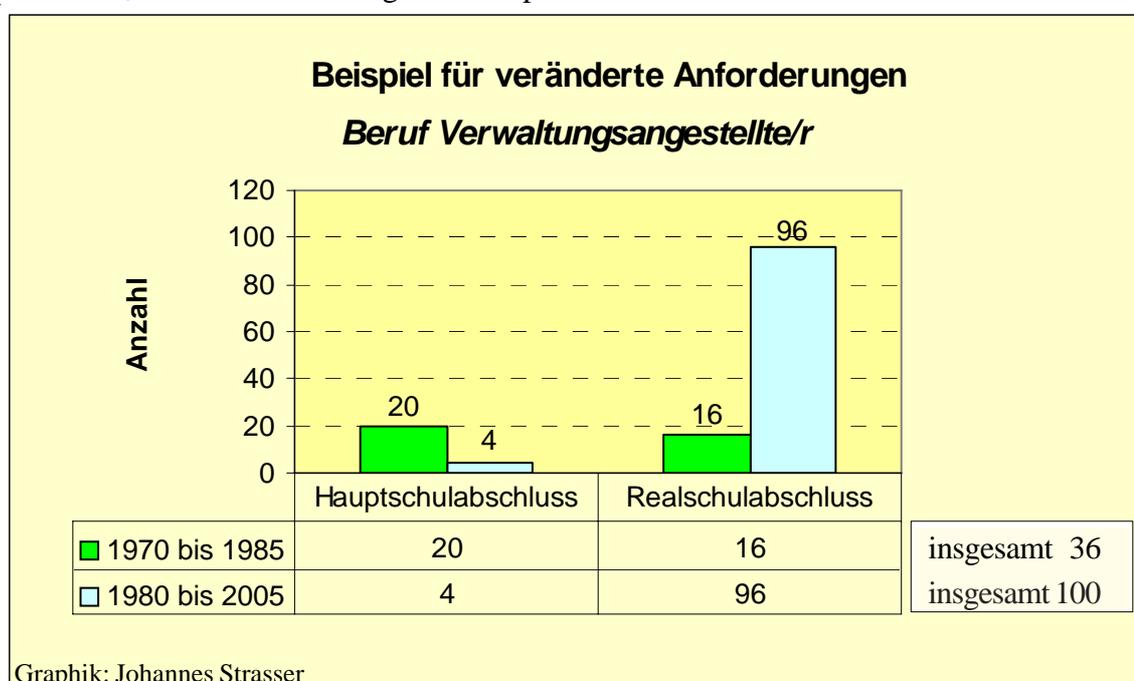
3.3.3 *Qualifikationen und Anforderungen*

Doch nicht nur ein Blick in die Statistik und angestellten Vergleiche zeigen Handlungsdefizite der Politik auf, sondern auch Behörden und Institutionen waren nicht in der Lage rechtzeitig auf Veränderungen zu reagieren und notwendige Impulse für die Politik zu geben. Hat sich im Jahre 1975 ein Hauptschüler in einem Schreinereibetrieb beworben, so hatte eben der Hauptschulabschluss gereicht¹¹⁰. Interessant: Doch zehn Jahre später sieht dies ganz anders aus. Ein Schreinereibetrieb in der Gemeinde Tapfheim sucht 1988 einen Auszubildenden für das Schreinerhandwerk¹¹¹.

Voraussetzung: Mittlere Reife (!). In vielen anderen Berufen ging es ähnlich. Verkäuferinnen mit Mittlerer Reife waren plötzlich gefragt, Verwaltungsangestellte mit dem Hauptschulabschluss wurden abgelehnt. Dort wo früher die Mittlere Reife ausreichte, wurde jetzt den Abiturienten der Vorrang gegeben. Ein Verdrängungsprozess hatte eingesetzt. Und die Bildungspolitik? Rhetorisch wurde die Stärkung der Hauptschule gefordert, doch die Entwicklung lief anders. Es wurde von Verbänden wie z. B. der Handwerkskammer unter Beifall von Politikern oft realitätsfern und populistisch gefordert, lieber einen guten Hauptschüler einzustellen als einen schlechten Realschüler. Dass mit diesen realitätsfernen Worten in einer geänderten Arbeitswelt die Hauptschule nicht gestärkt wurde, war vielen nicht bewusst. Es fehlte ein realistischer Blick. Diese Haltung und diese Äußerungen haben ganz wesentlich den notwendigen Prozess der Stärkung der Bildungseinrichtungen wie z.B. der Hauptschule nicht vorangebracht¹¹². Wie sieht es im öffentlichen Dienst insgesamt, in den Landratsämtern und Gemeindeverwaltungen aus?

War es in den 70er und 80er Jahren möglich, einen Ausbildungsplatz in den Rathäusern oder bei Behörden mit einem Hauptschulabschluss zu erhalten, so ist dies heute unvorstellbar. Ein mittlerer Bildungsabschluss ist heute Mindestvoraussetzung¹¹³. Bei einem Fachgespräch im Bayerischen Landtag am 7. April 1997 hat der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, Herr Dietmar Franzke, darauf hingewiesen, dass im Freistaat Bayern ein Hauptschüler mit qualifiziertem Abschluss im mittleren Dienst keine Chance mehr habe. Der Anteil beträgt 10 Prozent. Alle anderen haben höhere Qualifikationen¹¹⁴. Dies wurde ohne Widerspruch von den zahlreichen Teilnehmern hingenommen.

Im Landratsamt Dillingen (Regierungsbezirk Schwaben) wurden für Verwaltungsangestellte von 1980 bis 2005 genau 100 Ausbildungsplätze geschaffen, davon vier mit einem Hauptschulabschluss, wie es in der nachfolgenden Graphik verdeutlicht wird.



Graphik 6: Vermehrt wird der Realschulabschluss gegenüber dem Hauptschulabschluss gefordert.

Diese Entwicklung erklärt den Trend zum Übertritt in die Realschulen und Gymnasien. Höherer Bildungsabschluss bedeutet größere Chance für einen Ausbildungsplatz.

3.3.4 Berufe – alte verschwinden und neue entstehen

Die Berufe und die einzelnen Berufsbilder sind einem ständig fortschreitenden Wandel unterworfen. Den Kraftfahrzeugmechaniker von 1980 gibt es heute nicht mehr, weil sich das technische Innenleben des Autos geändert hat. Das Auto ist ein „Computer“ bzw. es entsteht ein neuer Beruf: der Kraftfahrzeugmechatroniker, der sich besonders mit der Fahrzeugtechnik und der Technologie befasst. Ausbildungsvoraussetzungen sind, wie die Dresdner Verkehrsbetriebe bei einer Ausschreibung festlegen: „Mindestens Realschulabschluss“¹¹⁵.

Daher braucht der frühere Kfz-Mechaniker auch eine andere Ausbildung und eine höhere Qualifikation. Die Bildungspolitik muss reagieren, eine andere Ausstattung für die Berufsschulen ist notwendig, das Lehrpersonal braucht eine andere Ausbildung. Berufe müssen wie beim Kraftfahrzeugmechatroniker mit Verordnung vom 9. Juli 2003 erfolgt¹¹⁶, neu definiert werden.

Die Tarifparteien, also Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen, haben sich immer wieder in einem ständigen Prozess darauf geeinigt, dass neue Berufsbilder geschaffen werden müssen. Jahre ziehen oft ins Land, bis es zu einer Einigung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften unter Mitwirkung der zuständigen Ministerien und Behörden kommt. Nach der Einigung auf ein neues Berufsbild, müssen die Lehrpläne der Schulen und ihre Ausstattungen angepasst werden. Änderungen von Berufsbildern und die verwaltungsmäßige Umsetzung muss in einer schellebigen und sich rasch ändernden Berufswelt zügiger erfolgen als dies derzeit der Fall ist. Wie sich die Berufswelt und die Berufsbilder geändert haben, soll folgender Beitrag zeigen:

Vom Buchdrucker zum Mitarbeiter in der Empfangsloge

Er trat 1964 in die Lehre ein und lernte Buchdrucker in Dillingen bei der Firma Schmalzgruber. 13 Jahre hat er dort gearbeitet. Dann wechselte er nach Günzburg zu Appel-Druck. Anstelle von Buchdruck kam der Offsetdruck. Und so schulte er zum Offsetdrucker um. Darauf ging's zurück nach Dillingen als Reprografiker bei der Manz AG und dies bis zum Jahre 2002. Was war zu tun als Reprografiker? Die von der Redaktion gefertigten Berichte wurden fixiert, umgebrochen und die Druckplatten hergestellt und so die technischen Voraussetzungen für den Zeitungsdruck geschaffen. Und dann kam alles anders, denn die Arbeitsabläufe haben sich geändert. Die Technik hielt Einzug, der Umbruch fiel weg, die Redakteure erledigten diese Arbeit selbst. Die Manz AG, eine Tochter der Augsburger Allgemeinen, stellte den Betrieb ein. Den Beschäftigten wurde als Alternative das Kompetenzzentrum der Augsburger Allgemeinen in Donauwörth angeboten: Der frühere Buchdrucker war jetzt als Mediengestalter in diesem Kompetenzzentrum Nord in Donauwörth tätig. Der Buchdrucker, Offsetdrucker und Reprografiker nahm als Mediengestalter diese Aufgabe an. Eine neue Herausforderung. Anzeigen wurden gestaltet für die Donau-Zeitung, Donauwörther Zeitung und Neuberger Rundschau. Doch die Technik entwickelt sich immer wieder weiter und die Kostenrechnung ebenso. Alles viel zu teuer, zu viel Personal. So war eben die Kostenrechnung. Zu viel Personal! Was macht jemand, der 50 Jahre alt ist? Ihm wird etwas anderes angeboten. Er hat die Wahl, dieses Angebot anzunehmen oder nicht. Und so ist der gelernte Buchdrucker jetzt als Pförtner in der Empfangsloge in Augsburg tätig. Zwölf Stunden, und dies im Schichtbetrieb. Begonnen mit 15 Jahren in blauer Jacke, Arbeitsanzug eines Buch- und Offsetdruckers und Reprografikers, dann mit weißem Hemd als Mediengestalter am PC

und jetzt nach 40 Jahren Berufsleben mit dunklem modischem Hemd und Krawatte als Mitarbeiter in der Empfangsloge. Täglich sind 100 km Fahrstrecke zurückzulegen. So hat der jetzige Pförtner in 40 Jahren vier verschiedene Berufsfelder durchlaufen. Als Buchdrucker begonnen, dann zum Offsetdrucker umgeschult, dann als Reprografiker und Mediengestalter gearbeitet und nun Pförtner. Übrigens: Ehrenamtlich war der Offsetdrucker, Reprografiker und Mediengestalter ebenfalls tätig, jetzt allerdings nicht mehr. Geht nicht mehr. Der Schichtbetrieb und 100 km Fahrweg lassen dies nicht mehr zu.

Ein Beispiel dafür, wie die Arbeitswelt den Menschen und seine Aufgaben verändert und der Einzelne eigentlich gezwungen wird, sich dem Prozess anzupassen, wieder neu zu lernen und andere Berufsfelder wahrzunehmen. Und die Bildungspolitik? Hat sie auf diese Entwicklung reagiert? *Johannes Strasser, April 2004*¹¹⁷.

Eng verbunden mit dieser sich rasch wandelnden Berufswelt sind ständig steigende Anforderungen an die Qualifikationen, wie bereits in 3.3.3 ausgeführt.

3.4 Statistische Betrachtungen

Wird die Politik plötzlich mit neuen Problemen konfrontiert oder von angeblich neuen Zahlen, Fakten und Entwicklungen überrascht, dann wird hier oft wie folgt argumentiert:

Dies war so nicht bekannt, dies konnte man nicht wissen, dies ist völlig überraschend auf uns zugekommen und vieles mehr wie z.B. bei der gegenwärtigen Diskussion um die Migrationsprobleme und die Integration. Mit dieser Thematik hatte sich der Ausschuss für kulturpolitische Fragen im Bayerischen Landtag bereits am 6. Dezember 1988 befasst¹¹⁸. Und in einem Parlamentsantrag vom 9. Dezember 1988 wurden zur besseren Betreuung und Förderung der Aussiedlerkinder zum Erlernen der deutschen Sprache mehr Lehrkräfte gefordert. Der Antrag hatte folgendes Ziel: „Die erwachsenen Aussiedler müssen möglichst rasch die Sprache lernen, um dem Arbeitsprozess zur Verfügung zu stehen. Das Gleiche gilt für die Integration der jungen Leute.“ Die gegenwärtigen Probleme waren aufgrund der Fakten also bereits damals bekannt¹¹⁹.

Dass die Gesellschaft immer älter wird und der Anteil der über 65-Jährigen steigt, ist nicht neu. Das Statistische Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11 in 65189 Wiesbaden als auch das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Neuhauser Str. 8, 80331 München leisten über Jahrzehnte hinweg eine hervorragende Arbeit und informieren gründlich und ausführlich. Sie liefern die Arbeitsgrundlagen für die politischen Entscheidungsträger und ihre Verwaltungen¹²⁰.

Doch oft erfolgt keine oder nur eine zu späte Reaktion. Warum?

Die Daten müssen angesehen, zur Kenntnis genommen und verarbeitet werden, um die politischen Weichenstellungen vornehmen zu können. Rechtzeitig und vorausschauend müsste gehandelt und

entschieden werden. Doch das politische Denken und Handeln geschieht jedoch immer nur im periodischen Wahlsystem und leider nicht darüber hinaus, ist also nicht langfristig angelegt, also von der Wahlperiode 1998 bis 2003 oder jetzt von 2002 bis derzeit 2005. So werden viele Entwicklungen überhaupt nicht wahrgenommen, weil nur in vier oder fünfjährigen Wahlzyklen gedacht und gehandelt wird. Dass die Zahl der 65-Jährigen und Älteren größer wird und die Zahl der Sechsjährigen abnimmt, ist seit langem bekannt, wie bei einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Deutschen Bundestages am 15. März 1989 klar vorgebracht wurde¹²¹.

3.4.1 *Alterstruktur und die bekannten Fakten*

Bei einer Einwohnerzahl von 10.479.386 Einwohnern in Bayern am 31. 12. 1995 waren 808.262 Kinder unter sechs Jahren und 1.854.239 Bürgerinnen und Bürger älter als 65 Jahre, 1970 waren es 1.571.907 oder 15 Prozent im Gegensatz zu 17,7 Prozent im Jahre 1995¹²².

Die Einwohnerzahl in Bayern und die Altersgruppen haben sich geändert. Der Anteil der Kinder unter sechs Jahren wurde trotz steigender Bevölkerungszahlen geringer. Der Anteil der Älteren über 65 Jahren wurde größer. Veränderungen, die sich auf das Bildungssystem, die Organisation der Bildungseinrichtungen, die Arbeitswelt und die Sozialsysteme auswirken. Hat die Politik auf diese Bevölkerungsentwicklung rechtzeitig oder zeitnah reagiert? Wurde das Rentensystem auf eine neue, der veränderten Situation angepasste Grundlage gestellt? Leider nein. Und so wird der Berg der zu lösenden Probleme gegenwärtig immer größer und parallel dazu steigt der Vertrauensverlust gegenüber der Politik.

3.4.2 *Bildungseinrichtungen – ein Mehr und doch weniger*

Kindergärten oder besser die vorschulische Bildungseinrichtung muss als Basis des gesamten Bildungssystems gesehen werden. Daher wird in den PISA-Untersuchungen der Zeit vor der Grundschule größere Aufmerksamkeit gewidmet. „Schüler, die über ein Jahr an der Vorschule teilgenommen haben, waren bis zu einer Kompetenzstufe auf der Mathematik-Skala besser“, geht aus einer Zusammenfassung der Ergebnisse „PISA 2003“ hervor¹²³. Außerdem haben Wissenschaftler festgestellt, dass 70 Prozent der Fähigkeiten bis zum 8. Lebensalter festgelegt sind und somit der Mensch nie schneller lerne als unmittelbar vor der Schulzeit¹²⁴. Wie wichtig Kindergärten sind, muss auch bei dem Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesehen werden, natürlich im Zusammenhang mit den anderen Bildungseinrichtungen. Der Präsident des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (BLLV), Albin Dannhäuser, stellt in seinem Buch „Schule besser machen“ fest, dass bereits im früheren Bundesgebiet 40 Prozent beider

Partner berufstätig waren¹²⁵. Und trotz diesem bereits in den 80er Jahren enorm hohen Wert ist es nicht gelungen, die Ganztagsbetreuung in den bayerischen Kindergärten auszubauen. Genau in die entgegengesetzte Richtung haben sich Änderungen vollzogen, wie aus den Daten des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung vergleichsweise hervorgeht¹²⁶. Wurden im Jahre 1995 in Bayern noch 220.925 Kinder ganztags betreut, so waren es fünf Jahre später nur mehr 201.194, also 19.731 weniger an Ganztagsplätzen, obwohl die Anzahl der betreuten Kinder von 365.666 auf 373.130 zugenommen hat. Hier wurden rein organisatorische Änderungen durch die Kindergartenträger vollzogen, deren Ursachen nicht im bildungspolitischen Bereich zu finden waren, sondern im finanziellen. So wurden beispielsweise aus einer Ganztagsgruppe zwei Halbtagsgruppen geschaffen, mit gleichem Personal z.B. 50 Kinder, davon 25 vormittags und die anderen 25 nachmittags betreut. Anstatt aufgrund der Entwicklung der Kinderzahlen, der bildungspolitischen Argumente und der Notwendigkeit, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern, mehr Ganztagsangebote zu schaffen, wurden die Betreuungs- und Förderzeiten pro Kind reduziert. Versäumnisse im vorschulischen Bereich, die derzeit auf vielen politischen Ebenen diskutiert werden, kamen bei den Ergebnissen von der jüngsten PISA-Studie ebenfalls zur Sprache. Bei all den Diskussionen in Stadt- und Gemeinderäten um zusätzliche Gruppen, vormittags oder nachmittags und um eine Verstärkung des Erziehungspersonals war der Kostenfaktor immer der entscheidende Grund für ein Nein für bessere bildungspolitische Voraussetzungen im Vorschulalter¹²⁷. Nicht bildungspolitische Notwendigkeiten, sondern finanzpolitische Argumente waren und sind für das Zuwarten und für das Nichtstun vielfach, wie auch aus verschiedenen Berichterstattungen in den Medien immer wieder hervorgeht, ausschlaggebend. Und mit den Kosten für die Bildungseinrichtungen haben sich Unternehmensberater, ob Berger oder McKinsey, intensiv befasst, natürlich im Auftrag der Politik und mit der vorgegebenen, aber nicht schriftlich fixierten Zielsetzung: „Es sollte billiger und angeblich auch effektiver gehen“, so die Botschaft. Hierzu passt folgender Beitrag vom 17. Januar 2005, der sich mit den grundsätzlichen Aussagen der Unternehmensberater befasst:

McKinseynismus greift um sich

Eigentlich war McKinsey früher nur beauftragt, Gutachten, Einsparungskostenstudien für die Wirtschaft zu entwickeln. Der staatliche Bereich in allen Etagen hat in der Zwischenzeit auch McKinsey damit beauftragt, Studien für die Kosteneinsparung zu erstellen. Im Justizministerium, in den Kindergärten, in der Justizvollzugsanstalt, in den Gerichten, in den Finanzbehörden, überall hat McKinsey festgestellt, es geht einfacher, man könnte zentralisieren, es geht mit weniger Personal und somit kostengünstiger. Somit greift der McKinseynismus immer weiter um sich. Da gibt es im Landkreis Donau-Ries 1.022 Vereine, die bisher von einer Stelle im Amtsgericht betreut wurden.

Bei Anfragen konnte man sich an das Personal wenden, ob Satzungen geändert werden müssen, neue Eintragungen notwendig sind usw. In einem regional überschaubaren Raum war eine Person im Amtsgericht Nördlingen/Donauwörth zuständig. Die persönliche Bindung war vorhanden. Doch dies zählt bei McKinsey nicht. Nur die Kostenoptimierung ist gefragt. Wie kann mit weniger Personal gearbeitet werden. Es wird zentralisiert, Aufgaben werden verlagert nach Augsburg zum Amtsgericht. Dort im Ballungsraum werden zusätzliche Aufgaben angesiedelt für die 1.022 Vereine im Landkreis Donau-Ries und die 889 Vereine im Landkreis Dillingen. Die persönliche Nähe spielt beim McKinseynismus keine Rolle. Der Telefonhörer, das Call-Center, das Service-Center, irgendwo zentral ist die Alternative. Und so kann es weitergehen. Könnten nicht eines Tages auch die Lehrer abgeschafft werden. Kinder könnten zu Hause am PC lernen, wozu so viele Lehrkräfte! Außerdem könnten auch Räumlichkeiten gespart werden, denn jeder hat ja schließlich einen PC zu Hause. So geht es auch bei den Kindergärten. Es wird ganz anders gerechnet. Nach Stunden wird gebucht, doch der Arbeitsplatz einer Kindergärtnerin, die fünf Jahre Ausbildung hinter sich hat, kann nicht nach Stunden gebucht werden. Dem Personal sollte eine Perspektive gegeben werden. Doch das ist nicht der Fall, weil McKinsey dies anders sieht. Gerechter ist die Devise nach dem McKinseynismus. Doch ob alles wirtschaftlicher ist, ist die andere Frage. Die wesentlichen Aspekte werden bei McKinsey übersehen. Der Griff zum Telefonhörer oder besser der wiederholte Griff zum Telefonhörer, weil die Stelle auf der anderen Seite besetzt ist, Zeit, die hier aufgewendet wird und wiederum die wiederholte Zeit, die aufgewendet wird und durch die Arbeitsvorgänge unterbrochen werden. Gegenargument: Über E-Mail kann man Fragen stellen. Richtig! Doch wiederum zurück zu einer Feststellung, die vorhin gebraucht wurde: McKinsey kann sich auch eine Schule ohne Lehrer vorstellen, mit E-Mail senden und antworten. Viele Kosten können gespart werden und so entsteht langsam eine sprachlose Gesellschaft, in der wirtschaftlich kommuniziert, aber nicht menschlich agiert wird. Der McKinseynismus greift weiter um sich¹²⁸. Doch zur Ehrenrettung von McKinsey: Die Süddeutsche Zeitung hat am 28. 11. 2005 darüber berichtet, dass McKinsey-Direktor Jürgen Kluge ein jährliches 6,5-Milliarden-Programm für verbesserte frühkindliche Betreuungs- und Bildungsangebote fordert¹²⁹, dabei werden die Einrichtung von weiteren Krippen- und Kindergartenplätzen, die Vorstellungen vom gebührenfreien Kindergarten, der Erzieherinnenausbildung an Hochschulen und die Senkung von der Gruppenstärke von derzeit 14 auf 7 verlangt. Ein ganz anderer McKinsey also. Ein Blick in die Statistik mit entsprechend angestelltem Vergleich in Bezug auf die ältere Bevölkerung und die jüngste Generation zeigt, dass sich allein quantitativ vieles verändert hat. Doch die qualitative Verbesserung wurde vernachlässigt.

3.5 Medien

Ganz wesentlichen Einfluss auf das Meinungsbild der Menschen gegenüber der Politik und der mit ihr zusammenhängenden Probleme haben die Medien. Sie werden oft als neben der „Judikative“, der „Exekutive“, der „Legislative“ als „vierte Gewalt“ im Staate bezeichnet. Alles was geschieht, in unserer unmittelbaren Nähe oder weiter entfernt, erfahren wir durch die Medien. Dies ist nicht neu, aber trotzdem hat sich vieles im Wettbewerb um Informationen, um Darstellungen und Auflagen geändert bis hin zur verzerrten Wiedergabe der tatsächlichen Verhältnisse¹³⁰.

3.5.1 Medien und ihre Expansion

Ein Abgeordneter im Jahre 1970 hat seine Presseerklärung für eine Initiative im Bayerischen Landtag noch selbst geschrieben, diese in einen Umschlag gesteckt, frankiert und an die Redaktion der Donau-Zeitung und der Wertinger Zeitung geschickt – zwei Briefe, zwei Zeitungen, eine Meldung. Und heute im Jahre 2005, also 35 Jahre später, das gleiche zu betreuende Gebiet, müssen folgende Medien bedient werden¹³¹.

Zu den Regionalzeitungen (Donau-Zeitung und Wertinger Zeitung) kamen viele Anzeigenblätter (Extra, Kreisanzeiger, Sonntags-Kurier) hinzu. Zusätzlich neben den Printmedien müssen Hörfunk und Fernsehen (Bayerischer Rundfunk mit seinem Schwabenspiegel und Radio RT.1 Nordschwaben, beide mit Sitz in Donauwörth) Informationen erhalten. Die Anzahl der regionalen Medien hat zugenommen, wie aus folgender Übersicht deutlich hervorgeht.

Medienlandschaft im Stimmkreis 703 – Landkreis Dillingen –		
1972 (2)	2005 (2 + 5) (4 + 3)	
<i>Regionalzeitungen:</i> Donau-Zeitung, Dillingen Wertinger Zeitung, Wertingen	<i>Regionalzeitungen:</i> Donau-Zeitung, Dillingen Wertinger Zeitung, Wertingen	<i>Lokalradio:</i> Bayerischer Rundfunk Schwabenspiegel
	<i>Anzeigenblätter:</i> Kreisanzeiger Extra Donau Zeitung Extra Wertingen Sonntagskurier Neue Woche, Heidenheim	Radio RT.1 Nordschwaben, Donauwörth <i>Lokalfernsehen:</i> TV Augsburg – Fernsehen
Tabelle: Johannes Strasser		

Tabelle 4: Änderung der Medienlandschaft im Landkreis Dillingen innerhalb weniger Jahre

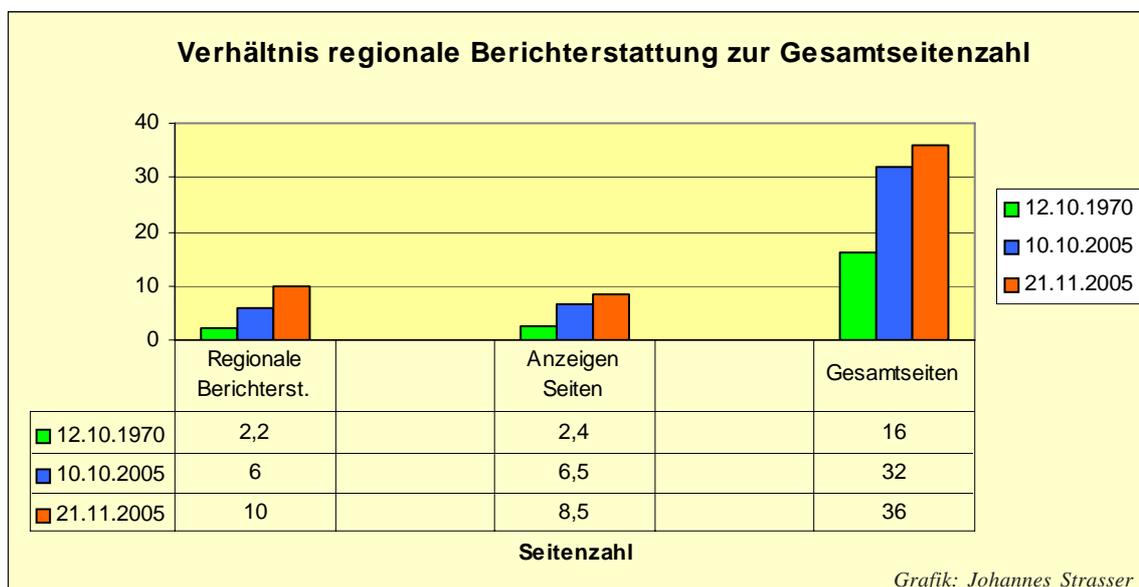
In einer Fax -Verteiler-Liste eines Landtagsabgeordneten mit Kurzwahlnummern und Gruppen aus dem Jahre 1996 sind 27 Medienempfänger enthalten, davon 14 mit regionalem Bezug, die regelmäßig mit Berichten bedient wurden¹³². Allein diese Zahl verdeutlicht die quantitative Zunahme der Medien, verbunden mit einem höheren Arbeitsaufwand eines Politikers, der alle Medien nach ihrer Gewichtung und Bedeutung bedienen muss, die überregionalen anders als die regionalen, die regionalen wieder anders als die Anzeigenblätter. Der technische Fortschritt z.B. die Faxgeräte und jetzt das Internet mit dem E-Mail hat dies überhaupt erst ermöglicht.

3.5.2 *Berichterstattung und Umfang*

Doch auch ein Blick auf eine einzelne frühere Ausgabe der „Augsburger Allgemeine“ und dies im Vergleich zu heute zeigt: *Mehr Seiten, mehr Information!*

Allein die Seitenzahl hat sich in den letzten 35 Jahren wesentlich verändert. Blicken wir in eine Ausgabe, z.B. vom Montag, den 12. Oktober 1970, so hatte die Donau-Zeitung damals 16 Seiten: 2,2 Seiten waren der regionalen Berichterstattung gewidmet, also 13,7 Prozent, 2,4 Seiten waren Anzeigen. Die Montagsausgabe am 12. Oktober 2005 hatte genau doppelt so viele Seiten, nämlich 32. Auf sechs Seiten wurde über Ereignisse in der Region berichtet und die Werbung umfasste 6,5 Seiten¹³³. Am 21. November 2005 hatte die Zeitung 36 Seiten, davon sind zehn Seiten mit lokalem Teil, also 27,7 Prozent, 8,5 Seiten sind Anzeigen, 23,6 Prozent. Vor 35 Jahren war der Anzeigenteil noch bei 15 Prozent. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass der Teil der Anzeigen gegenüber der Berichterstattung insgesamt zugenommen hat und somit wird die Augsburger Allgemeine als Abonnementzeitung vermehrt über Anzeigen finanziert. Derzeit dürfte das Verhältnis der Finanzierung bei einem Drittel über die Bezugspreise und zwei Drittel über Anzeigen liegen. Doch auch der Umfang der einzelnen Berichte hat sich verändert, wie die Sportberichterstattung zeigt. Wurde z.B. im Jahre 1970 im regionalen Sportteil über ein Fußball-Punktspiel berichtet, waren dies noch 120 Zeilen. 35 Jahre später ist genau von der Sportredaktion festgelegt, dass der Umfang des Berichtes nur mehr 25–30 Zeilen betragen darf. Exakt wird dies auch eingehalten¹³⁴. Dagegen wird heute im Vergleich zu früher von allen Spielen, auch den so genannten unteren Klassen berichtet. Über 13 Fußballspiele wurde in der Woche vom 12. Oktober 1970 von Montag bis Donnerstag berichtet. Und heute? Fußballfreunde können die Berichte von 28 regionalen Begegnungen lesen. Das bedeutet: Weniger über ein Spiel, aber dafür über mehrere, also weniger und trotzdem mehr. Diese Veränderungen in der Medienlandschaft, mehr Medien, kürzere Berichte, dafür mehr, sind nicht ohne Auswirkungen auf die Politik und die Politiker geblieben. Hinzu kommt noch die Gewichtung von regionaler und überregionaler Berichterstattung, wie folgende Grafik veranschaulichen soll.

Der Umfang an regionaler Berichterstattung hat wesentlich zugenommen. Dies gilt auch für die letzten zehn Jahre anhand einer Aufstellung der Donau-Zeitung, Donauwörther Zeitung und Günzburger Zeitung.



Grafik 7:

Entwicklung der regionalen Berichterstattung in einem regional begrenzten Erscheinungsgebiet

Dass die Abonnementzeitungen, wie die Augsburgere Allgemeine, verstärkten Wert auf eine regionale Berichterstattung legen und diese in allen Ausgaben erweitert haben, geht aus folgender tabellarischer Übersicht hervor.

Redaktionelle Seiten ohne Magazin	Textseiten der Lokalredaktionen										FC	
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004		
Lokalumfang												
A-Stadt	2.257,3	2.363,3	1.804,9	1.869,7	1.928,5	2.002,9	1.806,7	1.755,6	1.832,6	1.931,9	2.091,3	
Aichach	1.744,7	1.846,5	1.907,3	1.999,4	2.089,7	2.103,1	2.192,6	2.212,5	2.227,4	2.280,7	2.353,6	
Friedberg	1.601,2	1.612,0	1.727,3	1.815,2	1.856,1	1.913,8	1.943,5	2.008,8	2.065,0	2.066,4	2.138,3	
Augsburg Land	1.700,1	1.731,7	1.833,5	1.915,9	1.974,8	2.004,3	2.165,4	2.146,2	2.188,7	2.238,6	2.391,4	
Schwabmünchen	1.488,4	1.590,3	1.734,9	1.835,2	1.995,9	1.963,9	2.017,6	2.067,5	2.147,5	2.132,9	2.198,9	
Dillingen	1.508,9	1.543,2	1.549,3	1.532,5	1.585,0	1.674,8	1.709,8	1.768,0	1.835,0	2.066,2	1.958,7	
Donauwörth	1.490,0	1.458,7	1.464,7	1.543,3	1.567,8	1.766,7	1.686,7	1.731,6	1.802,5	2.053,0	2.182,0	
Günzburg	1.668,6	1.733,1	1.691,3	1.718,3	1.775,9	1.800,4	1.763,1	1.817,9	1.942,4	2.159,8	2.363,6	
Illertissen	1.545,2	1.635,9	1.668,4	1.830,3	1.838,3	1.926,6	1.784,0	1.873,6	1.950,9	2.039,7	2.338,3	
Krumbach	1.251,2	1.288,0	1.310,3	1.350,5	1.418,4	1.483,9	1.532,7	1.537,3	1.689,0	1.961,3	1.989,8	
Landsberg	1.625,3	1.655,8	1.713,2	1.743,8	1.941,9	1.855,6	1.849,2	1.810,7	1.858,8	1.994,3	2.500,8	
Mindelheim	1.689,5	1.729,2	1.771,3	1.724,9	1.757,0	1.780,1	1.776,6	1.739,7	1.825,6	1.876,4	2.027,8	
Neu-Ulm	2.229,8	2.289,1	2.410,2	2.435,2	2.537,2	2.487,2	2.285,0	2.290,0	2.346,6	2.587,0	2.951,6	
Neuburg	1.685,6	1.602,5	1.620,8	1.800,3	1.690,3	1.739,4	1.665,7	1.889,2	2.011,7	2.641,4	3.310,1	
Nördlingen	1.425,5	1.428,6	1.411,7	1.474,8	1.529,4	1.597,0	1.642,0	1.674,3	1.882,3	2.073,0	2.239,4	
Wertingen	1.133,8	1.142,5	1.171,3	1.267,0	1.382,8	1.545,6	1.535,1	1.569,3	1.651,1	2.003,0	2.110,2	

Tabelle 5: Entwicklung der regionalen Berichterstattung über 10 Jahre von 3 verschiedenen Regionalausgaben

Der regionale Bezug in den Medien und somit eine ausführlichere Berichterstattung im Vergleich zu früheren Jahren geht aus obiger Aufstellung eindeutig hervor. Innerhalb von zehn Jahren hat die Donauwörther Zeitung ihre regionale Berichterstattung um 46,4 Prozent erweitert oder die Donau-

Zeitung hat in diesem Zeitraum 451 Seiten mehr¹³⁵ über Ereignisse in der Region berichtet und dies hat natürlich Auswirkungen auf die Arbeitsweise von Politikern .

Allein diese jetzt aufgeführten Beispiele zeigen, dass die Gesellschaft einer noch nie dagewesenen Anzahl von Informationen gegenübersteht. Diese müssen aufgenommen und verarbeitet werden. Sie werden als interessant oder langweilig eingestuft. Es ist eine Situation, auf die der einzelne Bürger nie vorbereitet wurde. Große Teile dieser Informationsmenge sind politischer Natur. Und so darf es einen nicht wundern, wenn sich der Bürger allein aufgrund dieser Gegebenheit der Quantität bei schwierigen politischen Themen abwendet und sich leichter Informationen widmet. Sich über den Geburtstag der Queen Elisabeth zu informieren, ist doch interessanter, als sich mit den Schwierigkeiten der Familienpolitik oder der Zukunft der Rentensysteme auseinander zu setzen. Oder regional ist interessant, etwas über „meine“ Stadt und „meine“ Gemeinde zu lesen. Die Berichte über die Nachbarschaft interessieren schon weniger. Auf diese Grundlagen und Grundinteressen muss die Politik Rücksicht nehmen und ein System finden, Politik und politische Prozesse für die Gesellschaft und in der Berichterstattung interessanter zu machen.

3.5.3 Regionale Besonderheiten

Die regionale Berichterstattung hat, wie die Aufstellung der Augsburger Allgemeinen eindeutig zeigt, an Bedeutung zugenommen. Was in der unmittelbaren Nähe geschieht, interessiert und die Medienmanager haben reagiert. Dadurch wurde die Berichterstattung in einem großen Umfang im längeren Vergleich betrachtet kürzer und bündiger, wie am Beispiel der Sportberichterstattung aufgezeigt wurde. Der Trend, wie von der überschaubaren Region in Abonnementzeitungen zu informieren ist, hat sich die letzten Jahre gefestigt. Nachdem Politik durch Personen und über die Medien vermittelt wird, kommt noch ein Problem hinzu, das die regionalen Besonderheiten im Verhältnis Politiker und Bevölkerung zusätzlich erschwert.

Lokale Ausgaben von Zeitungen sind oft regional begrenzt. In der Regel sind dies die Gebiete der Landkreise vor der Landkreisreform¹³⁶. Am Beispiel der Augsburger Allgemeinen bedeutet dies, dass die Günzburger Zeitung vor allem über das Geschehen im Landkreis Günzburg, allerdings im früheren Landkreis Günzburg, den es bis 1972 gab, berichtet. Die Mittelschwäbische Zeitung berichtet über das Gebiet des Altlandkreises Krumbach. Doch Gebietsabgrenzungen haben reformbedingt Änderungen vollzogen, die noch nach 30 Jahren Bestand haben. Die Leserschaft von Kommunen, die im Zuge der Reform den Landkreis gewechselt haben, nahmen ihre gewohnte Zeitung mit. Dies erschwert die Arbeit für den, der informieren will, z.B. ein Politiker, aber auch für die, die die Auswahl über die Informationen treffen müssen, die eben in der Ausgabe abgedruckt

werden sollten.

So berichten die Rieser Nachrichten über das Kinderfest in Bopfingen¹³⁷, obwohl Bopfingen nicht zum Landkreis der Heimatzeitung gehört. Den 85. Geburtstag einer treuen Leserin in Nordendorf bringt die Donauwörther Zeitung deshalb, weil früher die Gemeinde zum Landkreis Donauwörth gehörte, heute zum Landkreis Augsburg, aber es immer noch 39 Abos für die DZ gibt¹³⁸. Gewachsene regionale Bindungen sind ausschlaggebend. Oder die Wertinger Zeitung informiert über den Streit zwischen den Gemeinden Thierhaupten und Meitingen, obwohl beide Kommunen zum Landkreis Augsburg gehören¹³⁹. Der Leser wird deshalb informiert, weil es in Meitingen noch viele Abonnenten der Wertinger Zeitung gibt¹⁴⁰. Die Schnittmengen haben zugenommen, das Interesse an regionaler Berichterstattung ist groß, allerdings wird die Medienarbeit für alle Beteiligten dadurch nicht einfacher.

Keine leichte Aufgabe also für die Redaktion zu entscheiden, was aus einer Gemeinde berichtet wird, die eigentlich nicht zu dem Landkreis gehört, in dem die Donau-Zeitung die Heimatzeitung ist. Somit muss neben den zehn normalen Medienmeldungen noch sortiert werden, was vielleicht für diese grenzübergreifenden Gebiete und somit für die Redaktionen der Nachbarzeitungen interessant ist. Das bedeutet nicht nur für die, die informieren wollen, mehr Arbeit, sondern die Zahl der Meldungen, die entweder mit Fax oder per E-Mail in der Redaktion eingehen, wird umfangreicher und erschwert die Entscheidung der Redakteure, was veröffentlicht werden soll. Früher, als es noch klar abgegrenzte Gebiete gab, war dies einfacher, die Gemeindereform zu Beginn der 70er Jahre hat die politischen Strukturen verändert, doch die in Bezug auf die Medien blieben erhalten, wie folgende Beispiele der Gemeinde Tapfheim, die vom Landkreis Dillingen (Donau-Zeitung) zum Landkreis Donau-Ries (Donauwörther Zeitung) und die Stadt Rain vom Landkreis Neuburg (Neuburger Rundschau) ebenfalls zum Landkreis Donau Ries wechselten:

Beispiel:

In Tapfheim, Landkreis Dillingen, früher Landkreis Donau-Ries, einem Ort mit seinen 576 Haushalten gibt es 361 Leser der Augsburger Allgemeinen, diese teilen sich auf in

- 314 Abonnenten der Donauwörther Zeitung und
- 47 Abonnenten der Donau-Zeitung

Die Donau-Zeitung-Leser, obwohl mit 14,9 Prozent in der Minderheit, wollen natürlich, dass ihre Zeitung über das Geschehen in der Gemeinde berichtet, obwohl Tapfheim zum Landkreis Donau-Ries und zum Verbreitungsgebiet der Donauwörther Zeitung zählt.

Oder in der Stadt Rain am Lech gibt es 998 Leser der Augsburger Allgemeinen Zeitung, davon lesen 834 die Donauwörther Zeitung und 64 die Neuburger Rundschau.

Somit stellt sich die regionale „Medienlandschaft“ oder Medienstruktur äußerst differenziert dar, mit vielen oft komplizierten Nischen, die die Arbeit der Politik verändert, erweitert und mit Sicherheit erschwert.

3.5.4 Personen und Inhalte

Dass das Ansehen oder das Image von Politik, Politikern und Parteien wesentlich zurückgegangen ist, wurde im ersten Abschnitt bereits hinreichend dargestellt. Immer mehr Informationen als Pressemitteilung gehen in den Redaktionsbüros ein, früher in Form von Briefen, dann als Fax und jetzt als E-Mail. Was früher vor 30 oder 40 Jahren für die Leserschaft durchaus noch interessant war und tatsächlichen Informationscharakter hatte, gilt heute nicht mehr. Dass die Schulbuskosten, die aufgrund der Schulreform entstanden sind, den Gemeinden bis zu 100 Prozent erstattet werden, wurde als aktuelle Information eines Landtagsabgeordneten ausführlich wiedergegeben¹⁴¹. Auch wurde das komplette Besuchsprogramm einer verkehrspolitischen Informationsreise eines Abgeordneten im gleichen Zeitraum veröffentlicht¹⁴². Und heute 30 Jahre später. Der Politiker selbst will dies schon gar nicht mehr. Es würde zu unangenehmen Diskussionen in der Öffentlichkeit über die kostenlose Parlamentarierreisen führen. Besuchte ein Minister, wie Landwirtschaftsminister Dr. Hans Eisenmann eine Region, so wurde ihm 1970 ein Bericht mit 87 Zeilen gewidmet, der detailliert den gesamten Lebenslauf des Ministers wiedergab¹⁴³. Und heute: Es mag durchaus sein, dass für den einen oder anderen Politiker eine Pressemitteilung unwahrscheinlich wichtig ist. Doch ob sie gesellschaftspolitisch interessant ist und gelesen wird, entscheiden die Redaktionen. Eine Mitteilung über eine Rede eines örtlichen Landtagsabgeordneten, die er im Bayerischen Landtag gehalten hat, hat heute keinen Platz mehr in einer Regionalzeitung. Uninteressant, heißt es. Früher in den 70er Jahren waren noch derartige Berichte gang und gäbe.

Wenn der angesehene Herr Abgeordnete, wie der Abgeordnete Otto Meyer, im fernen München sich zu Wort gemeldet hatte und im Parlament eine Rede hielt oder eine Anfrage stellte, so konnte dies ausführlich nachgelesen werden¹⁴⁴. Heute ist dies nicht mehr für die breite Leserschaft interessant. Wirkt dagegen ein Politiker beim 150-jährigen Jubiläum der Freiwilligen Feuerwehr aktiv bei einer Schauübung mit und trägt den Schutzanzug der Feuerwehr, dann ist ihm ein Bericht sicher, natürlich mit Foto. Über den Politiker und „Brandbekämpfer“ Johannes Strasser wird im Oktober 1997 in den Medien berichtet natürlich mit Fotos in Farbe: Der Abgeordnete im Schutzanzug und mit dem Wasserstrahlrohr¹⁴⁵. Diese Berichterstattung hinterlässt einen guten Eindruck bei der Wählerschaft in der Region. Inhaltliche Fragen zum Feuerwehrgesetz, zur

Ausstattung und zur Organisation treten in den Hintergrund und werden somit von der personifizierten Berichterstattung überlagert. Die Entscheidung, ob über eine Rede des örtlichen Abgeordneten im Parlament oder über die Situation der Hauptschulen oder über eine Beteiligung an einer Feuerwehrrübung berichtet werden soll, fällt eindeutig zu Gunsten der Feuerwehr aus, wie nachfolgendes Beispiel zeigt. Die Politik ist langweilig, die Politik hat schlechte Umfrageergebnisse, der Politiker rangiert am Ende der Anerkennungsquote und somit ist auch klar, was den Leser interessiert. Politische Inhalte wie eine Rede im Landtag über Hauptschulen sind nicht interessant. Somit wird über den Politiker vor Ort, eben von unserem Politiker bei der Feuerwehrrübung geschrieben, über seine publikumswirksamen Aktivitäten beim Pfarrfest, beim Testen von regionalen Gerichten auf einer Wirtschaftsaufstellung. Dies wird gelesen. Und damit werden die Inhalte der Politik oder die eigentlichen politischen Themen in den Hintergrund gedrängt, wie bereits in 2.2.4 mit einem Beitrag „Der hautnahe und bürgernahe Politiker“ ausführlich belegt wurde.

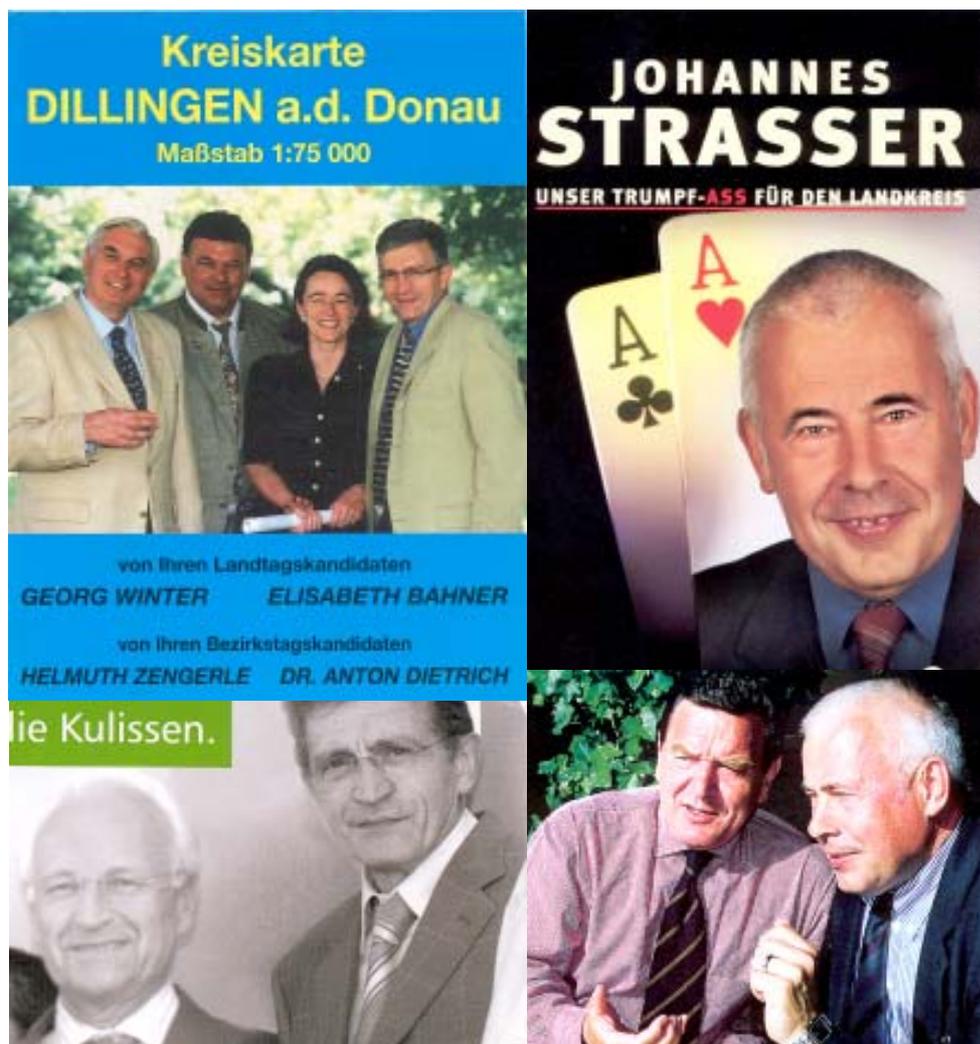


Abbildung 1: Freizeitkarte Landkreis Dillingen zur Landtagswahl 1998

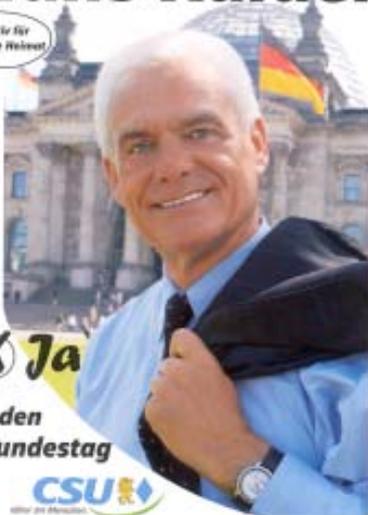
Abbildung 2: Prospekt mit Kartenspiel zur Landratswahl 2002

Abbildung 3: Ministerpräsident Stoiber mit MdL Winter (li. unten)

Abbildung 4: Foto mit Bundeskanzler Gerhard Schröder (re. unten)

Hans Raidel Erfolgreiche Politik mit guten Rezepten

Aktiv für unsere Heimat!



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger
Ich bitte Sie wieder um Ihr Vertrauen.
In der Wahlkabine haben Sie die Möglichkeit zwei Kreuze zu machen. Um die Erststimme bitte ich Sie herzlich. Für die Zweitstimme werde ich für die CSU.

Gerne bin ich "Aktiv für unsere Heimat" "Aktiv für Ihre Interessen" für

X Ja
in den Bundestag

CSU

(links) Abbildung 5:
Prospekt zur
Bundestagswahl 2005

(unten) die Innenseiten
des gleichen Wahlflyers.

CSU

Graupensuppe

38 g Butter, 1 Zwiebel
1 kl. Stange Lauch
180 g Gansgraupen
1 l. Wasser, Salz, Pfeffer, Muskat,
gekörnte Gewürzkräuter

Butter erhitzen, kleingeschnittene Zwiebel und Lauch darin andünsten. Die Graupen zugießen, kurz mit anschnitten. Mit Wasser aufgießen und ca. 20-30 Min. kochen lassen. Mit dem Gewürzen abschmecken.

Kalbsvögel

4 Kalbschneideln aus Schlegel
Salz, Petersiliengrün, Zwiebel, Speck,
Fleischbrühe
Zitronensaft, Sahne, Weißwein, Zucker

Von einem Kalbschneideln schneidet man lange, breite Schnitzel. Man schneidet sie, wiegt Petersiliengrün und Zwiebel mit Speck fein, streicht damit auf jedes Schnitzel, rollt es zusammen und umwickelt es mit einem Faden, in einer Pfanne 1500 mal ein Stück Butter heiß werden, überst die Kalbsvögel darin bis sie schön gelb sind, geht mit Fleischbrühe auf. Abgeschmeckt mit Zitronensaft, etwas Sahne oder Weißwein, Prise Zucker.

Eisler Bauertorte

500 g Mehl
Salz
2 Eier
20 g Hefe
60 g Butter
75 ml Schmalz
80 g Zucker
1 Vanillezucker
100 ml Wasser
Käse in Milch
Zitronenschale
Butter

1,5 kg Apfelmus (Rohkostig)
Zucker
Vanillezucker
ger. Haselnüsse
ca. 50 g Zitronat
Orangeat, Fein gemischt
ca. 50 g Rosinen
1 TL Zimt
3 Mg. Nelken
Soßbleibkuchen zum Binden des
Apfelmus

Zubereitung:
Teig gut gehen lassen. Ausrollen, auf gefettetes Backpapier oder
Backblech legen, Fülle daraufgeben und mit Deckel abdecken.
Der Deckel wird auf dem Backblech ausgewellt, mit der Spitze
eines Spatens abgehoben und ein Muster eingedrückt. Backen und
Deckel mit Teigblechen ausgehoben und gut mit heißen
Messer zusammenwickeln. Mit Eigelb bestreichen.
12-20 Min. bei 200°C backen.

Nicht nur die Berichterstattung in den Medien ist von dieser Entwicklung betroffen, sondern das Werben um die Gunst des Wähler richtet sich nach diesen Kriterien. Ein Blick in die Wahlprospekte der Kandidaten unmittelbar vor Ort zeigt, worauf es u.a. heute ankommt, um bei der Wahl erfolgreich zu sein. Da wird mit „Erfolgreiche Politik, mit guten Rezepten“ geworben. Und wer glaubt, dass es bei den Rezepten um Aussagen zur Renten-, Wirtschafts- oder Finanzpolitik geht, der täuscht sich. Vielmehr geht es um kulinarische Spezialitäten wie Graupensuppe, die Rieser Bauertorte oder Karameläpfel mit Vanilleeis¹⁴⁶. Wesentliche Inhalte der Politik werden zurückgedrängt. Personen und ihre publikumswirksamen Aktionen stehen im Vordergrund. Ganz bewusst im Original wiedergegebene Wahlprospekte sollen diese Aussagen noch verdeutlichen, wie gegenwärtig Inhalte und politische Statements nahezu keine Rollen mehr spielen. Und dies gilt unabhängig von Personen und Parteien. Kochrezepte, Wanderkarten, Spielkarten verbunden mit dem Bild der Kandidatinnen und Kandidaten zusammen mit Persönlichkeiten sind „In“ beim

Wettbewerb um die Wählerstimmen¹⁴⁷. Weil eben die echte Realität so aussieht, wie soeben beschrieben, die Person des Politikers steht im Vordergrund mit all seinen unpolitischen, aber erfolgreichen Aktivitäten, hat er seine Arbeitsweise und sein Verhältnis zur Öffentlichkeitsarbeit geändert und angepasst. Er will erfolgreich sein, weil es das Volk so will und darum verhält er sich auch so. Er wurde *unpolitisch*. Und so wurde die Kluft zwischen dem angesehenen Politiker vor Ort und den Parteien mit den anonymen nicht näher definierten Politikern größer.

3.5.5 *Schnellebigkeit der Informationen*

Zu dieser Verschiebung der Inhalte kommt die Informationsfülle, verbunden mit einem rasanten Tempo der neuesten Meldungen, hinzu. Aktuelle Nachrichten um 9 Uhr gehören bereits um 10 Uhr der Vergangenheit an. Zeitungen werden morgens gelesen, am Abend sind die Berichte bereits veraltet. Natürlich der Regionalteil ausgenommen. So erleben wir es Tag für Tag.

Außerdem lesen wir in der Tageszeitung, was wir bereits tags zuvor in den Tagesthemen, der Tagesschau und vom Rundfunk über die stündlichen Nachrichten erfahren haben. Haben die Medien in ihrer Ausgabe am 7. September 1970 davon berichtet¹⁴⁸, dass Luftpiraten vier Flugzeuge in Europa überfallen haben, so war diese Meldung damals an diesem Tag tatsächlich aktuell. Auf die Gegenwart übertragen wäre die Berichterstattung in diesem Punkt nicht mehr neu. Denn über den Überfall hätten die Rundfunk- und Fernsehanstalten in allen Nachrichten am Vortag ausführlich informiert. In den Printmedien wird heute oft nur mehr kurz gelesen, worüber bereits am Tage zuvor ausführlich berichtet wurde. Über Veranstaltungen, die am Sonntag z.B. im Jahr 1970 stattfanden, konnte man sich am Mittwoch informieren. Sie waren dann trotzdem noch aktuell. Heute wäre dies nicht mehr der Fall. Was am Sonntag geschieht, muss am Montag in der Zeitung stehen, die Aktualität ist gefragt. So haben wir innerhalb der letzten 30 Jahre eine Änderung in der Informationsqualität und Informationsgeschwindigkeit erfahren. Im Rundfunk sieht es ähnlich aus. Stündlich erfahren wir neue Informationen und Meldungen. Nur Ereignisse mit besonderem Gewicht wiederholen sich, wie Meldungen aus der Nachrichtenredaktion zeigen, denn diese Beispiele können jederzeit, wie z.T. schon angeführt, auf politische Aktivitäten übertragen werden. Von den 39 Themen, die in sieben Blöcken von 6 Uhr bis 12 Uhr stündlich veröffentlicht wurden, erschienen nur die Unruhen in Frankreich regelmäßig und wiederkehrend. Vier Mal wurde über die Koalitionsvereinbarungen, über den Amerikagipfel und die Freihandelszone informiert, zwei Mal über den New Yorker Marathonlauf und über die Wahl in Aserbeidschan berichtet. Dies zeigt die Informationsvielfalt und Informationsfülle und verdeutlicht, wie schnell eine Meldung wieder der Vergangenheit angehören kann.

Über die notwendige Kürze von Berichten wurde bereits in 3.5.3 am Beispiel von der

Meldungen aus der Nachrichtenredaktion

Beispiel: Bayerischer Rundfunk, 6. November 2005, 6 bis 12 Uhr



- Unruhen in Frankreich gehen weiter
- Getrennte Klausurtagungen der Unterhändler von Union und SPD
- Amerika-Gipfel ohne Einigung über Freihandelszone
- In Aserbaidschan wird ein neues Parlament gewählt
- Wien feiert 50. Jahrestag der Staatsoper-Wiedereröffnung
- 36. New York City-Marathon
- Das Wetter: Heute meist bewölkt bis trüb, örtlich auch Regen



- In Frankreich brennen wieder Autos und Häuser
- Stoiber sieht Vertrauensverhältnis zu Merkel gestört
- Union und SPD bereiten Koalitionsendspurt vor
- Amerika-Gipfel vertagt Beilegung des Streits um Freihandelszone
- Afrika-Konferenz in Bonn geht weiter
- Frankenstadion muss Hüpfstest bestehen
- Das Wetter: Gebietsweise Regen, später freundlich



- Unruhen in Frankreich weiten sich aus
- Aserbaidschan wählt ein neues Parlament
- Klausurtagungen der Unterhändler von Union und SPD
- Wien feiert 50. Jahrestag der Staatsoper-Wiedereröffnung
- 36. New York City-Marathon beginnt am Nachmittag
- Leonhardi-Fahrten locken Tausende von Zuschauern
- Das Wetter: Gebietsweise Regen, später freundlich



- Unruhen erfassen erstmals das Zentrum von Paris
- Glos hält Steuererhöhungen für unumgänglich
- EKD-Synode beginnt in Berlin
- Amerika-Gipfel vertagt Beilegung des Streits um Freihandelszone
- New York City-Marathon beginnt am Nachmittag
- Das Wetter: Gebietsweise Regen, später freundlich



- Frankreich erlebt zehnte Nacht der Gewalt
- Schweres Erdbeben erschüttert wieder Kaschmir
- Wahl in Aserbaidschan unter strengen Augen von Beobachtern
- Union und SPD beraten ungelöste Koalitionsfragen
- BamS: Stoiber sieht Vertrauensverhältnis zu Merkel gestört
- Knieverletzung: Klitschko muss WM-Kampf erneut absagen
- Das Wetter: Gebietsweise bewölkt und Regen, 7 bis 13 Grad



- Frankreich erlebt zehnte Nacht der Gewalt
- Personaldebatten: Lammert kritisiert Union und SPD
- Schweres Nachbeben in Kaschmir – Bewohner in Panik
- Häuserkämpfe im Westirak
- Erster Marathon innerhalb eines Gebäudes startet in Nürnberg
- Das Wetter: Gebietsweise bewölkt und Regen, 7 bis 13 Grad



- Krawalle in Frankreich geraten außer Kontrolle
- Personaldebatten: Lammert kritisiert Union und SPD
- EKD verzeichnet wachsendes Interesse an christlicher Religion
- Deutschland führt bei Sonnenenergie

Abbildung: Johannes Strasser

Abbildung 6: Beispiele der Meldungen aus der Nachrichtenredaktion des Bayerischen Rundfunks

Sportberichterstattung hingewiesen. Doch die Zeitfolge vom Ereignis bis zur Veröffentlichung ist es wert, ebenfalls einen Blick hierauf zu werfen.

1970: Vom Fußballspiel am Sonntag wurde der Bericht am Abend noch geschrieben, am Montag zur Post gegeben und am Mittwoch wurde über das Spiel vom Sonntag berichtet.

2005: Das Fußballspiel ist um 17.45 Uhr zu Ende. Um 17.30 Uhr muss am besten über E-Mail der 24-zeilige Bericht der Redaktion, ausnahmsweise auch telefonisch, vorliegen, damit sofort am Montag berichtet werden kann, und zwar aktuell, nicht erst am Dienstag, wie es eben früher war.

In dieser schnelllebigen Zeit stellen wir also fest, dass sich nicht nur der Umfang der Berichterstattung geändert hat, sondern auch die Aktualität. Am Mittwoch oder Donnerstag, wie dies vor 35 Jahren der Fall war, über die Fußballspiele vom Sonntag zu lesen, ist zu spät. Das Interesse ist dann nicht mehr vorhanden. Wenn am Donnerstag, den 30. März 2006, der Stadtrat der Großen Kreisstadt Donauwörth über eine Vereinbarung mit dem Altoberbürgermeister Dr. Böswald berät und beschließt, wurde bereits am Freitag, den 31. März 2006, in der Donauwörther Zeitung hierüber berichtet¹⁴⁹.

Diese Entwicklung in Bezug auf die Aktualität, den Umfang und Inhalt kann auf alle Ebenen übertragen werden, sei es auf die Berichterstattung über Kultur, über die Wirtschaft oder allgemein über die Politik. Heute muss über Veranstaltungen vom Sonntag am Montag berichtet werden. Findet eine Kreisausschusssitzung am Montag statt, müssen die Berichte natürlich am Dienstag, dem folgenden Tag, in den Medien erscheinen. Über drei der sechs Tagesordnungspunkte der öffentlichen Sitzung des Kreistages des Landkreises Dillingen am 28. November 2005, die um 14 Uhr stattfand und um 15.30 Uhr beendet war, konnte bereits am anderen Tag in der Zeitung gelesen werden¹⁵⁰.

Dass die Medienagenda neben der Schnelllebigkeit der Informationen noch von einer Reihe von anderen Faktoren bestimmt wird und die Politik ständig herausfordert, soll nur kurz erwähnt werden. Bekanntheitsgrad der Personen, Negativismus, Bedeutung der Ereignisse aus der Sicht der Leserschaft beeinflussen die Berichterstattung ganz wesentlich. Die Chancen einer Medien- und Informationsgesellschaft sollten jedoch von der Politik und ihren Vertreter genutzt werden, wie in einem kurzen schriftlichen Beitrag für einen Diskussionsabend bei der SPD im Kreisverband Dillingen zum Thema „Medien und Politik“, angeführt ist. „Die Medien- und Informationsgesellschaft – Chancen nutzen. Was interessiert heute den Bürger? Die Politik? Nein – die interessiert ihn nicht – oder doch? Das Interesse der Einzelnen und somit auch der Gesamtheit der Gesellschaft wird von den Medien bestimmt und eine Realität vermittelt, die nicht immer mit der des Bürgers

übereinstimmt. Interessieren nur Sensationen? Gelegentlich könnte man es glauben. Breiten Raum nehmen Berichte über die chinesische Revolution, den Krieg in Kroatien und seine Gewaltverbrechen oder den angeblichen Kampf gegen die Drogen in Kolumbien ein. Regelmäßig wurde und wird der Bürger hierüber informiert. Im ersten, im zweiten deutschen Fernsehen, im Bayerischen Fernsehen, in SAT, in RTL, in NTV und das Gleiche erfolgt im Rundfunk! Und so wird der Bürger informiert über ein wichtiges Ereignisse in China, in Kroatien oder Kolumbien. Das ist die eine Seite der Informationen. Und die andere? Gelegentlich könnte man glauben, der Blick des Menschen ist mehr auf Peking, Moskau oder Vukovar gerichtet als auf sein Viertel und seine Heimat, wo ein Spielplatz fehlt oder der Kindergarten erweitert werden müsste. Oft wird von Bürgernähe gesprochen und eigentlich nur die verwaltungsmäßigen Vorgänge verstanden: das Antragsformular für einen Reisepass, den Rentenanspruch oder den Bauantrag. Doch Bürgernähe im Gestaltungsprozess, das unmittelbare Teilhaben an der kommunalen Entwicklung, kommt zu kurz. Und die Medien? Sie können dabei behilflich sein und einen wesentlichen Beitrag leisten, den Bürger am politischen Leben teilhaben zu lassen. Eine gemeinsame Aufgabe von Medien und Politik.“ So die schriftliche Vorlage für ein politisches Gremium. Die Diskussion war sehr lebendig mit dem Ergebnis, dass man sich viel zu wenig mit dem Thema Politik und Medien befasste.

3.6 Veränderungen und die Politik

Die Medienarbeit während der letzten Jahre hat sich, wie dargelegt, gravierend ge- und verändert. Die ungeschriebenen Rahmenbedingungen von vor 20 oder 30 Jahren was, wie, in welchem Umfang und wie oft informiert wird, gelten heute nicht mehr. Die Gesellschaft in dieser gegenwärtigen Medienwelt hat andere Wünsche, Vorstellungen und ein anderes Interesse, worüber sie informiert werden will und wie. Politiker haben zum Teil reagiert, indem sie gerade vor Ort mit populistischen Aktionen unpolitisch geworden sind. Doch gelöst werden dadurch die eigentlichen Probleme nicht, die längst auf eine Lösung warten. Sie werden deshalb nicht gelöst, weil diejenigen die sie lösen sollten, durch ihren Blick auf die nächsten Wahlen, andere Schwerpunkte in ihrem „Time-Management“ gesetzt haben. Und daher bleibt vieles nicht angepackt, der Vorwurf der Gesellschaft, dass politische Lösungen zu lange dauern, ist berechtigt und die Defizite werden nicht beseitigt.

4 Bildungspolitik in den 70er Jahren

Wie in den Abschnitten 2 und 3 dieser Arbeit dargestellt, haben sich innerhalb der Gesellschaft in vielen Bereichen die letzten 4 Jahrzehnte Veränderungen vollzogen, auf dem Arbeitsmarkt, in den Medien, der Umwelt, dem Wirtschaftsleben. Über lange Zeit gefestigte Werte haben sich gewandelt, einmal schneller und ein andermal langsamer. Zentrale Aufgabe der Bildungspolitik ist es, hierauf zu reagieren und Weichenstellungen vorzunehmen. Es gab Epochen, da hatte die Bildung wie jetzt nachgewiesen wird, hohe Priorität und es gab Zeitspannen, da spielte sie nur eine geringere Rolle und war praktisch Abteilung der Wirtschaftspolitik. Bei näherer Betrachtung und Auswertung der einzelnen Untersuchungen kommt man zwangsläufig zum Ergebnis, dass Bildungspolitik und alle mit ihr zusammenhängenden Fragen in den 70er Jahren einen hohen Stellenwert hatten. So wurde im Oktober 1970 eine Bund-Länder-Kommissionen für Bildungsplanung eingesetzt, die einen Rahmenplan bis Mai 1971 für die Reform des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich dessen Finanzierung erarbeiten soll¹⁵¹. Es war im Grunde genommen eine bildungspolitische Aufbruchstimmung nach einer Epoche des Stillstands der Reformpolitik. Und in dieser Zeit des gesellschaftlichen Drucks auf die Bildungspolitik und der Forderung nach Chancengleichheit wurde in Bayern die innere und äußere Neuorganisation der Volksschulen durch eine Schulreform vorgenommen, das 9. Schuljahr eingeführt und neue Bildungseinrichtungen wurden geschaffen. Doch auch das Unterrichtsangebot erfuhr gravierende Erneuerungen¹⁵². Die Naturwissenschaften wurden inhaltlich neu ausgerichtet, in der Mathematik wurde die Einführung der Mengenlehre¹⁵³ als Ausgangsbasis heftig in den Lehrerzimmern diskutiert. Viele bildungspolitische Themen fanden in den Medien ihren Niederschlag¹⁵⁴ und bestimmten die Tagesordnung vieler Sitzungen der Landtagsausschüsse¹⁵⁵. Ein Institut für Lehrerfortbildung wird aufgrund eines CSU-Antrags im Bayerischen Landtag in Dillingen an der Donau eingerichtet, im Studienprogramm des Fernsehens werden Sendungen wie „Hello, I speak English“ ausgestrahlt und im „Lehrerkolleg“ über ein Fernsehprogramm Fortbildung für Lehrkräfte angeboten. Es war Bewegung in die bildungspolitische Szene gekommen¹⁵⁶.

4.1 Die Epoche hoher Priorität

Werfen wir einen Blick direkt in die parlamentarische Arbeit. Bildungspolitische Themen und Fragen bestimmen die Tagesordnungen des Parlaments und der Ausschüsse¹⁵⁷, und dies natürlich ganz besonders im Ausschuss für kulturpolitische Fragen. Sein Aufgabengebiet reichte von den Kindergärten zur Universität. Ein Blick in den Tätigkeitsbericht der 7. Wahlperiode des Bayerischen

Landtags zeigt, dass sich der Ausschuss für kulturpolitische Fragen sowohl mit dem Berufsbildungsgesetz als auch mit dem Gesetz über die Errichtung einer Universität in Augsburg befassen musste¹⁵⁸, und zwar im Sinne einer Einheit der bildungspolitischen Frage. Heute müssen sich dagegen zwei Ausschüsse mit diesen Themen beschäftigen, der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport und der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur. Die vorschulische Erziehung, also die Zeit vor der Grundschule, ist sogar im Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik und somit den Ministerien für Arbeit und Sozialordnung. Im Blick auf die 70er Jahre oder die 7. Wahlperiode kann man zu dem Schluss kommen, dass nicht nur alle Fragen der Bildung, außer der vorschulischen Erziehung, in einem Ministerium und in einem Ausschuss integriert waren, sondern dass die Bildung als ganzheitliches Aufgabengebiet gesehen wurde, so wie es jetzt wieder gefordert wird.

4.1.1 *Der Bildungsausschuss und seine Aktivitäten*

Die Anzahl der Sitzungen der einzelnen Ausschüsse im Bayerischen Landtag spiegeln auch das Arbeitsvolumen wider. Viele bildungspolitische Themen standen auf der Tagesordnung und forderten daher eine zeitintensive Beratung im zuständigen Ausschuss für kulturpolitische Fragen. Nachstehende Aufstellung soll dies verdeutlichen. Im längeren Vergleich hatte er in der 7. Wahlperiode die meisten Sitzungen¹⁵⁹. Es war die Zeit einer hohen bildungspolitischen Akzeptanz innerhalb der Gesellschaft. Diese Aufbruchstimmung spiegelt sich auch in der Anzahl der Sitzungen wider.

Periode	06 66/70	07 70/74	08 74/78	09 78/82	10 82/86	11 86/90	12 90/94	13 94/98	14 98/03
Sitzungen insgesamt	832	918	924	1.267	1.178	1.271	1.233	1.148	1.307
davon Bildungsausschuss	106	156	132	149	138	145	140	173	188
Platzierung	4.	1.	2.	3.	4.	4.	4.	2.	2.
Prozent	12,74	16,99	14,28	11,70	11,71	11,40	11,35	15,24	14,38

Tabelle: Johannes Strasser

Tabelle 6: Sitzungsstatistik der verschiedenen Ausschüsse im Bayerischen Landtag im Vergleich der Wahlperioden

Diese Tabelle zeigt ganz deutlich, dass in den Jahren 1970 bis 1974 die Bildungspolitik die höchste Priorität bei den parlamentarischen Beratungen und der Ausschuss für kulturpolitische Fragen die meisten Initiativen und Anträge zu bearbeiten hatte. An der Spitze der Aktivitätsskala

steht ab 1974 eindeutig und ohne Unterbrechung der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen. Er hat in der Bedeutung die Bildungspolitik verdrängt¹⁶⁰.

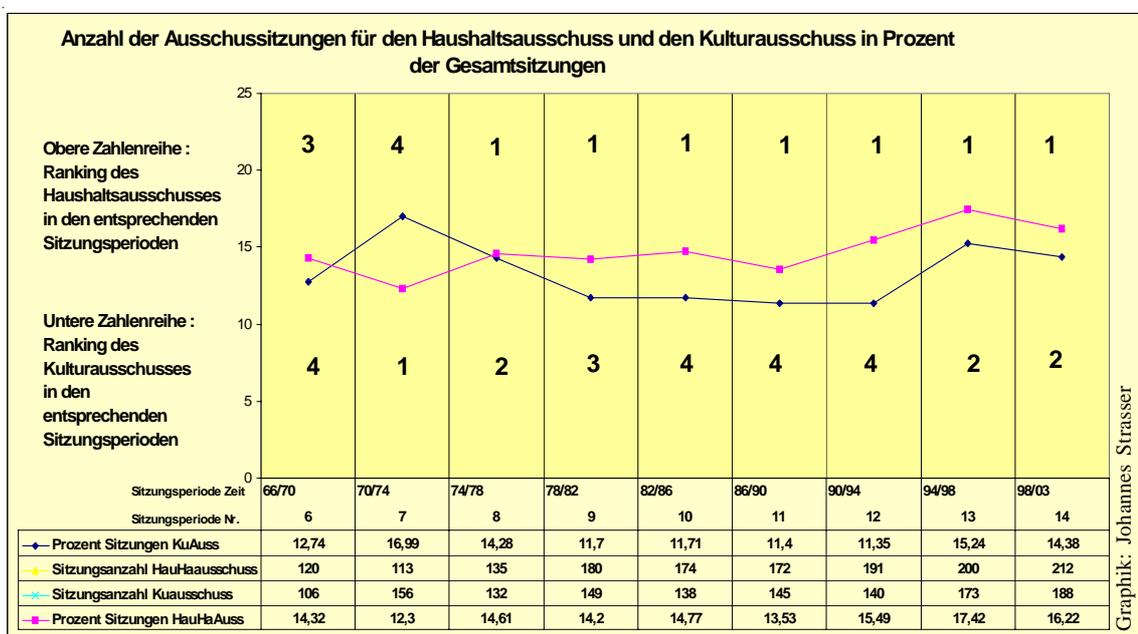
Zum Vergleich: *Haushaltsausschuss*

Periode	06	07	08	09	10	11	12	13	14
	66/70	70/74	74/78	78/82	82/86	86/90	90/94	94/98	98/03
Sitzungen	120	113	135	180	174	172	191	200	212
Platzierung	3.	4.	1.	1.	1.	1.	1.	1.	1.
Prozent	14,32	12,3	14,61	14,2	14,77	13,53	15,49	17,42	16,22

Tabelle: Johannes Strasser

Tabelle 7: Der Ausschuss für Staatshaushalt hat ab dem Jahr 1974 die meisten Sitzungen

Folgende grafische Darstellung verdeutlicht diese Entwicklung.



Grafik 8: In der Sitzungsperiode 8 (1974–1978) verliert der Bildungsausschuss Platz 1 an den Haushaltsausschuss im Vergleich der Anzahl der Sitzungen

Die Betrachtung der Zahl der Sitzungen des Ausschusses für kulturpolitische Fragen spiegelt das Arbeitsvolumen dieses Gremiums im Verhältnis zu anderen Ausschüssen wider. In dieser Aktivitätsskala liegt der Bildungsausschuss in der Wahlperiode von 1970 bis 1974 weit vor dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der allerdings ab dem Jahre 1974 am meisten Sitzungen aufweist, wie obige Grafik anschaulich verdeutlicht. Damit ist auch der Beweis erbracht, dass Bildung und somit Bildungspolitik in den 70er Jahren parlamentarisch hohe Priorität hatten und vom Jahre 1974 an abnahm. Dass 30 Prozent aller Anträge, darunter sehr viele, die die Bildungspolitik betreffen, in einem Vergleichszeitraum von 10 Perioden an den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen überwiesen wurden, wie aus einer Veröffentlichung des

Bayerischen Landtags über das Ausschusswesen hervorgeht¹⁶¹, bestätigt die Feststellung von der parlamentarischen Dominanz des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen ab dem Jahre 1974. Darüber hinaus werden oft die in einem Fachausschuss, wie dem Ausschuss für kulturpolitische Fragen, getroffenen Entscheidungen im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen geändert und anschließend im Plenum abgelehnt. Einem Antrag DS 13/6773 aus dem Jahre 1995, der die Ausweitung des freiwilligen 10. Hauptschuljahres zum Ziel hat, hat der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport in seiner Sitzung vom 12. Dezember 1996 in geänderter Fassung aus fachlicher Sicht seine Zustimmung gegeben. Dagegen empfiehlt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen am 21. Januar 1997 die Ablehnung. Die nähere Betrachtung der Arbeitsskala der Ausschusssitzungen im längeren Zeitvergleich lässt die hohe Bedeutung der bildungspolitischen Fragen in den Jahren 1970 bis 1974 anhand der parlamentarischen Arbeit erkennen. Sie musste jedoch ab 1974 der Finanz- und Haushaltspolitik weichen.

4.1.2 *Interesse am Bildungsausschuss*

Mit Gesetzentwürfen, Initiativen und Anträgen mussten sich die Bildungs- und Kulturpolitiker in der 7. Wahlperiode intensiv befassen. Das haben Vergleiche mit nachfolgenden Wahlperioden ergeben. Wie war es um ihr Interesse für die Mitgliedschaft in dem Ausschuss für kulturpolitische Fragen nach der Landtagswahl vom 22. November 1970 bestellt? Höchst interessant ist ein Vergleich der Konstituierung des bildungspolitischen Arbeitskreises innerhalb der SPD-Fraktion 1970 und nach der Landtagswahl 1986. Der „Kampf“ um einen Sitz im Ausschuss für kulturpolitische Fragen im Bayerischen Landtag war 1970 groß. So ist es aus Protokollen der SPD-Fraktion vom 15. Dezember 1970¹⁶² und 12. Dezember 1972¹⁶³ zu entnehmen. Es gab vier Bewerbungen. In einer Kampfabstimmung wurden dann zwei Vertreter für den Ausschuss gewählt. Auffallend war dabei noch, dass schulpolitische Fachleute, wie der damalige Münchener SPD-Vorsitzende und Oberstudiendirektor Dr. Jürgen Bödderich, seine Kandidatur zurückzog und der Regierungsschuldirektor Joachim Schmolcke mehrheitlich nicht gewählt wurde. Hart wurde damals um einen Sitz im kulturpolitischen Ausschuss gerungen. Im Gegensatz dazu das Jahr 1986. Kein amtierender und bisher dem kulturpolitischen Ausschuss angehörender Abgeordneter hat sich bereit erklärt, in diesem Gremium neu oder weiter mitzuarbeiten. Bei der fraktionsinternen Umfrage 1986 hat sich keiner der 68 SPD-Abgeordneten für den Bildungsausschuss interessiert. Es bedurfte eines absoluten Zuspruchs und Drängens der Fraktionsspitze, überhaupt sechs Parlamentarier für den Ausschuss für kulturpolitische Fragen zu finden. Sogar in der entscheidenden Fraktionssitzung wurden noch Änderungen vorgenommen¹⁶⁴.

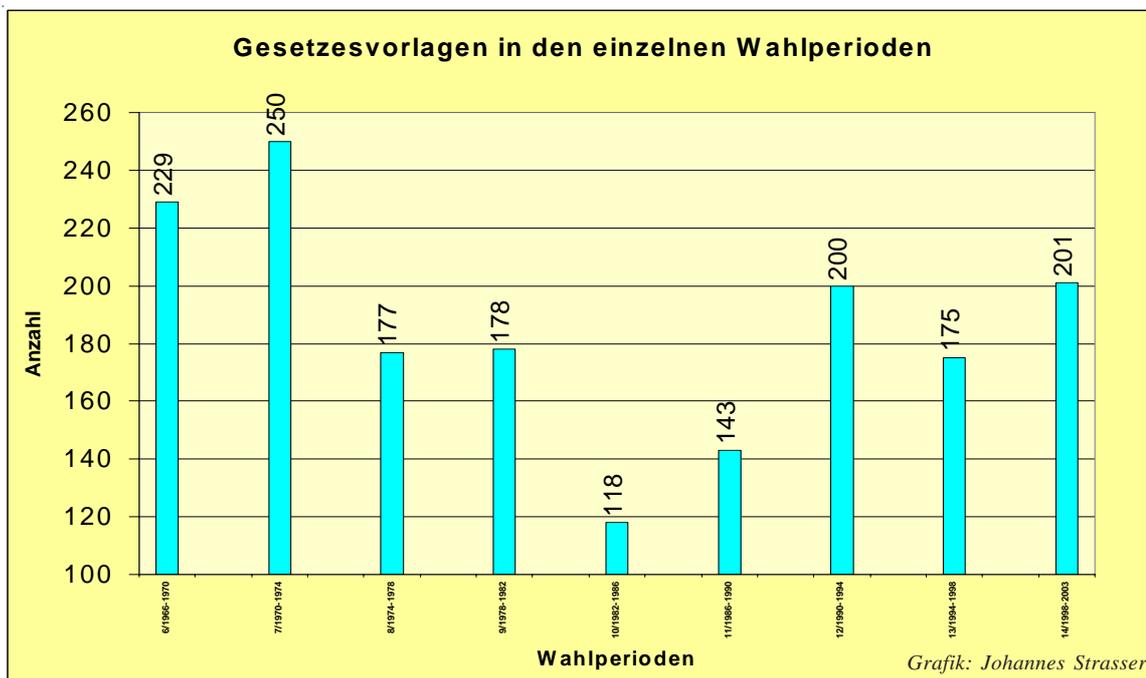
4.2 Epoche der bildungspolitischen Reformen

Sicherlich waren die 70er Jahre geprägt durch die 68er Generation, deren Intentionen und Bestrebungen, die Bildungschancen insgesamt zu verbessern. Bildung war plötzlich das Topthema. Bildungsgerechtigkeit, Bildungsoffensive – Schlagworte dieser Zeit. So war es selbstverständlich, dass nicht nur neue Einrichtungen gegründet wurden, sondern auch Inhalte eine zeitgemäße Anpassung erfuhren.

4.2.1 *Neue Gesetze werden verabschiedet*

Am Ende der 6. Wahlperiode (1966 bis 1970) und v.a. anschließend in den Jahren 1970–1974 wurden neben den damals äußerst aktuellen Themen wie die der Ostverträge auf Bundesebene viele gesetzliche Grundlagen im Bayerischen Landtag beschlossen. Am 30. September 1970 wurde am Bayerischen Landtag das Fachhochschulgesetz eingeleitet, beraten und beschlossen. Das berufliche Schulwesen erhält eine neue gesetzliche Grundlage und löst das Berufsschulgesetz aus dem Jahre 1953 ab oder die vorschulische Erziehung in den Kindergärten wird dem Bildungswesen zugeordnet. Das Kindergartengesetz wird am 12. Juli 1972 verabschiedet. Die staatlichen Zuschüsse für den Bau und die Einrichtung sowie die Kosten für das Personal werden geregelt. Die Ausgaben für die Kindergärten betragen 1972 noch 29 Mio. DM und erhöhten sich zwei Jahre später um das Dreifache. Ebenfalls am 12. Juli 1972 wurden die pädagogischen Hochschulen im Freistaat Bayern voll in die Landesuniversitäten integriert. Am 27. Juli 1971 wurde das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, das Schulpflichtgesetz und das Vollschulgesetz verabschiedet. Ein Gesetz zur Ausführung des Bundesgesetzes über die individuelle Förderung der Ausbildung war schon am 10. Juli 1972 auf der Tagesordnung und wird in dieser Form beschlossen. Das Gesetz über die Schulgeldfreiheit, das Gesetz über die Lernmittelfreiheit, das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung des Schulbedarfs der öffentlichen Gymnasien, Realschulen und Handelsschulen war am 23. Dezember 1971 auf der Tagesordnung, das Bayerische Hochschulgesetz wurde am 21. Dezember 1973 verabschiedet. Gesetzliche Grundlagen für die Errichtung der Universität in Augsburg, in Bayreuth, Passau und für die Gesamthochschule Bamberg wurden geschaffen. Am 8. August 1974 wurde das Lehrerbildungsgesetz beschlossen. In dieser Phase des Aufbruchs wurden somit viele gesetzliche Grundlagen für die Weiterentwicklung des Bildungswesens geschaffen¹⁶⁵. Ein weiteres Beispiel aus der Chronik: Kindergartengesetz vom 12. Juli 1972.

Im langfristigen Vergleich nimmt die 7. Wahlperiode, wie aus folgender Grafiktabelle hervorgeht, eine absolute Spitzenposition bei der Beratung von Gesetzen ein.



Grafik 9: Gesetzesvorlagen und Gesetzesinitiativen der einzelnen Wahlperioden nach den jeweiligen Tätigkeitsberichten

Die 6. und 7. Wahlperiode des Bayerischen Landtags zeichnen sich durch viele parlamentarische Aktivitäten aus. Die gesellschaftliche Aufbruchstimmung und die damit verbundene Forderung nach Reformen drücken sich in Gesetzesinitiativen aus, von denen ein großer Teil die Bildungspolitik betreffen. Der hohe Aktivitätslevel der 70er Jahre fällt dann rapide ab. Dadurch wird auch der Beweis erbracht, dass nach der bildungspolitischen Hochphase – vor allem in der 7. Wahlperiode – die gesellschaftliche und politische Bedeutung der Bildungspolitik rapide sinkt. Diese Feststellung ist auch im Zusammenhang mit dem geringen Interesse an einer Mitgliedschaft im Ausschuss für kulturpolitische Fragen im Jahre 1986 zu sehen und mit dem Spitzenplatz des Bildungsausschusses bei der Zahl der Ausschusssitzungen in den Jahren 1970 bis 1974.

4.2.2 Neue Schuleinrichtungen entstehen

Wir stellen im gesamten Freistaat Bayern fest, dass in der Epoche von 1965 bis 1975 viele neue Bildungseinrichtungen gegründet werden. Durch die Schulreform erfolgt die innere und äußere Neuorganisation der Volksschule. Kleinere Schulen in den Dörfern werden aufgelöst und zentrale Schulen geschaffen. Wurden 1969 noch mehrere Jahrgänge z.B. die Klassen 3 und 4 in einer gemeinsamen Klasse unterrichtet, war dies ab 1972 nicht mehr der Fall. Zentrale Mittelpunktsschulen wurden errichtet, um Klassen mehrzünftig in 1a, 1b und 1c aufzuteilen.

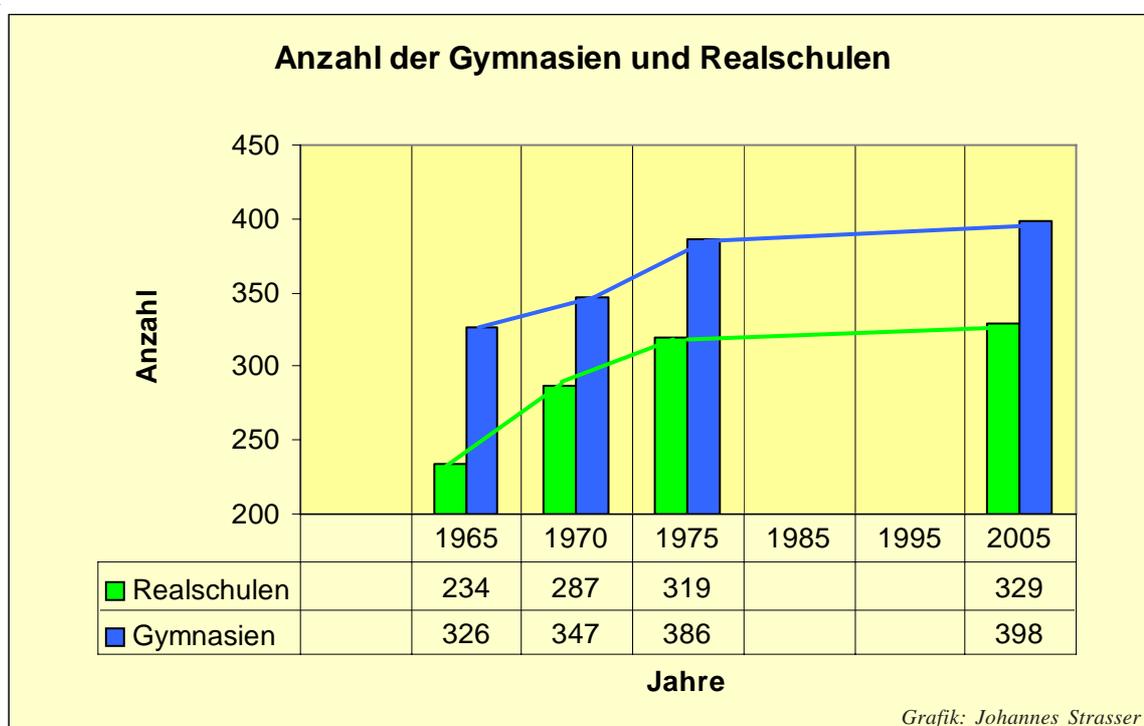
Ein Blick auf die Realschulen und Gymnasien zeigt folgende Entwicklung:

Zu Beginn der 70er Jahre, also der Epoche der Reformen und der Zeit des bildungspolitischen Aufbruchs, werden neue Bildungseinrichtungen gegründet.

Neue Realschulen: In den Jahren 1965 (234 Realschulen) bis 1970 (287 Realschulen) wurden 53 Realschulen im Freistaat Bayern neu gegründet, von 1970 bis 1975 (319 Realschulen) insgesamt 32, in dieser Zehn-Jahres-Epoche also insgesamt 85 Realschulen, während es in den nächsten 30 Jahren von 1975 bis 2005 nur noch neun waren .

Neue Gymnasien: Ähnlich wie bei den Realschulen sieht es auch bei den Gymnasien aus. Von 1965 (326 Gymnasien) bis 1970 (347 Gymnasien) wurden 21 neu gegründet. Von 1970 bis 1975 (386 Gymnasien) waren es 39 neue Gymnasien, also insgesamt 70.

In den nächsten 30 Jahren von 1975 bis 2005 wurden nur zwölf neue Gymnasien errichtet¹⁶⁶.



Grafik 10: Neue Realschulen und Gymnasien bis 1975, danach nahezu gleichbleibende Anzahl

Sicherlich muss die Errichtung von neuen weiterführenden Schulen auch im Zusammenhang mit den Geburtenraten gesehen werden, die von 1953 bis 1964 zunahmen. Dann erfolgte bis 1978 ein Rückgang um 42 Prozent. Auf die einzelnen Bildungseinrichtungen wirkt sich dies zeitversetzt aus. Doch die Politik hat damals schnell auf gesellschaftliche Stimmungen reagiert und nicht lange abgewartet. Dies trifft auf die Gründung von Fachhochschulen und Universitäten ebenfalls zu.

4.2.3 Gründung von Universitäten

Allein der Anstieg der Abiturienten in einem Jahrzehnt, nämlich von 1965 bis 1975 um 109,8

Prozent auf 11.545¹⁶⁷ hat von der Politik ein unverzügliches Handeln im universitären Bereich gefordert, die Parlamente haben gehandelt und 1969/1970 entschieden, wie die Übersichtskarte verdeutlicht. Neben den vier historisch gewachsenen Universitätsstandorten München, Würzburg, Nürnberg und Regensburg kommen noch weitere vier durch Beschlüsse des Bayerischen Landtags hinzu¹⁶⁸. Der Beschluss des Bayerischen Landtags vom 17. Dezember 1969, in Augsburg die fünfte Landesuniversität zu gründen, ist eine Initiative und ein Ergebnis der bildungspolitischen Offensive in den 70er Jahren. Das Gleiche gilt für die Neugründungen in Bayreuth, Bamberg und Passau. Insgesamt wurden eine Vielzahl von neuen Einrichtungen geschaffen und somit das Bildungsangebot wesentlich erweitert.

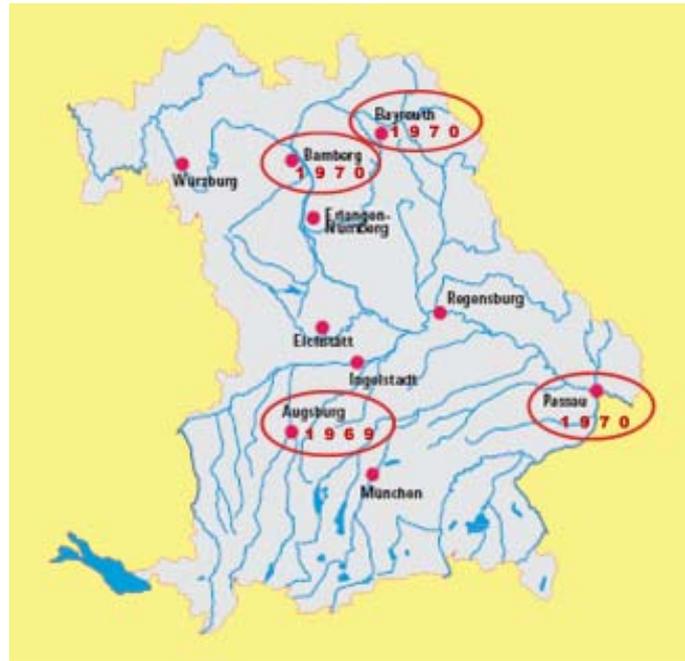


Abbildung 7: Traditionelle
Universitätsstandorte
– neue Universitätsstandorte
1969 und 1970

Natürlich fand diese bildungspolitische Offensive besondere Aufmerksamkeit in der regionalen Berichterstattung wie die Beispiele der Augsburger Allgemeinen Zeitung zeigen. Kultusminister Dr. Ludwig Huber verwies darauf, dass die Begabtenreserven voll ausgeschöpft werden sollten oder es war davon die Rede, dass die schwäbische Universität ohne Bürgerinitiative nicht zustande gekommen wäre¹⁶⁹. „Je ein Vertreter des Lehrkörpers und der Studentenschaft durften, nachdem der Kultusminister doch noch ja gesagt hat, außerplanmäßig ein Statement unter wohlgezogenem Beifallklatschen verlesen, das jeweils von einem Redaktionskollegium demokratisch verfasst wurde“, hat die Presse am 17. Oktober berichtet¹⁷⁰. Und in einem Leitartikel hat sich die „Bildungsredakteurin“, Frau Dr. Elisabeth Emmerich, ausführlich und kritisch mit dem Thema Universitäten befasst und dabei das Spannungsfeld zwischen den Universitäten mit historischer Vergangenheit und den Neugründungen und auch mit der Kooperation zwischen Lehrenden und Lernenden auseinander gesetzt. Und mit folgender Aussage schließt sie ihre Betrachtung: „Die Universität 1970 ist eine politische Aufgabe, eine gesellschaftliche Notwendigkeit und eine

wissenschaftliche Chance. Die Wahrnehmung der letztgenannten Situation hängt von den Bürgern der Universität, Lehrenden und Lernenden ab¹⁷¹.“ Ausführlich hat die Augsburgische Allgemeine über die neue schwäbische „Alma Mater“ berichtet und die hohe Bedeutung der Universität Augsburg für ganz Schwaben zum Ausdruck gebracht¹⁷². In Grußworten von Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und politischer Instanzen kommt dieser überregionale Stellenwert der Universität zum Ausdruck:

Grußworte prominenter Persönlichkeiten zur Eröffnung der Universität

Der bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus

Der Beginn des Studienbetriebs an der Universität Augsburg wird in die Geschichte der Stadt Augsburg und des Landes als denkwürdiges Ereignis eingehen. Es freut mich, seit meiner Übernahme des Amtes des bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus im Namen der Staatsregierung nach der Universität Regensburg den Lehrbetrieb an einer zweiten seit Kriegsende neu gegründeten Universität eröffnen zu dürfen.

Mit der Neugründung von Hochschulen gibt die Staatsregierung ihre zukunftsweisende Antwort auf die Forderung des nächsten Jahrzehnts, für die auch von ihr bewußt mobilisierten Begabungsreserven Raum im Hochschulbereich zu schaffen. Die Universität Augsburg soll und wird weitere Begabungsreserven, vor allem aus dem schwäbischen Raum, erschließen und regionale Unterschiede im Hochschulbesuch ausgleichen. Ihre Gründung ist damit auch eine Tat von größter sozialpolitischer Bedeutung und hilft entscheidend dem Ziel der Kulturpolitik näherzukommen: Chancengleichheit im Bildungswesen für alle!

Die Staatsregierung ist fest entschlossen, in Augsburg, soweit sie Initiativen geben kann, eine Reformuniversität zu schaffen. Dabei hofft sie, mit Hilfe der Reformwilligen und unter Verwendung der Erfahrungen mit neuen Organisationsstrukturen an der Universität Regensburg zu einer Konzeption zu gelangen, in der die Verwirklichung mehr Demokratie im Sinne der Mitwirkung aller Beteiligten in den Entscheidungsregeln und größere Effizienz von Forschung und Studium einander nicht ausschließen, sondern bedingende Elemente einer Studienform sind bereits gegeben in dem auf Erwerb von gründlichen Fachwissen und von Führungsqualitäten ausgerichteten Fachbereich der Makro- und Mikro-Ökonomie, mit dem nunmehr der Studienbetrieb in exemplarischer Weise eröffnet wird. Deutlich zeichnet sich ab, daß die Universität, wenn den Vorschlägen des Struktur-Unterschieds entsprechen wird, auch im Bereich des juristischen Studiums vom Wintersemester 1971/72 ab neue Wege gehen wird: In dem einphasigen juristischen Studium sollen sich Studium und Praxis durch mehrmaligen Wechsel gegenseitig besser als bisher durchdringen.

Erstmals an einer bayerischen Hochschule wird das Kontaktstudium eingeführt, das allen in akademischen Berufen und an verantwortlicher Stelle Tätigen ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung die Gelegenheit geben wird, sich mit den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, Entwicklungen und Methoden ihres Tätigkeitsfeldes vertraut zu machen. Die Errichtung eines Zentrums für Hochschuldidaktik soll entscheidende Impulse für die innere Reform des Studiums geben. Das Fernstudium soll Teile des Studiums, für die es sich als modernes technisches Hilfsmittel eignet, übernehmen.

Eine Gesamthochschule kann sich bei einem entsprechenden Beschluß des künftigen Senats im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten entwickeln. In diesem Zusammenhang sollen Kurzstudiengänge, soweit sie nicht an einer Fachhochschule bestehen, und die Möglichkeit zum Fortsetzungsstudium für Absolventen der Fachhochschulen angeboten werden. Die Pädagogische Hochschule Augsburg wird in den Gesamthochschulbereich einbezogen werden. Dies sind einige Aspekte, die das Reformkonzept für die Universität Augsburg andeuten.

Mein Dank gilt der Bürgerinitiative für ihre Aktivität im Zusammenhang mit der Gründung der Universität, insbesondere der Gesellschaft der Freunde der Universität,

der Stadt Augsburg für die beabsichtigte kostenlose Bereitstellung von Baugelände für die Universität und der katholischen Kirche für ihre Unterstützung bei der Errichtung eines katholischen Fachbereichs. Mein Dank gilt aber auch den Professoren, Assistenten, Studenten und den Verwaltungskräften der Universität Augsburg, die zusammenarbeiten suchen“ (Gaudium et spes, 63) und ihnen den Dienst letzter Erhellung menschlichen Seins und Schaffens anbieten. Damit wird eine seit 1549 an der ehemaligen Universität und späteren Philosophisch-Theologischen Hochschule Dillingen gepflegte Tradition fortgesetzt, eine wissenschaftliche Tradition, die das Licht von morgen mit dem Licht von heute nicht (vgl. zitierte Botschaft der Konzilsväter).

So wünsche ich unserer Universität, daß sie mit Gottes Segen dem wahren Fortschritt der Gesellschaft, der Freiheit und dem Frieden der Menschheit diene.

Josef Stimpfle

Der Dekan der Evang.-Luth. Kirche Augsburg

Die Universität Augsburg hat ihre Vorlesungen aufgenommen und ihr künftiges wissenschaftliches Programm in diesem Wintersemester 1970/71 eingeleitet. Diesen Neuanfang begleiten auch meine besten Wünsche.

Ganz besonders freue ich mich darüber, daß die Anregung, in Augsburg eine Volluniversität einzurichten, in der Konzeption der letzten Jahre berücksichtigt wurde und in der Augsburg die Erfüllung finden soll. Die neue Universität bietet diese Möglichkeit eines umfassenden, das spezielle Fachwissen koordinierenden Angebots. Darüber kann man sich nur freuen.

Inmitten der sehr ersten Spannungen und Auseinandersetzungen, die wir in anderen deutschen Universitätsstädten erleben, halte ich es für unerlässlich, von Anfang an die Arbeit der Universität im Rahmen der gegenwärtig schon vorhandenen Toleranz und ökumenischer Gesinnung zu begleiten. Entscheidend für solche Zusammenarbeit ist dabei, ob und wie weit die Augsburgische Bevölkerung ihr Verhältnis gegenüber den Universitätsangehörigen im Sinn einer verantwortlichen Partnerschaft gestalten wird. Harte Sachgespräche werden sich auch in Zukunft so lange nicht vermeiden lassen, als eine Universität ihre Aufgabe auch als eine wissenschafts- und gesellschaftskritische versteht. Die Universität muß deshalb kein Fremdkörper in einer Stadt wie Augsburg bleiben.

So wünsche ich der Augsburgischen Bürgerschaft und der Universitätsgemeinde eine Atmosphäre gegenseitigen Verstehens, ein Klima von Offenheit und Freundlichkeit. Augsburg könnte hier als neue Universitätsstadt beispielhaft vorangehen!

Dr. Helmut Lindenmeyer

Der Regierungspräsident von Schwaben

Die Errichtung der Universität Augsburg ist für den ganzen Regierungsbezirk Schwaben ein sakrales Ereignis. Daß mit den Fachbereichen für das Gebiet der Wirtschaftswissenschaften begonnen wurde, knüpft an die glanzvolle wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Augsburg in der Vergangenheit an, entspricht aber vor allem dem großen industriellen und wirtschaftlichen Aufschwung im vergangenen Jahrhundert bis zur Gegenwart. Schwaben will und wird sich in seiner Universität bestätigen.

Frank Sieder



ERFÜLLTE SCHWABENS UNI-WUNSCH: Kultusminister Dr. Ludwig Huber.
Bild: AZ-Archiv

den Mut haben, ohne die Sicherheit eines überkommenen Studienbetriebs einen Neuanfang zu wagen.

Nur eine weitere fruchtbare Zusammenarbeit aller Beteiligten, zu der die Bayerische Staatsregierung bereit ist, gibt die Gewähr für den Aufbau einer Reformuniversität in Augsburg, der die besonderen Glückwünsche der Staatsregierung aus Anlaß der Eröffnung des Studienbetriebs gelten.

Dr. Ludwig Huber

Der Bischof von Augsburg

Die Gründung der fünften bayerischen Landesuniversität gehört zu den wichtigsten Ereignissen dieses Jahrhunderts in Augsburg und Schwaben. Regierung und Landtag des Freistaates Bayern haben, getreu ihrem Bildungsauftrag, eine langgehegte Erwartung des bayerischen Schwabens und des Bistums Augsburg erfüllt. Im bayerischen Hochschulwesen bedeutet die Universitätsgründung in Augsburg einen neuen Anfang.

Das Zweite Vatikanische Konzil hat allen Menschen guten Willens zum Dialog als Form wirksamer Verständigung aufgerufen, insbesondere die Wissenschaftler, die sich im Ringen um Erkenntnis und im Suchen nach Wahrheit, dem Wohl und Fortschritt der Menschheit widmen. „Die Möglichkeit einer tiefen, Übereinstimmung der wahren Wissenschaft und des wahren Glaubens, die beide der einzigen Wahrheit verpflichtet sind, ist... vielleicht noch nie so offenbar gewesen wie heute. Hindert diese wertvolle Begegnung nicht“, heißt es in der Botschaft der Konzilsväter vom 8. Dezember 1965 „an die Denker und Wissenschaftler“.

Der theologische Fachbereich der neuen Universität Augsburg wird daher mit den Vertretern anderer Wissenschaften in gemeinsamer Bemühung und Planung zusam-

Abbildung 8: Universitäten sind für die Gesellschaft von großer Bedeutung. Grußworte bei der Eröffnung der Universität Augsburg¹⁷³

4.2.4 *Investitionen in die Bildung – ein Konjunkturprogramm*

Doch wenn man die Jahre 1969, 1970, 1971 und 1972 näher betrachtet, stellt man fest, dass neben der inhaltlichen Neuorientierung der Bildungspolitik eine Vielzahl von Investitionen in dieser Epoche getätigt worden sind. Die bildungspolitischen Reformen führten auch zu wirtschaftlichen Impulsen. Neue Schulen wurden gebaut, das Baugewerbe bekam Aufträge, neue Schulen mussten mit neuen Möbel ausgestattet werden, die provisorischen Hörsäle, natürlich ursprünglich angemietet, wurden durch moderne Bauten ersetzt. Allerdings ging es im schulischen Bereich schneller als bei den Hochschulen.

So wurden z.B. im Landkreis Dillingen, Regierungsbezirk Schwaben, folgende Investitionen getätigt (die Investitionssummen wurden von DM in Euro umgerechnet):

Dillingen, Neubau einer Hauptschule	1972	für	2,3 Mio. Euro
Höchstädt, Neubau einer Hauptschule	1970	für	3,4 Mio. Euro
Gundelfingen, Neubau einer Hauptschule	1969	für	1,8 Mio. Euro
Lauingen, Neubau einer Realschule	1974	für	1,7 Mio. Euro
Holzheim, Neubau einer Verbandsschule	1974	für	2,7 Mio. Euro

Im Landkreis Donau-Ries, Regierungsbezirk Schwaben:

in Tapfheim, Neubau einer Schule	1975	für	3,4 Mio. Euro
in Donauwörth, Neubau der Hauptschule	1976	für	4,2 Mio. Euro

Mit der bildungspolitischen Reform waren somit enorme Ausgaben für Investitionen verbunden, wie auch ein Beispiel einer Beratung im Dillinger Kreisausschuss zeigt.

„Realschule – Haushaltsfragen: Öffentliche Sitzung des Kreisausschusses Dillingen (dz).

Eine öffentliche Kreisausschusssitzung findet am Freitag, den 6. November 1970, 15 Uhr, im Landratsamt (Zimmer Nr. 208) statt“. Auf der Tagesordnung von Sitzungen kommunaler Gremien, wie der des Kreisausschusses des Kreistages im Landkreis Dillingen am 6. November 1970 standen plötzlich bildungspolitische Themen. „Die Tagesordnung umfasst folgende Punkte: Landwirtschaftliche Kreisberufsschule (Schaffung eines Gymnastikraumes, Vertragsabschluss mit der Deutschen Bundesbahn zum Schülertransport); Realschule Lauingen (Konstruktionsart der Schwimmhalle und der Turnhalle); Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuss und weitere Ausschüsse vom 6. August 1966; Nachtragshaushaltsplan 1970; Bestellung eines weiteren Stellvertreters des Landrats; Aufwandsentschädigung und Reisekostenvergütung für Dienstgrade der Freiwilligen Feuerwehren; Kosten der notwendigen Beförderung der Volksschüler (Beteiligung des Landkreises); Verteilung der Gewinnausschüttung der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen für 1969; Zuschussgesuche; Sonstiges. Nichtöffentliche Beratungen folgen¹⁷⁴.“

Mehr Bildungseinrichtungen, ob Realschulen, Gymnasien, Fachhochschulen oder Universitäten und vor allem die Schulreform Ende der 60er Jahre haben zu organisatorischen Veränderungen bei gewachsenen Strukturen geführt. So manches Dorf hatte plötzlich keine Schule mehr oder Kommunen erhielten durch eine neue Hochschule plötzlich überregionale Bedeutung. Doch diese Entwicklung hat eine Vielzahl wirtschaftlicher Impulse ausgelöst, neue Schulen wurden gebaut, neue Lehrbücher gekauft und die Ausstattung erneuert. Auch das ist das Ergebnis von rasanten Veränderungen in der Epoche der 70er Jahre. Und die Politik auf den verschiedenen Ebenen, die Kommunalpolitik, die Landespolitik und Bundespolitik musste schnell entscheiden und somit auch Zeichen setzen.

4.2.5 *Politische Initiativen*

Dass die Bildungspolitik auf Bundesebene in den 70er Jahren wieder stärker gewichtet wurde und höchste Priorität bekam, kann aus den Berichten über die Haushaltsberatungen zum Bundeshaushalt 1971 entnommen werden. In der Augsburger Allgemeinen Zeitung wird am 24. September 1970 unter der Schlagzeile: „Schwerpunkte: Bildung, Umweltschutz, Wohnungen“ über die Haushaltsrede von Bundesfinanzminister Alex Möller wie folgt berichtet¹⁷⁵:

„An die Spitze der Prioritätenlisten für die Bundesausgaben 1971 setzte Möller den Bereich Bildung und Wissenschaft. Die Bundesregierung wolle die Bildungsreform für ein Land, in dem der Anteil der Gesamtausgaben für Bildung und Wissenschaft am Bruttosozialprodukt auch heute noch unter 5 Prozent gegenüber dem Beispiel 7,2 Prozent in Frankreich und 9,8 Prozent in den USA liegen. Das Bildungswesen in der Bundesrepublik, das in früheren Jahren in verschiedenen Bereichen Vorbild für andere Länder gewesen sei, ist im internationalen Vergleich zurückgefallen.“ Dass der Ansatz im Bildungshaushalt des Bundes 1971 um 2.801 Mio. DM jetzt auf 4.000 Mio. DM angehoben wurde¹⁷⁶, hat in den Medien am 17. September 1970 eine entsprechende Wirkung mit folgender Schlagzeile erfahren:

Donnerstag, 17. September 1970: „Ausgaben für Bildung werden vervielfacht.“

Finanzplanung der Bundesregierung bis zum Jahre 1974 – Haushalt wächst jährlich um acht Prozent.

Bildungspolitik wurde wieder zu einem gesellschaftlichen Thema, weil die Politik Signale gesetzt hat und gehandelt wurde. Parteien traten in Wettstreit um Schulsysteme, Verbände wurden lebendig, haben sich mit Bildungsfragen befasst. „Die Vorschulerziehung wird kommen – aber wie?“ lautet die Botschaft und das Resümee des ersten Vorschulkongresses in der Bundesrepublik in Hannover vor 7000 Pädagogen, Studenten und Eltern verbunden mit der Aussage: „

Kostenlose Förderung aller Kinder ab dem dritten Lebensjahr geplant¹⁷⁷.“ Übrigens interessant in diesem Zusammenhang, dass jetzt nach 35 Jahren McKinsey in der Süddeutschen Zeitung vom 28. November 2005 die gleiche Forderung erhebt. Die Frage, wo war die Politik in diesen Jahren geblieben, ist sicherlich berechtigt. Und wie haben die Bundesländer, zu deren Aufgabengebiet in einem föderalen System die Bildungspolitik speziell zählt, damals reagiert? Die Priorität der Bildungsfinanzierung für das nächste Jahrzehnt wurde anerkannt. Die „Marschroute der Ministerpräsidenten der Bundesländer“ für ein Arbeitsgespräch mit dem Bundeskanzler Willy Brandt wurde festgelegt. Bis zum Jahre 1980 müssten Bund, Länder und Kommunen einen Betrag von 80 bis 90 Millionen DM für die Finanzierung von Bildungsaufgaben aufbringen, rechnete der baden-württembergische Regierungschef Kurt Filbinger vor¹⁷⁸. Und weiter meinte er, diese Steigerung von 70 Millionen DM könne nur über Steuererhöhungen finanziert werden. Somit wurden die notwendigen Maßnahmen in der Bildung sofort einer finanzpolitische Betrachtung unterzogen und gezielt Finanzierungsmöglichkeiten unverzüglich ins Gespräch gebracht.

Zu den politischen Initiativen zählen auch die Aktivitäten von Verbänden und Organisationen. „Mehr Demokratie in den Schulen ...“ forderten die schwäbischen Junglehrer bei einer Delegiertenversammlung in Neuburg im Jahre 1970. Und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Junglehrer (ABJ), Bezirk Schwaben, Anton Grotz war in seiner Rede der Auffassung, dass „der Schulrat durch demokratische Wahl bestimmt“ werden sollte. Dadurch könnten Fehlbesetzungen derartiger Posten ausgeschaltet werden¹⁷⁹.

Beim Studium der Berichte in den Medien z.B. im Jahre 1970 fällt auf, dass im Rahmen des Wahlkampfes zur Landtagswahl bildungspolitische Themen immer eine Rolle spielten und hierüber ausführlich berichtet wurde¹⁸⁰. Im parteipolitischen Wettbewerb wird aber auch in der gleichen Phase vor einer „Finnlandisierung“ gewarnt, wenn das Bildungswesen der skandinavischen Länder als vorbildhaft und nachahmenswert dargestellt wird. Einer derartigen Entwicklung müsse entschieden entgegen getreten werden, lautet damals die politische Forderung bei einer CSU-Veranstaltung und dies oft unter Beifall der Zuhörer¹⁸¹. Dr. Jaeger: Erbe Adenauers verschleudert. Bundestagsvizepräsident kritisiert Kabinett Brandt/Scheel – Eine Finnlandisierung droht. Bericht in der Donau-Zeitung über eine Versammlung am 26. Oktober 1970 in Lauingen, Landkreis Dillingen, mit dem Bundestagsvizepräsidenten. Heute dagegen wird dieses Bildungssystem in Finnland aufgrund der PISA-Ergebnisse als Vorbild dargestellt. Politiker „pilgern“ nach Finnland, um sich dort umzusehen¹⁸², Lehrkräfte beteiligen sich an europäischen Programmen, verweilen einige Wochen in den skandinavischen Ländern, um dann mit neuen Erkenntnissen Veränderungen im Schulsystem gemeinsam mit der Politik vorzunehmen. Organisatorisch, inhaltlich und finanziell

wurden auf allen Ebenen der Politik, vom Bundestag über die Länder bis in die Kommunalpolitik Fragen der Bildung und der Bildungspolitik diskutiert und entschieden. Die Politik hat in der Epoche der 70er Jahre auf gesellschaftliche Veränderungen rasch reagiert und nicht abgewartet, gesellschaftspolitische Forderungen aufgegriffen, intensiv diskutiert und trotzdem zügig umgesetzt.

4.3 Lerninhalte

Es ging damals jedoch nicht nur um Fragen der Schulorganisation oder Neubauten von Schulen oder Errichtung von neuen Bildungseinrichtungen, sondern alle Bereiche der Bildungspolitik wurden inhaltlich einer Generalinventur unterzogen und hinterfragt. Stimmen die Inhalte, die an den Schulen vermittelt werden, noch mit den tatsächlichen Gegebenheiten überein? Sind sie überhaupt noch zeitgemäß? Müssen die Lehrpläne ergänzt und erweitert werden? Wie sieht es mit der Reform der Lehrerbildung aus? Sie wurde neu geordnet, die Pädagogischen Hochschulen wurden in die Universitäten integriert und ein Lehrerbildungsgesetz wurde in Kraft gesetzt. Ein erster Streik in der Bundesrepublik wird hierzu für den 9. November 1970 angekündigt¹⁸³. Das aktive Wahlalter wurde von 21 auf 18 Jahre und das passive von 25 auf 21 Jahre durch Volksentscheid vom 24. Mai 1970 und den Beschluss des Bayerischen Landtags vom 17. Mai 1970 herabgesetzt¹⁸⁴. Diese angeführten Beispiele, wie Lehrerstreik oder Herabsetzung des Wahlalters sind bereits Folgen der damaligen geforderten und in Gang gebrachten Reformen, natürlich mit Auswirkungen auf die Lerninhalte, die in den Schulen vermittelt werden. Politische Bildung erfährt an den Schulen eine stärkere Betonung. Oder wie ist es um den Berufsschulunterricht aufgrund der Veränderung der wirtschaftlichen Prozesse bestellt? Die Bundesregierung beschließt ein Aktionsprogramm zur Verbesserung des Berufsschulunterrichts¹⁸⁵. Die Berufsschultage werden aufgrund der gestiegenen Anforderung zu Lasten der betrieblichen Ausbildung angehoben. Notwendige Änderungen, Korrekturen und Reformen wurden nach Jahren des Stillstands in den 60er Jahren vorgenommen.

4.3.1 Politische Reaktionen

In Europa sind sich die Staaten näher gekommen. Das Interesse an Begegnungen auf verschiedenen Ebenen wie Schulen, Verbänden und Kammern wurde politisch forciert. Der internationale Schüleraustausch fördert das Lernen von Fremdsprachen, wie aus einem Beitrag im Jahresbericht 1970/71 des Donauwörther Gymnasiums hervorgeht¹⁸⁶. Englisch wird an der Hauptschule zum Pflichtfach und das 9. Hauptschuljahr wird eingeführt. Ein Schulversuch „Offenes Gymnasium“ wird ermöglicht. Die Eltern müssen nicht zu früh über einen bestimmten Gymnasiumsweig ihrer

Kinder entscheiden. Die Schulorganisation wird flexibler. Der neusprachliche Zweig wird aufgewertet, weil von 1968 bis 1971 sich 70 Prozent der Gymnasiasten für Englisch als erste Fremdsprache entschieden. Von 122 Schülerinnen und Schülern wählten im Schuljahr 1972/73 am Gymnasium Donauwörth 45 den neusprachlichen Zweig¹⁸⁷.

Dass an den Schulen im Freistaat Bayern ab dem Schuljahr 1971/1972 die 5-Tage-Woche aufgrund des Beschlusses des Bayerischen Landtags versuchsweise eingeführt werden kann, ist ebenfalls eine weit reichende Weichenstellung in dieser Zeit des bildungspolitischen Aufbruchs und eine zeitgemäße Weiterentwicklung des Schulsystems. Es wurde auf gesellschaftliche Veränderungen gerade in Bezug auf das Freizeitverhalten schnell reagiert. Schulleitungen berichteten über die Umsetzung dieser politischen Entscheidung¹⁸⁸.

Ein Bayerisches Kindergartengesetz tritt am 25. Juli 1972 in Kraft, weil die Bedeutung der Vorschulerziehung erkannt war¹⁸⁹.

Das Gesetz über die Eingliederung der Pädagogischen Hochschulen in die Landesuniversitäten war in den 70er Jahren ebenfalls eine Folge der Diskussion um eine zeitgemäße Lehrerbildung. Beratungen im Bayerischen Landtag wie aus nachfolgendem Bericht zu ersehen ist, zeigen aber auch, wie um eine bestmögliche Lösung gerungen und wie hart in der Sache argumentiert wurde.

„12. Juli 1972

Per Gesetz werden die Pädagogischen Hochschulen voll in die Universitäten integriert. Der Landtag beschließt das Gesetz über die Eingliederung der Pädagogischen Hochschulen in die Landesuniversitäten und in die Gesamthochschule Bamberg gegen die Stimmen von SPD und FDP. Hildegard Hamm-Brücher (FDP) nennt die Umwandlung der PH in Fachbereiche bzw. Fakultäten einen Etikettenschwindel, Peter Glotz (SPD) spricht von Schilderwechsel und meint, man schaffe damit lediglich innerhalb der Universitäten einen riesigen Fachbereich für Lehrerbildung, also ein Ghetto für Lehrer. Kultusminister Prof. Hans Maier argumentiert, zur vollen Integration und damit zur Schaffung einer neuen Lehrerbildung fehlten die beamten- und besoldungsrechtlichen Vorschriften des Bundesinnenministeriums¹⁹⁰.

Die großen Aktivitäten im Bereich der Bildungspolitik in den Jahren 1970 bis 1974, also der 7. Wahlperiode, können auch aus dem Tätigkeitsbericht des Bayerischen Landtags entnommen werden. Im Kapitel „Gesamtarbeit des Landtags“, das 19 Seiten umfasst, werden auf vier Seiten die politischen Initiativen und Entscheidungen im Bildungsbereich „Unterricht und Kultus“ aufgelistet. Dies ist ebenfalls ein Beweis dafür, dass die Fragen der Bildung und ihre notwendigen Entscheidungen hierzu politisch betrachtet hohe Priorität hatten¹⁹¹.

4.3.2 *Lehrpläne werden geändert*

Über Jahre hinweg waren Lehrpläne in den 60er Jahren inhaltlich festgeschrieben oder „zementiert“. In einer Zeit, in der sich Gesellschaft und somit auch Schule im Umbruch befinden, hat sich die Politik zusammen mit den Verbänden und Interessensorganisationen diesem Thema zugewandt und über inhaltliche Veränderungen gesprochen. Dem künftigen Mathematikunterricht in der Grund- und Hauptschule widmen sich Beiträge in der Zeitschrift „Die Bayerische Schule“ vom 16. Januar 1970 oder der „Stoffverteilungsplan von technischen Werken“ wird auf Verbandsebene zum Thema¹⁹².

Es gilt innere Reformen nach vorne zu bringen. Das ist das gemeinsame Bestreben von Politik und Verbänden und dies geschieht oft in kontroversen Diskussionen, aber alle insgesamt zielorientiert. Ein neuer Hauptschullehrplan steht auf der Tagesordnung und neben neuen Lehrplänen erscheinen neue Fächer.

4.3.3 *Neue Fächer – größere Flexibilität*

Auf das Erlernen von Fremdsprachen in dieser bildungspolitischen Offensive in den 70er Jahren wurde bereits hingewiesen. Nicht nur auf den weiterführenden Schulen sollte Englisch gelernt werden, es wird auch an der Hauptschule zum Pflichtfach. Die Wahl verschiedener Fremdsprachen wurde leichter ermöglicht und das Angebot erweitert, wie am Beispiel aus Jahresberichten des Gymnasiums Donauwörth, Schuljahr 1970/71 und 1971/1972, zu entnehmen ist:

„Das Interesse am neusprachlichen Zweig des Gymnasiums ist im Schuljahr 1971/72 um über 10 Prozent gestiegen¹⁹³.“

Außerdem erweitert es als „Offenes Gymnasium“ sein Angebot mit mehr Fächern und größerer Flexibilität. Auch ein Blick in die Medienlandschaft zeigt zusätzliche und neue Angebote. Die Kenntnisse in Englisch können im Studienprogramm des Fernsehens mit der Sendung „Hello, I speak English“, am 14. September 1970, erweitert oder vertieft werden. Ein Erziehermagazin befasst sich am 14. September 1970 mit der „Mathematik in der Grundschule“ und das Lehrerkolleg informiert am 29. September 1970 über die Sexualkunde an Schulen¹⁹⁴.

Gesellschaftliche Veränderungen in den 60er Jahren haben im folgenden Jahrzehnt die Politik gezwungen, also ab 1970, sich intensiv mit den bildungspolitischen Themen zu befassen, Schulen weiter zu entwickeln und inhaltlich zu reformieren. Lehrpläne wurden einer grundsätzlichen Generalüberholung unterzogen und das Bildungsangebot auf allen Ebenen erweitert. Parlamentarische Initiativen, Anträge und Gesetze mit intensiven und zum Teil kontroversen Beratungen und Diskussionen zeigten, dass Bildungspolitik damals ernst genommen und verhältnismäßig schnell entschieden wurde, wie die bisherigen Ausführungen zeigen.

4.4 Bildungspolitische Aufbruchstimmung

Die 70er Jahre waren somit eindeutig geprägt von einer bildungspolitischen Aufbruchstimmung und zwar auf allen Ebenen. Neue Einrichtungen, neue Schulbauten, neue Gesetze, neue Universitäten, neue Fachhochschulen, neue Lerninhalte, neue Fächer und vieles mehr. Dies war auch zu verstehen als Reaktion auf eine Zeit des Stillstandes. Fragen der Bildung rückten plötzlich in den Mittelpunkt des politischen Handelns. Es wurde agiert und nicht, was man derzeit der Politik vorhält, nur reagiert. Dass sich Investitionen in die Bildung rechnen und lohnen, wurde erkannt und darum gehandelt.

5 Bildungspolitische Reaktionen in den 90er Jahren

Ein Blick in die Programme und Aussagen der Parteien zu den Landtagswahlen 1994, 1998 und 2003 zeigt, dass sie sehr viele Aussagen über bildungspolitische Themen enthalten und Bildung als großer Gesamtbegriff sich wieder weiter oben bei der Schwerpunktwahl findet¹⁹⁵. In der Bevölkerung haben dementsprechend Fragen zu Schule, zu Studium, zu Kindergärten eine hohe Akzeptanz. Es beginnt wieder die Zeit eines bildungspolitischen Aufbruchs.

Am 14. März 1998 fand z.B. im Bayerischen Landtag ein Bildungskongress statt zum Thema „Schule der Zukunft: Was muss sie lernen¹⁹⁶“ Bei konkreten politischen Forderungen wurde z.B. Folgendes genannt:

Prioritätenliste der konkreten politischen Forderungen

1. Kleinere Klassen, mehr Lehrer, Rücknahme der Stundenkürzungen im musischen/sportlichen Bereich (94 Nennungen)
2. Auflockerung des Schulsystems (59 Nennungen)
3. Neugestaltung der Lehrpläne, Öffnung des Unterrichts (51 Nennungen)
4. Neuorganisation der Lehrerbildung/-fortbildung (50 Nennungen)
5. Mehr Autonomie der Schulen (39 Nennungen)
6. Demokratisierung der Schulen (33 Nennungen)
7. Sachverstand von außen in die Schulen hinein / Schulsozialarbeit (22 Nennungen)
8. Integration Behinderter (11 Nennungen)
9. Schule als Lernwerkstatt und Lebensraum (10 Nennungen)
10. Erweiterte Betreuungsangebote (7 Nennungen)

Im Rahmen der Workshops war es sogar möglich, wieder einmal bildungspolitische Visionen zu nennen. Dies führte zu folgendem Ergebnis:

Prioritätenliste der bildungspolitischen Visionen:

1. Entrümpelung der Lehrpläne, Reform des Schulunterrichts (95 Nennungen)

Lehrpläne sollen handlungs- und praxisorientiert sowie fächerübergreifend ausgerichtet werden

Lehrpläne sollen inhaltlich erweitert werden (früherer Fremdsprachenunterricht und Medienunterricht)

Unterricht soll aus starrem 45-Minuten-Takt herausgelöst werden

„offener Unterricht“ mit Projektarbeit und neuer Methodik

2. Mehr Autonomie für die Schulen (76 Nennungen)

Verflachung der Schulaufsichtsebenen, Verlagerung von Entscheidungskompetenzen nach unten

Schulen sollen selbstständiger werden in inhaltlichen, organisatorischen, finanziellen (Budgetierung) Angelegenheiten

3. Demokratisierung der Schulen (59 Nennungen)

mehr Mitbestimmung der Eltern sowie der Schüler

Schulform soll aufgewertet werden vom Mitverwaltungs- zum Mitentscheidungsorgan

Eltern sollen über die Schullaufbahn ihres Kindes entscheiden dürfen

4. Verbesserung der Lehreraus- bzw. -fortbildung (48 Nennungen)

Schwerpunkt der Lehrerbildung auf didaktische und methodische Inhalte statt

Heranziehen von unterrichtenden Fachwissenschaftlern

Lehrer als „Erzieher, Moderator, Streitschlichter, Gruppendynamiker“

Fortbildung der Lehrer v.a. im Bereich der neuen Medien

5. Schule als Lebensraum (43 Nennungen)

weg von der Paukschule hin zur ganzheitlichen Schule

Schule soll Persönlichkeit bilden und dabei Individualität berücksichtigen

Schule soll zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen beitragen wie Kreativität, Teamfähigkeit, soziale Kompetenz, multikulturelle Toleranz

6. Durchlässigeres Schulsystem (42 Nennungen)

spätere Selektion der Kinder nach Schularten

Einführung einer sechstufigen Grundschule bzw. einer Orientierungsstufe

Flexibilisierung der Schulsysteme, dabei jedoch Beibehaltung der dreigliedrigen Schulstruktur

7. Kleinere Klassen, mehr Lehrer (42 Nennungen)

Schaffung von mehr Planstellen, dabei vor allem Einstellung junger Lehrer

Rücknahme von Stundenkürzungen im musischen/sportlichen Bereich

Reduzierung der Klassenstärke (Angaben schwanken zwischen 25 bis 30 Schülern)

8. Integration behinderter Schüler (38 Nennungen)

jedoch nur soweit Schulen/Lehrer auf Integrationsmaßnahmen ausgerichtet sind

9. Erweiterte Unterrichts- bzw. Betreuungsformen

Ganztags-/Nachmittagsbetreuung, verlässliche Grundschule

10. Mehr Sachverstand von außen in die Schulen hinein (26 Nennungen)

Supervisions-Angebote an Lehrkräfte, Schulsozialarbeit

Enge Kooperation zwischen Wirtschaft und (Berufs-)Schulen (auch mit Blick auf Sponsoring)

Öffnung des Unterrichts für Künstler und andere Nicht-Lehrer

Abbildung 10: Bildungspolitische Visionen 1998 im Bayerischen Landtag, Dokumentation der SPD-Landtagsfraktion, Seite 23

Wenn man diese Ergebnisse betrachtet, so sind viele Forderungen nicht neu, doch wieder aktuell z.B. die Entrümpelung der Lehrpläne, Verbesserung der Lehrerbildung oder Demokratisierung der Schule. Viele der genannten Visionen sind Forderungen früherer Jahre, die nicht erfüllt oder angegangen wurden, weil der gesellschaftliche und politische Stellenwert der Bildung nach dem Hoch der 70er Jahre rapide gefallen ist und erst langsam wieder in den Focus der gesellschaftlichen Bedeutung rückt. Grund hierfür ist, dass das Bildungssystem in ihrer Organisation nicht angepasst wird an gesellschaftliche Änderungen.

5.1 Bildung und ihr Stellenwert

Forderungen nach einer bildungspolitischen Offensive sind von allen Parteien, von Verbänden und Eltern immer wieder zu hören. Dies geht auch aus einem Schriftwechsel der „Bürgerinitiative Mütter gegen Schulnot“ aus dem Jahre 1988 und einem Landtagsabgeordneten hervor. Das gesamte Bildungsziel muss neu überdacht werden, wird unter anderem gefordert und die Resolution schließt wie folgt: „Das oberste Ziel schulischer Bildung ist, neben der Vermittlung von Wissen und Können, Geist, Körper, Herz und Charakter zu bilden, wie im staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag formuliert und darf in der täglichen Praxis nicht zu kurz kommen¹⁹⁷.“ 20 Jahre, nach einem Bildungskongress im Jahre 1998 und trotz Wahlaussagen, sind die Probleme nach wie vor aktuell. Die Klassenstärke muss gesenkt¹⁹⁸, mehr Lehrkräfte eingestellt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert werden. Im Jahr der Familie 1995 wurden zu diesem Thema viele Vorschläge unterbreitet, die bis in die Gegenwart eben Vorschläge blieben und erst in jüngster Zeit im Zusammenhang mit der sinkenden Geburtenrate wieder diskutiert wurden¹⁹⁹.

Es gibt genügend Initiativen: Bei parlamentarischen Abenden werden die Bedeutung und der Stellenwert der Bildungspolitik hoch gepriesen, die Durchlässigkeit des Systems gefordert und eine Unterstützung dem jeweiligen Verband, sei es dem Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband, sei es dem Philologenverband oder dem Bayerischen Realschullehrerverband zugesagt²⁰⁰. Doch die Realität sieht anders aus. Nach wie vor hohe Klassenstärken – die mobile Reserve ist bereits im November ausgeschöpft. Lehrermangel auf der einen Seite und auf der anderen Seite werden keine jungen Lehrer angestellt, denn jetzt werden wieder Lehrkräfte gesucht. Insgesamt kann festgestellt werden, dass vielfach rhetorisch in der Politik von der Bedeutung der Bildungspolitik gesprochen wurde und wird, doch die Realitäten sehen ganz anders aus. Die Diskrepanz ist groß zwischen dem „Wort“ und der „Tat“.

1986 – das bildungspolitische Tief

Wie bereits in 4.1 ausgeführt, haben sich innerhalb der SPD-Fraktion 1986 keine Abgeordneten für den Ausschuss für kulturpolitische Fragen im Bayerischen Landtag interessiert. Kein Interesse an der Bildungspolitik war der Grund hierfür. Einige, wie die Abgeordneten Heinrich Trapp, Johannes Strasser oder Bernd Hering wurden schließlich buchstäblich überredet, doch in den Bildungsausschuss zu gehen. Personelle Änderungen wurden dann noch unmittelbar vor der konstituierenden Sitzung vorgenommen. Der Abgeordnete Klaus Sommerkorn wollte nicht in den Ausschuss, dafür kam Dr. Manfred Schumann dorthin. Einige haben ein absolutes „Nein“ gesprochen und ließen sich nicht umstimmen.

Dieses Desinteresse an der bildungspolitischen parlamentarischen Arbeit und die geringe Akzeptanz der Bildungspolitik kann aus den Prospekten und Unterlagen zur Landtagswahl 1986 entnommen werden. Weder in den politischen Aussagen, noch in den Rednerkonzepten erscheint die Bildung an vorderer Stelle. Wie sehen denn die Musterreferate oder Musterreden für die Referenten aus? Zuerst erfolgt natürlich die Begrüßung. Dann soll sich der Referent den Schwerpunkten, die Heimat, um den Arbeitsmarkt, den Bevölkerungsschwund, die Wirtschaftslage, denn viele Leute haben keine Arbeit, widmen. Es geht um die Agrarpolitik, die Kommunalpolitik, Stadterneuerungsmaßnahmen und tatsächlich erscheint dann noch die Bildungspolitik²⁰¹, aber erst in Abschnitt 4.4.

Dabei geht es um die Hauptschule, die dringend gestärkt werden muss. Dort, wo früher der Hauptschüler im Berufsleben war, ist heute der Realschüler und der Abiturient nimmt den Ausbildungsplatz des Realschülers ein. Dies führt zwangsläufig dazu, dass die meisten Eltern versuchen, für ihre Kinder mindestens einen Mittleren Bildungsabschluss zu erreichen. Doch interessant, dass dies auf dem Referatkonzept der letzte Punkt ist. Es gab also ein bildungspolitisches Tief in den Jahren 1985 bis 1990. Ein Blick in eine Musterrede vier Jahre später²⁰²:

Musterrede zur Landtagswahl 1990

„Bayern bewahren – Deutschland gestalten – dem Menschen dienen, das waren die Leitgedanken.“ Es wird zunächst nach den allgemeinen Einführungen die Verkehrspolitik angesprochen. Dann steht die Landwirtschaftspolitik auf der Tagesordnung und an dritter Stelle in dieser Musterrede, vom Landesvorstand herausgegeben, kommt der Umweltschutz. Die Atomenergie ist der nächste Schwerpunkt, bevor man zur wirtschaftlichen Entwicklung in Bayern geht. Dann wird über Toleranz und Liberalität im Freistaat gesprochen, es geht um das Polizeiaufgabengesetz, den Radikalenerlass. Das Asylantenthema nimmt übrigens zusammen mit der Einwanderungspolitik einen breiten Raum ein. Dann folgt das Kapitel „Menschen dienen“ über den Sozialbereich in der Reihe. Kaum vorstellbar – in dieser Musterrede zur Landtagswahl 1990 wird die Bildungspolitik überhaupt nicht erwähnt.

Wer glaubt, dies sei ein Zufall, der täuscht sich. Warum? Obwohl die Bildungspolitik zu den ureigensten Aufgaben der Länder zählt, also zur Landespolitik, wird sie von anderen Themen wie der Asylpolitik unter dem Gesichtspunkt einer kollektiven Betroffenheit überlagert und spielte keine Rolle. In den auf die jeweilige Region abgestimmten Referaten mit 12 Seiten erscheint die Bildungspolitik erst auf Seite 9 nach der Umweltpolitik, nach dem Wohnungsbauprogramm, nach dem Strukturprogramm und vielem mehr²⁰³. Dies gibt den damaligen Stellenwert von Bildung und Bildungspolitik wieder, obwohl es viele Probleme gab, die dringend reformiert und verbessert werden sollten.

5.2 Bildung – berechtigte Anliegen

Dass es Probleme auf dem Gebiet der Bildung gibt, beweisen die vielen Eingaben oder Petitionen, die an den Bayerischen Landtag gerichtet sind. In der 12. Wahlperiode, von 1990 bis 1994, waren es 1761 und in der darauf folgenden 2081. In der derzeitigen sind bis 31.12.2005 bereits 970 eingegangen²⁰⁴. Es geht dabei um wichtige Themen, wie die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule, die Auflösung von Teilhauptschulen, um Initiativen für eine längere gemeinsame Schulzeit, oder „Wie können Jugendliche ohne Schulabschluss besonders gefördert werden?“. Maßnahmen für eine berufliche Bildung sollten ergriffen werden und von den 31 Eingaben der Tagesordnung am 8. Dezember 2005 befassen sich 30 mit speziell bildungspolitischen, schulischen Themen. Hier wiederum 75 Prozent mit der Frage des Büchergeldes und der Lernmittelfreiheit. Wie nachfolgende Aufstellung zeigt, ist es sehr interessant, wer sich alles um Gehör bei den Parlamentariern bemüht²⁰⁵.

Eingaben

1. RA Walther in 76530 Baden-Baden
 - Ehrung des verstorbenen Polizeihauptwachtmeisters Max Maurer
2. Gemeinde Königsmoos Frau Bürgermeisterin Auguste Schmid in 86669 Königsmoos
 - Erhalt der Teilhauptschule Königsmoos
3. Claudi Dautel ARGE Oberfranken Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in 96317 Kronach
 - Büchergeld u.a.
4. Erna-Katherin Groll und Andrea Kiechle in 97435 Kempten
 - Büchergeld
5. Heidi Stefan-Brenner in 84561 Mehring
 - Büchergeld
6. Christine Schuhmann in 91154 Roth
 - Büchergeld
7. Landeselternverband Bayern e.V., Herr Gerd Mader in 91438 Bad Windsheim
 - Büchergeld
8. Dr. Monika Kleikamp in 82347 Bernried
 - Büchergeld
9. Klasse 10B, z.Hd. Herrn Torsten Fischkal Gymnasium Höchststadt an der Aisch in 91315 Höchststadt, – Büchergeld

10. Sonja Wolf in 91177 Tahlmässing
– Büchergeld
11. Traudl Brede in 97711 Thundorf
– Büchergeld
12. Anke-Corinna Bauer in 90449 Nürnberg
– Büchergeld
13. Rupert und Marion Tosolini in 93095 Hagelstadt
– Büchergeld
14. Elternbeirat HS Indersdorf z.Hd. Frau Vorsitzende Manuela Schmidt in 85229
Markt Indersdorf
– Büchergeld
15. Magelone Diehl-Zahner Elternbeirat am Karl-von-Closen-Gymnasium in Eggenfelden
– Büchergeld
16. Elternbeirat d. Herzog Tassilo-Realschule Dingolfing z.Hd. Frau Vorsitzende
Barbara Dubiel in 84164 Moosthenning
– Büchergeld
17. Hartmut Manske in 84160 Frontenhausen
– Büchergeld
18. Berufsfachschule für Büroberufe Berufliche Schulen Direktorat 14, Herr Burak
Simsir, Klassensprecher der Klasse BFS 10 A in 90317 Nürnberg
– Büchergeld
19. Marie-Luise Achilles Elternbeiratsvorsitzende in 85551 Kirchheim
– Lernmittelfreiheit u.a.
20. Andreas Neundorfer in 96049 Bamberg
– Büchergeld
21. Stadt Zwiesel z.Hd. Herrn Bürgermeister Robert Zettner in 94223 Zwiesel
– Büchergeld
22. Karin Schlosser in 91346 Wiesenttal
– Büchergeld
23. Katrin Sedlbauer in 85625 Baiern
– Büchergeld
24. Der Elternbeirat der Hahnenkammschule z.Hd. Herrn Vorsitzenden Georg Koy in
63755 Alzenau
– Büchergeld
25. Christine Halbrichter Elternbeiratsvorsitzende in 91474 Langenfeld
– Büchergeld
26. Marianne Klaffki in 82541 Herbertshausen
– Büchergeld
27. Norbert Zettl in 95643 Tirschenreuth
– Unterrichtspflichtzeit als Fachlehrer an beruflichen Schulen im Fach IT-
Anwendungen
28. Heinz-Ulrich Schmidt in 92237 Sulzbach-Rosenberg
– Einsatz der Studienreferendare des 1. Ausbildungsjahres mit eigenverantwort-
lichem Unterricht an den berufsbildenden Schulen
29. Claudia Kleindienst in 96242 Sonnefeld
– Errichtung von Berufsfachschulen u.a. wegen Ausbildungsplatzmangel
30. Forum Bildungspolitik in Bayern z.Hd. Herrn Dr. h.c. Albin Dannhäuser in
80336 München – Verbesserung der Lernkultur
31. Christiane Schmidt-Maiwald in 96049 Bamberg
– Einstellung für das Lehramt an Gymnasien im Fach Kunsterziehung

Abbildung 11: Beispiele von Eingaben an den Bayerischen Landtag, die Bildungspolitik betreffend

Interessant ist es, dass die vielen Petitionen durchaus berechtigt sind und sich mit Forderungen von Verbänden decken, ob Lehrermangel, Unterrichtsausfall, die Klassenstärke oder Auflösen von Teilhauptschulen – alles bewegt die Betroffenen. Es sind Anliegen, die nahezu alle Bildungseinrichtungen angehen, vom Kindergarten bis zur Universität oder sie widmen sich einem speziellen Thema, wie z.B. der Kollegstufenjahrgang 1993/95 des Gymnasiums der Englischen Fräulein in Aschaffenburg, die sich mit der Verstärkung der politischen Bildung an Gymnasien befassen. Ihrem Anliegen wird Gehör geschenkt und der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hält es zunächst für berechtigt und überweist es der Bayerischen Staatsregierung zur Berücksichtigung²⁰⁶. Dem Kollegstufenjahrgang wird mit Schreiben vom 2. August 1995 mitgeteilt, „die Staatsregierung wird gebeten, den sinkenden Schülerzahlen in den Leistungskursen Sozialkunde ist durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken“. So der einstimmige Beschluss. Doch diese Entscheidung wird schließlich auf Intervention der Bayerischen Staatsregierung von der Mehrheit des gleichen Ausschusses am 8. Februar 1996 korrigiert, und es wird an der bisherigen Regelung der Vorfahrt der Kernfächer zu Lasten der politischen Bildung festgehalten. Schließlich erhalten die Gymnasiasten am 5. März 1996 dann die enttäuschende Mitteilung, dass der frühere Beschluss nicht aufrecht erhalten werden kann. Für den Kollegstufenjahrgang sicherlich ein praktisches Beispiel wie Politik funktioniert und eigentlich nicht funktionieren sollte. Es stellt sich auch hier die Frage: Werden diese Anliegen, die die vielen Petitionen beinhalten, vom Parlament ernst genommen wie o.g. Beispiel zeigt?

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat in der 13. Wahlperiode (1994–1998) 1.631 Eingaben bearbeitet. Mit Berücksichtigung, also dass dem Anliegen entsprochen wurde, konnten immerhin 121 bedient werden. Alle anderen wurden mehrheitlich zurückgewiesen. Politisch betrachtet ist dies kein schlechtes Ergebnis.

Doch eine Frage: Hat der Abgeordnete genügend Zeit, diesen berechtigten Anliegen nachzugehen? Aufgrund eigener Erfahrungen wird in die Bearbeitung einer Petition sehr viel Zeit investiert. Die Akten müssen gründlich gelesen und studiert werden, Telefongespräche und Rücksprachen sind notwendig. Insgesamt sind für eine Petition 90 Minuten Bearbeitung erforderlich. Bei zwölf Petitionen auf der Tagesordnung für den gleichen Berichterstatter kommen somit sehr schnell 18 Stunden zusammen. Und dies nur für die Petitionen. Diese Zeit hat der Parlamentarier oft nicht, also müssen Wege gefunden werden, um ihm mehr Zeit hierfür zu geben oder das System zu ändern. Aufgrund dieses Arbeitsumfanges und der Ergebnisse der Petitionen muss auch kritisch hinterfragt werden: Wie ernst werden Petitionen genommen? Die Frage stellt sich, unabhängig, wer an der Regierung ist. Sind Petitionen oder Empfehlungen hierzu oft nur ein Aktionismus, der die Macht der Regierenden auf der einen Seite bestätigt, weil eben nicht entsprochen werden

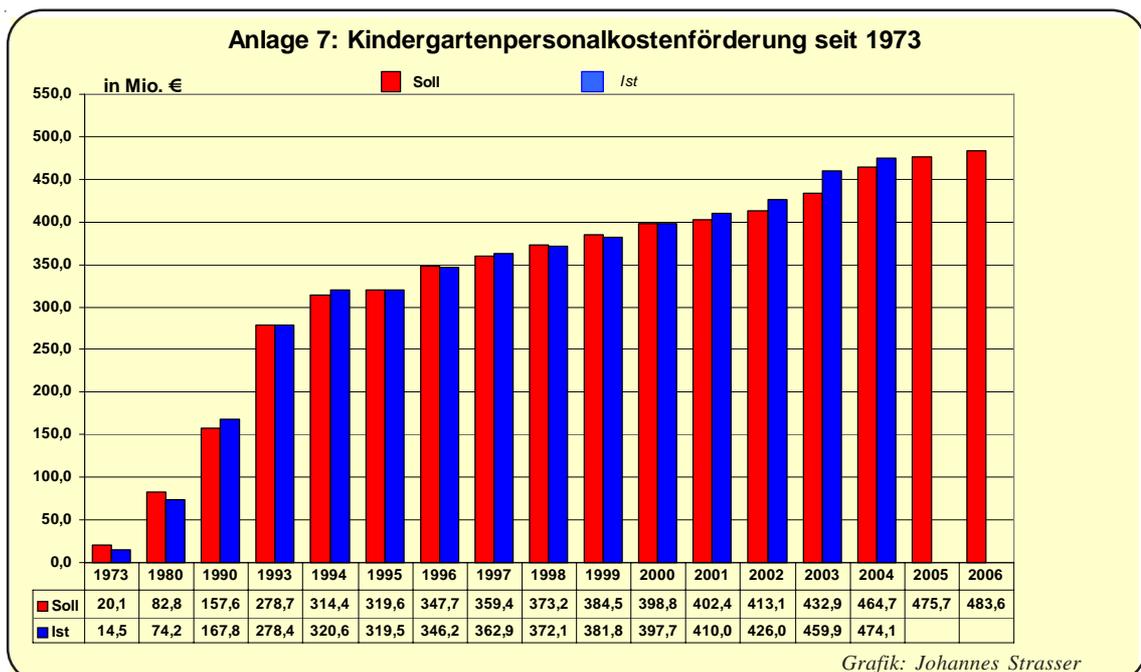
kann, und auf der anderen Seite ein machtloser Politiker steht, dem einfach die Zeit fehlt, sich gründlich und intensiv mit der Materie auseinander zu setzen. Beides mag zutreffen. Sind sie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen?

Anträge und Petitionen gab es genügend, was die Bildungspolitik betrifft. Eigentlich dürfte es PISA oder die Klagen über Lehrermangel, Klassenstärke, Unterrichtsausfall und vieles mehr nicht geben. Doch auf all die Vorschläge, Forderungen hat die Politik nicht reagiert. Daher gibt es jetzt ein Übermaß an Problemen, die gelöst werden müssten.

5.2.1 Vorschulischen Bereich

Äußerst positiv ist es, dass in den 70er Jahren für die vorschulische Erziehung in Bayern ein Kindergartengesetz beschlossen, in Kraft gesetzt und Kindergärten ein Teil des Bildungswesens wurden²⁰⁷.

Bildungspolitik und alle damit zusammenhängenden Fragen und Initiativen hatten damals einen hohen Stellenwert. Ein Rechtsanspruch auf finanzielle Beteiligung des Staates wurde durch eine gesetzliche Regelung geschaffen. An Haushaltsmittel wurden 1973 20,1 Millionen Euro eingeplant, tatsächlich ausgegeben 14,5 Millionen Euro. Doch der große Sprung nach oben erfolgte erst in den 90er Jahren durch den Druck für mehr Kindergartenplätze. Die Ausgaben für Personalkosten im Staatshaushalt 1990 auf 1995 von 167,8 Millionen Euro auf 319,5 Millionen Euro, das sind fast um 100 Prozent. Die nachfolgende Grafik zeigt, wie sich die Ausgaben für die Förderung von Kindergartenpersonal entwickelt haben.



Grafik 11: Personalkostenförderung im Kindergartenbereich seit dem Jahr 1973²⁰⁸

Die Politik in den 70er Jahren hat den Grundstein hierfür gelegt. Die Bedeutung der Kindergärten oder der vorschulischen Erziehung wurde den Parlamentariern bewusst. Sie haben Initiativen eingeleitet und Gesetze verabschiedet. Sicherlich kann die finanzielle Entwicklung von 1995–2000 nicht im gleichen Maß weiter steigen, doch es steht fest, dass seit dem Jahre 2000 die Mittel trotz steigendem Bedarfs nur begrenzt angehoben worden sind. Vor diesem Hintergrund muss die gegenwärtige Diskussion um das neue Kinderbetreuungsgesetz gesehen werden, das der Bayerische Landtag am 30. Juni 2005 um Mitternacht (!) verabschiedet hat²⁰⁹. Über 5 Jahre wurde, wie aus einem Schriftverkehr mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 20. Juni 2001 und verschiedenen Anträgen hervorgeht, diskutiert. Eine lange Zeit, wenn man bedenkt, dass die angeführten Fakten schon seit langem bekannt waren²¹⁰ und z.B. bereits in einer Pressemitteilung am 31. Juli 2000 auf die Problematik des neuen Finanzierungsmodells hingewiesen wurde. Auch ein Beweis dafür, dass es gegenwärtig sehr lange dauert, bis Reformen auf den Weg gebracht werden²¹¹.

Bedeutung der vorschulischen Erziehung

Wenn es richtig ist, dass 70 Prozent des Bildungsvermögens der Kinder bis zum 7. Lebensjahr bereits geprägt sind, wie es der Neurobiologe Singer oder die Lernforscherin Elisabeth Stern behaupten²¹², dann muss der vorschulischen Erziehung von der Politik mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Ein ausführlicher Bericht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 23. Oktober 2004 mit dem Thema „Geist im Alter, bei der Geburt ist man am wenigsten das, was man werden kann“ von den Entwicklungspsychologen Paul B. Baltes und Ulman Lindenber, beide ebenfalls vom Max-Planck-Institut Berlin, widmet sich ebenfalls dieser Thematik²¹³.

Oder wird der Grundgedanke von Maria Montessori berücksichtigt, dass der Mensch von Geburt an den Bauplan für eine harmonische Entwicklung in sich trägt, dann müssen zwangsläufig die politischen Aktivitäten inhaltlicher und organisatorischer Art für eine frühe Bildung verstärkt werden. Doch leider hat dies die Politik noch nicht richtig erkannt. Gruppenstärken bis zu 25 Kinder sind keine Seltenheit. Wie sollte sich eine Erzieherin dem einzelnen Kind, das besonders gefördert werden müsste, widmen, wenn der Dreijährige, der Vier- oder Fünfjährige in der gleichen Gruppe ist. Dies ist nur einer von vielen Punkten.

Aufgrund des Mangels an Kindergartenplätzen sind viele Kommunen in den 80er Jahren dazu übergegangen, Nachmittagsgruppen einzurichten. Die normale Entwicklung des Kindes zeigt, dass die Fördervoraussetzungen morgens am besten sind und nicht erst um 13 oder 14 Uhr. Deshalb darf man sich nicht wundern, wenn Kinder, die über eine längere Zeit Nachmittagsgruppen im Kindergarten besucht haben, erst am Nachmittag richtig aufnahmefähig werden, Defizite, die

die Politik zu verantworten hat.

Wie ist es um die Kindergartenplätze in Bayern bestellt? Rein rechnerisch lag der Versorgungsgrad bei 95 Prozent. 368.504 Plätze gab es im Jahre 2000. Der Versorgungsgrad mit Ganztagsplätzen ist sehr gering. Es waren nur 163.987 und dabei regional sehr verschieden²¹⁴.

Sicherlich ergibt sich die Frage, warum wurden nicht zusätzlich neue Kindergartenplätze ganztags und vormittags geschaffen. Kommunalpolitiker werden immer wieder auf die angespannte Finanzsituation verwiesen. „Kindergarten ist eine gute Geldanlage“, war am 11. September 2002 in der Donau-Zeitung zu lesen. Ein Euro bringt nach einer Studie der Universität Bielefeld volkswirtschaftlich den drei- bis vierfachen Wert. Oder McKinsey engagiert sich seit Jahren für eine bessere frühkindliche Bildung unter dem Motto: Früh investieren statt später reparieren. Wirtschaftsfachleute vertreten gegenwärtig die Auffassung, und dies war nicht immer der Fall, dass Bildungsausgaben keine Kosten, sondern wertvolle und wichtige Investitionen sind. Und dies ist neben der großen Bedeutung der Erziehung und Bildung im frühen Alter vielen in der Politik nicht bewusst²¹⁵.

Es wurde von den Verantwortlichen auch versäumt die Bedeutung von früher Bildung immer wieder herauszustellen. Wissenschaftliche Untersuchungen sind beim Bürger nicht ankommen. Wenn jetzt im Rahmen der PISA-Studie Mängel in der vorschulischen Erziehung angemerkt wurden²¹⁶, darf man sich nicht hierüber wundern, weil alle Argumente, Vorschläge und wissenschaftlichen Erkenntnisse vorlagen und bekannt waren, nur die Politik hat sie nicht oder nur zögerlich zur Kenntnis genommen, nicht agiert und rechtzeitig Weichenstellungen vorgenommen. Daher kann sie nur mehr reagieren und leider oft auch nur bildungspolitisch reparieren.

5.2.2 Grundschulen

Tanjev Schultz von der Süddeutschen Zeitung meint in einem Bericht vom 28. November 2005, dass dringend in die Schulen investiert werden müsse und forderte eine Abkehr von der Halbtagsbildung²¹⁷. Es wäre eine richtige Reaktion auf PISA gewesen, die individuelle Förderung über Ganztagschulen auszubauen. Doch wie sieht die Realität bei einem Blick auf die Grundschulen aus? Öfter begegnen einem bereits Kinder der 1. und 2. Klasse um 11.30 Uhr auf dem Weg nach Hause, weil sie nur 22 Wochenstunden Unterricht oder Unterrichtsausfälle haben, das ist die Realität. Die Anforderungen an die Schülerinnen und Schüler steigen jedoch ständig. Das passt bildungspolitisch nicht zusammen. Vor allem dann, wenn man die wissbegierigen, lernfähigen jungen Menschen nach Hause schickt, weil keine Lehrkräfte da sind und dies genau vor dem Hintergrund, dass in dieser Zeit die Schülerinnen und Schüler von ihrem

Entwicklungspotenzial her am aufnahmefähigsten sind. Oder wie sieht es mit der Klassenstärke an den Grundschulen aus? Im Schuljahr 1988/1989 betrug sie 23 im Schnitt und im Schuljahr 2002/2003 ist sie um 0,7 auf 23,7 gestiegen²¹⁸. Aus folgender Liste des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (BLLV) kann auch entnommen werden, wie durch Stundenkürzungen im Grundschulbereich zusätzliches Lehrpersonal gewonnen wurde. Einige Jahre später wurden die Kürzungen wieder zurückgenommen.

Sparmaßnahmen im Grundschulbereich		
Schuljahr	Bereits erfolgte Maßnahmen	eingesparte Planstellen (ca.)
1988-2000	Erhöhung der Klassendurchschnittsgröße von 22,8 auf 23,7 Schüler	2000
1989/90	Stundentafelkürzung Grundschule 3 Stunden 1. Jgst.: 2 Std. Grundlegender Unterricht – GU; 2. Jgst.: GU	600
1993/94	Stundentafelkürzung Grundschule – 1 Stunde 4. Jgst.: Sport	200
1995/95	Rücknahme Arbeitszeitverkürzung Einführung eigenverantw. Unterricht der Lehramtsanwärter im 1. Dienstjahr 5 Stunden	860 250
	Kürzung Anrechnung Fachberater/innen	100 30
1995/96	Stundentafelkürzung Grundschule – 2 Stunden 2. Jgst.: Religion; 3. Jgst.: Heimat- und Sachkunde	400
	Erhöhung Klassenmindestgröße Grundschule von 12 auf 13, Hauptschule von 12 auf 15	400
1996/97	Stundentafelkürzung Grundschule – 1 Stunde 4. Jgst.: Heimat- und Sachkunde	200
1997/98	Stundentafelkürzung Grundschule – 1 Stunde 2. Jgst.: Grundlegender Unterricht	200

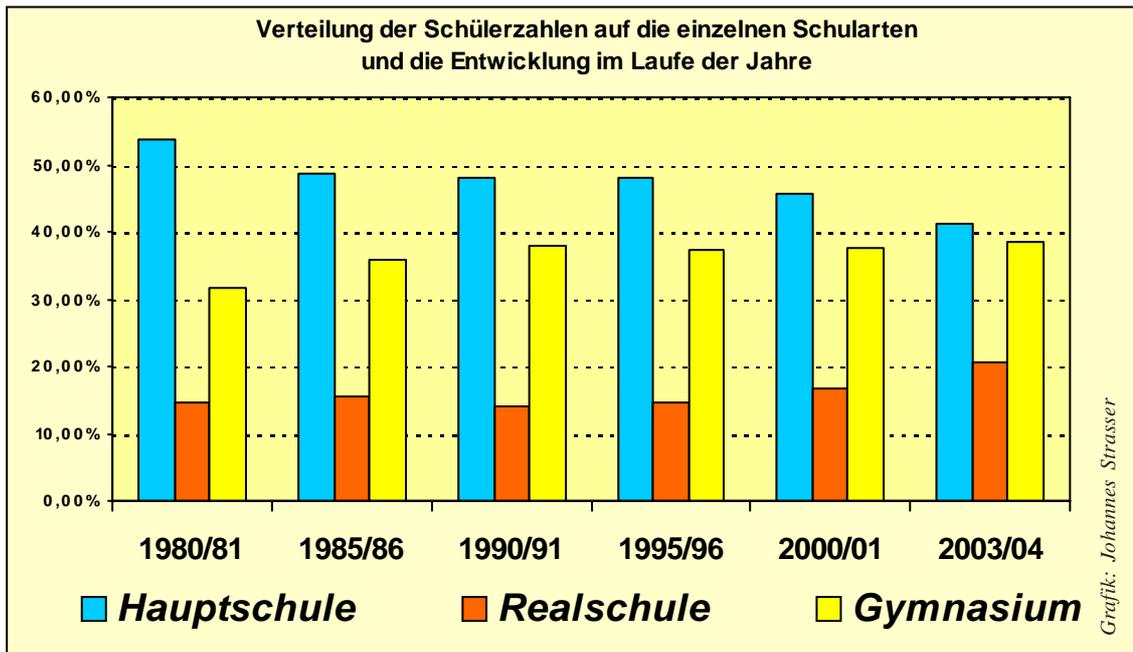
Tabellen: Johannes Strasser

Tabelle 8: Eingesparte Planstellen durch Stundenkürzungen und Erhöhung der Klassenstärken²¹⁹

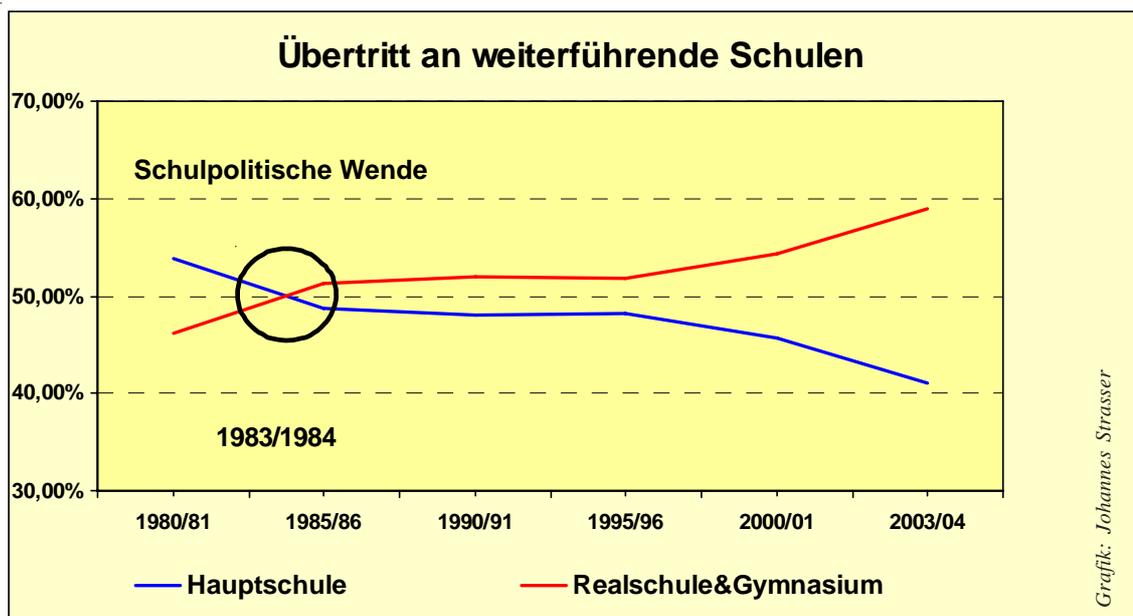
Die in der Süddeutschen Zeitung erhobene Forderung, sich von der Halbtagsschule zu verabschieden gilt auch für die Grundschule. Doch viel kritischer ist es derzeit um die Hauptschule bestellt. Jeder Minister oder jede Ministerin hat doch stets zu Beginn ihrer Amtszeit den politischen „Schwur“ auf die Stärkung der Hauptschule abgegeben. Es ist immer bei dem Eid geblieben, wie aus nachfolgenden Darlegungen hervorgeht. Die Situation der Hauptschulen ist nach wie vor äußerst problematisch.

5.2.3 Hauptschule

Die Situation ist eigentlich seit Jahren, ja seit Jahrzehnten bekannt. Die Schülerzahlen an der Hauptschule gehen zurück, die an weiterführenden Schulen nehmen zu. Nachstehende Grafiken verdeutlichen dies. Bereits 1983/84 erfolgte die große bildungspolitische Wende. Mehr Schüler besuchten die weiterführenden Schulen.



Grafik 12: Entwicklung der Schülerzahlen in den einzelnen Schulen²²⁰ in Bayern nach der DS 13/11222 des Bayerischen Landtags



Grafik 13: Entwicklung der Übertrittszahlen von Hauptschulen auf Realschulen und Gymnasien

Eigentlich hätte man erwarten müssen, dass aufgrund dieser in der Grafik dargestellten Wende in den Jahren 1983 und 1984 die Politik entsprechend reagiert. Doch leider ist nichts Konkretes geschehen. Die bildungspolitische Rhetorik behielt die Oberhand. Dass die Hauptschule in ihrer Struktur Schwierigkeiten hat, ist nicht neu. Bereits 1987/1988/1989 hat sich der Bayerische Landtag mit diesem Problem befasst. Die Stärkung der Hauptschulen stand immer im Vordergrund. Doch die Wirklichkeit sieht in einer langfristigen Betrachtung völlig anders aus: Die Hauptschule ist in ihrer Existenz gefährdet. Doch in Wirklichkeit ist genau das Gegenteil geschehen. Auf die

eigentliche Entwicklung hat man zwar reagiert, doch nur mit kurzfristigen Aktionen. Es wurden keine langfristigen ganzheitlichen Konzepte erstellt. Beispiel für kurzfristige Maßnahmen:

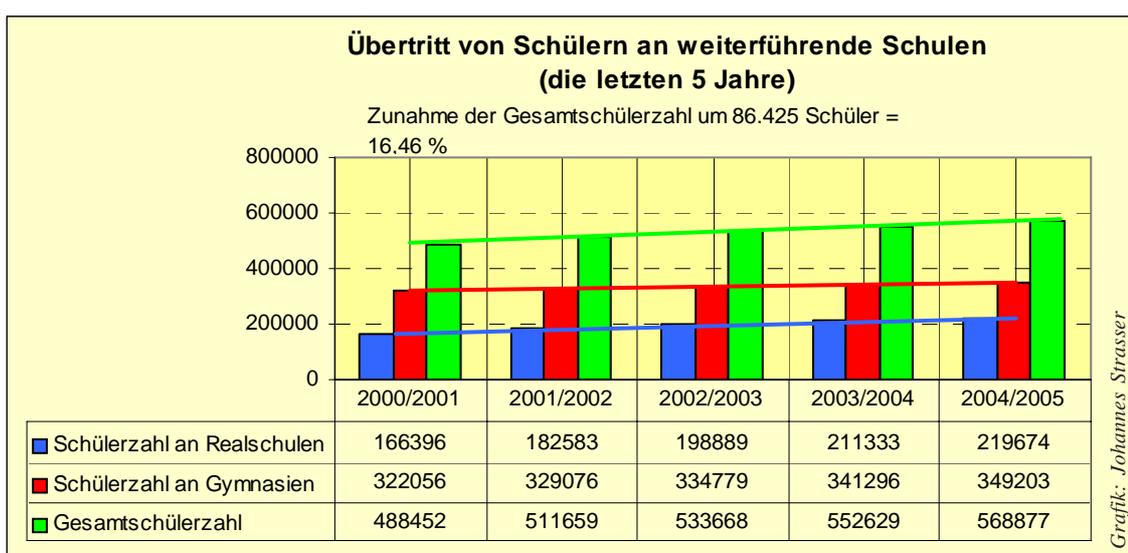
Der Qualifizierende Hauptschulabschluss wurde 1991 eingeführt.

Ein mittlerer beruflicher Bildungsabschluss wurde 1994 geschaffen, gleichwertig, aber nicht gleich.

Ein M-Zug, Hauptschüler besonders zu fördern, wurde eingerichtet. Dadurch wurde eine Art mittlerer Bildungsabschluss geschaffen, der der Mittleren Reife an den Realschulen ähnlich, aber nicht gleich ist.

Die Auswertung regionaler Übertrittszahlen aus der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage vom 29. Oktober 1999 bestätigt die großen regionalen Unterschiede beim Wechsel von der Hauptschule aufs Gymnasium oder die Realschule. Fakten die bereits 1999 und noch früher bekannt waren, auf die nie reagiert wurde. Die Politik ist hier schlicht untätig gewesen. Bei einer kritischen Bilanz muss man zugestehen, der Politik ist es nicht gelungen, trotz der bekannten Fakten, die Hauptschule in ihrer Existenz als weiterführende Schule zu sichern. Vielleicht fehlte den Politikern die Zeit, sich mit dieser schwierigen Materie intensiv auseinander zu setzen. Denn die Entwicklung bei anderen Schularten verlief und verläuft anders und positiv. Der Übertritt an weiterführende Schulen wie Gymnasien und Realschulen zeigt steigende Tendenz, wie die nachstehende Grafik verdeutlicht.

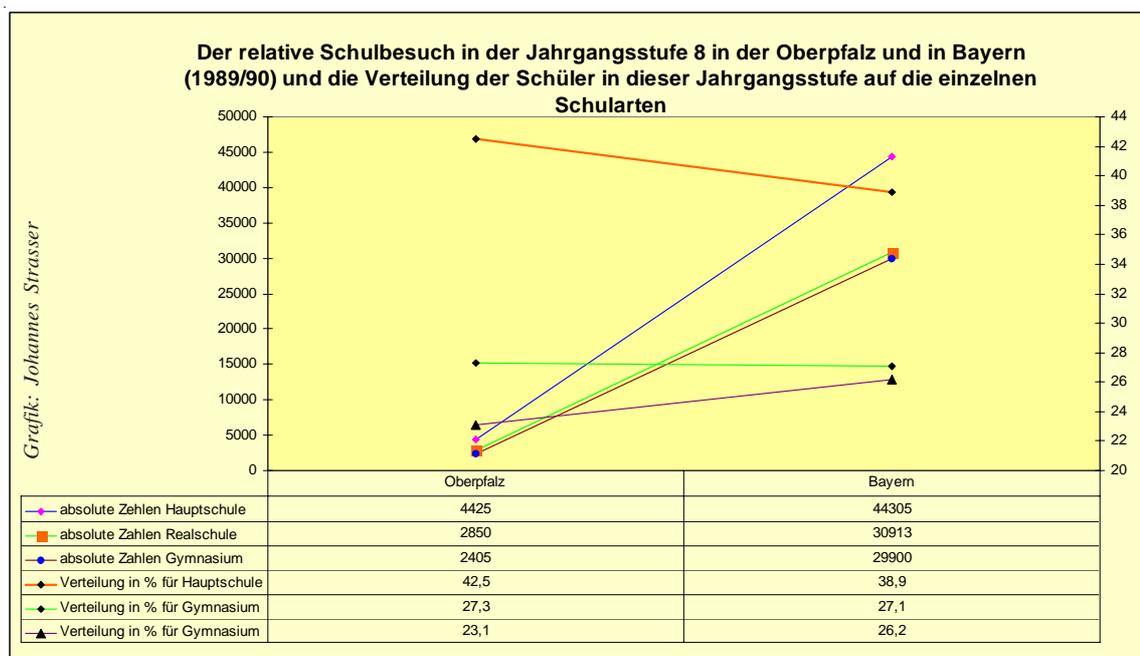
Entwicklung der Schülerzahlen an Realschulen und Gymnasien in Bayern



Grafik 14: Klare Tendenz zu den weiterführenden Schulen, Realschulen und Gymnasien

Obwohl einige Maßnahmen zur Stärkung der Hauptschule ergriffen worden waren, ist es nicht gelungen, diesen Trend zu weiterführenden Schulen zu stoppen. In den letzten fünf Jahren gingen 32 Prozent mehr Schülerinnen und Schüler an die Realschule, 8,4 Prozent mehr an die Gymnasien oder insgesamt 16,46 Prozent mehr an die weiterführenden Schulen. Doch die Entwicklung sieht in den einzelnen Bezirken ganz unterschiedlich aus.

Regionaler Unterschied bei den Übertritten am Beispiel der Oberpfalz:



Grafik 15: Schüleranteil der Jahrgangsstufe 8 an weiterführenden Schulen im Vergleich Oberpfalz–Bayern²²¹

Worin liegt der Grund, die tiefere Ursache oder das eigentliche Problem? Das eigentliche Problem ist, dass es nicht gelungen ist, die Hauptschule in ihrer inneren Struktur und ihrem Bildungsangebot attraktiver zu machen.

Wurde es evtl. verkannt? Spielt die wirtschaftliche Entwicklung oder die aktuelle wirtschaftliche Lage eine Rolle? Nochmals ein Blick auf die Politik, auf Parlament und Verbände. Der Abgeordnete Johannes Strasser hat in der Sitzung vom 25. November 1987 (!) bezweifelt, ob die Einführung des qualifizierten beruflichen Bildungsabschlusses an den Hauptschulen zu deren Stärkung beiträgt. Intensiver hätte zuerst über Lehrpläne und Stundentafeln diskutiert werden müssen²²². Der Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) hat rechtzeitig im Jahre 1981 ein „Konzeption zur Hauptschule in Bayern“ erarbeitet und sich in den Geschäftsberichten 1984 bis 1987 wiederholt mit der Hauptschule befasst. „Die Hauptschule ist aus mehreren Gründen in ihrem Bestand gefährdet. Als Folge der Ausdünnung ihrer Schülerschaft verliert die Hauptschule zunehmend an Funktionsfähigkeit“, war im Geschäftsbericht 1987 auf Seite 86 zu lesen²²³ und der Leiter der Abteilung Schul- und Bildungspolitik im BLLV hat ständig, wie auch am 16. Februar 2000 in

Laimering, bei einem Delegiertentag, mit konkreten Vorschlägen für die Stärkung dieser weiterführenden Schulart eingesetzt²²⁴. Bei parlamentarischen Abenden mit Lehrerverbänden wurden Vorschläge diskutiert, Anträge im Landtag eingereicht und unendliche Debatten geführt. Die Bilanz nach über 20 Jahren? Viele Hauptschulen sind in ihrer Existenz gefährdet. Die Schülerstruktur ist regional unterschiedlich problematisch. Und wie reagiert die Politik, nachdem das Problem über zwei Jahrzehnte bekannt war? Sie beschließt am 22. Juli 2004 Kriterien für die Schulorganisation an den Hauptschulen mit der Folge, dass Teilhauptschulen, also Schulen mit den Klassen 5 und 6 aufgelöst und den nächsten Hauptschulen zugeordnet werden²²⁵. Nur quantitative Verschiebungen finden statt, obwohl das Problem konzeptionell gelöst werden müsste. Vorschläge wie vom Baden-Württembergischen Handwerkstag²²⁶ auf eine längere gemeinsame Grundschulzeit werden gar nicht registriert und vielleicht fehlt die kollektive Betroffenheit, um die Politik zum Handeln zu bewegen. Wie sehen dies die Eltern? Oder ist das ganze Schulsystem zu kompliziert? Wer kann schon z.B. Eltern von Viertklässlern verständlich erklären, dass ihre Kinder auf der Hauptschule bleiben sollen, denn auch hier ist der Weg zum Abitur möglich. Wirklich?

Wie sieht die einzelne Schullaufbahn aus:

● *Alternative I* zum Abitur über das Gymnasium:

Grundschule – 4. Klasse – Übertritt – Abitur – Universität

● *Alternative II zum Abitur über die Hauptschule:*

Die Eltern sollen den Weg zum Abitur wählen über die Hauptschule:

Grundschule – Hauptschule – M-Zug – Übertritt in die Realschule, aber nicht in der unmittelbaren Region, sondern auf den Landkreis Dillingen bezogen nach Augsburg – Übertritt an das Gymnasium, ebenfalls in Augsburg

● *Alternative III:*

Mittlere Reife – Berufsausbildung – Berufsoberschule – Fachabitur – Universität²²⁷

So werden die Eltern informiert. Deshalb ist die Frage berechtigt: Ist nicht Alternative II zu kompliziert? Da sie es ist, wählen die Eltern zwangsläufig den einfacheren Weg zur Realschule, zum Gymnasium. Somit sind alle Initiativen, die mit der Stärkung der Hauptschule zu tun haben, unter anderem fehlgeschlagen.

Agieren statt reparieren

Besser wäre es gewesen, an den Hauptschulen die gleiche Mittlere Reife den Schülern zu ermöglichen wie an den Realschulen²²⁸. Gerade in ländlichen Regionen könnten dadurch lange Wege von zu Hause zur entfernt gelegenen Realschule vermieden werden. Man muss die Realität

vor Augen haben, wenn Kinder um 6.30 Uhr das Elternhaus z.B. in Daiting, Landkreis Donau-Ries verlassen, damit sie rechtzeitig zum Schulbeginn um 8 Uhr an der Realschule Heilig-Kreuz in Donauwörth sind. Zu sehr ist die Politik aus eigener Schuld mit dem Reparieren beschäftigt und dann fehlt die Zeit sich mit dem rechtzeitigen Reagieren zu befassen. Daher hinkt der Politiker vielen Entwicklungen immer hinterher und dies ist nicht gerade eine Vertrauen schaffende Arbeitsweise.

Vielleicht fehlt die Lobby

Wie aus den Parteiprogrammen zu entnehmen ist, haben nahezu alle politischen Organisationen die Bildungspolitik wieder entdeckt. Man könnte meinen, es wird etwas bewegt. Es bestehen berechnete Zweifel. Die große Masse der Bevölkerung steht nicht hinter den Initiativen der Bildungspolitik und den verschiedenen Einrichtungen. Es fehlt im Grunde genommen die Lobby. Jede „Teilmenge“, um den Begriff der Mathematik zu verwenden, fehlt in einer egoistischen Gesellschaft, die gemeinsame Klammer. Jede sieht nur sich und nicht das Ganze. Und insgesamt fehlte in der Bildungspolitik lange dieser Blick auf das Ganze. In den 70er Jahren war Bildungspolitik „In“, sie hatte eine Lobby und diese dann verloren, weil sie dem wirtschaftlichen Diktat ganz und gar unterworfen wurde. Und die Hauptschule hat keine Lobby. Die Lobby vom Gymnasium ist schon größer. Und daher ist die Forderung nach einer Lobby notwendig. Dies erreicht man dadurch, indem mit bildungsökonomischen Argumenten klar herausgestellt wird, dass der Nutzen größer ist als die investierten Kosten. Und noch etwas kommt hinzu:

Die Solidarität ging verloren

Die Entsolidarisierung der Gesellschaft in den 80er Jahren hat auch eine Entsolidarisierung der Bildung gebracht. Durch die politische Botschaft, Leistung muss sich wieder lohnen, in den Jahren 1982 und 1983, haben die egoistischen Tendenzen Vorrang. Leistung wurde nur fiskalisch und nicht mehr sozial gesehen. Der Blick war auf das eigene „Ego“ gerichtet und weniger auf das „Wir“. Diese Entsolidarisierung hat sich auch auf die Bildungspolitik übertragen. Denn die Eltern der Hauptschüler interessieren sich weniger für die Eltern der Gymnasiasten und umgekehrt. Eltern von Schülern einer 5. Klasse am Gymnasium sind sehr schwer für die besonderen Probleme der Klassen 11 bis 13 zu gewinnen. Es wird nur reagiert, wenn man unmittelbar betroffen ist. Dadurch wird die Politik nicht unter Druck gesetzt, um endlich etwas zu unternehmen. Würde die Bildung und die Bildungspolitik in der Gesellschaft über einen höheren Stellenwert verfügen, wäre der Solidarisierungseffekt größer, wie er in den 70er Jahren war.

Darüber hinaus wird zu wenig in den Parteigliederungen, sei es im Ortsverein oder auf Kreisebene, über bildungspolitische Fragen diskutiert. Im Juni 2005 hat der neue Kultusminister Siegfried

Schneider erneut die Hauptschule entdeckt. Das Profil der Hauptschule müsse gestärkt werden, so seine Forderung. Einige Beispiele sollen aufzeigen, wie oft man sich mit dem Thema Hauptschulen befasst hat.

29. April 1998: Auf der ersten Seite der Zeitschrift „Bayerische Schule“ wird die Forderung für eine starke Hauptschule erhoben: Qualitätssicherung im Unterricht und Erziehung; Neue Strukturen sollten geschaffen werden²²⁹.

14. März 1996²³⁰: Weiterentwicklung der Hauptschule; Stärkung des praktischen Lernens; Förderung der Schüler mit Leistungs- und Verhaltensstörungen. Oder bereits am 11. November 1993²³¹ mit einem Antrag für eine gemeinsame Real- und Hauptschule als Schulverband.

Und wie aus dem Bericht, der in der Süddeutschen Zeitung vom 25. Oktober 2005 hervorgeht, ist es der Regierungspartei nach über zwei Jahrzehnten nicht gelungen, eine zukunftsfähige Weichenstellung für die Hauptschule zu erarbeiten und zu beschließen.

Schülerrückgang zwingt zum Handeln

Schwierige Hausaufgabe für die Landtags-CSU

Kontroverse Debatte um Schließung von Hauptschulen

Von Kassian Stroh

München – Die CSU steht vor einer kontroversen Debatte über die Schließung von Hauptschulen auf dem Land. Vor dem Hintergrund drastisch sinkender Schülerzahlen in strukturschwachen Regionen sagte der CSU-Bildungspolitiker Georg Stahl, die Hauptschule werde „nur dann eine Zukunft haben, wenn noch mehrere Schulen zusammengelegt werden“. Einzügigen Hauptschulen – Schulen also, die in jeder Jahrgangsstufe nur eine Klasse haben – gebe er keine Chance mehr, sagte Stahl gestern im Bildungsausschuss des Landtags. Wenn das dreigliedrige Schulsystem dauerhaft Bestand haben solle, komme man an einer Zusammenlegung von Hauptschulen nicht vorbei. Nur so könnten alle Wahlunterricht oder M-Züge anbieten, also die Möglichkeit, nach zehn Jahren an der Hauptschule die Mittlere Reife zu erlangen. „Wir müssen hier an die Kinder denken“, sagte Stahl. Auch der Amtschef im Kultusministerium, Josef Erhard, sprach von der Notwendigkeit, „Hauptschulen zu konzentrieren“. In Gebieten wie Hochfranken, Nordschwaben, im südlichen Mittelfranken oder am Untermain gebe es einen „dramatischen Bevölkerungsrückgang, der sich noch verstärken wird“, sagte Erhard.

Der bildungspolitische Sprecher der CSU-Fraktion, Gerhard Waschler, war jedoch sichtlich bemüht, die Debatte kleinzuhalten. Es stehe allein die Schließung von Teilhauptschulen auf der Agenda, sagte er. Nachdem diese bereits für heftige Diskussionen gesorgt hatte, steht der CSU nun neuer Ärger ins Haus. Denn viele Abgeordnete fürchten den Zorn der Bürgermeister und Eltern vor Ort. Schon bei der Schließung von Teilhauptschulen beklagen Eltern die weiten Wege ihrer Kinder zur Schule. Für viele Bürgermeister ist die eigene Schule in der Gemeinde auch eine Prestigefrage. Nach der heftigen Kritik der Parteibasis und der Kommunen an der Staatsregierung scheuen viele CSU-Abgeordnete davor zurück, erneut ein solch umstrittenes Thema anzupacken. Kommenden März finden zudem vielerorts Kommunalwahlen statt.

Auf rückläufige Schülerzahlen mit der Fusion von Haupt- und Realschulen zu reagieren, lehnt die CSU jedoch ab. Diese Debatte schwelt seit zehn Tagen, als ein Protokoll aus dem Ministerrat bekannt wurde, wonach Umweltminister Werner Schnappauf eine grundsätzliche Diskussion über ein zweigliedriges Schulsystem anregte. Dazu seien ihm keine Planungen bekannt, erklärte Amtschef Erhard gestern. Mit Blick auf die Pisa-Ergebnisse sagte er: „Wir haben uns einen Vorsprung mit unserem Schulsystem erworben, den wir nicht leichtfertig aufgeben, um Hirngespinnsten nachzujagen.“ Auch der CSU-Abgeordnete Eduard Nöth sagte, seine Fraktion stehe „klar und unmissverständlich zum dreigliedrigen Schulsystem“. Er habe „absolut kein Verständnis dafür, dass derzeit solche Diskussionen vom Zaun gebrochen werden“.

SPD fordert Modelle

Die Opposition warf der CSU vor, die Menschen zu verunsichern. Die Debatte über das Schulsystem sei zwar grundsätzlich zu führen, sagte der SPD-Bildungspolitiker Hans-Ulrich Pfaffmann, nicht aber jetzt, da im Schulsystem zahlreiche „Baustellen“ offen seien – etwa die Einführung des achtjährigen Gymnasiums. Die SPD regte jedoch an, Modelle einer Zusammenarbeit von Haupt- und Realschulen zu erproben, „um rechtzeitig Erfahrungen zu sammeln“, wie Pfaffmann sagte. Da CSU-Fraktionschef Joachim Herrmann noch am Dienstag eine örtliche Kooperation vage als „durchaus überlegenswert“ bezeichnet hatte, empfahl die Grünen-Abgeordnete Simone Tolle der CSU, ihre „vermeintlichen Bildungsexperten Herrmann und Schnappauf an die Kandare“ zu nehmen. Sie forderte einen Bericht des Ministeriums über die Bevölkerungsentwicklung und die schulpolitischen Konsequenzen. Da dieser Antrag wie alle anderen der Opposition zum Thema von der CSU abgeschmettert wurde, warf sie der Regierungsfraktion vor: „Sie wollen gar nicht in die Zukunft schauen, Sie wollen lieber aus der Hüfte schießen.“ (Kommentar)

5.2.4 Weiterführende Schulen

Auch an den weiterführenden Schulen, ob Realschule, Wirtschaftsschule oder Gymnasium, wurde vieles experimentiert, Änderungen vor- und zurückgenommen, Inhalte neu formiert, jedoch nie gesamtkonzeptionell und längerfristig über eine Wahlperiode hinaus Perspektiven aufgezeigt.

G8 – das jüngste Beispiel

Völlig überraschend wurde im Rahmen einer Regierungserklärung durch Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber die Verkürzung des Gymnasiums bekannt gegeben. Kurzfristig über Nacht wurde sie eingeführt²³³. Unterschriften der Eltern, die sich dagegen aussprachen, wurden ignoriert. So wurden Reformen eigentlich durchgeführt, ohne dabei die Betroffenen, die Kommunalpolitiker, die Eltern, die Schülerinnen und Schüler rechtzeitig an diesem Prozess mitzunehmen. Jetzt stellt man fest, es fehlen Lehrkräfte, die Mittagsbetreuung ist überhaupt nicht ausgebaut und vieles mehr²³⁴. Und die Parlamentarier müssen sich mit einer Vielzahl von Eingaben befassen, wie folgende Übersicht von einer Tagesordnung zeigt.

H. Maas Eltern des Siebold-Gymnasiums Würzburg in 97247 Eisenheim (Bl.0061.15)	Karl und Johanna Pitsch] in 94261 Kirchdorf (Bl.0066.15)
Herrn Prof. Dr. N. Klaus Frau Dr. Birgit Klaus in 97078 Würzburg (Bl.0082.15)	Ulrike Schlegler in 63863 Eschau (Bl.0131.15)
Thomas und Gertraud Benninger in 97070 Würzburg (Bl.0083.15)	Peter Adler in 63863 Eschau (Bl.0136.15)
Almut Hoffmann-Haupt in 97299 Zell am Main (Bl.0084.15)	Christine Koch in 91126 Schwabach (Bl.0140.15)
Dr. Cornelia Stark Elternbeiratsvorsitzende des Röntgen-Gymnasiums Würzburg in 97070 Würzburg (Bl.0085.15)	Astrid Siedler Elternbeiratsvorsitzende des Gymnasiums in 93073 Neutraubling (Bl.0170.15)
VL5-5 85405-6.8389 -Kultus-	Monika Beck-Weigand in 86316 Friedberg (Bl.0175.15)
Johann-Schöner-Gymnasium Math.-nat. u. Neussprachl. Gymnasium Z.Hd. Herrn Peter Stegmann in 97753 Karlstadt/M. (Bl.0086.15)	Isabelle Major in 86316 Friedberg (Bl.0196.15)
Barbara Ladner Elternbeiratsvorsitzende der Volksschule Zell a. Main in 97299 Zell am Main (Bl.0087.15)	-Verkürzung des Gymnasiums auf acht Jahre; Nichtinbeziehung der jetzigen 5. Jahrgangsstufe
Herbert Herold und Petra Scholz-Herold in 97230 Eisenfeld (Bl.0090.15)	Berichterstattung: Simone Tollé
Der Personrat des Herzog-Christian-August-Gymnasiums Z.Hd. Herrn Vorsitzenden OSIR Ludwige Räh in 92237 Sulzbach-Rosenberg (Bl.0091.15)	Mitberichterstattung: Berthold Räh
Melitta Liebich in 91463 Dietersheim (Bl.0092.15)	Elternbeitr. des Franz-Miltenberger-Gymnasiums Z.Hd. Frau Karin Schütz in 97769 Bad Brückenau (Bl.0145.15)
Monika Schmitz in 92345 Dientfurt (Bl.0100.15)	VL5-5 S 5405-6.20206 -Kultus-
VL5-5 85405-6.11113 -Kultus-	Elke Skarusa in 91126 Schwabach (Bl.0146.15)
Dr. Hartwig und Ingrid Assenbauer in 90513 Zimndorf (Bl.0104.15)	chilernbeiratsvorsitzende Z.H. Herrn
Habert und Birgit Weikmann in 876 Kolbrunn in 86554 Pöttmes (Bl.0105.15)	urg (Bl.0147.15)
Sonia Peschke in 86554 Pöttmes (Bl.0106.15)	Bl.0148.15)
Elternbeitr. der St.-Ursula-Schule v l. Lothar Köberle in 88149 Nonnenhorn (Bl.0025.15)	Christoph Holzwarth in 90411 Nürnberg
VL5-585405-6.147101 -Kultus-	us-
Gymnasium Dinkelbühl Z.Hd. Herrn Personalratsvorsitzenden Franz Litak in 91550 Dinkelbühl (Bl.0039.15)	ule Z. Hd. Frau Vorsitzende Luise Peschke in
VL5-585405-6.3154 -Kultus-	Itemprecherin S.c. in 85256 Freising
St.-Ursula-Gymnasium Z.Hd. Frau Krügel in 97070 Würzburg (Bl.0041.15)	d. Herrn Gosbert Maisach in 97616 Bad
Josef Räckl und Ilka Langhammer-Räckl in 94209 Regen (Bl.0042.15)	pten (Bl.0161.15)
VL5-585405-6.3 161 -Kultus-	loerf (Bl.0162.15)
Harald und Monika Krenn in 97082 Würzburg (Bl.0055.15)	316 Friedberg (Bl.0163.15)
Jochen und Erika Schwaib in 97299 Zell am Main (Bl.0056.15)	thLappersdorf in 93138 Lappersdorf
Werner und Waltraud Wirth in 94209 Regen (Bl.0064.15)	Elternbeiratsvorsitzende der Grundschule
VL5-585405-6.6074 -Kultus-	in 9.15)
Rüdiger und Gabriele Ernst in 90574 Roßtal (Bl.0068.15)	ara Röbe-Ottmanns in 97082 Würzburg
Dr. Ernst Walter in 91077 Neunkirchen (Bl.0069.15)	Bl.0185.15)
Gymnasium Marktoberdorf Frau Elternbeiratsvorsitzende Ottlie Breiner in 87616 Marktoberdorf (Bl.0071.15)	Christine Feulzer in 90610 Winkelhaid (Bl.0186.15)
Monika Guggenmos in 87616 Marktoberdorf (Bl.0075.15)	Ulrike Kuhn in 93138 Lappersdorf (Bl.0189.15)
Michael und Gudrun Pätzold in 87616 Marktoberdorf (Bl.0076.15)	Monika Beck-Weigand Elterninitiative Friedberg in 86316 Friedberg (Bl.0199.15)
Rosemarie Brand Elternbeiratsvorsitzende des Gymnasiums Eitzschheim in 97209 Veitshöchheim (Bl.0080.15)	
-Verkürzung des Gymnasiums auf	
Berichterstattung: Marianne Schieder	
Mitberichterstattung: Bernd Stöber	

Abbildung 12: Kleiner Auszug aus der Vielzahl von Petitionen, die in der Sitzung am 14. Juni 2005 der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport²³⁵ zu behandeln hat

Dass die abrupte Einführung des G8 oder die Verkürzung der Gymnasialzeit Probleme und Ärger verursacht, geht aus einem Bericht der Augsburger Allgemeinen eindeutig hervor.

Eltern: G 8 macht mehr Probleme als befürchtet

Umfrage an 15 Gymnasien in Oberbayern: Lehrer fehlen, Unterricht gekürzt –
Ministerium spricht von Übergangsproblemen

Von unserem Redaktionsmitglied
Uli Bachmeier

München

Während die erste Erhebung des Kultusministeriums zur Unterrichtssituation an Bayerns Schulen noch läuft, haben gestern Eltern oberbayerischer Gymnasiasten die Ergebnisse einer eigenen Umfrage vorgelegt. Gemeinsam mit der SPD beschrieben sie die Situation nach der Einführung des achtjährigen Gymnasiums als „noch schlimmer“ als befürchtet.

Die Untersuchung der Eltern stützt sich auf Daten, die an 15 Gymnasien rund um München erhoben wurden. Danach sind die Klassen größer und es fällt mehr Unterricht aus, als vom Kultusministerium eingeräumt wird. Harald Renz, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Oberbayern Mitte der Landeselternvereinigung der Gymnasien, sagte, die Situation sei nur zu Beginn des Schuljahres „einigermaßen erträglich“ gewesen.

Mittlerweile aber zeige sich, dass es überall dort, wo Lehrpersonal durch Krankheit oder Schwangerschaft ausfalle, erhebliche Probleme gebe: Wichtige Intensivierungsstunden entfielen, Wahlunterricht werde gekürzt, einzelne Fächer würden in manchen Klassen komplett gestrichen. Gleichzeitig stünden Eltern verstärkt in der Pflicht, bei den Hausaufgaben mitzuhelfen oder Nachhilfe zu finanzieren, sagte Renz.

Der bildungspolitische Sprecher der SPD im Landtag, Hans Ulrich Pfaffmann, erklärte: „Mit einem ungeheueren Leistungsdruck zusammen mit überfüllten Klassen, gerade in der Unterstufe, einem Unterrichtsausfall von acht bis zehn Prozent, einer ungeklärten Mittagsbetreuung und ungelöster Finanzierung der nötigen Umbaumaßnahmen an den Schulen stehen Schüler, Eltern und Lehrer vor ernsthaften Problemen.“ Dem Kultusministerium warf Pfaffmann vor, die Probleme nach der „überstürzten Einführung“ des G 8 „herunter zu reden“. Zugleich forderte er erneut mehr Investitionen für die Bildung. „Der Nachtragshaushalt muss ein Bildungshaushalt sein“, sagte Pfaffmann.

Das Kultusministerium wies die Kritik zurück. Die Daten der Elternvereinigung seien nur an 15 von 400 bayerischen Gymnasien erhoben worden. „Der Unterrichtsausfall“, so sagte ein Sprecher des Ministeriums auf Nachfrage, „beträgt sicher nicht acht Prozent.“ Genaueres könne aber erst gesagt werden, wenn im Frühjahr die Ergebnisse der Umfrage des Ministeriums vorliegen.

Das Ministerium wies außerdem darauf hin, dass die Stundenbelastung beim achtjährigen Gymnasium bereits „modifiziert“ worden sei. Zum Lehrplan hieß es: „Bestehende Übergangsschwierigkeiten werden nach und nach abgebaut. Wo Modifikationen des Lehrplanes in Gesprächen mit Lehrkräften, Eltern und Schülern notwendig erscheinen, werden entsprechende Schritte geprüft.“

Abbildung 13: G8 macht Probleme, Pressebericht in der Augsburger Allgemeinen vom 18. September 2005²³⁶

Philologen klagen, dass ihnen das Personal fehlt, viel Unterricht fällt aus! Diese Entwicklung war vorherzusehen. Selbst wenn der Bayerische Verfassungsgerichtshof vor kurzem entschieden hat, dass die Einführung des achtjährigen Gymnasiums nicht gegen die bayerische Verfassung verstoße und der Gesetzgeber natürlich Spielräume für die Ausgestaltung habe. Und hier ist wieder die Politik gefordert²³⁷. Doch dem Politiker fehlt die Zeit, um sich mit dieser schwierigen Materie gründlich auseinander zu setzen.

Die sechsstufige Realschule – ein anderes Beispiel

Es wurden Überlegungen angestellt, die Realschulen von einer Vierstufigkeit in eine Sechsstufigkeit umzuwandeln, also bereits einen Übertritt ab der 4. Klasse Grundschule zu ermöglichen. Dies wird in Bayern damit begründet, dass es in anderen Bundesländern längst üblich ist, diesen Wechsel nach dem 4. Grundschuljahr vorzunehmen. So wird dies auch beschlossen²³⁸. Eifrig werden landauf, landab von den Kommunalpolitikern Anträge gestellt, an ihrer Realschule vor Ort die Sechsstufigkeit zu genehmigen. Dies beschließt auch der Kreistag im Landkreis Dillingen²³⁹, der Kreistag im Landkreis Donau-Ries, der Kreistag im Landkreis Günzburg. Man will einfach dabei sein, wenn es etwas Neues gibt, ohne nach Kosten, Folgekosten, Personal- und Raumproblemen zu fragen.

Die ganzheitliche Betrachtung fehlt

An diesem Beispiel zeigt sich, dass der Politik oft eine ganzheitliche Betrachtungsweise fehlt. Es gibt nur mehr Grundsatzentscheidungen, ohne über Details nachzudenken bzw. diese bereits mit einzuschließen. Wer die sechsstufige Realschule will, muss sich fragen, ob er genügend Räume für neue Klassen hat. Das ist Aufgabe der Kommunalpolitik vor Ort. Die Politik muss wissen, ob der Öffentliche Personennahverkehr auf dieses Mehr an Schülerinnen und Schüler eingerichtet ist. Der Staat muss wissen, ob er genügend Lehrkräfte hat. Alle müssen die Auswirkungen kennen, denn der Übertritt nach der 4. Klasse bedeutet ein „Plus“ an den Realschulen, aber ein „Minus“ an den Hauptschulen. Die Zeit der Grundsatzbeschlüsse müsste eigentlich vorbei sein. Doch Tag für Tag werden in der Politik immer noch Grundsatzbeschlüsse gefasst und später wundert man sich, wenn es frustrierte Lehrer gibt, Schüler die früher heimkommen, weil der Unterricht ausfällt und unzufriedene Eltern, wie das Beispiel Unterrichtsausfall an der Realschule in Lauingen zeigt²⁴⁰.

Überall, wo es so genannte Grundsatzentscheidungen gab und heute noch gibt, muss sehr schnell vieles klargestellt, ergänzt, geändert und nachgebessert werden. Dies gilt für die kommunale Ebene genauso wie für die Länder und den Bund. Dies gilt für Hartz IV genauso wie für den Grundsatzbeschluss ein neues Rathaus zu bauen. Eine gründlich durchdachte und ganzheitliche Betrachtungsweise ist heute für politische Entscheidungen notwendig. Noch einmal das Beispiel der sechsstufigen Realschule.

Die Realschule in Lauingen hatte 1990 277 Schüler, vor fünf Jahren waren es 385 und jetzt 650²⁴¹. Räumlichkeiten fehlen, die Sporthalle ist zu klein, überall im Pausenhof, in der Pausenhalle ein Gedränge, weil die Schule nicht für so viele Schülerinnen und Schüler ausgebaut ist²⁴². Aber

die jetzige unbefriedigende Situation ist eben zurückzuführen auf eine Grundsatzentscheidung des Kreistages.

Konsequenz Nr. 1:

Wie müsste es sein? Grundsatzentscheidungen, die angeblich grundsätzlich sein sollten, darf es nicht mehr geben. Bei jeder weit reichenden Entscheidung müssen die Auswirkungen sofort mit einbezogen werden – die Kosten, Vor- und Nachteile für andere Einrichtungen, längerfristige Entwicklung bis zum Jahre 2020. Es müssen sich praktisch alle im Klaren sein, was auf sie zukommt und welche Änderungen die Entscheidung mit sich bringt.

Das Gleiche kann bei der Einführung des achtjährigen Gymnasiums festgestellt werden. Hier waren die Kommunalpolitiker vor Ort bei der Entscheidungsfindung nicht betroffen. Dies ist eine staatliche Entscheidung. Aber die Kosten, die die Kommunen zu tragen haben, sollten sie zumindest wissen. Welche Auswirkungen hat ein achtjähriges Gymnasium mit mehr Wochenstunden auf die ehrenamtliche Tätigkeit der Gymnasiasten? Die Folge ist Unzufriedenheit. Viele Fragen, die vor einer Entscheidung beantwortet werden müssten.

Konsequenz Nr. 2:

Entscheidungen müssen nicht im Sachvortrag, sondern in der Abteilung „Konsequenzen“ gründlicher vorbereitet, transparent dargestellt und für die langfristige Entwicklung eines Bildungssystems eingearbeitet werden. Die Entscheidungen sind oft kurzfristig geprägt, von Wahlperioden bestimmt. Die langfristigen Entwicklungen und die ganzheitliche Betrachtungsweise spielen dabei leider kaum eine Rolle.

Verhältnis Kommunen – Freistaat Bayern

Die Bayerische Staatsregierung hat 1994 den Kommunen die Möglichkeit eingeräumt, Modellversuche für eine sechsstufige Realschule zu erproben. Natürlich haben sich viele Kommunen für diesen Schulversuch beworben, so auch der Landkreis Dillingen mit Beschluss vom 5. Dezember 1994:

Beschluss:

1. *Der Landkreis ist damit einverstanden, dass ab Beginn des Schuljahres 1995/96 an der Staatlichen Realschule Wertingen der Schulversuch „sechsstufige Realschule“ durchgeführt wird.*
2. *Der Landkreis erwartet, dass bei dem möglichen Versuch der Staatlichen Realschule in Wertingen das Übertrittsverfahren so gestaltet und praktiziert wird, dass eine Gefährdung der im Einzugsbereich befindlichen Haupt- und Teilhauptschulen vermieden wird.*

Abbildung 11: Beschluss des Kreisausschuss des Landkreises Dillingen vom 5. Dezember 1994²⁴³

Dieser Beschluss wurde mit 10:3 Stimmen angenommen. Eine klares Votum der Politik. Nur eines fehlt: Eine ganzheitliche Betrachtungsweise ist in diesem Beschluss nicht enthalten, welche Kosten bedeutet dies für den Landkreis, reichen die Räumlichkeiten. Mehr Schüler an der Realschule, mehr Schüler im öffentlichen Personennahverkehr, mehr Räumlichkeiten sind die Konsequenzen. Die Kommune hat die Kosten hierfür zu tragen.

Ein Weiteres: Hauptschulen und Teilhauptschulen dürfen nicht gefährdet werden, so der Beschluss 1994.

Zehn Jahre später:

Teilhauptschulen werden im Einzugsgebiet von Wertingen geschlossen, die Teilhauptschule Buttenwiesen und Pfaffenhofen sind gefährdet²⁴⁴. Eine Folge des Beschlusses des Kreisausschusses vom 5. Dezember 1994.

Ein weiteres Beispiel: Am 3. Mai 1999 beschließt der Kreisausschuss Folgendes:

Beschluss:

1. *Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, einen Antrag zur Einführung der sechsstufigen Realschule in Lauingen zum Schuljahr 2000/01 an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus zu stellen. Entsprechende Haushaltsmittel für notwendige Ausstattungsinvestitionen werden im Bedarfsfall bereitgestellt.*
2. *Zeitgleich mit der Einführung der sechsstufigen Realschule in Lauingen sollte auch die Bonaventura-Realschule in Dillingen berücksichtigt werden.*
3. *Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus die Errichtung einer Realschule in Höchstädt prüfen zu lassen.*

Abbildung 12: Beschluss des Kreisausschusses Dillingen vom 3. Mai 1999²⁴⁵

Sechs Jahre später: Die Realschule hat sich von 375 Schülern auf 670 vergrößert, Engpässe im Unterricht, Räumlichkeiten fehlen. Für diese 670 Schüler steht nur eine kleine Sporthalle zur Verfügung. An all dies haben die Kommunalpolitiker nicht gedacht, weil es nur eine Grundsatzbeschlussfassung gibt. Eine ganzheitliche Betrachtung wurde nicht vorgenommen. Nach den Finanzen wurde nicht gefragt und die beschlossene Bereitstellung von Mitteln nie vollzogen. Eine ganzheitliche Betrachtungsweise erfordert andere Beschlüsse. Deshalb müsste der Beschluss vom Kreistag vom 3. Mai 1999 wie folgt lauten:

„Der Landkreis Dillingen beantragt, dass ab dem Schuljahr 2002/2003 an der Realschule in Lauingen bereits ein Übertritt nach der 4. Grundschulklasse möglich ist. Zugleich wird beantragt, dass im Jahre 2003 das Schulraumprogramm erweitert und aufgrund der zu erwartenden steigenden Schülerzahlen im Jahre 2005 Investitionsmittel für etwa drei Millionen Euro für die Erweiterung der Realschule in Lauingen in der Finanzplanung und im Investitionsprogramm bereitgestellt werden.

Der Freistaat Bayern wird gebeten, und dies ist eigentlich auch die Voraussetzung hierfür, das notwendige Lehrpersonal bereit zu stellen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, der geänderten Entwicklung im Rahmen des öffentlichen Personennahverkehrs konzeptionell Rechnung zu tragen. Die Verwaltungskosten für die Realschule werden vom Jahre 2000 bis zum Jahre 2010 von 20.000 Euro auf 80.000 Euro ansteigen. Dies ist in der Haushaltsplanung zu berücksichtigen. Zusätzliches Verwaltungspersonal ist ebenfalls notwendig. Die Kämmerei wird beauftragt, die entsprechenden Planungen vorzunehmen und im Kreisausschuss halbjährlich zu berichten.

So hätte der gleiche Beschluss aussehen sollen vom Kreisausschuss Dillingen am 3. Mai 1999, anstatt eines allgemeinen Grundsatzbeschlusses.

Beschlussvorlagen – konkreter

Bei den Beschlussvorlagen der Verwaltung wird auch festgestellt, dass der Sachvortrag äußerst ausführlich ist, aber die Entscheidung selbst, auf die es schließlich ankommt, fast nur wenige Zeilen beträgt. Es ist also notwendig, dass dies künftig konkreter und präziser dargestellt wird. Ein Grund für die mangelnde ganzheitliche Betrachtung liegt auch darin, dass die Politiker zusammen mit Verwaltungen dazu neigen, die „Abwartungsmethode“ perfekt anzuwenden. Sie hat einen hohen Stellenwert. Man wartet ab, wie sich etwas entwickelt, um dann zu reagieren. Man agiert nicht mehr, man gestaltet nicht mehr, wie es eigentlich sein sollte.

Wie ist es um die Verantwortung bestellt?

Es wird zwar überall von Verantwortung gesprochen. Doch die Angst bei Entscheidungen kritisiert zu werden, ist sehr groß. Die Regierenden haben Angst vor Kritik. Sie erkennen nicht, dass Kritik etwas Belebendes sein kann. Der Umgang mit der Kritik lässt also generell hier zu wünschen übrig. Man will abwarten, weil man Angst hat vor evtl. falschen Entscheidungen, die zu Kritik führen. Deshalb wird zwar angestoßen und bewegt, aber der Weg vom Anstoßen bis hin zum Ziel dauert auf dem politischen Pfad zu lang.

Noch einmal zum verkürzten Gymnasium

Den gleichen Lehrstoff in verkürzter Zeit zu bewältigen, kann nicht funktionieren. Die Schülerinnen und Schüler müssen länger in der Schule bleiben und die Mittagsbetreuung muss eingeführt werden. G8 eingeführt – aber nur eingeführt und nicht durchgeplant, wie aus der Elternumfrage entnommen werden kann, über die am 18. September 2005 in der Augsburger Allgemeinen berichtet wurde. An die anderen Maßnahmen will man noch nicht heran. So kommt es, dass z.B. in Donauwörth im Gymnasium ein Raum provisorisch für die Mittagsbetreuung eingerichtet worden ist, Bierzeltgarnituren, ohne Tischdecken, sind einfach ein Beweis für kurzfristigen Aktionismus. Eines Tages fallen ihnen Provisorien gar nicht mehr auf bzw. sie gewöhnen sich daran. Deshalb ist es nicht gut, in der Politik nur kurzfristig zu denken, zu handeln und nicht das Ziel im Visier zu haben. Wenn das Gymnasium nur noch acht Jahre dauern darf, dann müssen die Voraussetzungen hierfür geschaffen werden und das war nicht der Fall.

5.2.5 *Universitäten*

Ähnlich sieht es auch an den Universitäten aus. Seminare sind überfüllt, Studentinnen und Studenten sitzen auf dem Boden – ein Klima, das nicht gerade optimale Studienbedingungen darstellt. Allerdings – Entwicklungen, die man über Jahre hinweg erkannt hatte, aber ebenfalls keine Reaktion²⁴⁶. Es ist einfach erforderlich, den Studierenden, die einmal den Staat führen müssen, auch entsprechende Studienvoraussetzungen zu geben. Überfüllte Lehrsäle, veraltetes Studienmaterial, zu wenig Dozenten, so ist die derzeitige Zustandsbeschreibung und dies kann nicht befriedigend sein.

Studentenzahlen und die Kapazitäten

Die Universität Augsburg wurde 1969 gegründet. Am 17. Dezember 1970, also unmittelbar vor Weihnachten hat der Bayerische Landtag grünes Licht für die fünfte Landesuniversität in Augsburg gegeben. In der Begründung über die Aufnahmefähigkeit war von insgesamt 7.500 Studenten die Rede²⁴⁷. So wurde dann auch die Augsburger Universität baulich konzipiert, die Gebäude errichtet und die Ausstattung auf diese Studentenzahl ausgerichtet. Prognosen über die Entwicklung der Studentenzahlen haben sich an Zahlen orientiert, die nicht realistisch waren. So waren über 13.000 Studierende im Studienjahr 2003/2003 immatrikuliert. Zumindest hätten rechtzeitig Verbesserungen vorgenommen werden müssen. Aufgrund der Bildungsoffensive am Anfang der 70er Jahre musste man mit einem Ansteigen der Studentenzahlen rechnen. Berufsbilder haben sich geändert, höhere Qualifikationen waren notwendig. Doch in der Politik gab es keine Reaktion. So darf es nicht wundern, wenn heute Seminarräume und Hörsäle überfüllt sind, es an Professoren

und Dozenten fehlt, die Ausstattung mangelhaft ist. Es wurden einfach Fakten nicht ernst genommen.

Konsequenz:

Richtig wäre es und so müsste es sein, in den jährlichen Berichten über kurz-, mittel- und langfristige Entwicklungen näher einzugehen. Wenn die Anzahl der Abiturienten steigt, dann nützt es nichts, wenn Wehr- und Zivildienst verlängert wird. Das löst die Probleme der Universitäten nicht. „Abwarten“ hieß die politische Devise. Dann will man reagieren, geht aber nicht mehr, weil kein Geld da ist. Die Politik ist nur mehr in der Lage zu reagieren und nicht mehr zu agieren. Eigentlich müsste die Politik gestalten. Dies kann sie allerdings nicht mehr, weil sie auch, wenn sie reagieren müsste, unter finanzpolitischen Engpässen leidet, weil Prioritäten für andere Bereiche festgelegt worden sind.

Eine weitere Konsequenz:

In allen Bereichen, vor allem im Bereich der Bildungspolitik ist es wichtig, dass ganzheitlich und längerfristig geplant und gehandelt wird. Doch wenn die Politik zusammen mit der Verwaltung mit Kleinigkeiten zu tun hat, und sich auch sehr gerne darum kümmert, bleibt keine Zeit mehr sich mit wichtigen Themen auseinanderzusetzen. Der Politiker muss wieder in seinem Blick fürs Ganze und fürs Wichtige geschult sein. Nebensächliches muss wirklich nebensächlich bleiben.

5.3 Lerninhalte – Schule der Zukunft

Am Beispiel des neuen Kinderbetreuungsgesetzes mit seinen 224 Seiten wird deutlich, wie oft von Bürokratieabbau und weniger „Papier“ gesprochen wird, doch alles wird umfangreicher. Es fehlt die Konzentration auf das Wesentliche, die Basisqualifikation. Wie in den letzten Jahren ständig geschehen, werden neue Anforderungen von den Schulen verlangt, ihnen aber weniger Zeit zur Verfügung gestellt. Das Verhalten der Jugend hat sich geändert. Wen wundert es? Die Jugendlichen sitzen immer länger vor dem Fernseher. Während es z.B. 1970 noch drei Fernsehprogramme gab, können heute über 30 ausgewählt werden. Bereitet die Schule oder unsere Bildungseinrichtungen auf den Umgang mit den Medien vor? Wie ist es um die Sprachkompetenz bestellt? Wird durch das Sprechen die Kommunikation vermittelt? All diese Themen wurden in der Vergangenheit immer wieder neu angesprochen, doch von Seiten der Politik, auch des Bayerischen Landtags gibt es hierzu keine Antwort. Weil die Schulen immer mehr vermitteln, neben ihrem eigentlichen Bildungsauftrag vermehrt zusätzliche Aufgaben übernehmen müssen und soziales Lernen an Bedeutung gewinnt, ist ihr Zeitbudget hierfür zu eng. Daher sind die Forderungen nach Ganztagschulen neben anderen Argumenten berechtigt. Wer gesellschaftliches Engagement von jungen Leuten fordert, muss auch die Zeiträume hierzu geben.

Gerade für junge Leute, die an den weiterführenden Schulen sind, gilt es, selbstständig und anforderungsbewusst zu arbeiten, dass sie tatsächlich auf das Studium an Fachhochschulen und Universitäten vorbereitet werden. Somit haben die Politiker insgesamt, besonders die Bildungspolitiker, die Verantwortung für ein neues Bildungskonzept, das Antwort auf die vielen Fragen gibt, das die Kluft zwischen Inhalten einer lebensfernen Wissensvermittlung im Unterricht auf der einen Seite und dem außerschulischen Einfluss auf die Erziehung und Bildung auf der anderen überwindet und den gesamtgesellschaftlichen Auftrag der Bildungseinrichtungen in und durch die Erziehung zum Inhalt hat.

5.3.1 Förderung der Sprachen

Bereits zu Beginn der 70er Jahre wurde in der Gesellschaft die Bedeutung von Sprachen, vor allem von Englisch, diskutiert. Bereits 1970 wurde z.B. an der Volksschule in Höchstädt in der 8. Klasse Englisch unterrichtet²⁴⁸. Dies war ein guter Ansatz, der allerdings im Sande verlief. Das Pflichtfach Englisch an 8. und 9. Klassen wurde Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre wieder abgeschafft. Initiativen zur erneuten Einführung von Englisch an den Hauptschulen gab es einige, aber ohne den notwendigen durchschlagenden Erfolg.

Ein Antrag des Abgeordneten Johannes Strasser im Bayerischen Landtag am 21. März 1988 lautet wie folgt:

„Englisch“ an den Hauptschulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, ab dem Schuljahr 1988/1989 Englisch an Hauptschulen in den Jahrgangsstufen 8 und 9 wieder als Pflichtfach einzuführen²⁴⁹.“

Aus dieser klaren Formulierung mit einem eindeutigen Auftrag wurde ein wachsweicher Beschluss als Prüfungsauftrag des Parlaments, nämlich:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu prüfen, ob Englisch an Hauptschulen in den Jahrgangsstufen 8 und 9 wiederum als Pflichtfach eingeführt werden soll und die pädagogisch begründeten Befreiungsmöglichkeiten erweitert werden können²⁵⁰.“

Das Parlament hat es also versäumt, der Verwaltung eine klare Zielvorgabe zu geben und aus einer festen Absicht eine „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“ produziert, nämlich einen Prüfantrag ohne klar festgelegtes Ziel beschlossen. Es darf dann nicht wundern, wenn z.B. der VDH, der Verband der Handelslehrer in der Ausgabe vom Mai/August 1991 feststellt: „Die Entwicklung

der Fremdsprachen im beruflichen Bereich befindet sich im Vergleich zum allgemein bildenden Schulwesen noch im Anfangsstadium. Um in Europa bestehen zu können und der beruflichen Bildung die notwendige Attraktivität zu verschaffen, muss aber auch die Sprachkompetenz der Berufsschüler entsprechend gefördert werden²⁵¹. „So forderte der VDH, dass alle Berufsschüler in einen berufsbezogenen Fremdsprachenunterricht einbezogen werden. Es wurde also in den 80er Jahren versäumt, die Sprachkompetenz der Schülerinnen und Schüler zu fördern, den Englisch-Unterricht auszubauen und an der Hauptschule weiterzuentwickeln. Es ergibt sich immer die Frage: Warum? Der Politiker hat sich nicht intensiv mit der Materie befasst, die Schnelllebigkeit und Änderung im Berufsleben nicht erkannt und es zugelassen, dass Anträge von Fraktionen und Abgeordneten mit klaren und eindeutigen politischen Zielvorgaben oft in nicht bindende Prüfanträge umgewandelt und so vom Parlament beschlossen werden. Die politische Chance zu gestalten wurde durch nicht zielführende Verwaltungsvorgänge ersetzt.

5.3.2 *Schulsport und Gesundheit*

Landauf, landab wird mehr Schulsport im Zusammenhang mit der Gesundheit der Schüler gefordert. Stundenkürzungen werden angeprangert. Am 13. Dezember 2005 schreibt die Augsburger Allgemeine : „Lieber Laufen statt im Taxi Mama sitzen²⁵².“ Drei Sportstunden pro Woche brauchen die Kinder, um sich gesund entwickeln zu können. Dies wurde bei einer Fachtagung in Karlsruhe genannt und die Kürzungen im Sportunterricht kritisiert. Doch bei einer Anhörung im Bayerischen Landtag wurde bereits auf diese Thematik am 23. Juli 1996²⁵³ hingewiesen. Trotzdem wurden Kürzungen vorgenommen. Warum? Einmal ist die Bedeutung des Schulsports eben vielen nicht bewusst. Es erfolgt keine ganzheitliche Betrachtungsweise für die Entwicklung des Menschen. Also ist es eine Bewusstseinsproblematik. Des Weiteren hat das Fach Mathematik einen höheren Stellenwert als Sport. Deshalb wurden beim Sportunterricht Stunden gekürzt und bei der Mathematik nicht. Noch ein Weiteres: Wo waren die Lobbyisten? Die Vertreter des Bayerischen Landessportverbandes (BLSV), die vielen Sportfunktionäre, die Vereinsvorsitzenden? Ihre Forderungen bei der Anhörung klangen gut. Doch um diese durchzusetzen fehlt oft das notwendige Durchsetzungsvermögen, auch aufgrund der politischen Nähe zu einer Regierungspartei. Sie waren zwar rhetorisch gut, auch bei der Anhörung, aber als es dann wirklich um „Farbe bekennen“ und den Nachdruck ging, sind sie entsprechend eingeknickt.

5.4 PISA: Neue Erkenntnisse oder bisher nicht wahrgenommene

„Bildung – ein Luxus?“ Der Sohn eines Arztes wurde Arzt, der eines Arbeiters Arbeiter. So war es früher. Ist es heute immer noch so? Mit dieser Frage konfrontierte die Augsburger Allgemeine am 1. November 2005 die Leserschaft²⁵⁴.

Kinder aus der oberen Gesellschaftsschicht haben lt. der jüngsten Studie 6,6 Mal größere Chancen, Fachhochschulen und Universitäten zu besuchen als Kinder aus Arbeiterfamilien oder Emigranten-Kinder. War erst PISA notwendig und der damit verbundene PISA-Schock, um zu reagieren? Oder waren die Erkenntnisse aus PISA nicht bereits früher bekannt, nur hatte man nichts getan. In einer schriftlichen Anfrage vom 7. Juli 1991 hat der frühere Landtagsabgeordnete und jetzige Landrat von Amberg, Armin Nentwig, bereits auf die großen regionalen Bildungsunterschiede hingewiesen, die mit dem verfügbaren Einkommen zu tun haben, also das gegenwärtige Problem, das PISA entdeckt hat bereits vor 15 Jahren aktualisiert. Doch anstatt wirkliche Maßnahmen zu ergreifen, um das Bildungsgefälle aufzuheben, wurden nur ausweichende Argumente organisatorischer Art von der Bayerischen Staatsregierung vorgetragen²⁵⁵.

Werfen wir einen Blick in die Jahresberichte früherer Jahre:

Jahresbericht 1962/63 Gymnasium Donauwörth:

Die 9. Klasse im Schuljahr 1962/63 besuchten am Gymnasium in Donauwörth 14 Schülerinnen und Schüler. Zwei kamen aus einer typischen Arbeiterfamilie, die übrigen zwölf aus der so genannten „Oberen Schicht“ (Lehrer, Rechtsanwälte, Ärzte, Verwaltung, Unternehmen).

13 Schülerinnen und Schüler besuchten die 8. Klasse. Der Anteil der Facharbeiterkinder war etwas größer. Er lag bei vier Schülerinnen und Schülern²⁵⁶.

Doch in den Eingangsklassen 1a bis 1c mit 85 Schülern hat sich bereits eine gravierende Änderung vollzogen. 34,11 Prozent der Schülerinnen und Schüler kamen aus Facharbeiterfamilien. Von 85 Schülerinnen und Schülern der Eingangsklasse erreichten allerdings nur 48 den direkten Weg zum Abitur und der Anteil der Kinder aus Arbeiterfamilien lag nur bei 17 Prozent. Dies zeigt eindeutig: Es war bekannt, Kinder aus Arbeiterfamilien haben es schwer, doch die politische Reaktion war gering und nach 30 Jahren kommt diese Erkenntnis über PISA wieder auf Wiedervorlage.

Zu gleichen Ergebnissen kommen wir beim Blick in den Jahresbericht des Gabriele-Gymnasiums in Eichstätt²⁵⁷. 10 Prozent der Abiturientinnen und Abiturienten kamen aus typischen Arbeiterfamilien. So sah es auch am Albertus-Magnus-Gymnasium in Lauingen oder am Johann-Michael-Sailer-Gymnasium in Dillingen aus. Der Anteil der Arbeiterkinder war immer gering.

5.4.1 PISA aktuell – keine Überraschung

Am 31. Oktober 2005 hat die Augsburger Allgemeine berichtet:

„Bildung: Herkunft entscheidet“

In diesem Zusammenhang muss natürlich auch die Frage gestellt werden: Was ist heute im Jahre 2005 eine Arbeiterfamilie? Was ist eine Facharbeiterfamilie? Wer zählt zur Oberschicht? Gibt es überhaupt heute noch den Facharbeiter? Wo ist die Grenze?

Wie das statistische Bundesamt in Wiesbaden feststellt, ist die Anzahl der typischen Arbeiterberufe in den letzten 30 Jahre enorm zurückgegangen. Die Anforderungen und Qualifikationen haben sich geändert. Aus dem Arbeiter mit dem „blauen Arbeitsanzug“ wurde ein Angestellter in einem weißen Mantel. Der Schlosser wurde zum Techniker, ein Elektriker zum Mechatroniker. Eine Entwicklung, die sich in der breiten Gesellschaft vollzogen hat. Auch hier muss die Frage erlaubt sein: Hat die Politik auf diese Veränderungen reagiert? Nein. Diese Thematik, Zusammenhang zwischen Einkommen der Eltern und Bildungschancen wurde politisch nie aktualisiert und aufgearbeitet, weil es zu bildungspolitischen Änderungen im festgefahrenen derzeitigen Bildungskonzept geführt hätte. So war PISA vielleicht doch notwendig, um endlich politisch etwas anzustoßen.

5.4.2 Übertrittsquoten – lange bekannt

Bereits 1991 hat sich, wie bereits erwähnt, der Abgeordnete Armin Nentwig, jetziger Landrat vom Landkreis Amberg, an die Bayerische Staatsregierung gewandt und nach den Übertrittsquoten gefragt. Er hat dies damit begründet, dass die Arbeitswelt immer höhere Qualifikationen verlangt und sehr oft an die Stelle, wo früher der Ausbildungsplatz mit einem Hauptschüler besetzt war, jetzt der Realschüler kommt. Der Unterschied zwischen Stadt und Land sei, so Armin Nentwig, sehr groß und hänge somit auch mit der Einkommenssituation zusammen. Dies kann aus der schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Nentwig entnommen werden (Abb. nächste Seite). Die Antwort auf die Anfrage wird wegen der Thematik wiedergegeben.

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Nentwig SPD**
vom 07.01.91

Bildungsunterschiede zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen

Innerhalb der Regierungsbezirke bestehen sehr große Unterschiede zwischen Stadt und Land.

Ich frage deshalb die Staatsregierung:

1. Wie hoch ist die absolute Zahl und der prozentuale Anteil der Übertritte 1990 in ein Gymnasium aus den Jahrgangsstufen 4. und 5. Klasse Volksschule, einzeln aufgeführt aus den 10 Gebietskörperschaften (kreisfreie Städte und Landkreise der Oberpfalz).
2. Wie ist die Verteilung absolut und prozentual der Schüler in der Jahrgangsstufe 8 auf die einzelnen Schularten im Schuljahr 1990/91, einzeln bezogen auf die 10 Gebietskörperschaften der Oberpfalz?
3. Was will die Staatsregierung unternehmen, um das eklatante Bildungsgefälle zwischen städtischen und ländlichen Regionen aufzuheben?

Antwort

des **Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst**

Zu 1:

Die Übertrittsquoten für das Schuljahr 1990/91 liegen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor. Tabelle 1 bezieht sich daher auf das Schuljahr 1989/90, wobei die Übertritte aus der Jahrgangsstufe 5 als Schätzwert auf der Basis des Vorjahres eingegangen sind, also noch leicht vom endgültigen Wert abweichen können, zwar nicht bezüglich des Landeswertes, jedoch um so mehr, je kleinere Bezugseinheiten zugrunde gelegt werden.

Für den Regierungsbezirk der Oberpfalz sehen die Übertrittsquoten für das Schuljahr 1989/90 wie folgt aus:

Tabelle 1:

	absolut	prozentual
Kreisfreie Städte	632	44,1
Landkreise	2.348	27,4
Insgesamt	2.981	29,9

Kleinere Bezugseinheiten liefern statistisch weniger aussagekräftige Ergebnisse.

Zu einer vollständigen Beurteilung des Übertrittsverhaltens ist jedoch auch die Berücksichtigung der Übertritte an die Real- und Wirtschaftsschulen notwendig. Hier lassen sich in der Oberpfalz in den Landkreisen deutlich höhere Übertrittsquoten als in den kreisfreien Städten feststellen.

Zu 2:

Die Verteilung der Schüler auf die Jahrgangsstufe 8 zeigt Tabelle 2.

Noch immer gibt es in Bayern zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen ein deutliches Bildungsgefälle. In erschreckender Weise wird dies bei den Übertritten in das Gymnasium deutlich. Zwischen den einzelnen Regierungsbezirken bestehen hierbei sehr große Unterschiede (Drs. 11/17830).

Aus den Daten der amtlichen Schulstatistik kann die Verteilung der Schüler aus einem Landkreis (einer kreisfreien Stadt) auf die einzelnen Schularten nicht ermittelt werden, da im Rahmen der Schulstatistik der Wohnort der Schüler nicht erfasst wird. Auf der Grundlage der amtlichen Schulstatistik können die Schülerzahlen allenfalls nach Schulorten aufgliedert werden. Da nicht selten Schulort und Wohnort zu verschiedenen Kreisen gehören, wäre eine Aufgliederung nach den 10 Gebietskörperschaften der Oberpfalz wenig aussagekräftig. Schließlich werden gerade die Schulen der kreisfreien Städte oftmals von Schülern der umliegenden Landkreise besucht.

Zu 3:

Auf einer Vielzahl von Gründen bestehen Unterschiede zwischen dem Übertrittsverhalten in städtischen und in ländlichen Gegenden. Soweit die Ursache hierfür in unterschiedlichen Bildungsangeboten lag, wurde dem von der Staatsregierung durch einen systematischen Ausbau des Schulwesens Rechnung getragen, mit der Folge, dass heute jedem Schüler in Bayern ein seiner Begabung und seinen Interessen und Neigungen entsprechendes schulisches Angebot an seinem Wohnort oder in zumutbarer Entfernung zur Verfügung steht. Parallel dazu wurden die Information und die Beratung der Eltern wesentlich verstärkt und ständig verbessert. Darüber hinausgehende Maßnahmen dirigistischer Natur lassen sich mit den Grundsätzen einer freiheitlichen Bildungspolitik, wie sie von der Staatsregierung vertreten wird, nicht vereinbaren. Zu berücksichtigen ist schließlich, dass die verschiedenen Bildungswege des gegliederten Schulwesens zwar nicht gleichartig, aber gleichwertig sind und dass jeder Bildungsgang in Bayern zu einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit führt, wie es über die schulische und die berufliche (Aus-)Bildung, sei es über die Schule und Hochschule.

*Abbildung 13: Anfrage vom 7.1.1991
des Abgeordneten Nentwig
an die Bayerische Staatsregierung*

Mit dem gleichen Thema befassten sich die Abgeordneten Wolfgang Gartzke und Adi Sprinkart in den Jahren 2000 und 2001 mit schriftlichen Anfragen²⁵⁸. Die schriftlichen Anfragen wurden sehr umfangreich beantwortet. Doch in den Protokollen des Parlamentes stellt man nicht fest, dass hier reagiert wird. Noch einmal zur Verdeutlichung die großen Unterschiede innerhalb Bayerns im Vergleich zum Einkommen²⁵⁹.

Übertritt aufs Gymnasium - Einkommen in Bayern							
Regierungsbezirk	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
Übertrittsquote %	36,7	26,1	27,6	31,7	34,2	30,2	30,2
Platzierung	1	7	6	3	2	4	5
Verfügbares Einkommen	36.857	26.698	26.484	28.725	31.345	28.589	30.114
Platzierung	1	6	7	4	2	5	3

Tabelle: Johannes Strasser

Tabelle 8: Vergleich der Übertrittsquote in den Bayerischen Bezirken in Relation zum Familieneinkommen

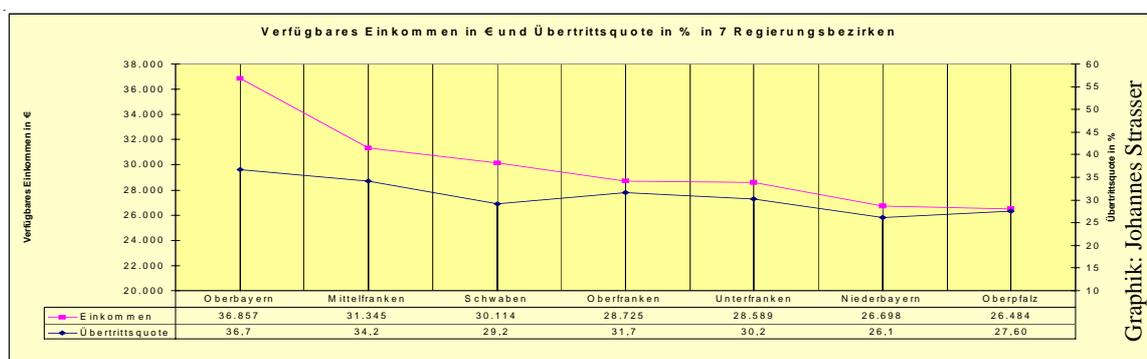
Nach 15 Jahren entdeckt PISA plötzlich, dass die Bildungschancen auch mit dem Einkommen zusammenhängen. Bereits bekannt gewesen, doch nicht registriert. Erst dieser PISA-Schock drängt Politiker zum Handeln.

Doch in den Protokollen des Parlaments stellt man nicht fest, dass hier reagiert wurde. Das Thema wurde nicht ernst genommen und erst die jetzige PISA-Studie hat die Politiker wach gerüttelt. Qualifikationssteigerungen, höhere Schulabschlüsse, mehr fördern, statt fordern wird völlig vernachlässigt. Obwohl das Thema bereits vor 15 Jahren bekannt war.

5.4.3 Keine Reaktion ist auch eine Reaktion

Die jüngste Berichterstattung über die PISA-Studie kommt übereinstimmend zum Ergebnis, dass es Schülerinnen und Schüler aus Arbeiterschichten schwieriger haben, auf den Weg zur Fachhochschule oder zur Universität als Kinder aus gehobener Klasse. Ist dies neu? Ein Blick in den Jahresbericht 1962/63 am Gymnasium in Eichstätt verneint diese Frage.

Dass die Übertrittsquote an weiterführende Schulen mit dem Einkommen zusammenhängt, geht auch aus folgender Darstellung hervor:



Grafik 15: Übertritte auf Gymnasien in Bayern im Verhältnis zum Einkommen. Auswertung von schriftlichen Anfragen und der regionalen Einkommensunterschiede

Sehr oft muss als Argument für mangelnde bildungspolitische Aktivitäten die dünne Finanzdecke des Staates oder der Kommunen herhalten, um nicht in die Bildungseinrichtungen investieren zu müssen. „Warum geschieht nichts oder zu wenig?“ Sind es wirklich die Finanzen? Am Beispiel der Investitionspolitik eines Landkreises soll dieses Argument einmal näher betrachtet werden.

Die finanzpolitische Frage – oder das Warum

Kann es wirklich Aufgabe eines Landkreises sein, die Umgehung einer Staatsstraße zu bauen? Der Landkreis Dillingen hat z.B. die letzten Jahre für folgende Maßnahmen Gelder zur Verfügung gestellt, obwohl er eigentlich für die Verkehrsprojekte nicht zuständig ist:

Verkehrsprojekte	Gesamtkosten	10 % (etwaiger Anteil für den Landkreis)
Umfahrung Lutzingen	2.690.000,00 Euro	269.000,00 Euro
Umfahrung Wittislingen	5.146.00000 Euro	514.600,00 Euro
Umfahrung Syrgenstgein	9.919.000,00 Euro	991.900,00 Euro
Umfahrung Rieblingen	5.090.000,00 Euro	509.000,00 Euro
Umfahrung Ziertheim	3.324.000,00 Euro	332.400,00 Euro
=====		
Gesamt	26.169.000,00 Euro	2.616.900,00 Euro

Tabelle 9: Aufwand des Landkreises Dillingen in den letzten 5 Jahren für Verkehrsprojekte²⁶⁰

Daher die Forderung: Der Landkreis muss sich auf seine Pflichtaufgaben konzentrieren. Er ist Sachaufwandsträger seiner Schulen und nicht für das überregionale Verkehrsnetz.

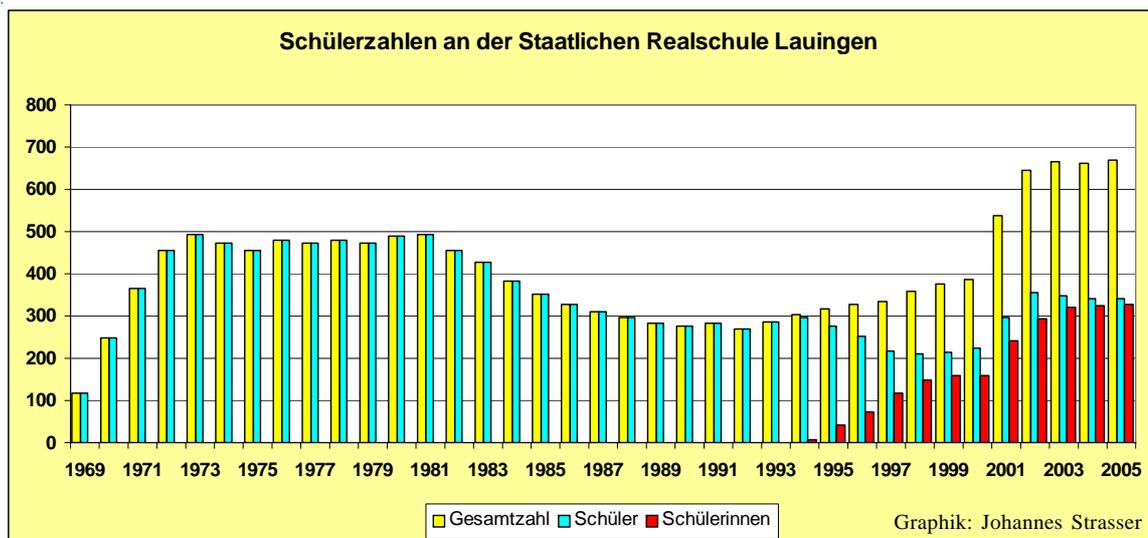
Im Bereich der Bildungspolitik werden wichtige dringende Maßnahmen, Investitionen oder zusätzliche Planstellen nicht geschaffen, obwohl von allen Seiten, ob Verbänden oder Mandatsträgern erklärt wird, wie wichtig die Bildungspolitik sei. Es fehlen die Finanzmittel, obwohl für andere Maßnahmen sehr schnell genug Geld zur Verfügung steht.

Ein Blick in den Landkreis Dillingen zeigt die gesamte Problematik auf. Die Berufsschule in Lauingen meldet einen Bedarf von 6,5 Millionen Euro an. Die Lauinger Realschule ist überfüllt. Zusätzliche Klassenzimmer sind notwendig. Das Raumprogramm müsste erweitert werden.

Im Wertinger Gymnasium sind drei Bauabschnitte mit insgesamt 4,9 Millionen Euro geplant. An allen bildungspolitischen Ecken und Enden bei den Kreiseinrichtungen müsste etwas getan werden²⁶¹. Und, wie aus Pressemitteilungen zu sehen ist, alle Parteien erklären, wie wichtig die Bildungspolitik sei, die Schulen haben absoluten Vorrang. Nur, warum geschieht dann nichts? Weil eben das Geld fehlt oder falsche Prioritäten gesetzt werden.

Der Haushalt – eine einfache Antwort

Der Haushalt gibt es nicht her. Der Grund hierfür liegt in der Vergangenheit, Übernahme von freiwilligen Leistungen. Der Landkreis Dillingen hat bei Verkehrsprojekten Aufgaben übernommen, für die er überhaupt nicht zuständig wäre, z.B. Bau von Umgehungsstraßen bei Staatsstraßen in Lutzingen, Ziertheim und Syrgenstein. Insgesamt wurden hier Summen von 4,9 Millionen Euro in einem Zeitraum von zehn Jahren investiert. Finanzmittel wären vorhanden, doch die Priorität wird eben nicht zu Gunsten von Bildung eingesetzt!



Grafik 16: Entwicklung der Schülerzahlen an der Realschule Lauingen

Versagen der Aufsichtsbehörde

Eigentlich hätten Aufsichtsbehörden, die immer wieder darauf hinweisen, dass freiwillige Leistungen zurückzufahren sind, ein Veto einlegen müssen. Dies ist nicht erfolgt. Erhalten die Sportvereine, Schützenvereine, Musikorganisationen Zuschüsse vom Landkreis, also freiwillige Leistungen, dann wird angemahnt, die Gesamtsumme zu reduzieren. Übernimmt aber hier ein Landkreis eine Aufgabe, für die der Staat zuständig wäre, dann gibt es kein Veto von Seiten der Regierung. Wie sich nach Jahren herausstellt, fehlen diese Mittel für die eigentlichen Aufgaben des Landkreises, nämlich als Sachaufwandsträger die Bildungseinrichtungen auf den neuesten Stand zu bringen. Investitionen in die Verkehrspolitik finden einfach größere Beachtung in der Gesellschaft als die in die Bildungspolitik. Die unbewusste Solidarität der Autofahrer untereinander, denn jeder fährt Auto, ist einfach größer als die Solidarität innerhalb einer Schule oder mit allen anderen Bildungseinrichtungen. Die Eltern der Kindergartenkinder solidarisieren sich nicht mit den Eltern des Gymnasiums, wenn es um kleinere Gruppen geht. Die Eltern der Realschüler solidarisieren sich nicht mit Studentinnen und Studenten, weil sie glauben, sie seien nicht betroffen. Es fehlt im

Grunde genommen die große bildungspolitische Betroffenheit, die gerade in den 70er Jahren noch vorhanden war. Es ist eine Chance, den Bildungseinrichtungen und der Bildung wieder die Bedeutung zukommen zu lassen, die sie längst verdienen und die Anstöße für Reformen und Investitionen zu geben. Es fehlt im Grunde genommen die große bildungspolitische Betroffenheit, die wirklich alle Gesellschaftsgruppen erfasst und die es nach Erkenntnissen und Auswertung von Unterlagen in den 70er Jahren gab. Ist das Kollektiv in seiner großen Gesamtheit betroffen, werden Reformen durch die Politik in Gang gebracht. Ist dies nicht der Fall, gibt es Stillstand und wenig Bewegung.

5.5 Notwendigkeit einer bildungspolitischen Offensive

Das Bewusstsein in der Gesellschaft, dass durch schlechte Bildungspolitik oder wenn zu wenig in Bildung investiert wird, alle betroffen sind, ist gestiegen. Sie nimmt wieder einen höheren Stellenwert ein, als in den 90er Jahren. Sicherlich hat PISA hierzu seinen Beitrag geleistet. Die Chancen für eine bildungspolitische Offensive stehen gut, wie auch ein Blick auf die politischen Aktivitäten der letzten Jahre zeigt. So nahmen kurz vor der Jahrtausendwende bei den Landtagswahlen 1998 bildungspolitische Themen wieder einen höheren Rang ein im Vergleich zu 1986, wie in dieser Arbeit dargelegt wurde. Mit zehn Thesen „Zukunft, Bildung, Schule der Zukunft“ hat die SDP ihr bildungspolitisches Programm aufgelegt. Die CSU hat mit einem 10-Punkte-Programm die Modernisierung des Bildungswesens angesprochen und die Grünen erklären, dass Bildung wieder höchste Priorität haben müsse. Also müsste es gut bestellt sein, um in Bildungseinrichtungen und in die Bildung insgesamt zu investieren. Die Chancen für eine echte bildungspolitische Offensive stehen gut. Dann muss die Politik und der Politiker Initiativen ergreifen und gestalten anstatt ständig nur zu reagieren und reparieren. Ist die Politik hierzu in der Lage?

6 Gesamtpolitische Konsequenzen

Die bisherigen Betrachtungen im Bereich der Bildungspolitik zeigen und belegen, dass zum einen das Thema Bildung während der letzten 40 Jahre nicht immer hohe gesellschaftliche und politische Akzeptanz hatte. Es gab eine Hoch-Phase und eine Epoche mit niedrigem Wert. Zum anderen verging und vergeht immer noch sehr viel Zeit, bis bei entscheidenden Fragen der Bildung und Erziehung die Politik auf Veränderungen innerhalb der Gesellschaft reagiert. Jahre ziehen vorüber, kostbare Zeit vergeht und ging verloren und dringend notwendige Weichenstellungen werden und wurden nicht getätigt. Die Zahl der Abiturienten stieg in den Jahren 1981 bis 1987 von 22.912 auf 28.228 und nimmt gegenwärtig nach einem leichten Rückgang wieder zu²⁶². Doch wurden weder finanziell, noch personell und von den Räumlichkeiten ganz abgesehen die notwendigen Vorkehrungen getroffen. Überfüllte Lehr- und Seminarräume, zu wenig Professoren und Lehrpersonal und gefrustete Studenten sind die Folge. So eine derzeitige grobe Situationsbeschreibung als Ergebnis jahrelanger Inaktivitäten aufgrund mangelndem Interesse an der Bildungspolitik. Daher müssen als erstes im politischen Ranking die Bildung und alle damit zusammenhängenden Komplexe wieder nach oben rücken, so wie es in den 70er Jahren der Fall war. Zu dieser Forderung passt bestens ein Bericht aus der Financial Times vom 29. Oktober 2004²⁶³: „Bildung zahlt die besten Zinsen“.

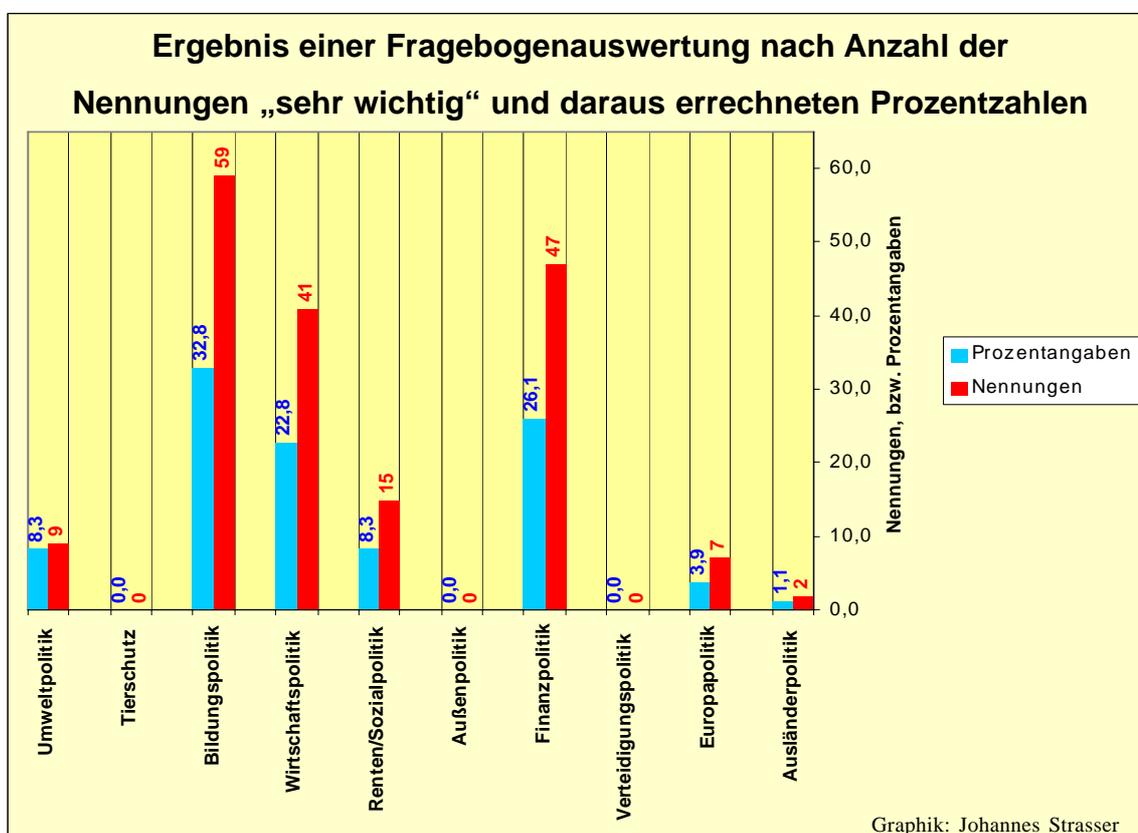
mk. BERLIN, 28. Oktober. Bildungspolitik ist nach Ansicht der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBW) die beste Sozialpolitik. Der Verein hat daher beim Prognos-Institut und dem Erziehungswissenschaftler Dieter Lenzen, dem Präsidenten der Freien Universität Berlin, eine Studie mit Vorschlägen zu einer umfassenden Veränderung des deutschen Bildungssystems in Auftrag gegeben, die im vergangenen Jahr vorgestellt wurde. Am Donnerstag stellten Lenzen und der Präsident der Vereinigung, Randolph Rodenstock, in Berlin die Folgestudie zu „Bildung neu denken“ vor, in der die Finanzierung ihrer Vorschläge berechnet wird. Rodenstock kündigte einen dritten Teil an, in dem die notwendigen juristischen Schritte für eine Bildungsreform aufgezählt werden sollen. Wenn in Bildungsdingen in Deutschland alles beim Alten bliebe, sagte Lenzen, werde der schlechte Status quo zementiert: 10 Prozent der Schulabgänger – unter den ausländischen Kindern sogar 20 Prozent – haben keinen Abschluss, 20 Prozent der Jugendlichen gelten als nicht berufsbildungsfähig, 30 Prozent der Studenten brechen ihr Studium ab, nur 19 Prozent eines Jahrgangs besitzen einen Hochschulabschluss. Der internationale Wettbewerb und die demographische Entwicklung in Deutschland erfordern nach Ansicht der Autoren, dass rasch und entschlossen die Bildungsqualität gesteigert und sowohl die Bildungsgerechtigkeit als auch die Beteiligung erhöht wird. Lenzen wies auf die hohe „soziale Selektivität“ des deutschen

Schulsystems hin. Es gehöre zu den Ungerechtigkeiten des hiesigen Bildungssystems, sagte Rodenstock, dass wenig verdienende Eltern zwar das Studium der Kinder gut verdienender Eltern mitfinanzierten, doch für die Kindergartenbetreuung hohe Gebühren zu zahlen hätten. Würde den Empfehlungen gefolgt, müsste etwa ein Viertel mehr für Bildung – vom Kindergarten bis zur beruflichen Weiterbildung – ausgegeben werden, insgesamt eine Summe von 26,7 Milliarden Euro, wovon der Großteil (fast 13 Milliarden) nach der heutigen Arbeitsteilung auf die Länder entfiel. „Investition in Bildung zahlt die besten Zinsen“, sagten Rodenstock und Lenzen, die sieben beim PISA-Test erfolgreichsten Länder zählten zu den ersten zehn Wachstumsländern.

6.1 Bildungspolitische Konsequenzen

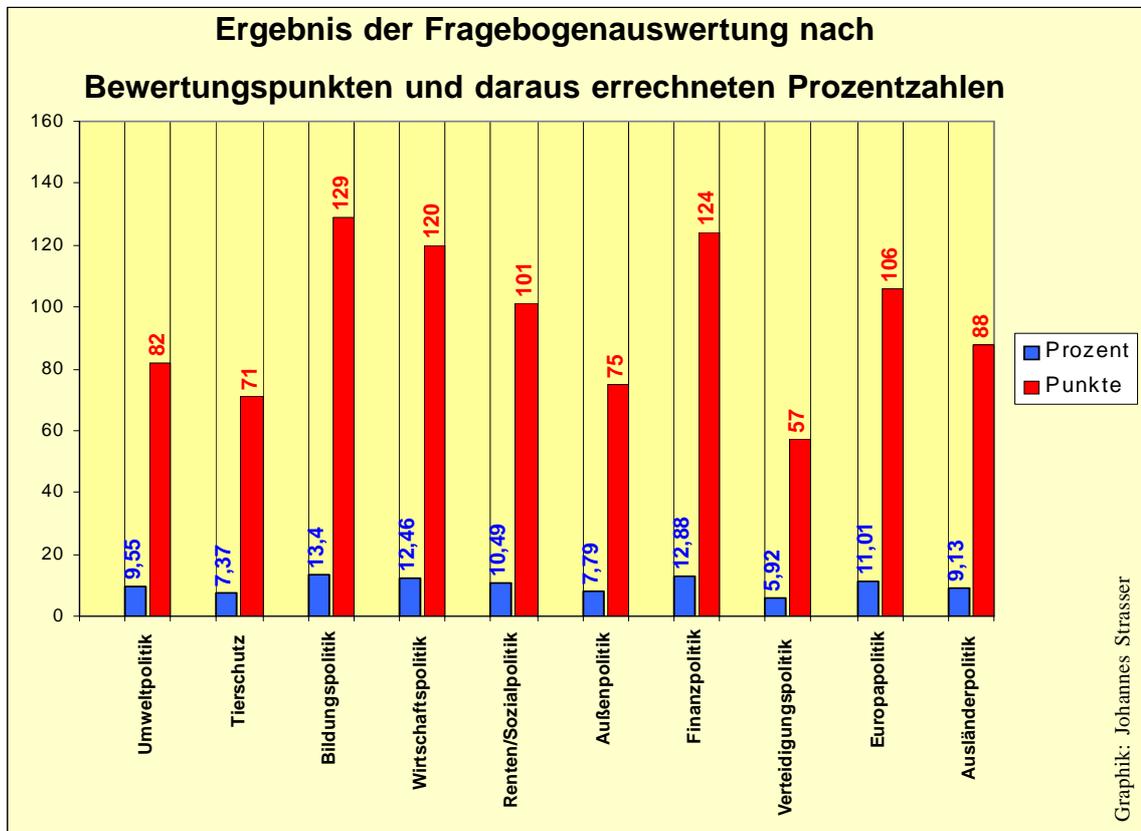
Der gesamte Komplex der Bildungspolitik oder einfach alles, was zu Bildung und Erziehung gehört, wie Vorschule, Schule, Realschule, Gymnasien, Universität, Lehr- und Lernpläne, um nur einige Punkte zu nennen, braucht somit wieder einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft. Das ist eine Grundvoraussetzung, damit die politisch Verantwortlichen dieses Thema in ihren Focus aufnehmen, wieder tätig werden, nicht nur reagieren, sondern endlich wieder agieren und gestalten und nicht bloß warten und abwarten und auf den nächsten Wahltag schielen.

Dass wir auf einem guten Weg hierzu sind, haben auch Umfragen im Zusammenhang mit dieser Arbeit ergeben. Bildungspolitik wird wieder als ein wichtiges Thema angegeben²⁶⁴.



Grafik 17: Bildungspolitik gewinnt an Bedeutung – Ergebnisse einer Umfrage im Zusammenhang mit dieser Arbeit

Legt man Bewertungspunkte zugrunde und werden die Prozentzahlen errechnet, kommt man ebenfalls zu dem Ergebnis, dass derzeit die Bildungspolitik zusammen mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik im politischen Ranking ganz oben rangiert.



Graphik 18: Bedeutung von politischen Themen – Umfrage im Zusammenhang mit dieser Arbeit, Bewertungspunkte und Prozente. Bildungspolitik gewinnt an Bedeutung

Bildung als Ganzes sehen und ganzheitlich

Und ein Weiteres ist noch notwendig. Bildung muss endlich wieder als Ganzes und als Einheit gesehen werden, vom Kindergarten bis zu den Universitäten. Wenn diese Betrachtungsweise vorhanden ist, sind Politiker auch in der Lage, die Zusammenhänge leicht zu erkennen und ganzheitlich zu gestalten und nicht im Detailaktionismus zu verfallen. Dass z.B. die Kindergärten und somit die vorschulische Erziehung im Freistaat Bayern dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen nach der Geschäftsverteilung zugeordnet ist²⁶⁵, wirkt der bildungspolitischen Bedeutung der Einrichtung entgegen. Wiederholt haben Parlamentarier, wie der Abgeordnete Johannes Strasser vorgeschlagen, aus Gründen eines ganzheitlichen Bildungs- und Erziehungsauftrages die vorschulische Erziehung dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zuzuordnen²⁶⁶. Doch leider ist dies bis heute noch nicht erfolgt. Viel zu sehr wird derzeit jede Einrichtung für sich gesehen, für sich organisiert und von unterschiedlichen Verbänden ihre Interessen vertreten. Es fehlt die bildungspolitische Vernetzung oder die bildungspolitische Solidarität ist im Interesse des Ganzen dringend notwendig. Wir müssen den derzeitigen und bisherigen Weg



Abbildung 13: Bildung muss als Ganzes gesehen werden. *Financial Times Deutschland* vom 25. Oktober 2004

Kosten und Nutzen errechnen lassen, fordert Margeret Heckel in ihrem Beitrag über die Zukunft der Bildung in der *Financial Times Deutschland* und meint: „Moralische Appelle, mehr Geld in die Bildung werden verhallen. Nur wenn klar ist, dass der Nutzen höher ist als die Kosten, wird wieder in Bildung investiert. Dazu braucht Deutschland eine Bildungsökonomie²⁶⁷.“

Und die Voraussetzungen, dass endlich wieder genauer und ganzheitlich gerechnet wird, sind derzeit gut und damit die Chancen, dass Bildung tatsächlich wieder in den Focus der Politik und der Gesellschaft rückt. Bereits am 12. Januar 1997 wurde in einem Beitrag „Schule – was darf sie kosten?“ auf die ökonomischen Zusammenhänge zwischen den bildungspolitischen Investitionen und deren gesellschaftlichen „Erlöse“ verwiesen²⁶⁸. Und das gleiche Thema stand im Mittelpunkt einer Pressekonferenz am 19. April 1999 im Maximilianeum in München. „Bildungsinvestitionen: Anschlag für die innere Schulreform“ war die Forderung²⁶⁹. Detailliert wurde aufgezeigt, wie sich Investitionen in die Bildungspolitik gesellschaftlich und volkswirtschaftlich rechnen. Ein gut ausgebildetes Lehrpersonal rechnet sich für den Arbeitsmarkt und die Qualität der Ausbildung, wurde damals behauptet und ist praktisch jetzt identisch mit der Auffassung in der *Financial Times*.

6.1.1 *Bildungsfragen – Betroffenheit schaffen*

Doch wie schaffen wir Betroffenheit in einer Zeit, in der behauptet wird, alle Bereiche in der Politik seien wichtig: die Wirtschaftspolitik, die Verkehrspolitik, die Sozialpolitik, die Bildungspolitik, die Umweltpolitik und über allem steht natürlich die Finanzpolitik. Durchaus positiv muss festgestellt werden, dass aufgrund einer Umfrage im Rahmen dieser Arbeit, die Bildungspolitik bei der Bewertung der Wichtigkeit politischer Themen einen oberen Spitzenplatz einnimmt. Sie muss alle erreichen, die ganze Gesellschaft, alle müssen von einer guten oder schlechten profitieren oder nicht profitieren und somit betroffen sein. Doch wann ist jemand betroffen? Oder wie schaffen wir eine Betroffenheit herzustellen? Dies soll an folgendem Beispiel aufgezeigt werden. Das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ ist nicht neu. Bereits vor drei Jahrzehnten war diese Forderung in den Programmen von Parteien²⁷⁰. Doch Entscheidendes neben vielen Diskussionen, Vorschlägen, Argumenten dafür und Argumenten²⁷¹ dagegen ist nicht geschehen. Der Bayerische Philologenverband, dessen Vorsitzender Rainer Rupp, hat sich am 10. Juli 1989 gegen Ganztagschulen ausgesprochen, räumte aber die Notwendigkeit einer Ganztagsbetreuung wegen der Berufstätigkeit der Eltern ein. Wegen Kosten, die hierfür aufgebracht werden müssten, sah jedoch der Vorsitzende keine realistische Möglichkeit für dieses bildungspolitische Vorhaben²⁷². Reagiert wurde nur z.B. mit der Forderung nach mehr Teilzeitangeboten im Berufsleben oder nach zusätzlichen Kindergartenplätzen. Eine grundlegende politische Weichenstellung mit einer konzeptionellen Programmatik, kurz-, mittel- und langfristig angelegt, gab und gibt es nicht. Und übrigens: Wer ist betroffen? Alle? Nein! Die einen haben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schon für sich ganz privat geregelt²⁷³. Die anderen wissen es noch nicht. Und andere haben sich für den Beruf und den ohne Kinder entschieden. Und so gibt es keine gesamtgesellschaftliche Betroffenheit bei diesem Thema oder keine Solidarität mit den einzelnen Gruppen. Daher wurde über dieses Thema sehr viel gesprochen und immer wieder darüber geredet, Forderungen nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf in regelmäßigen Abständen und auf „Wiedervorlage“ erhoben, doch Entscheidendes ist nicht geschehen. Es fehlt eben die kollektive Betroffenheit. Darum geschieht so wenig im Gegensatz zu den Reaktionen der Politik auf die Terroranschläge in New York.

Kollektive Betroffenheit: die Politik bewegt sich, entscheidet!

11. September 2001: Terroranschlag in New York – Sofort wird reagiert.
Alle Landesparlamente und der Deutsche Bundestag
befassen sich mit dem Thema. Regierungserklärungen,
Konzepte, Mittelbereitstellung und vieles mehr.

15. September	2001	Eine interministerielle Arbeitsgruppe wird eingesetzt.
09. Oktober	2001	Ministerrat beschließt das Sicherheitskonzept Bayern.
18. Oktober	2001	Gesetzentwurf im Nachtragshaushalt wird im Landtag eingebracht.
25. Oktober	2001	Gesetzentwurf bereits im Landtag.
02. Dezember	2001	Nach 21 Ausschusssitzungen wird der Gesetzentwurf für das Sicherheitskonzept Bayern beschlossen.

Warum ging dies so schnell? Warum wurde so schnell reagiert?

Vom Terroranschlag in New York, selbst wenn er geographisch weit weg war, sind eben psychologisch alle betroffen, negativ fasziniert, unvorstellbar und doch Wirklichkeit, und die schrecklichen Bilder schockieren. Die Betroffenheit aller bewegt die Politik. Es kommen noch Fragen hinzu: Wie kann so etwas überhaupt geschehen? Ist dies auch bei uns möglich? Die weltweite Solidarität lässt kein Abwarten zu.

Es muss sofort etwas geschehen, es muss zügig gehandelt werden, weil alle betroffen sind und so war es auch. Sofort wurde gehandelt²⁷⁴.

Ähnlich auch bei der BSE-Krise vor etwa 5 Jahren. Bei uns in Bayern kann so etwas nicht passieren. Wir sind BSE-frei. Dies war die allgemeine politische Auffassung. Das Volk hat sich diese Auffassung zu seiner eigenen gemacht. Und wer etwas anderes Kritisches sagte, wurde nicht ernst genommen. Es kam anders! Große Betroffenheit. Es wurde sofort gehandelt²⁷⁵. Eine Ministerin musste sogar ihren Stuhl räumen. Tierärzte wurden eingestellt. Das Personal in den Landratsämtern im Veterinäramt wurde aufgestockt. Umgehend wurde gehandelt und so will es der Bürger. Aber nur dann, wenn er selbst betroffen ist.

So bestimmt die spontane Gefühlswelt und die Betroffenheit der Menschen die Reaktion der Politik. Angst vor Terror, Angst um die Gesundheit führt zu schnellen Entscheidungen im politischen Alltag.

Oder aktuelles Thema: Die Vogelgrippe. Jeder kann betroffen sein oder werden. Diese kollektive Betroffenheit verlangt von der Politik ein unverzügliches Handeln.

Diesen gewaltigen „Schock“ gab es in der Bildungspolitik bisher noch nicht. Wegen PISA musste kein Minister oder keine Ministerin zurücktreten. Und doch hat PISA wachgerüttelt²⁷⁶. Dem internationalen Musterknaben wurde die echte Realität aufgezeigt und Mittelmaß bescheinigt. Und auf einmal wird gehandelt. Bildungspolitik und die mit ihr zusammenhängenden Fragen werden wieder diskutiert. Die Kultusministerkonferenz befasst sich mit PISA, alle Landesparlamente diskutieren über PISA, die Bildungspolitiker fordern mehr Lehrerplanstellen, sie fordern mehr

Geld, die Finanzpolitiker lehnen zuerst ab und genehmigen dann doch. Es wird endlich wieder konkreter über Bildung und die Auswirkungen auf die Volkswirtschaft gesprochen, diskutiert und entschieden²⁷⁷. Das Volk war von den Ergebnissen der PISA-Studie betroffen. Und es scheint so, ja es ist tatsächlich so. Bei einer großen Betroffenheit wird eben gehandelt. Es muss Betroffenheit entstehen, vorhanden sein oder bewusst gemacht werden. Darum gibt es auch so viele Studien, die die Betroffenheit dokumentieren. Erst dann wird gehandelt.

Solidarität schaffen – Verbände vernetzen

Betroffenheit zu vermitteln oder zu schaffen, den Bürger mitnehmen, dies kann nicht allein Aufgabe der Politik sein. Wie sieht es mit den Verbänden aus? Schaffen sie es, berechtigte Anliegen der Bildungspolitik über die eigenen Verbandsinteressen hinaus glaubhaft zu vertreten? Im Interesse des Ganzen?

Erfahrungen bei parlamentarischen Abenden mit Verbänden zeigen immer wieder, dass es äußerst schwierig ist, über den berühmten „Tellerrand“ hinauszusehen und gemeinsame Interessen bei Bildungsfragen zu vertreten²⁷⁸. Den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, ist oft schon ein großes Problem. So kämpft der Philologenverband eben zuerst für seine Interessen. Der Realschullehrerverband erhebt seine Forderungen für die Realschulen und der Bayerische Lehrerinnen- und Lehrerverband hat seine Lehrerschaft und seine Bildungseinrichtung auf dem Tablett. Es wird von allen Verbänden erst gar nicht intensiv versucht, einen „bildungspolitischen Schirm“ aufzuspannen, unter dem eben gemeinsam die Interessen gegenüber der Politik vertreten werden. Es fehlt die bildungspolitische Solidarität. Und dadurch gibt es auch keine gemeinsame Betroffenheit. Dass von einer schlechten Bildungspolitik ein ganzes Volk betroffen ist, muss bewusster und glaubhafter vermittelt werden und standespolitische Vertretungen müssen mehr Gemeinsamkeiten gegenüber der Politik vertreten und eigene Interessen ein wenig zurückstellen. Und der Politiker? Er steht zwischen den Verbänden und hat nichts dagegen, dass die Verbände nicht geschlossen auftreten. „Teile und herrsche“ hat schon einmal Cicero gesagt und daran hat sich nichts geändert.

Um schneller die politisch Verantwortlichen zum Handeln in bildungspolitischen Themen zu bewegen, muss die bildungspolitische Solidarität geschaffen werden. Bildung als Ganzes zu sehen, die ökonomische Bedeutung zu erkennen, Betroffenheit und Solidarität zu schaffen, ist notwendig, um die Politik zum schnelleren Handeln zu bewegen.

6.1.2 Bildungsfragen – in Parteiprogramme aufnehmen

Blickt man in die Parteiprogramme 1998 und 2003 zur Landtagswahl oder 2002 und 2005 zur Bundestagswahl²⁷⁹, so stellt man bei allen politischen Gruppierungen fest, ob CSU, SPD, FDP oder Grüne, dass Fragen der Bildung in unserer Gesellschaft wieder höhere Priorität haben. Sie stehen im Vergleich zu den Jahren 1986 und 1990 wieder ganz oben²⁸⁰. Wer etwas verändern will, muss es schriftlich fixieren. Daher ist es eine grundsätzliche Voraussetzung, dass Parteien, wenn sie es tatsächlich wollen, die „Education“ wieder in ihre Manifeste, Grundsatz- oder Regierungsprogramme aufnehmen. Diese werden ja von der Basis, den Delegierten, beschlossen und der andere Partner, das Volk weiß, was sie wollen, um später auch kontrollieren zu können. Daher ist es sicherlich gut, dass wieder Aussagen zur Bildung getroffen werden, wie aus nachfolgendem Schaubild zu entnehmen ist²⁸¹.

<p>FÜR BAYERNS ZUKUNFT: MENSCHLICH UND MODERN</p> <p>→ Zur Flash-Ankündigung</p> <p>... so lautet das Motto der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag.</p> <p>Verantwortliche Politik bedeutet für uns: das richtige Verhältnis finden zwischen: Präzision, Spannungsfelder ausgleichen und zwischen unterschiedlichen Standpunkt Modern steht für:</p> <p>Menschlich steht für:</p> <p>UNSERE 21 ZIELE FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT:</p> <p>→ 1. Familie hat Zukunft Unsere Politik für Familien wird Brücken bauen – vor allem zwischen Frau und Mann</p> <p>→ 2. Aktive Bürgergesellschaft Eine neue Bürgerkultur – unsere Antwort auf die Krise des Gemeinwesen</p> <p>→ 3. Stärkung des Ehrenamtes Von Mensch zu Mensch – wer sich engagiert, gewinnt!</p> <p>→ 4. Ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem Wir müssen unseren Kindern ein begabungsgerechtes, hochwertiges Bildungssystem sichern!</p> <p>→ 5. Wettbewerbsfähige Hochschulen Bayern soll auch in Zukunft einer der führenden Hochschulstandorte Deutschlands bleiben!</p> 	<p>WERTE WANDEL WOHLSTAND WWW.ZUKUNFT-BAYERN.DE</p> <p>Wissen gewinnt durch</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Früh investieren statt spät reparieren ■ Soziale Gerechtigkeit in der Bildung / Bildungsbeteiligung ■ Längere gemeinsame Schulzeit / individuelle Förderung ■ Eigenverantwortung und Leistungsorientierung der Bildungseinrichtungen ■ Aus- und Weiterbildung der Lehrenden 
<p>Natur- und Klimaschutz Gesunde und giftfrei Lebensmittel Bildung</p> <p>Lieber früh investieren als spät reparieren: das gilt auch für die Bildungspolitik. Wir zeigen die Alternative auf zur schwarzen Pädagogik, die auf immer früheren Notendruck und verantwortungslose Ausgrenzung setzt. Individuelle Förderung, Vielfalt, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung und eine längere gemeinsame Schulzeit für alle Kinder sind unsere Antwort.</p> <p>Frauenpolitik Filz Arbeiten für mehr Lebensqualität</p> 	<p>Mehr FDP, mehr Mut.</p> <p>Mehr Arbeitsplätze Steuern senken, Bürokratie abbauen</p> <p>Mehr Innovation Bildung verbessern, Forschung befreien</p> <p>Mehr Bürgerrechte Freiheit erhalten, Sicherheit gewährleisten</p>

Abbildung 14: Parteien äußern sich wieder zu bildungspolitischen Themen, wie aus dieser Zusammenstellung ersichtlich ist

Allerdings kommt es dann darauf an, dass auch das getan wird, was geschrieben steht. Hier kann die Politik das oft verloren gegangene Vertrauen wieder zurückgewinnen. Den hohen Stellenwert der bildungspolitischen Themen beobachten wir derzeit auf allen politischen Ebenen und das ist gut so: Leserbriefe werden geschrieben, bei Sitzungen der Parteigremien auf Kreisebene ist Bildung wieder ein Thema²⁸², „Bildung braucht einen langen Atem“ ist beim Festakt anlässlich eines Geburtstages eines Ehrenbürgers der Großen Kreisstadt Dillingen zu hören²⁸³. Das EU-Parlament und der Ministerrat einigen sich: „Mehr Geld für Bildung und Forschung“²⁸⁴. Die Politik beschäftigt sich wieder mit Schulorganisationen, Inhalten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den Voraussetzungen, die die Bildungseinrichtungen hierfür erbringen müssen.

6.1.3 *Bildungsfragen – in der Schule vermitteln*

Es war sicherlich ein großer Fehler, in den 80er und 90er Jahren die Bildungseinrichtungen in eine staatliche Sparschatulle umzuwandeln. „Die Phantasielosigkeit und Resignation vor den drängenden Schulproblemen hat die Interessengemeinschaft Eltern und Lehrer in Bayern“ bereits 1993 beklagt und auf die Probleme wie Gewalt an den Schulen, Disziplinlosigkeit oder Leistungsdruck hingewiesen²⁸⁵. Doch ohne entsprechende politische Resonanz! Im Gegenteil, die Unterrichtsversorgung und das Bildungsangebot hat sich weiter verschlechtert. Kienbaum durfte in den 90er Jahren Sparvorschläge unterbreiten. Und dies konnte alles geschehen, weil Bildung und somit auch Schule gesellschaftspolitisch betrachtet einen niedrigen Stellenwert hatten. Hinzu kommen noch die Schlagzeilen und Kritik über Lehrer, die in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit fanden. Diese Entwicklung hat auch die politische Bildung erfasst. Überall, an den Hauptschulen, den Gymnasien und jetzt an den Universitäten, wurde nicht versucht die Bedeutung dieses Faches für die demokratische Gesellschaft aufzuwerten, sondern das Gegenteil wurde unternommen. Ein in der politischen Bildung gut geschulter Bürger weiß, worauf es in einem Staat ankommt. Wenn heute das Desinteresse in der Bevölkerung beklagt wird, dann hängt dies ganz wesentlich mit dieser vor Jahren eingeleiteten Entwicklung zusammen. Das Kuriose ist jedoch, dass diese Weichenstellung für weniger Information im Unterricht und somit zu Lasten des demokratischen Staatswesens, ein demokratisches Gremium selbst vorgenommen hat, nämlich das Parlament. Obwohl der Präsident Dr. Franz Heubl im Jahre 1989 darauf hinwies, dass nur ein „gut informierter Bürger“ auch seinen politischen Willen kund tun kann²⁸⁶. Gerade der Sozialkundeunterricht gibt den jungen Menschen einen Einblick in das Staatswesen als einen äußerst schwierigen Komplex und ermuntert und befähigt ihn, Verantwortung auf vielfältige Art und Weise zu übernehmen. In

einem demokratischen Staat muss die politische Bildung höchste Priorität haben, damit die tatsächlichen politischen Zusammenhänge, die immer komplizierter werden, richtig eingeordnet werden können.

6.1.4 *Bildungsfragen, Stiftungen und Akademien*

Veränderungen vollziehen sich immer in kürzeren Abständen und betreffen alle Bereiche unseres Lebens. Vieles erscheint uns immer komplexer und schwieriger und es ist auch so. Die Gesellschaft wird bestens informiert. Ob der einzelne Bürger von der Fülle an Informationen Gebrauch macht, hängt u.a. von seiner Einstellung zur Politik ab. Vor diesem Hintergrund bieten politische Akademien und parteinahe Stiftungen umfangreiche Programme an. So wie jedes Unternehmen darauf achtet – und die Demokratie einmal als Unternehmen betrachtet – muss der Staat bestrebt sein, seine Bürger und Bürgerinnen stets und immer neu zu qualifizieren und vorhandene Defizite abzubauen. Die Akademie für politische Bildung in Tutzing bietet derzeit ein Seminar an mit dem Thema „Vom Vorbild zum Zerrbild – Politiker-Image in der Mediokratie“²⁸⁷. Oder das Bayern-Forum spricht mit dem Thema „Sie wollen in Ihrer Gemeinde Politik mitgestalten“ diejenigen an, die in der Kommunalpolitik mitwirken und mitmachen wollen. Weil die Themen oft sehr schwierig sind, wie z.B. die „Sozialstaatkonzeption“ werden sie als einzige bei einer Tagung behandelt oder ein Fortbildungsseminar „Demokratielerziehung an der Hauptschule“ wendet sich an den unmittelbaren Personenkreis²⁸⁸. Ein Blick in die Seminarprogramme der Stiftungen und Akademien zeigt ein sehr großes und umfangreiches Angebot. Es muss nur angenommen werden. Die Finanzmittel im Haushalt des Freistaates Bayern sind gut angelegt und sollten wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung für Demokratie und das Staatswesen von Kürzungen ausgenommen werden, wie dies leider wieder aktuell geschieht, nämlich von 3.985.000 Euro auf 3.635.000 Euro oder um 8,8 Prozent²⁸⁹. Und dies erfolgt von dem Personenkreis, nämlich den Politikern, die und deren Arbeit für die Demokratie im Mittelpunkt dieser Seminare stehen.

6.1.5 *In Bildung investieren lohnt sich*

Jeder Politiker will im Grunde mit dem Geld des Steuerzahlers wirtschaftlich umgehen. Die politische Kunst oder das Können ist es allerdings, Gesellschafts- und Haushaltspolitik mittel-, kurz- und langfristig in Einklang zu bringen. Was kurzfristig z.B. nützt, kann langfristig einer Entwicklung schaden. Letzterem steht allerdings die Wahlperiode entgegen. Politik ist eben oft nicht mittel- und langfristig angelegt, weil in vier- oder fünfjährigen Zyklen entschieden und gehandelt wird. Außerdem kommt es bei Entscheidungen immer wieder auf die echte gesellschaftliche Priorität

und Gewichtung an, wie speziell folgendes angenommene Beispiel zeigt, veröffentlicht in der Sozialdemokratischen Pressekonferenz.

Folgendes Beispiel:

„Eine Autobahnbrücke auf der Inntalautobahn bei Rosenheim muss plötzlich wegen Einsturzgefahr gesperrt werden. Der Neubau kostet 80 Millionen Euro. Wenn die Brücke am 12. Oktober gesperrt wird, wird spätestens am 14. Oktober mit den Planungen für den Neubau einer Brücke begonnen. Die Brücke hat gesellschaftspolitisch einen hohen Stellenwert und deshalb werden sofort die 80 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Weiteres Beispiel:

Warum entscheidet ein Gemeinderat einstimmig für den Neubau einer Straße zwischen A und B und nicht für die Erweiterung eines Kindergartens bei gleicher Investitionssumme? Das Straßenbauprojekt für 1 Millionen Euro wird vom Freistaat mit 70 Prozent bezuschusst, der Kindergarten nur mit 20 Prozent. Folglich ist es doch klar, warum ein einstimmiger Beschluss zu Gunsten des Straßenbauprojektes zu Stande kommt²⁹⁰.“

Wenn die Politik auf allen politischen Ebenen erklärt, dass die Bildungspolitik eine Zukunftsinitiative unseres Staates ist, dann müssen dementsprechende finanzielle Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden. Doch damit dies überhaupt ermöglicht wird, braucht die Bildungspolitik einen höheren gesellschaftlichen Stellenwert. Sonntagsreden und allgemeine Erklärungen reichen hierzu nicht aus!

Noch einmal zurück in das Jahr 1970. Die Bundesregierung hat den Bildungsetat um 43,9 Prozent erhöht. Bildung war eben „In“ in den 70er Jahren.

Die Augsburger Allgemeine berichtet am 17. September 1970, also in den Jahren, in denen Bildungspolitik gesellschaftlich „oben“ angesiedelt wurde: „Ausgaben für Bildung werden vervielfacht.“ Allein diese Schlagzeile wirkt schon gigantisch. Und weiter wird darüber berichtet, dass der Haushalt jährlich um acht Prozent steigt und die Bundesregierung bei der Finanzplanung eine klare Priorität gesetzt hat, nämlich für „Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung“. Für sie werden die Ausgaben vervielfacht. 1970 stehen 3,22 Milliarden DM dafür im Etat. 1974 werden es 10,29 Milliarden DM sein. Die jährliche Steigerungsrate ist von 1970 auf 1971 am stärksten. In dem vorgelegten 100-Milliarden-DM-Etat für 1971 werden die Bildungsausgaben um 43,9 Prozent steigen. Im aktuellen Haushalt des Freistaates Bayern wurden die Gesamtausgaben für staatliche Gymnasien, trotz G8, im Nachtragshaushalt um 1.912.000 Euro gekürzt und die öffentlichen staatlichen Volksschulen haben nur mehr ein Ausgabevolumen von

1.984,563 Mio. Euro zur Verfügung anstatt 2.025,310 Mio. Euro im Jahre 2004²⁹¹. In Bildung zu investieren lohnt sich. Das haben die 70er Jahre gezeigt und „Bildung zahlt die besten Zinsen“.

6.1.6 *Bildungspolitik als Herausforderung im 21. Jahrhundert*

Bildung ist ein äußerst hohes, volkswirtschaftliches Gut, wovon alle nicht nur betroffen sind, sondern auch alle profitieren können, das ganze Volk und auch die Demokratie. Auf der politischen Agenda muss wieder die Bildungspolitik stehen und Bildungspolitik muss als die Herausforderung für unser 21. Jahrhundert verstanden werden und hierzu zählen ganz besonders die politische Bildung insgesamt, wie auch Sozialkunde oder der staatsbürgerliche Unterricht und speziell auch die politischen Wissenschaften an den Universitäten. Die gegenwärtige Situation in Bezug auf Politik, Politiker, Beteiligung an Wahlen und vieles mehr, wie es bereits in dieser Arbeit beschrieben wurde, muss als besondere Chance gesehen werden, politische Grundlagen für ein besseres Politikverständnis zu schaffen und somit unsere Demokratie zu stärken.

6.2 Gesamtpolitische Konsequenzen

Um schneller auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren, aufgezeigt am Beispiel der Bildungspolitik, müssen zunächst die politischen Parteien das Thema „Bildung“ ganz oben auf ihre „Fahnen“ schreiben, es muss wieder das Thema schlechthin werden, mit dem Wahlen gewonnen werden können. Ist dies der Fall, dann steht es wieder auf der Tagesordnung der politischen Gremien. Und jeder Partei ist somit wieder gefordert, sich mit diesen bildungspolitischen Themen auseinander zu setzen und der Gesellschaft Antworten zugeben, z.B. auf die Fragen des Einschulalters oder der Studierfähigkeit der Gymnasiasten, auf die Situation der Hauptschule, auf die Einführung von Studiengebühren oder auf die Frage, was geschieht mit den Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz und mangelnder Qualifikation oder wie soll der Kindergarten vor Ort organisiert werden. Fragen und Themen, nahezu unzählig, unzählig deshalb, weil man sich nicht oder zu wenig und vor allem nicht konkret genug und oberflächlich mit dem Thema Bildung befasst hat. Doch es hat anscheinend gereicht, weil Bildung gesellschaftspolitisch nicht oben stand, weil Schlagzeilen über „faule Lehrer“ die Bevölkerung mehr bewegt haben, als der äußere und innere Zustand unserer Bildungseinrichtungen. So darf Bildungspolitik nicht nur ein Thema von Bundestag und Landtag werden, sondern Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte müssen sich damit auseinander setzen. Gliederung der Parteien, Kreis- und Ortsverbände haben regelmäßig Kontakt zu denen zu halten, die unmittelbar mit der Bildung und Erziehung zu tun haben, wie z.B. die Erzieherinnen. Bildungspolitische Arbeitskreise treffen sich regelmäßig, Erzieherinnengespräche oder bildungspolitische Gesprächsrunden oder ein Abend mit Eltern, ein Informationsgespräch mit den Schulleitungen müssen fest im Jahresprogramm der Parteien vor Ort verankert sein. Die höheren politischen Ebenen müssen mit denen an der Basis wieder vernetzt werden und das setzt bildungspolitische Aktivitäten voraus und erfolgen nur, wenn Bildungspolitik wieder das Top-Thema ist, wie es in den 70er Jahren war.

6.2.1 *Parteien und ihre politischen Ziele*

In der Gesellschaft gibt es ein Geben und ein Nehmen. Bildung und alle mit ihr zusammenhängenden Fragen können gesellschaftlich nicht oben stehen, wenn es keine Anstöße hierzu gibt. Denkanstöße geben, Beiträge liefern, Kreativität fördern, zuhören lernen, nachdenken, über Vorschläge reden, nicht von vornherein ablehnen, dies muss wieder im Vordergrund der politischen Arbeit in den Parteien stehen. Daher ist es auch Aufgabe der Parteien Anstöße zu geben. Weil es oft keine gab, hat sich auch nichts mehr bewegt. Oder man hat sich in sein „Iglu“ zurückgezogen und innerhalb dieses nur diskutiert. Wie sieht denn die Arbeit in den Parteigremien aus?

Vielfach werden nur die üblichen Rituale abgespult, eben nach einem „Iglu-System“. Man blickt höchstens noch in ein anderes „Iglu“, aber weiter nicht mehr und schließt sich ein. Und dieser Prozess hat sich über längere Zeit hingezogen und seine Wirkung hinterlassen. Daher sind eben neue kreative Überlegungen gefragt und um eine neue zielorientierte Diskussionsform zu schaffen. Wer früher, Ende der 80er Jahre z.B. einmal etwas anderes gedacht oder etwas anderes gesagt hat, wurde sehr schnell von eigenen Freunden zurechtgewiesen. Kreativität: „Nein Danke!“ war lange und ist zum Teil noch heute die Devise in den Parteien. Keiner oder nur mehr Wenige getrauen sich etwas „laut“ zu sagen oder eine andere Meinung zu vertreten. Dies hat natürlich eine Konsequenz. Die Kreativität bzw. ein anderer Gedanke als der übliche wird nicht mehr ausgesprochen, weil man wieder Gefahr läuft, zurechtgewiesen zu werden.

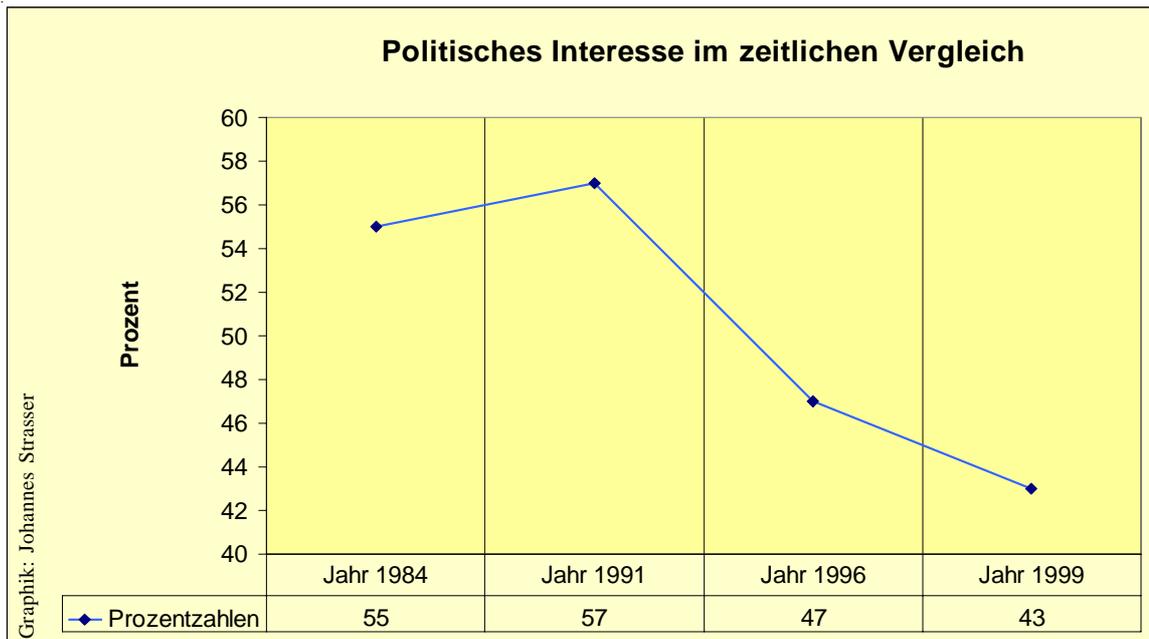
Und so läuft eben vieles so wie es läuft oder man lässt es einfach laufen. Andere Vorschläge als üblich einzubringen, Mandatsträgern zu widersprechen und etwas kreativer mitzuarbeiten, war nicht immer beliebt und sehr oft wurde man zurechtgewiesen, wie die Auswertung einiger Protokolle von Fraktionssitzungen und Presseberichten ergab²⁹². Wer immer „gestutzt“ wird, wird ruhiger, sagt eines Tages nichts mehr. Dies war und ist ein Problem. Eine nach außen getragene Harmonie ist zum Maßstab für politisches Handeln, dem „nichts in Angriff nehmen“ geworden oder die Diktatur der Harmonie hat das politische Handeln und die notwendigen politischen Aktivitäten verhindert. Und deshalb muss an diesem „Geschwür“ gearbeitet und der geistige Wettbewerb innerhalb und außerhalb einer Partei wieder gefördert und forciert werden. Unsere Demokratie macht es doch möglich im Wettbewerb Vorschläge zu unterbreiten und hierüber zu diskutieren. Für diese Möglichkeit sollten wir uns Zeit nehmen und die Chance im Interesse der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft auch nutzen. Auf das Zeitbudget der Politiker wird noch später eingegangen. Wie gelegentlich Kritik aus den eigenen Reihen einer Partei einen bewegen kann, nicht das zu sagen, was man denkt, geht aus folgendem Beispiel hervor:

Am 13. Februar 1993 wird in der Augsburger Allgemeinen Zeitung davon berichtet, dass es für Abgeordnete Gratisreisen gab. Dies wurde vom Finanzamt bei Betriebsprüfungen entdeckt²⁹³. Unabhängig vom allgemein pauschalen Vorwurf werden natürlich die örtlichen Abgeordneten von den Journalisten gefragt. Ein Abgeordneter erklärte, dass Reisen grundsätzlich notwendig seien. Wiederholt habe er in der Öffentlichkeit diese Meinung vertreten. Die Parlamentarier des Bayerischen Landtages seien viel zu wenig unterwegs, beschäftigen sich mit „Kleinkram“ und können dadurch nicht mehr über den Tellerrand hinausschauen, um dadurch größere Zusammenhänge besser zu erkennen. „Wissen ist Macht“ gilt ebenfalls für die parlamentarische Arbeit. Es gilt nicht nur über die Schulsysteme in anderen Länder zu lesen, sondern sie müssen vor Ort

näher angesehen werden. Daher müssen Informationsreisen sein. So der Parlamentarier. Und er sah es als ein Problem an, wenn zwar die führenden Leute der Wirtschaft weltweit in China und Japan unterwegs sind und sich informieren, aber die Abgeordneten sich zu Hause zwischen Billbergshausen und Billbergshofen bewegen. Er hielt es auch nicht für unanständig, wenn die Wirtschaft die Politiker einlädt und diese sich evtl. an den Reisekosten beteiligen. Prompt kam der geballte Protest, und zwar nicht etwa von der Öffentlichkeit oder anderen Parteien, nein, aus der eigenen Partei. Der Politiker musste eine Stellungnahme gegenüber dem Fraktionsvorsitzenden abgeben. Sein künftiges Verhalten? Es wird nichts mehr gesagt. Die Kreativität und der geistige, innerparteiliche Wettbewerb ging verloren. Nur ein Beispiel von vielen.

Das Problem ist bis heute nicht richtig gelöst. Kreativität, neue Ideen oder Anregungen, andere Meinungen als die übliche werden sehr schnell im Keim erstickt.

Ein Ursache liegt auch darin, dass viele unterschiedliche Meinungen oft als Streit dargestellt werden. Dass der Wettbewerb oder das Ringen um die beste Lösung sehr oft als Streit innerparteilich und in der Öffentlichkeit ausgelegt wird, hemmt eine zielorientierte Diskussionsbereitschaft. So herrscht anstelle eines inhaltlichen Wettbewerbs und einer Diskussion vielerorts die Diktatur der Harmonie. Daher werden oft entscheidende Maßnahmen nicht mehr angefasst und bewegt. Um dies zu ändern muss die Grundeinstellung anders werden. Diskussion, unterschiedliche Meinungen gehören zum demokratischen Prozess, um überhaupt etwas anstoßen zu können und dies muss in allen politischen Ebenen wieder gepflegt und praktiziert werden, von den Parteitage einer Bundespartei, wo dies noch am ehesten stattfindet, bis zur Monatsversammlung eines Ortsvereins auf kommunaler Ebene. Wenn politisch schneller entschieden und gestaltet werden soll, dann brauchen wir die Kreativität, die andere Meinung und die Diskussion. Und daher ist es auch wichtig junge Leute zu motivieren, damit sie frei ihre Gedanken einbringen und bereit werden Verantwortung für ihren Staat, für ihre Gesellschaft zu übernehmen. Und daher gilt es, die Menschen wieder für die Politik zu gewinnen. Parteien, Politiker und Demokratie als etwas Positives und etwas Interessantes darzustellen. Diese Aufgabe kommt den Parteien zu.



Grafik 19: Politisches Interesse im zeitlichen Vergleich. Jugendliche im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. Die „Ja“-Antworten in Prozenten²⁹⁴

Noch einmal zurück zu diesem Beispiel der Parlamentsreisen:

Die Parlamentsreisen den Bürgern gegenüber zu verheimlichen, nicht zu berichten, nicht zu informieren ist der falsche Weg. Denn dann entsteht Misstrauen. Daher müssen Parlamentarier offen z.B. über ihre Reisen berichten, mit welcher Zielsetzung sie unterwegs sind, zugeben, dass auch einmal ein touristischer Tag eingelegt wird. Warum auch nicht! Auch Abgeordnete haben den Anspruch, sich in anderen Ländern umzusehen und Erfahrungen zu sammeln. Der Begriff Globalisierung darf sich nicht nur auf die wirtschaftlichen Interessen beziehen, sondern muss mit einem politischen Inhalt versehen sein. Daher sind die Parlamentarier unterwegs. Und sie sollen informieren und es entsprechend vermitteln, offen und transparent. Sagen wie es ist und warum es so ist! So schafft man wieder Vertrauen, das für den politischen Alltag dringend notwendig ist, aufgezeigt am Beispiel der Abgeordnetenreise.

Diese Offenheit muss in der eigenen Organisation, in der Partei wieder erlaubt sein. Für wichtige Themen, die angepackt werden müssen, verbleibt dann mehr Zeit. Zeit, sich den wesentlichen Aufgaben zu widmen. Unnötige Rechtfertigungen gehören dann der Vergangenheit an. An Stelle einer zeitaufwändigen Rechtfertigungs- und Verteidigungsstrategie, tritt die politische Arbeit. Hier-von profitieren die einzelnen Parteien und der Mandatsträger oder der Politiker gewinnt Zeit für seine eigentlich wichtigen Aufgaben, die wurden aus Zeitmangel oft vernachlässigt werden.

6.2.2 *Politische Arbeit und ihre Vermittlung*

Damit die politische Arbeit in den Parteien selbst wieder richtig Fuß fasst, ist es notwendig, das Ansehen der Parteien, das durch viele berechtigte und unberechtigte Vorwürfe in Mitleidenschaft gezogen wurde, zu verbessern. Der Begriff Partei muss wieder positiv besetzt werden. Die Parteien selbst müssen wieder darauf hinweisen „ohne Parteien keine Demokratie“²⁹⁵.

Parteien müssen vermitteln, dass Politik eine äußerst schwierige und komplizierte Aufgabe ist und es nicht nur um Macht geht, wie oft behauptet wird. Im Übrigen ist Macht und Streben nach Macht nichts Unanständiges.

Auf dieser Geschäftsgrundlage muss sich die politische Arbeit in den Parteien neu formulieren. „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“ heißt es in Art. 21 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Diesem Grundauftrag müssen die Parteien in einer geänderten Gesellschaft wieder nachkommen. Mitwirken, Anstöße geben, über den Wahltag hinaus denken, Perspektiven entwickeln, das ist Aufgabe der Parteien. Wenn sie das erfüllen, sind sie in der Lage schneller und effektiver zu entscheiden, weil die Grundlagen wieder geschaffen werden. In einer schnelllebigen Zeit muss schneller gehandelt werden.

Wie sieht das Jahresprogramm eines Ortsvereins oder Ortsverbands aus? Werden programmatisch die Themen besetzt oder wird abgewartet, was eben gerade aktuell ist? „Wer das Ziel nicht kennt, kennt nicht den Weg.“ Die Ziele müssen klar definiert werden! Letzteres muss heute sein. Wenn die Bildung und die Bildungspolitik die nächsten Jahre höhere gesellschaftliche Priorität erreichen soll, muss sie in den Parteien eine andere Gewichtung erfahren. Entscheidungen in den einzelnen Gremien, wie Stadtrat, Kreistag und Landtag müssen schneller vorbereitet werden und die Basis muss sich wieder finden. Die vielfach praktizierte Vertagungsmentalität sollte der Vergangenheit angehören, denn sie ist stets mit wichtigem Zeitverlust verbunden. Weiter muss das Prinzip der Teilhabe Einzug finden und Grundlage der politischen Arbeit werden. Nicht über Maßnahmen ohne die Betroffenen reden, sondern mit ihnen und sie in den Entscheidungsprozess einbinden, lautet die zeitgemäße Devise. Dadurch können politische Arbeit und politische Entscheidungsprozesse leichter vermittelt werden. Soll dies erreicht werden, müssen sich die Verantwortlichen in den Parteien von viel Kleinigkeiten befreien, es muss ein politisches Management aufgebaut, neue Strukturen und Organisationsformen geschaffen werden, um so auch inhaltlich schneller reagieren zu können. Das jetzt oft praktizierte System ist zu schwerfällig, weil auch jede Gruppe für sich allein tätig ist und keine Vernetzung stattfindet. Und somit geht kostbare Zeit verloren. Den Arbeitsstil und die Organisation zu ändern und zu verbessern, würde

Zeitgewinn im Entscheidungsprozess bedeuten. Bildungspolitische Themen müssen in Arbeitskreisen vorbereitet werden. Die Arbeit auf allen Ebenen ist zu optimieren.

6.2.3 *Programme und ihre Schwerpunkte*

Wenn Bildungspolitik wieder ganz oben stehen soll, muss sie sich aber auch in den Programmen der Parteien wieder finden.

Welche Rolle spielte die Bildungspolitik z.B. im Regierungsprogramm der SPD zur Landtagswahl im Jahre 1994?

Ein Blick in das Programm:

Es geht zunächst darum, den gesellschaftlichen Wandel zu gestalten, anschließend werden die Schwerpunkte genannt: Wirtschaft, Ökologie, soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung und *an 5. Stelle* endlich die Bildungspolitik. Auf Seite 29 des 44 Seiten umfassenden Entwurfs. Bildungspolitik war eben nicht „In“, hatte nur im politischen Wettbewerb einen Mittelplatz und darum wurde versäumt, wichtige Weichenstellungen vorzunehmen. Und auf dem Landesparteitag der SPD vom 7. Mai 1994 haben sich von den 44 Anträgen nur vier mit der Bildung befasst. „Die Parteien wirken bei der Willensbildung des Volkes mit.“ Daher sind sie auch besonders gefordert, rechtzeitig die Entwicklungen zu erkennen und dem Volk die Notwendigkeit für mehr Bildung zu vermitteln.

Ganz anders, wie bereits erwähnt, bei den Landtagswahlen 1998 und 2003 sowie bei der Bundestagswahl 2002 und 2005. Hier hatte die Bildungspolitik wieder einen oberen Platz im politischen Ranking²⁹⁶. Dies hat die Folge, dass wieder agiert wird. Ein kleiner Streifen am bildungspolitischen Horizont auch nach den bisherigen Auswertungen und Analysen ist in Sicht. Der Druck der Elternschaft, der Verbände auf die Politik, die vielen Unterschriftenaktionen und die Eingaben an den Bayerischen Landtag, die in ihrer Gesamtzahl zu einem Thema in der Abbildung 15 zu sehen sind, bleiben nicht ohne Wirkung bei der Politik und dann kommt noch PISA hinzu. Daher ist durchaus damit zu rechnen, dass für die Bildung und alle ihre Einrichtungen politische Verbesserungen mittelfristig zu erwarten sind.

6.3 Mandatsträger und Verantwortliche

Um schneller in der Politik zu Entscheidungen zu kommen, muss, wie bereits einige Male dargestellt, die Organisation der politischen Arbeit verändert, anders gestaltet und somit verbessert werden. Wichtig oder eine Voraussetzung hierfür ist, dass Bildung insgesamt und speziell politische Bildung wieder stärker gewichtet wird, als dies lange der Fall war. Darüber hinaus werden Politik und somit politische Inhalte, politische Ziele oder politische Zusammenhänge durch Personen vermittelt. Daher gilt jetzt der Blick auf den Politiker, den Mandatsträger oder die politisch Verantwortlichen. What to do?

Als allererstes muss daran gearbeitet werden, das Ansehen, das Image des „homo politicus“ zu verbessern. Es muss etwas „Blei“ vom Fuß eines Politikers genommen werden, um die „Gehfähigkeit“ zu erleichtern, um ihn zu entkrampfen. Er braucht wieder mehr Freiraum in seinem Denken für seine eigentlichen Aufgabe, damit er nicht immer aus der Defensive heraus politische Weichenstellungen vornehmen muss. Eine ständige Verteidigungs- oder Rechtfertigungsposition lähmt die politischen Prozesse und ist einer notwendigen, vorausschauenden und kreativen Politik hinderlich.

6.3.1 *Der Politiker, seine Arbeit und sein Zeitbudget*

Ob Abgeordneter, Landrat oder Bürgermeister, alle Politiker haben von ihrer Wählerschaft einen zeitlich begrenzten Auftrag erhalten. Hierüber müssen sie regelmäßig, ausführlich und gründlich informieren. Ein transparentes und verständliches Informationssystem schafft Vertrauen. Ein Bürger, der über die Arbeit seines Politikers Bescheid weiß, nimmt am politischen Prozess direkt und indirekt teil. Somit muss sich z.B. ein Parlamentarier dieser Aufgabe besonders widmen. Oder an einem Beispiel aufgezeigt: Ein Mann, der einem Schachspiel aus Höflichkeit zuschauen muss, ohne die Regeln näher zu kennen, empfindet dies als Verdruss. Er wendet sich ab. Aufgabe wäre es dann, dem zuschauenden und innerlich unzufriedenen Beobachter die Grundzüge des Schachspiels zu lernen und ihn hierfür zu gewinnen. Auf die Politik übertragen bedeutet dies: Wir müssen dem Beobachter, also den Bürgerinnen und Bürgern, die Regeln vermitteln, sodass er eines Tages Mitspieler wird. Und dies haben die Politik, die Parteien und der Politiker selbst in der Hand. Der Bürger muss einen Einblick in das „real political life“ erfahren und über die „political rules“ in einigen Grundzügen Bescheid wissen. Denn er kennt den Politiker oft nur von Festivitäten, vom Feuerwehrjubiläum, von einem Festakt anlässlich der Stadtgründung oder von der Freigabe eines neuen Straßenabschnittes. Doch das „political life“ ist mehr als nur diese

öffentlichen aber wirkungsvollen und beliebten Termine. Doch wie sieht das Zeitbudget im Detail aus, hat ein Mandatsträger noch genügend Zeit, um dem oben genannten Zuschauer beim Schachspiel die Regeln zu lehren und zu lernen und einen Einblick in den politischen Alltag zu geben? Daher einmal ein Blick auf die verschiedenen Zeitabschnitte eines Parlamentariers, die auf der Grundlage von Aufzeichnungen über längere Zeiträume ermittelt wurden²⁹⁷.

6.3.1.1 Das wöchentliche Zeitbudget

Der Bayerische Landtag trifft sich etwa 27-mal im Jahr zu Vollsitzungen, während an 120 Tagen Ausschusssitzungen geplant sind. Da die Ausschüsse nur Dienstag bis Donnerstag tagen, sind dies echte 69 Sitzungstage. Im parlamentarischen Terminkalender sind Informationstage vorgesehen, an denen die Fraktionen, ihre Vorstandschaften, die Ausschüsse oder die Arbeitskreise dann unterwegs sind, um sich bei anderen Parlamenten oder in anderen Länder zu informieren. Pro Jahr sind dies etwa 30 Tage.

Folgende Übersicht soll dies noch verdeutlichen, um das echte Zeitbudget richtig beurteilen zu können: Die parlamentarische Arbeit:

96 Sitzungstage: 32 Wochen x 3 Tage

(Der Abgeordnete hatte im Schnitt 96 echte Sitzungstage in den Jahren 2001, 2002, 2003, 2004.)

Die Arbeitszeit eines Abgeordneten sieht wie folgt aus:

Sie wurde ebenfalls aufgrund langjähriger Aufzeichnungen ermittelt, übers Jahr verteilt und auf eine Woche hochgerechnet.

In einer Sitzungswoche insgesamt 70 Stunden davon 20 Stunden Teilnahme an Sitzung und Büro:

10 Stunden Vorbereitung für Sitzung

15 Stunden Termine vor Ort

10 Stunden unterwegs

15 Stunden Abgeordnetenbüro

In einer sitzungsfreien Woche 70 Stunden

30 Stunden Büro

25 Stunden vor Ort

15 Stunden Verpflichtungen

Bei näherer Betrachtung dieser Aufstellung kommt man zwangsläufig zum Ergebnis, dass das

Zeitbudget eines Parlamentariers sehr eng bemessen ist und eigentlich keine zusätzlichen Aufgaben oder Nebenjobs verträgt.

6.3.1.2 *Das parlamentarische Zeitbudget*

Nach dieser allgemeinen Übersicht einen Blick auf die unmittelbare zeitliche Gebundenheit eines Mandatsträgers durch verschiedene Sitzungen, aufgezeigt am Beispiel eines Mitglieds des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen.

Ausschusswoche

Dienstag:	10.30–14.30 Uhr	Arbeitskreis
	15.00–16.30 Uhr	Sitzung des Ausschusses
	16.30–18.30 Uhr	Sitzung Fraktionsvorstand
Mittwoch:	09.15–12.30 Uhr	Sitzung des Ausschusses
	13.30–14.00 Uhr	Sitzung regionaler Arbeitskreis
	14.00–18.00 Uhr	Fraktionssitzung
Donnerstag:	09.15–13.30 Uhr	Sitzung des Ausschusses
Plenum Dienstag und Mittwoch – Donnerstag ist dann Ausschuss		
Dienstag:	10.30–13.00 Uhr	Sitzung des Arbeitskreis
	13.00–15.00 Uhr	Fraktionssitzung
	15.00–20.00 Uhr	Plenum
Mittwoch:	09.00–20.00 Uhr	Plenum
Donnerstag:	09.15–13.00 Uhr	Sitzung des Ausschusses
Plenum Donnerstag und Freitag – Dienstag und Mittwoch Ausschuss		
Dienstag:	10.30–14.30 Uhr	Sitzung des Arbeitskreis
	15.00–16.30 Uhr	Sitzung des Ausschusses
	16.30–18.30 Uhr	Sitzung des Fraktionsvorstands
Mittwoch:	09.15–12.30 Uhr	Sitzung des Ausschusses
	13.30–14.00 Uhr	Sitzung des regionalen Arbeitskreises
	14.00–18.00 Uhr	Fraktionssitzung

In diesem Zusammenhang muss natürlich die Vorbereitungszeit des einzelnen Abgeordneten gesehen werden und im Besonderen der zeitliche Aufwand, der von den Führungskräften, sei es Ausschuss oder Arbeitskreis, gefordert wird.

6.3.1.3 Das Zeitbudget am Wochenende

Doch die Politiker sind nicht nur im Parlament gefordert, sondern haben vor Ort einer Vielzahl von Verpflichtungen nachzukommen, um eben beim Bürger zu sein, um gesehen und damit verbunden gewählt zu werden. Dies alles vor dem Hintergrund: Hat der Politiker genügend Zeit, um den „unzufriedenen Beobachtern des Schachspiels“ die Regeln zu lehren und zu politischen Mitspielern zu gewinnen. Daher diese Übersicht von durch einen Politiker wahrgenommenen Wochenendterminen.

Freitag, 28. 06. 2002		7.30–21.00 Uhr
07.30 Uhr	Büro	
08.00 Uhr	Firma Heuchel, Nördlingen, wg. Bauaufträgen Sporthalle Wertingen, Kläranlage Möttingen Probleme mit Abrechnungen	
09.00 Uhr	Gespräch in Mönchsdeggingen, Schulleiter Bauch Bürgermeisterin Ganzenmüller-Seiler wegen Kriminalität an der Volksschule Mönchsdeggingen	
10.30 Uhr	Abiturfeier Johann-Michael-Seiler-Gymnasium, Dillingen	
12.15 Uhr	Abiturfeier in Wertingen	
14.30 Uhr	Umweltzentrum in Lauingern bei Bundesministerin Künast	
15.15 Uhr	Abiturfeier Albertus-Gymnasium Lauingen	
18.00 Uhr	Abiturfeier in Oettingen	
Samstag, 29. 06. 2002		
9.30 Uhr	Betrieb Hoffmann, Leipheim Gespräch wegen Konstruktion bei den Abfallbehältern	
11.00 Uhr	Fahrt nach Emersacker, Lkr. Augsburg Schwäb. Jugendwettbewerb der Feuerwehren Gespräch mit Kreisbrandrat Anzenhofer, Meyr, Häussler, Stiller	
14.00 Uhr	Fahrt nach Bachhagel, Schülerturnier	
15.30 Uhr	Siegerehrung vorgenommen D-Jugendturnier	
17.00 Uhr	Feier FC Gundelfingen – Grußwort (Stettenhof)	
20.00 Uhr	Jubiläumskonzert 130 Jahre Chorgesang Buttenwiesen	
21.30 Uhr	125 Jahre Riedsend Grußwort um 22.00 Uhr	
Sonntag, 27. 07. 2002		
8.00 Uhr	Abfahrt zum 125-jährigen Jubiläum der FFW Untervedlingen Festgottesdienst, Totenehrung, Fahnenweihe Zug zum Zelt Anschl. Grußwort im Zelt. Dies war wichtig, denn um 10.30 Uhr beginnt der politische Frühschoppen der CSU	
10.30 Uhr	Fahrt nach Höchstädt zu den Freisprechungsfeierlichkeiten der Friseurinnung	
11.00 Uhr	Grußwort	
12.00 Uhr	Besuch des Stadtfestes Begrüßung durch Jakob Kehrlé und Bürgermeisterin Hildegard Wanner	
13.00 Uhr	Fahrt nach Reimlingen zum Bezirksmusikfest Tausende von Zuschauern am Straßenrand Wichtig war, dass man vertreten ist. Die Reihe der Politiker war wie folgt besetzt: MdL Helmut Guckert (CSU), Landrat Stefan Rößle (CSU), Staatssekretär Georg Schmid (CSU), MdB Hans Raidel (CSU), MdL Johannes Strasser (SPD)	
15.30 Uhr	Fahrt nach Ehingen, Lkr. Augsburg, zur FFW, Tag der offenen Tür, Gespräch mit Kommandanten und Kommunalpolitikern wegen Finanzierung usw.	
16.45 Uhr	Abfahrt Richtung Gundelfingen Besuch des Baseballspiels, eingeladen von Herrn Lindenthal; es war wichtig, einmal hinzugehen, er hat sich sehr gefreut.	
19.00 Uhr	Besuch des Schnellfestes in Gundelfingen	

Freitag 14. 06. 2002

8.00–10.00 Uhr Büro

13.00 Uhr anschl. Nördlingen – 175 Jahre Sparkasse Nördlingen
Sitzung Ältestenrat in Dillingen
17.00 Uhr Fraktionssitzung in Wertingen
19.00 – 22.30 Uhr Festakt 125 Jahre Soldaten- und Kameradschaftsverein Tapfheim
– Grußwort

Samstag 15. 06. 2002 12.00 bis 22.30 Uhr

12.0 –12.30 Uhr Geschäftseröffnung Autohaus Scheel, Dillingen
14.00 Uhr Meitingen, Treffpunkt mit Maget, Nordendorfs BM Elmar Schöniger, Bezirksrätin,
Kreis- und Gemeinderätin Ellen Blask
15.30 Uhr Fußballspiel Landtagsmannschaft – Auswahl v. Mertingen
19.00 Uhr 100 Jahre Gesangverein Holzheim
– Grußwort

Sonntag, 16. 06. 2002 8.00 bis 16.00 Uhr

8.00–10.30 Uhr Festakt, Festgottesdienst 125 Jahre FFW Veitriedhausen
– Grußwort
anschl bis 12.45 Uhr 125 Jahre FFW Oberliezheim
– Grußwort
anschl. 125 Jahre Krieger- und Kameradschaftsverein Alerheim
– Grußwort
Rückkehr 16.00 Uhr

Diese Beispiele und diese Übersicht vom Zeitbudget eines Politikers sollen das umfangreiche Programm zeigen, das er oft bewältigen muss, ohne dass es vom einzelnen Bürger bewusst wahrgenommen wird. Es wird ihm auch nicht global oder als Ganzes, sondern nur punktuell durch seine jeweilige Anwesenheit z.B. bei einem Jubiläum oder bei einem Festakt vermittelt. Daher ist eine größere Transparenz notwendig. Neben der unmittelbaren und erlebten Nähe muss die Ferne der politischen Arbeit als zweite Seite der Medaille dem Bürger besser dargelegt und wirklich vermittelt werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Erwartungshaltung der Bevölkerung gegenüber der Anwesenheit von Politikern gerade bei Veranstaltungen vor Ort sehr groß ist. Dies beweisen auch die Vielzahl von Einladungen, die ein Politiker von allen Seiten erhält. Aufgrund dieser Tatsache, Erwartungshaltung und politischer Nähe auf der einen Seite und großem Zeitaufwand und politischer Ferne auf der anderen, verbunden mit dem Ziel, das Ansehen von Politik und Politikern zu verbessern, Zeit zu haben, um informiert schneller entscheiden zu können, muss der Politiker selbst sein Zeitbudget einer Inventur und einer kritischen Kontrolle unterziehen, was machbar ist, um seinen politischen Auftrag zu erfüllen und nicht nur auf die nächste Wahl zu blicken. Hierzu werden in 6.3.3 noch gesonderte Aussagen getroffen und Vorschläge unterbreitet, vor allem im Zusammenhang mit der Frage von Nebenjobs.

6.3.2 *Der Parlamentarier und seine Nebenjobs*

Allein der Blick auf die vielen Termine und den fest terminierten parlamentarischen Arbeitsablauf, ohne überhaupt auf seine Aufgaben wie z.B. Kontrolle der Verwaltung, Initiativen ins Parlament einbringen, Kontakte vor Ort pflegen, einzugehen, lässt die berechtigte Frage zu: Schafft dies

alles überhaupt noch ein Politiker und sind Nebenjobs oder auch bezahlte und unbezahlte Ehrenämter noch mit der Aufgabe eines Parlamentariers vereinbar? Ein Politiker muss sich voll und ganz seiner vom Volk übertragenen Aufgabe widmen können. Dafür braucht er Zeit, und zwar sehr viel Zeit.

Kann ein Parlamentarier neben seinem politischen Amt noch als Notar oder Rechtsanwalt tätig sein? 18 Rechtsanwälte und zwei Notare gehören gegenwärtig dem Bayerischen Landtag an²⁹⁸. Lässt das enge Zeitbudget eines Politikers überhaupt noch zusätzliche Aufgabe zu? Die gleiche Frage gilt übrigens auch für ehrenamtliche Funktionen in Vereinen und Organisationen. Zum Beispiel nimmt das Amt eines Bezirksvorsitzenden im Bayerischen Turnverband mit etwa 170.000 Mitgliedern in 501 Vereinen mindestens 10 Stunden pro Woche in Anspruch. Diese fehlen dann einem Politiker, wenn er zugleich ein derartiges Ehrenamt inne hat, für seine eigentliche politische Arbeit. Und weil das politische Führungspersonal vielfach mit „artfremden“ Aufgaben überfrachtet ist, fehlt die notwendige Zeit, um sich mit den eigentlichen gesellschaftlichen Problemen auseinander zu setzen.

So darf es einen nicht wundern, wenn über die Stärkung der Hauptschule 30 Jahre lang diskutiert, aber keine zukunftsorientierte Entscheidung getroffen wird. Vielen Politikern fehlt einfach die Zeit, um sich mit den gesellschaftlich relevanten Themen auseinander zu setzen, weil sie mit anderen Aufgaben beschäftigt sind. Um also wieder schneller entscheiden zu können, braucht der Politiker u.a. mehr Zeit für die politischen Themen oder seine eigentliche Aufgabe. Er muss daher sein derzeitiges Zeitbudget einer Generalinventur unterziehen. Ein Beitrag für einen regionalen Parteitag am 9. Februar 2005 hat sich mit dieser Thematik befasst. Einige Fragen wurden aufgeworfen und Antworten gegeben.

6.3.2.1 Keine Nebentätigkeiten für Parlamentarier

Die Vorlage zur Nebentätigkeit von Parlamentariern hatte folgenden Inhalt:

„Der Abgeordnete – die Abgeordnete gläsern, transparent oder durchsichtig und vieles mehr.

Wie viele Ämter und Jobs darf ein Parlamentarier haben? Allgemeine Fragen zu dieser Thematik:

Was will die Gesellschaft eigentlich? Was braucht die Demokratie? Transparenz und Eigenverantwortung? Kontrolle: Von wem? Und von wem wird der Abgeordnete kontrolliert?

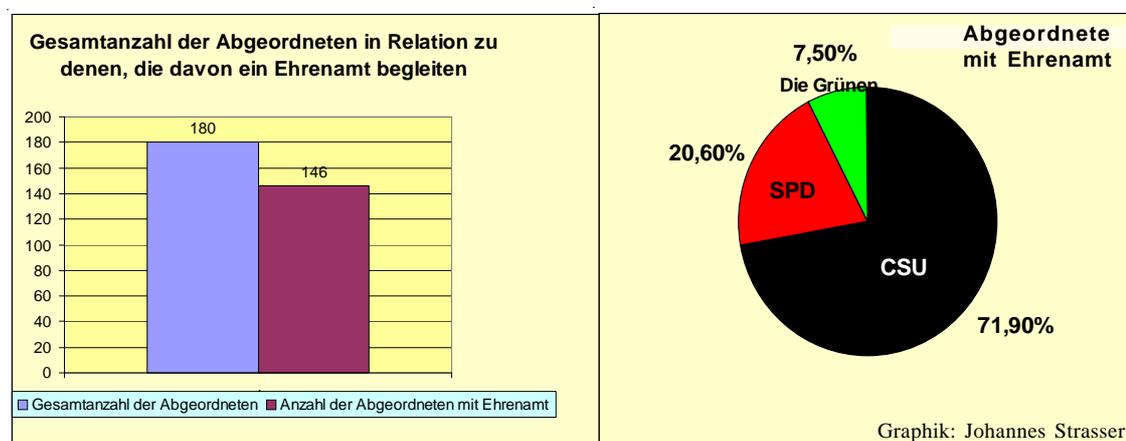
Wo bleibt die Kontrolle der Parteibasis? Wie viele Stunden kann man als Mandatsträger arbeiten?

Anmerkungen und Fragen zur Problematik: Ist ein Parlamentarier wie ein Freischaffender, wie ein Rechtsanwalt oder ein Handwerker zu betrachten? Wie sieht eventuell das Berufsbild eines Parlamentariers aus? Wochenbezug: 10 Stunden, 20 Stunden Anwesenheit vor Ort, kann dies

überhaupt konkretisiert werden? Gibt es Abgeordnete erster Klasse und zweiter Klasse? Ein Bundestagsabgeordneter sitzt in 5 Aufsichtsräten, ein anderer nicht, weil er keine Zeit hierzu hat. Ein Bundestagsabgeordneter ist Landesvorsitzender eines Interessenverbandes und erhält monatlich eine Vergütung für seine 18,5 Stunden pro Woche in Höhe von 3.300 Euro. Abgeordnete sind neben ihrer parlamentarischen Aufgabe noch in ihrer Rechtsanwaltskanzlei tätig. Was ist ihr Hauptberuf und was der Nebenjob? Andere Abgeordnete arbeiten nur als Parlamentarier. Daher ist die Feststellung vom Zwei-Klassensystem sicher berechtigt. Als Gegenargument wird oft angeführt, die Nähe zur Berufswelt oder die Sicherheit nach einem Ausscheiden aus dem Parlament²⁹⁹.“ Wer das Zeitbudget auf der einen Seite, den riesigen Aufgabenkatalog auf der anderen und die damit verbundene Notwendigkeit, das Image zu verbessern, betrachtet, indem anstelle von ewigen Debatten schnellere Entscheidungen treten und wer die in dieser Arbeit aufgeführten Terminplanungen von Parlamentariern analysiert, auswertet und Konsequenzen zieht, muss eindeutig zu dem Ergebnis kommen: Die Aufgabe eines Abgeordneten verträgt keine Nebenjobs, weder als Selbstständiger noch an der Spitze von Verbänden oder in Positionen der Wirtschaft.

6.3.2.2 *Der Politiker und das Ehrenamt*

Wie sieht es dann mit den kommunalen Ehrenämtern aus, als Mitglied des Kreistages, eines Stadt- oder Gemeinderates. Wie viele Ehrenämter kann ein Parlamentarier haben, bezahlte und unbezahlte Ehrenämter? Zunächst muss festgestellt werden, dass viele Parlamentarier Mitglieder ehrenamtlicher Kommunalparlamente sind. Ein Blick in das Handbuch des Bayerischen Landtags zeigt Folgendes: Von den derzeit 180 Parlamentariern haben 146 ein kommunales Ehrenamt inne. Davon entfallen auf die CSU 71,9 Prozent, die SPD 20,6 Prozent und auf die Grünen 7,5 Prozent³⁰⁰.



Grafik 20: Abgeordnete mit Ehrenamt

Haben Minister, Staatssekretäre oder Abgeordnete so viel Zeit, um noch in Kommunalparlamenten vertreten zu sein? Ein Blick in die Anwesenheitsliste bei einzelnen Sitzungen gibt bereits eine Antwort auf diese Frage³⁰¹. Hat ein Parlamentarier dann noch zusätzlich Aufgaben z.B. als Fraktionsvorsitzender, dann erhöht sich die Arbeitsbelastung umso mehr, denn er muss gut präpariert in den Sitzungen des Kreistages sein und das Kreisgeschehen kommunalpolitisch und landespolitisch begleiten. Weil viele Parlamentarier nebenbei noch viele kommunale Aufgaben wahrnehmen, darf man sich über folgende anhand von Beobachtungen schriftlich fixierte Aufzeichnungen nicht wundern: Bei keiner Sitzung des Haushaltsausschusses im 1. Halbjahr 2000 waren zu Beginn um 9.15 Uhr und am Ende alle 23 Mitglieder anwesend. Oder es ist während einer Sitzung ein ständiges Kommen und Gehen der Abgeordneten zu beobachten. Tagesordnungspunkte müssen verschoben werden, weil die Berichterstatter nicht anwesend sind. Die Anwesenheit, generell bei den Ausschusssitzungen, ist sehr gering. Der Grund hierfür: Weil es nebenbei noch viel zu tun gibt. Und eine am Mittwoch, den 6. Februar 2002, gemachte Beobachtung, ebenfalls schriftlich fixiert, ist keine Seltenheit und hat ihre Ursache in den zu vielen zusätzlichen Aufgaben neben dem Abgeordnetenmandat. Der Name des Politikers wurde geändert. Beispiel aus einer Sitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag³⁰²:

Beginn 9.15 Uhr
 09.20 Uhr Abgeordneter Franz Hartner kommt
 09.30 Uhr Abgeordneter Franz Hartner geht
 09.45 Uhr Abgeordneter Franz Hartner kommt
 10.08 Uhr Abgeordneter Franz Hartner geht
 bis 12.10 Uhr nicht mehr anwesend.

An diesem Tag wurde über den ORH-Bericht des Freistaates Bayern gesprochen und diskutiert. Selbst Tagesordnungspunkte, bei denen Abgeordneter Franz Hartner als Berichterstatter eingeteilt war, konnten wegen seiner Abwesenheit nicht behandelt werden.

Nicht nur eine Tätigkeit als Stadtrat von München, Nürnberg oder Augsburg ist nicht mit dem Mandat als Landtagsabgeordneter zu vereinbaren, sondern generell nehmen kommunalpolitische Ehrenämter zu viel Zeit in Anspruch, die dann für die eigentlichen politischen Aufgaben fehlt. Aufgrund des enormen zeitlichen Aufwandes der parlamentarischen Arbeit wird die Meinung vertreten, dass es gesetzlich geregelt werden müsse, das Amt eines Abgeordneter und ein kommunales Ehrenamt sind nicht miteinander vereinbar. Art. 29 des Abgeordneten-Gesetzes, „Unvereinbare Ämter“, müsste geändert und ergänzt werden. Dass Abgeordnete immer wieder für kommunale Ehrenämter kandidieren, hängt weniger mit der oft vorgebrachten Argumentation

der Vernetzung von Politik auf höherer Ebene und der Basis zusammen, sondern sind vielmehr machtpolitische Überlegungen. Ein Minister, Abgeordneter oder Staatssekretär auf einer Wahlliste ist eben Garant wegen seines Bekanntheitsgrades für wesentlich mehr Stimmen und somit zusätzlicher Mandate. In Nordschwaben, Landkreis Dillingen und Landkreis Donau-Ries waren z.B. die Landtagsabgeordneten Schmid und Winter bei der CSU und Strasser bei der SPD, immer Spitzenreiter bei den Ergebnissen auf ihren jeweiligen Listen bei den Wahlen zum Kreistag und haben ihren Parteien zu wesentlich mehr Stimmen und Kreistagmandaten verholfen³⁰³.

Bei einer genauen Analyse der Arbeitsbelastung von Parlamentariern, die zugleich noch ein kommunales Ehrenamt inne haben, verbunden mit Beobachtungen und gemachten Erfahrungen kommt man eindeutig zum Ergebnis, dass sich, wie bereits erwähnt, beides aufgrund des engen Zeitbudget mit den umfangreichen Aufgaben nicht verträgt. Die Konzentration auf das Eigentliche und Wesentliche ist heute notwendig.

6.3.2.3 *Der Parlamentarier und seine Aufgaben*

Die Gemeindereform 1972 und 1978 hat die Voraussetzungen für gute Verwaltungsstrukturen und qualifiziertes Führungspersonal geschaffen. Trotzdem, wenn es um Zuschüsse für verschiedene Baumaßnahmen geht oder die Genehmigung für ein Raumprogramm und Ähnliches, werden sehr oft und sehr gerne die Abgeordneten eingeschaltet. Sie betätigen sich dann als „Ersatzbürgermeister“ oder „Ersatzlandrat“. Oft werden dann normale Geschäftsvorgänge, wie Genehmigung eines Raumprogrammes oder Ähnliches pressewirksam übergeben³⁰⁴.

Aufgaben, die die hoch qualifizierte Verwaltung selbst erledigen muss, denn ein Abgeordneter hat andere Aufgaben, als sich um normale Verwaltungsvorgänge zu kümmern. Und weil er soviel tut, was nicht in seinem Businessplan enthalten ist, gibt es gesellschaftspolitische Probleme, die ihm aber bei seinem großen und umfangreichen politischen Arbeitslexikon gar nicht bewusst werden. Hierzu passt ein kurzer Beitrag in einer Ortsvereinszeitung vom 15. Oktober 2005³⁰⁵:

„Politiker sind keine Übermenschen.“

Aufgabe neu und klar definieren und Zeitbudget in Ordnung bringen. Abgeordnete sind keine Übermenschen, obwohl sie sich sehr oft so verhalten. Da kümmern sich Abgeordnete um Zuschüsse für die Stadt Maltishausen. Eine neue Straße soll gebaut werden. Ist das ihre Aufgabe? Doch es ist eine beliebte und erfolgreiche Aktion. Bei der Bevölkerung wird der Eindruck erweckt: „Der tut etwas.“

Soll eine Fachoberschule errichtet werden? Die Zuständigkeit liegt beim Landrat, dem Kreistag und seiner Verwaltung. Doch Gespräche initiiert und führt der Abgeordnete. Klar, ihm bleibt

keine Zeit mehr für seine eigentlichen Aufgaben in der Landespolitik. Ein Parlamentarier darf sich nicht selbst zum Stellvertreter des Bürgermeisters degradieren. Das schwächt nicht nur seine Position langfristig, sondern verlagert die in einer Demokratie und im Grundgesetz sowie der Bayerischen Verfassung festgelegten Aufgaben der einzelnen politischen Ebenen.

Ihm fehlt es an Zeit, die eigentlich politischen Probleme rechtzeitig zu analysieren und eine notwendige Weichenstellungen über den Wahltag hinaus vorzunehmen. Politiker sind Menschen, keine Maschinen oder Übermenschen. Sie selbst und die Parteien müssen die Kräfte bündeln und sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren. Nur so schaffen sie es das Image von Politik, Parteien, Politikern wieder auf einen positiv gestimmten Pfad zu führen. Und dann haben sie auch eine ordentliche Bezahlung verdient und keine Entschädigung, denn von Diäten wird ursprünglich als Entschädigung bei Verdienstausschlag gesprochen, um dadurch die Unabhängigkeit zu gewährleisten. Auch Sprache prägt. Entschädigung ist mit „Schadensausgleich“ verwandt. Das Volk meint, die Abgeordneten sollen aber ordentlich bezahlt werden. Ein Politiker soll nicht entschädigt, sondern ordentlich bezahlt werden für den Auftrag, den er in unserer demokratischen Gesellschaft erledigt.

6.3.3 Politische Neuausrichtung – Zusammenfassung

Wie an einigen Beispielen dargestellt, und aus den Handbüchern des Bayerischen Landtags und Deutschen Bundestages eindeutig hervorgeht, haben die Parlamentarier neben ihrer eigentlichen politischen noch viele andere Aufgaben wahrzunehmen. Die gegenwärtige schwierige politische Situation mit unzähligen, nicht gelösten, aber seit Jahren bekannten und immer wieder aufgeschoben Problemen führt zu Misstrauen, Angst, Verärgerung in der Gesellschaft, die sich in Parteien- oder Politikerverdrossenheit ausdrücken. Diese gegenwärtige Stimmung erfordert eine Neustrukturierung und neue Ausrichtung der Abgeordnetenarbeit. Das äußerst umfangreiche Arbeitsgebiet lässt für den einzelnen Parlamentarier keine zusätzlichen Aufgaben in bezahlten oder unbezahlten Nebenjobs zu.

6.4 Die parlamentarischen Konsequenzen

Ein umfangreiches Aufgaben- und Arbeitsgebiet haben die Parlamentarier, wie in 6.3 ausführlich beschrieben, zu bewältigen. Es nimmt sehr viel Zeit in Anspruch und wird von der Bevölkerung oft gar nicht richtig wahrgenommen oder von der Politik ihr nicht anschaulich genug vermittelt³⁰⁶. Die Zahl der Initiativen der einzelnen Parlamentarier, seien es Anträge, schriftliche oder mündliche

Anfragen, sind äußerst umfangreich und breit gefächert, z.B. von der Forderung, die Installation von Rauchmeldern in allen Wohnungen verpflichtend vorzuschreiben³⁰⁷, bis hin die Dirigentinnen und Dirigenten ebenso wie die Übungsleiter der Sportvereine zu fördern³⁰⁸. Die Informationsfahrten zur Bayerischen Staatsregierung sollen nicht als „Lernort Staatsregierung“ ausgeweitet, sondern mit einem Programm „Lernort Demokratie“ muss Staatsregierung und Parlament gleichwertig dargestellt werden. Natürlich werden Anträge initiiert, die sich mit den Verkehrswegen befassen³⁰⁹ und durch schriftliche Anfragen wird der genaue Sachstand erkundet und vieles mehr. Eine große Zahl von Briefen, Anliegen und Einladungen erreichen den Parlamentarier wöchentlich, die es neben den parlamentarischen Initiativen zu bearbeiten gilt und die wieder erneute Initiativen mit sich bringen können. Der wöchentliche Posteingang betrug im Jahre 1994 über vier Monate aufgezeichnet fast zwischen 90 und 100 Zentimeter³¹⁰. Die Aufzeichnungen wurden deshalb vorgenommen, um Besuchergruppen, die sich regelmäßig im Maximilianeum in München informieren, den Arbeitsumfang zu dokumentieren. Nicht alles, aber das Meiste müssen sie dabei selbst in die Hand und in Angriff nehmen, müssen Wichtiges und Unwichtiges sehr schnell unterscheiden und müssen dann ihre parlamentarische Arbeit vorbereiten, die jeweilige Tagesordnung studieren, als Berichterstatter oder Mitberichterstatter sich mit den Vorlagen befassen und die Entscheidungen für eine Beschlussempfehlung formulieren, bevor sie in den verschiedenen Arbeitskreisen erörtert wird. Doch die Bevölkerung erlebt einen anderen Abgeordneten, nicht den parlamentarisch aktiven. Der Bürger erlebt den Politiker bei den Empfängen, bei den Festen, er kann mit ihm reden und sieht ihn bei der Eröffnung eines Bauwerkes und dann beim Durchschneiden des Bandes. Die sichtbare Realität und die echte Realität stehen hier im Widerstreit um die Gunst des Wählers und dies zum Vorteil der sichtbaren Realität und zum Nachteil der echten Realität. Diese echte Realität wird oft nicht vermittelt oder kann vielleicht gar nicht vermittelt werden. Damit entsteht oft ein völlig falsches Bild von der Arbeit der Parlamentarier, das selbst bei vielen Gesprächen nicht oder nur schwer vermittelt und klar gestellt werden kann, weil es dann auch viel zu sehr nach Verteidigung klingt. Wenn die echte Realität bei einer Nominierungsversammlung durch Rechenschaftsberichte vermittelt werden sollte – hierauf wird später noch eingegangen – interessiert es selbst die politische Basis nicht mehr. Daher ist es Kernaufgabe auf allen Ebenen die echte Realität zu vermitteln. Um die echte Realität der Gesellschaft zu vermitteln, muss das Parlament eine Brücke zur Öffentlichkeit herstellen, wie der langjährige Direktor des Bayerischen Landtags, Harry Kremer, einmal gefordert hat. Sonst schafft die Öffentlichkeit ein eigenes Diskussionsforum und legt die Kriterien hierfür fest³¹¹. Somit muss

Sichtbare Realität**Echte Realität**

Sichtbare Realität: z.B. Anwesenheit von Politikern bei der Eröffnung einer Ausstellung



Abbildung 15: Politiker aller politischen Ebenen bei der Eröffnung einer Landkreisausstellung³¹²

Echte Realität: Initiativen und Anträge von MdL Johannes Strasser, Wahlperiode 1998–2003

40	Dringlichkeitsanträge
335	Änderungsanträge, davon
37	Anträge und Änderungsanträge, die die Polizei betreffen
1	Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung
1	Gesetzentwurf
4	Interpellationen
12	Schriftliche Anfragen
16	Mündliche Anfragen
	Reden im Plenum zu 107 Vorgängen
	Reden in Ausschüssen zu 434 Vorgängen
	Berichterstattungen in Ausschüssen zu 153 Vorgängen
	Mitberichterstattungen in Ausschüssen zu 231 Vorgängen

Die echte Realität

Abbildung 16: Initiativen eines Landtagsabgeordneten in seinem Rechenschaftsbericht für die Nominierungskonferenz am 12. Oktober 2002³¹³

es Aufgabe des Parlaments sein, seinen Beitrag zu leisten, seine Arbeit so zu organisieren und transparent zu gestalten, damit die echte Realität der Öffentlichkeit vermittelt werden kann.

6.4.1 Politische parlamentarische Arbeit

Wie muss nun speziell die politische parlamentarische Arbeit organisiert werden, um schneller zu Entscheidungen zu kommen und um Brücken zur Öffentlichkeit zu schaffen, um somit beim Bürger wieder mehr Vertrauen zu bekommen, als dies gegenwärtig der Fall ist? Das Parlament und der Parlamentarier müssen den Rahmen oder die Kriterien bestimmen, um die Informationsdefizite über die politische Alltagsarbeit abzubauen.

6.4.1.1 Das politische Schachspiel

Eigentlich muss sich ein guter Politiker ähnlich verhalten wie ein Schachspieler: Vorausdenken, bereits mehrere Züge weiter planen, weiterdenken, den Mitspieler genau beobachten und sofort auf seine Entscheidung reagieren! Doch leider treten oft an die Stelle der notwendigen geistigen und inhaltlichen Auseinandersetzungen nur undurchsichtige Aktionen, kein eigentlicher politischer Wettbewerb und dies führt zu einem politisch allgemeinen Qualitätsverlust. Es muss daher die parlamentarische und politische Streitkultur erneuert und zielorientiert geführt werden.

6.4.1.2 Scheinaktivitäten schaden der Qualität

Es werden immer wieder Initiativen eingeleitet, die nichts bewegen, aber einen Eindruck von Aktivität hinterlassen. Dieser Versuchung sind oft die „Regierenden“ besonders ausgesetzt. So gibt es eine Vielzahl von Anträgen zur Stärkung der Hauptschule³¹⁴ oder für mehr Lehrpersonal. Doch Grundlegendes ist nicht geschehen. Aktivitäten müssen klar, eindeutig und nachvollziehbar sein! Des Weiteren werden oft Anträge eingebracht, im zuständigen Fachausschuss zustimmend – Beispiel im Ausschuss für „Fragen des öffentlichen Dienstes!“ – und positiv entschieden und dann im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen abgelehnt³¹⁵. Doch in den Verbandszeitschriften wurde über die positive Entscheidung des federführenden Ausschusses wohlwollend berichtet. Daher muss nicht nur zielorientiert diskutiert und debattiert werden, sondern es muss das Verhältnis von federführenden Ausschüssen zu den mitberatenden, speziell zum Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen überdacht werden. Der Vorschlag wäre, den Fachausschüssen mehr finanzpolitische Kompetenzen oder einen finanzpolitischen Rahmen zu geben. Dadurch könnte auch der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ein wenig entlastet werden, denn dieser Ausschuss hat schließlich mit Abstand die meisten Sitzungen.

6.4.1.3 *Initiativen der Opposition – „Nein Danke!“*

Sehr häufig werden Initiativen von der Mehrheitsfraktion abgelehnt, weil sie von der Opposition kommen. Sie sind zwar richtig und wären notwendig. Die Macht der Regierenden wird hier voll ausgeschöpft. Jedoch kommen sie einige Zeit, zum Teil Monate später, aber auch Jahre später wieder auf die Tagesordnung durch eine Initiative der Regierungspartei (!) oder werden stillschweigend im Verwaltungsweg erledigt. Nur wenige können sich dann noch an die früheren Aktivitäten und Vorstöße erinnern. Dem Antrag wird dann zugestimmt.

Folgendes Beispiel verdeutlicht diese parlamentarische Verzögerungsart: Am 19. Juli 1994 hat die Opposition im Bayerischen Landtag den Dringlichkeitsantrag Drucksache 12/16877 eingereicht: Den Kommunen sollte ermöglicht werden, Schulgelder an kommunalen Fachschulen zu erheben. Dieser Dringlichkeitsantrag wurde am 20. Juli 1994 abgelehnt³¹⁶. Zehn Jahre später wird inhaltlich die gleiche Initiative, jedoch diesmal von der Regierungspartei in Form eines Gesetzentwurfes ins Parlament eingebracht und nach vier Monaten Beratung beschlossen. Im Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 10, Seite 158 wurde das Änderungsgesetz bekannt gemacht und somit in Kraft gesetzt.

Interessant ist dabei, dass die Beratung im Jahre 2005 die SPD-Fraktion diesen Gesetzentwurf abgelehnt hat, obwohl sie inhaltlich 1994 mit der Drucksache 12/16877 das gleiche Ziel verfolgte. Dieses Beispiel zeigt, dass sehr oft politisch strategische Überlegungen für Zustimmung oder Ablehnung von Anträgen die parlamentarische Arbeit bestimmen. Dies geht ebenfalls häufig zu Lasten der Qualität. Deshalb ist es erforderlich, sich intensiver mit den Inhalten der Initiativen auseinander zu setzen, parteipolitisches Taktieren im Interesse der Erfordernisse ist zurückzustellen.

Dass sehr viel kostbare Zeit verloren geht, zeigt noch einmal das erwähnte und dargestellte Beispiel des Schulfinanzierungsgesetzes. Obwohl es bereits 1995 möglich war, Schulgeld an kommunalen Fachschulen aufgrund einer europäischen Entscheidung zu erheben, hat die Mehrheit des Parlaments ein „Nein“ gesagt. Zehn Jahre später haben die „Nein“-Parlamentarier eine „Jetzt-Ja“-Initiative eingeleitet. Die Zustimmung ist am 10. Mai 2005 im Landtag erfolgt. Die „Ja“-Parlamentarier von 1995 lehnten jetzt ab und der Vollzug durch das Ministerium ist am 31. Mai 2005 erfolgt. Man könnte doch auch annehmen, alle Kommunen und Schulleitungen wissen Bescheid, über die Möglichkeit Schulgeld an kommunalen Fachschulen einzuführen und würden dies bereits zum Schuljahr 2005/2006 handhaben. Doch das ist nicht der Fall! Was steht auf der Homepage der Technikerschule München – Städtische Fachschule für Maschinenbau, Metallbau, Informatik und Elektrotechnik³¹⁷ (nächste Seite)? Dieses Beispiel verdeutlicht, wie im parlamentarischen Prozess oft lange Wege zurückgelegt werden müssen, um zum Ziel zu kommen,

Kosten:

Die Ausbildung an der Technikerschule ist kostenfrei. Auf Grund einer Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes können aber für die Zukunft keine definitiven Aussagen über die Kosten gemacht werden.

An der Schule wird auf die Erhebung des Büchergeldes verzichtet. Wichtige Fachbücher müssen deshalb gegebenenfalls selbst erworben werden.

Für Verbrauchsstoffe und Kopiergeld fallen derzeit 115 Euro (Abendschule) bzw. 225 Euro (Tagesschule) pro Schuljahr an.

Abbildung 17: Auszug aus dem Text der Homepage der Techniker-Schule München

nämlich Schulgeld an kommunalen Fachschulen einzuführen. 10 Jahre sind verstrichen und der Parlamentsbeschluss ist bis heute noch nicht richtig angekommen sowie keine klare eindeutige Aussagen getroffen, ob Schulgeld erhoben wird oder nicht.

6.4.1.4 Entscheidungen und die betriebswirtschaftlichen Verluste

Bei etwa 2.600 Schülern an den kommunalen Fachschulen und einem Schulgeld von 100 Euro, wären die jährlichen zusätzlichen Einnahmen im Schuletat von 260.000 Euro oder über zehn Jahre hinweg 2,6 Mio. Euro Einnahmeausfälle für die Stadt München. Ein beachtlicher Betrag. Daher ist dringend erforderlich, das Grundverständnis des Parlaments im gegenseitigen Wechselspiel von Regierungspartei und Opposition neu zu überdenken. Vergeht zu viel Zeit bei parlamentarischen Prozessen aufgrund der verschiedenen politischen Empfindlichkeiten, führt dies nicht nur zu einem parlamentarischen und politischen Imageverlust, sondern hat auch finanzielle Auswirkungen wie am Beispiel der kommunalen Fachschulen aufgezeigt.

6.4.1.5 Die zukünftige Rolle des Parlaments

Wiederholt gab es Vorstöße, die parlamentarische Arbeit zu ändern und zeitgemäß zu gestalten. Am 22. Mai 1996 gab es eine Initiative mit folgendem Inhalt³¹⁸:

„Der Landtag wolle beschließen:

Der Staat bezieht seine Inhalte von seinen gesellschaftlichen Kräften. Er ist deshalb bei aller Kontinuität nicht ein für allemal konzipiert, sondern unterliegt dem Wandel der Zeit. Dies gilt auch für sein Organe. Im Rahmen der gegenwärtigen Diskussion über Staatsvereinfachung sind nicht nur die Strukturen und der Aufbau der Behörden und des öffentlichen Dienstes zu überprüfen, sondern auch die Strukturen und die Arbeitsweise des Bayerischen Landtages.“

Es war detailliert aufgeführt, was geändert werden müsste. Zur Rolle des Landtags und der Abgeordneten werden 10 Fragen aufgeworfen:

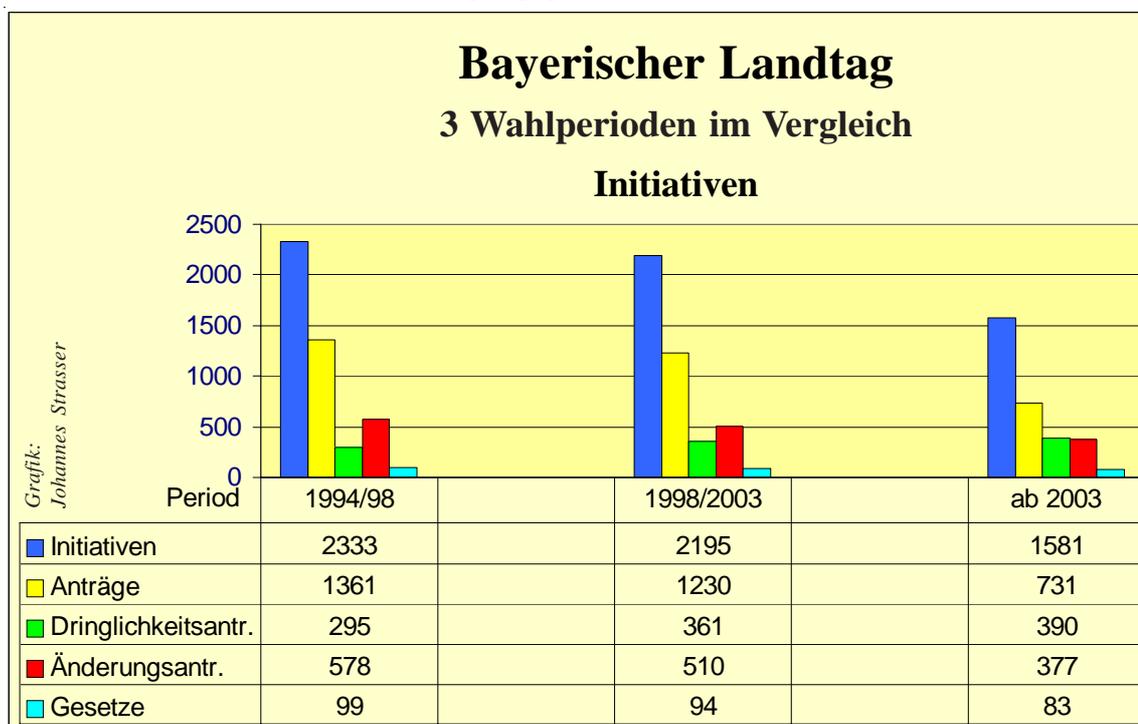
1. *Wie kann der Landtag für seine Aufgabe, neben der Verabschiedung von Gesetzen – insbesondere des Haushaltsgesetzes – Gesetzesinitiativen zu erarbeiten bzw. Gesetzentwürfe detailliert zu bearbeiten und zu verändern, gestärkt werden?*
2. *In welchem Umfang müssen Parlament, Fraktionen und ggf. auch einzelne Abgeordnete in der Lage sein, gesetzgeberische Aktivitäten durch Anhörungen etc. vorzubereiten?*
3. *Welche Dichte der Kontrolle der Exekutive durch die Legislative ist notwendig und inwieweit kann das Parlament sich dabei auf Institutionen (z.B. Rechnungshof und Datenschutzbeauftragte/r) stützen?*
4. *Welches Gewicht soll künftig dem Petitionsgeschehen zukommen? Welcher Reformbedarf wird hier gesehen?*
5. *Welche Präsenz in der Öffentlichkeit wird von der Institution Parlament erwartet bzw. ist notwendig, um das Bild des Parlaments positiv zu prägen?*
6. *Ist es sinnvoll, wenn Landtagsausschüsse öfters außerhalb von München in den bayerischen Regionen ihre Sitzungen abhalten?*
7. *Wie ist der Dialog des Parlaments mit der Staatsregierung zu bewerten? Welche Veränderungen der gegenwärtigen Praxis sind geboten?*
8. *Welche Rolle wird von Abgeordneten in der Bevölkerung erwartet und welche Wechselwirkung besteht hier zum „Ansehen“ des Parlaments?*
9. *Welche Rolle sollen/müssen Abgeordnete in den sie aufstellenden Parteien einnehmen?*
10. *Welche Anforderungen stellt die Rolle der Abgeordneten in Bezug auf Kontakte zu Behörden, Vereinen und Verbänden und zum vorpolitischen Raum allgemein?*

Abbildung 19: Fragenkatalog zur Verbesserung der parlamentarischen Arbeit

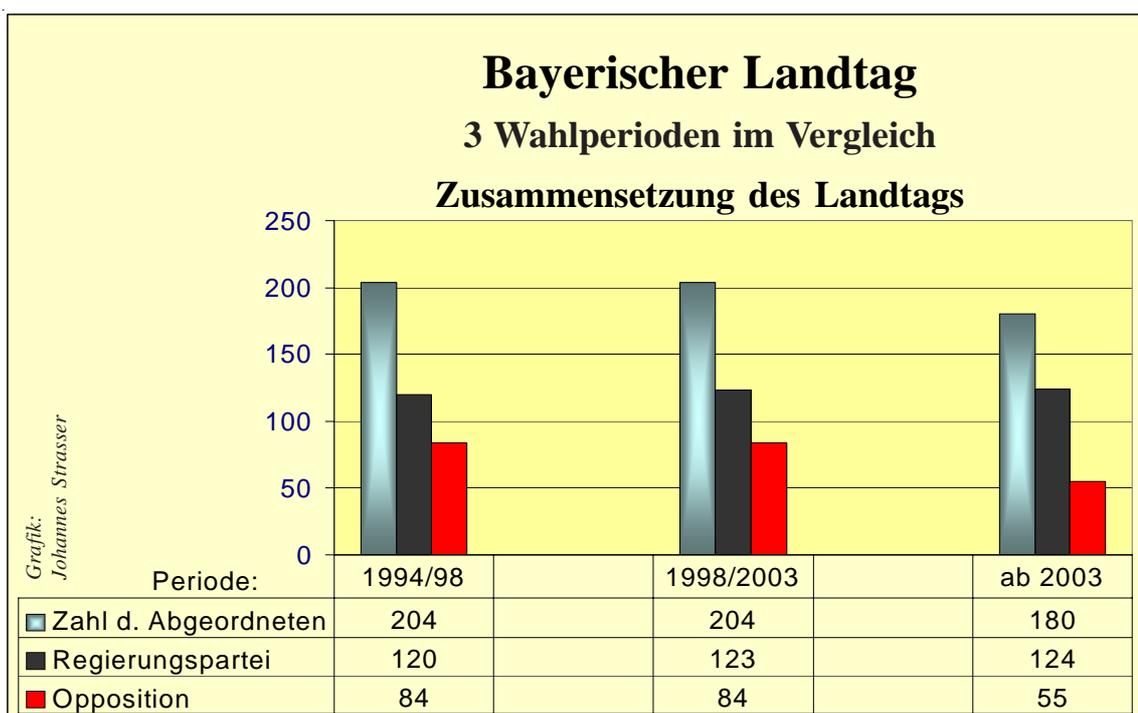
Eigentlich müsste im eigenen Interesse eine ständige Reformbereitschaft des Parlaments bestehen. Es gibt jedoch zu viele Fragen und zu wenig Antworten, wie auch die weitere Behandlung der oben erwähnten Initiative ergeben hat. Es sollte durchaus stets versucht werden, weil sich die Gesellschaft ständig und immer schneller verändert, oft eingefahrene Wege zu verlassen und etwas Neues auszuprobieren. Vielleicht können neue Formen gefunden werden, wie es gelingt den Bürger besser in das politische und parlamentarische Geschehen einzubinden. Von daher war die Initiative des Arbeitskreises für Verfassung-, Rechts- und Parlamentsfragen ein guter Ansatzpunkt der dringend wieder aufgegriffen und weiter verfolgt werden sollte. Dass dieser Vorstoß nicht einmal die Hürden der Beschlussfassung einer Fraktion schaffte, ist ein Beweis für mangelnde Bereitschaft die eigenen parlamentarischen Arbeitsweisen zu modernisieren oder gesellschaftspolitisch auf den neuen Stand zu bringen.

6.4.1.6 Verkleinertes Parlament – weniger Initiativen

Das Zeitbudget eines Parlamentarierers wurde einige Male bereits untersucht, analysiert und insgesamt festgestellt, dass es zu eng bemessen ist. Trotzdem wurde das Parlament verkleinert. Die gleiche Arbeit wird auf weniger Parlamentarier verteilt, die jetzt größere Regionen zu betreuen haben. Mit welchen Konsequenzen? Die folgende Grafik zeigt, dass es im Vergleich zu den letzten drei Perioden enorme Änderungen gegeben hat:



Grafik 21: Entwicklung der Zahlen der Initiativen im Bayerischen Landtag über drei Wahlperioden gesehen³¹⁹



Grafik 22: Entwicklung der Zusammensetzung des Bayerischen Landesparlaments über drei Wahlperioden gesehen³²⁰

Die Grafik 21 auf der vorigen Seite zeigt eindeutig, dass die Initiativen im Bayerischen Landtag in dieser Wahlperiode, verglichen mit früheren, eindeutig und in großem Umfang im gleichen zugrunde gelegten Zeitraum zurück gingen. Die Grafik 22 zeigt die Zusammensetzung des Parlaments.

Der Rückgang um 27,9 Prozent im Vergleich zum gleichen Zeitraum der 14. Periode kann sicherlich auch auf die Verkleinerung des Bayerischen Parlaments zurückgeführt werden. Weniger Abgeordnete = viel weniger Initiativen. Die fünfjährige Wahlperiode dürfte ebenfalls zu einer gewissen Reduzierung der Aktivitäten beitragen. Diese Entwicklung und Feststellung muss jedoch erst über einen längeren Zeitraum beobachtet werden.

Ein Weiteres kommt noch hinzu: Das zahlenmäßige Verhältnis von Regierungspartei und Opposition. Zählte die Opposition in der 13. Periode noch 84 Mitglieder, in der 14. noch 81, so gehören derzeit 55 Parlamentarier den Oppositionsparteien an. Zwangsläufig bedeuten weniger Oppositionsabgeordnete weniger Initiativen.

Diese Grafiken Nr. 21 und 22 und ihre Auswertung belegen eindeutig, dass Reformen wie Verkleinerung der Parlamente und längere Wahlperioden Auswirkungen auf die parlamentarische Arbeit haben. Von großer Bedeutung ist sicherlich auch das Verhältnis der Mitglieder der Regierungspartei und der Opposition. Erfahrungsgemäß werden Anträge, Gesetzesänderungen oder Änderungsanträge als Mittel der Oppositionsarbeit sehr oft genutzt. Weniger Oppositionsmitglieder bedeuten auch weniger Initiativen. Hieraus kann durchaus folgender Schluss gezogen werden: Eine starke Opposition bewegt etwas. Selbst wenn Anträge abgelehnt werden und die Anliegen berechtigt waren, zeigen auch Erfahrungen, dass sie kurze Zeit später von der Regierungspartei in etwas geänderter Form wieder aufgegriffen und umgesetzt werden.

6.4.2 *Der parlamentarische Geschäftsgang*

Ständig sollen, ja müssen die parlamentarischen Prozesse überprüft und eventuell optimiert werden. Gleich ob diese Aufgaben beim Ältestenrat oder einer eigens eingesetzten ständig tagenden Kommission oder beim zuständigen Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen angesiedelt sind. In zeitlich festgelegten Abständen müssen Fragen des Parlaments und seiner Beratungsabläufe auf der Agenda stehen, und zwar vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Diskussion über Politik, Politiker, Parteien und letztlich über die Demokratie. Das Parlament muss aus sich heraus sich selbst reformieren und seine Praxis zeitnah immer wieder neu definieren, forderte einmal Landtagsdirektor Harry Kremer³²¹. Einiges wurde verbessert. So wurde auf die umfangreichen Berichterstattungen über Beschlussempfehlungen der Ausschussentscheidungen im Plenum verzichtet und nur mehr über Beschlussempfehlungen im Gesamten abgestimmt.

6.4.2.1 Federführend und mitberatend

39 Zeilen der Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags Paragraph 33 Abs. 4 bis 6 regeln den Geschäftsgang zwischen dem federführenden und mitberatenden Ausschuss³²².

Lange Wege sind trotz klarer zeitlicher Definitionen vorprogrammiert. Viel Zeit verstreicht vom Einreichen eines Antrags, von den Beratungen im federführenden Ausschuss, über die Beratungen des mitberatenden Ausschusses, selbst wenn es noch mehrere sind, zum Beschluss im Plenum. Folgendes Beispiel soll diesen langen Weg verdeutlichen.

Beispiel 1: Der bereits in einem anderen Zusammenhang erwähnte Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes Drucksache 15/2692 wurde am 2. Februar 2005 im Bayerischen Landtag von Mitgliedern der CSU-Fraktion eingereicht und am 10. Mai 2005³²³ beschlossen. Zunächst stand er am 12. Februar 2005 im Plenum auf der Tagesordnung, zwei Monate später wurde er am 19. April 2005 im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen beraten, am 20. April 2005 im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, beschäftigte am 28. April 2005 die Mitglieder des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen, und wurde im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport am 28. April 2005 beraten. Die Beratungen umfassen allein neun Seiten Ausschussprotokolle, acht Parlamentarier waren mit der Berichterstattung befasst. Wenn sich jeder Parlamentarier eine halbe Stunde mit der Materie auseinandersetzt, werden insgesamt vier Stunden benötigt. Es stellt sich doch anhand dieses Beispiels die berechtigte Frage, ob dies nicht einfacher, kürzer und schneller erledigt werden kann.

Sollte das Ziel einer zügigen, schnellen Beschlussfassung erreicht werden, müsste die Geschäftsordnung in ihrem Geschäftsgang vereinfacht werden. Es muss nicht alles mitberatend sein, was vielleicht mitberatend aussieht.

Dieser Gesetzentwurf 15/2692 hätte zum Beispiel federführend und allein im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit beraten und beschlossen werden können.

Ein anderes ähnliches Beispiel³²⁴:

Am 30. November 2004 wird ein Dringlichkeitsantrag 15/2215 im Bayerischen Landtag eingereicht, der sich mit der „Integration durch Förderung der Sprachkompetenz“ befasst. Ziel ist es, die Staatsregierung aufzufordern, ein Konzept für eine „Deutsch-Offensive“ zu erarbeiten. Am 30. November 2004 eingereicht, am 1. Dezember 2005 vom Plenum in die Ausschüsse überwiesen, nach vier Monaten vom Bayerischen Landtag beschlossen. Die Niederschriften über die Beratungen in den einzelnen Ausschüssen umfassen insgesamt 14 Seiten. Beteiligt war der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport, der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und

Parlamentsfragen und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen. Sechs Parlamentarier waren mit der Berichterstattung beauftragt. Und wiederum die Frage – könnte es nicht kürzer und einfacher gehen? Mit Sicherheit. Die Zeit eines Parlamentariers ist zu kostbar, um oft das zu wiederholen, was ein anderer Berichtersteller bereits von sich gegeben hat. Absolutes Ziel, wie bereits im vorherigen Beispiel erwähnt, muss sein, den Umfang der Beratungen inhaltlich von der Quantität her zu verkürzen, die Berichterstattung zu konzentrieren, nicht zu viele Parlamentarier immer mit dem Gleichen zu beauftragen und zu beschäftigen.

Die Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag am 11. Juli 2000 regelt in § 33 Abs. 4, dass Beratungen durch federführende Ausschüsse und mitberatende Ausschüsse erfolgen. Für die Mitberatung ist ein Zeitraum von vier Wochen vorgesehen. Natürlich können, wie in § 33 Abs. 5 festgelegt, die Fristen verlängert werden. So lautet die derzeitige Geschäftsordnung:

Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags

„§ 33 Geschäftsgang der Ausschüsse

(4) ¹Die Beratungen über einen Gegenstand finden in der Regel nur in dem hierfür ausschließlich oder hauptsächlich zuständigen Ausschuss („federführender Ausschuss“) statt. ²Nach Zustandekommen einer vorläufigen Beschlussempfehlung im federführenden Ausschuss können andere Ausschüsse („mitberatende Ausschüsse“) binnen vier Arbeitswochen den Gegenstand beraten und dem federführenden Ausschuss gegenüber eine Stellungnahme abgeben. ³Eine Mitberatung erfolgt nur, wenn sie binnen zwei Arbeitswochen nach dem Zustandekommen der vorläufigen Beschlussempfehlung im federführenden Ausschuss vom Vorsitzenden des mitberatenden Ausschusses, seinem Stellvertreter, von den Antragstellern oder einer Fraktion dem Landtagsamt schriftlich angezeigt wird. ⁴Die jeweilige Frist beginnt mit dem Ablauf der Arbeitswoche, in der die vorläufige Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zu Stande gekommen ist. ⁵Empfiehl der federführende Ausschuss dem Landtag mit Zustimmung der Antragsteller, die Erledigung des Beratungsgegenstandes festzustellen, findet keine Mitberatung statt. ⁶Die Beratungen und die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse sollen sich in der Regel nur auf Gesichtspunkte des eigenen Zuständigkeitsbereichs beziehen. ⁷Weichen die Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse von der vorläufigen Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses ab, entscheidet der Vorsitzende des federführenden Ausschusses im Einvernehmen mit seinem Stellvertreter, ob sich der Ausschuss nochmals mit der Angelegenheit befassen soll. ⁸Kommt kein Einvernehmen zu Stande, entscheidet der Ausschuss. ⁹Abschließend wird eine endgültige Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erstellt. ¹⁰Der Beschlussempfehlung wird ein schriftlicher Kurzbericht über den Beratungsablauf, das

Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen sowie über etwaige abweichende Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse angefügt.

(5) ¹Die Frist für die Abgabe der Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse kann vom Vorsitzenden des federführenden Ausschusses im Einvernehmen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden verlängert oder verkürzt werden.² Soweit kein Einvernehmen erzielt wird, entscheidet der Ältestenrat.

(6) ¹Auf Antrag einer Fraktion hat sich ein Ausschuss in jedem Fall mitberatend mit einer Angelegenheit zu befassen.² Der Antrag ist an den jeweiligen Ausschussvorsitzenden zu richten.“ Es könnten noch weitere Beispiele aufgezeigt werden, die die langen Beratungszeiträume und den damit verbundenen enormen Zeitaufwand dokumentieren. Hinzu kommt ein bürokratischer Aufwand durch Erstellen von Unterlagen und die eine zeitliche Beanspruchung der Parlamentarier durch Vorbereitung für die Berichterstattung. Unberücksichtigt bei dieser Betrachtung sind noch die Beratungen in den einzelnen Fraktionen bis schließlich eine Initiative überhaupt eingereicht wird. In einer schnelllebigen Zeit müssen daher Überlegungen angestellt werden, diese parlamentarischen Abläufe zu straffen und für alle Beteiligten zu vereinfachen, um schneller handlungsfähig zu werden. Eine Geschäftsordnung kann, ja sie muss gelegentlich geändert werden, um auf neue Entwicklungen zu reagieren.

6.4.2.2 *Änderung der Geschäftsordnung*

Die Zuständigkeit für Beratungsthemen, Initiativen, Anträge und Gesetzentwürfe muss gestrafft und die Mitberatung auf ein absolutes Minimum eingeschränkt werden. Daher wäre es sinnvoller, einen Ausschuss mit der Gesamtproblematik eines Themas zu beauftragen. Wozu soll der Gesetzentwurf Drucksache 15/2692 zum Schulfinanzierungsgesetz noch dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen zugewiesen werden, wenn dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit Juristen angehören und somit auf parlamentarischem Weg juristisch begutachtet wurde? Dieser Ausschuss berät somit allein und abschließend und gibt eine Beschlussempfehlung für das Parlament ab. Legt man die beschriebenen Abläufe, das enge Zeitbudget und die Forderung nach schnelleren Entscheidungen zugrunde, müssten am Geschäftsgang Änderungen vorgenommen werden. Die Geschäftsordnung könnte dann wie folgt lauten:

„§ 33 Abs. 4 Die Beratungen über einen Gegenstand finden in der Regel nur in dem hierfür ausschließlich oder hauptsächlich zuständigen Ausschuss statt. Eine Mitberatung stellt die Ausnahme dar. Der Beschlussempfehlung wird ein schriftlicher Kurzbericht über den Beratungsablauf angefügt.“

Allein diese 39 Zeilen über den Geschäftsgang zwischen dem federführenden und dem mitberatenden Ausschuss zeigen, dass es lange Wege sind, vom Einreichen des Antrags, von den Beratungen im federführenden Ausschuss, über die Mitberatungen hin zum Beschluss im Bayerischen Landtag.

6.4.2.3 *Erweiterung der Zuständigkeit*

Beim Lesen der Protokolle der einzelnen Ausschusssitzungen, federführend und mitberatend, stellt man immer wieder fest, dass sich vieles von der Berichterstattung wiederholt. Wie bereits oben hingewiesen, wäre es sinnvoll, die Mitberatung von Anträgen und Gesetzentwürfen auf ein Minimum zu begrenzen und sollte eigentlich nur die Ausnahme sein.

Die Politik der „Teilmengen“, um einen mathematischen Begriff zu gebrauchen, muss in eine politische Vereinigungsmenge münden und somit Politikfelder in größerem Maße einer ganzheitlichen Betrachtung und Beratung unterziehen als dies derzeit der Fall ist.

Dies bedeutet konkret, dass die Zuständigkeit des jeweiligen Ausschusses erweitert werden muss. Die Dominanz und „Oberaufsicht“ des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen würden eingestellt und dafür müsste dieser Ausschuss andere Aufgaben wie etwa zeitnahe Kontrollen der Staatsverwaltung wahrnehmen. Es wäre sinnvoll, dass die Beratung des jeweiligen Einzelplanes, z.B. Einzelplan 15, der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur vornimmt. Somit würden die inhaltliche Diskussion und die finanzielle Machbarkeit verknüpft.

Das Gleiche gilt für Anträge, die finanzielle Auswirkungen haben. Hier müsste die finanzielle Gesamtbetrachtung und der Finanzrahmen im jeweiligen Ausschuss zugewiesen werden.

Konsequenterweise bedeutet dies natürlich, dass Aufgaben dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen entzogen werden. Ein Blick in die Anzahl der Sitzungen³²⁵ zeigt ohnehin, dass dieser Ausschuss im Gegensatz zu anderen viel häufiger tagt und deshalb wäre eine Übertragung von Aufgaben auf andere Ausschüsse eine Entlastung dieses finanzpolitischen Gremiums. Aufgrund der jetzigen Struktur und des jetzigen Zuschnittes kommt eine wesentliche Aufgabe, nämlich die Kontrolle der Staatsregierung, im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen viel zu kurz. Hier wäre es möglich, eine haushaltspolitische Begleitung vorzunehmen, regelmäßig Berichte über den Haushaltsvollzug zu erhalten und dann noch entsprechende Weichenstellungen vorzunehmen. Begleitende Kontrollen sind notwendig mit sachlichen Berichten bei erfolgten Missständen.

6.4.2.4 Politische Gremien und ihre Größe

Über die Größe der Parlamente in der Bundesrepublik Deutschland wird wiederholt diskutiert. Bundestag und Bayerischer Landtag wurden bereits verkleinert, so der Bayerische Landtag in der 15. Periode von 204 Abgeordneten auf 180 Abgeordnete. Erfahrungen in der Wirtschaft bestätigen die effektive Arbeitsweise von Gremien mit weniger Mitgliedern. Weil der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen sehr dominant ist, sich derzeit oft mit mitberatenden Anträgen befassen muss, sind die Tagesordnungen auch entsprechend umfangreich. Eine Änderung der Zuständigkeit könnte zu weniger Beratungsgegenständen führen. Deshalb wäre es durchaus sinnvoll, den mit 23 Mitgliedern besetzten Ausschuss zu verkleinern.

Allein ein Blick auf die Anwesenheit bei Ausschusssitzungen fordert die Diskussion über die Größe von Ausschüssen heraus. Sie ist aber auch ein Beweis für die enorme Belastung der Parlamentarier und ihr begrenztes Zeitbudget. Daher sollten derartige Vorschläge auf Verkleinerung der Ausschüsse unvoreingenommen angegangen und im Interesse eines effektiven Parlaments gelöst werden. Dabei sind natürlich die Probleme kleiner Fraktionen bekannt.

6.4.2.5 Ausschüsse und endgültige Entscheidungen

Um schnell zu einem Ergebnis zu kommen, hat der Bayerische Landtag bereits Initiativen eingeleitet. So wird z.B. über die Beschlussempfehlungen von Anträgen in einem Block abgestimmt, die nicht einzeln beraten werden³²⁶. Hier wurde bereits reformiert. Um schneller zu einem Ziel zu kommen, wäre es durchaus denkbar, ähnlich wie in der Kommunalpolitik, dass Entscheidungen der jeweilige Ausschuss endgültig trifft. Jeder Ausschuss ist ein Spiegelbild des Parlaments. Dem Landtag vorbehalten bleiben Gesetzesinitiativen, neue Gesetze oder Gesetzesänderungen. Warum soll z.B. nicht der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie den Antrag, Drucksache 15/3628, der sich mit dem dreispurigen Ausbau von Bundesstraßen in Schwaben befasst³²⁷, endgültig und abschließend entscheiden. Damit würden die Freiräume für die parlamentarische Beratung für Diskussionen geschaffen, Initiativen schneller abgeschlossen und die Verwaltungsarbeit im Landtagsamt reduziert werden.

Selbst wenn das Bayerische Verfassungsgericht der Auffassung ist, dass sich das Parlament in seiner Gesamtheit mit den Anträgen befassen muss, so ist doch die jetzige Praxis, nämlich mit einem Beschluss über 55 Anträge, wie am 14. Mai 2002 erfolgt, abzustimmen, kritisch zu beurteilen. Demokratische Entscheidungen werden nur mehr als Anlage aufgeführt³²⁸. Da wäre es schon besser und vom Beratungsablauf effizienter, wie bereits angeführt, ein Ausschuss beschließt

endgültig. Eine Geschäftsordnung politischer Gremien muss regelmäßig einer „Inventur“ unterzogen werden. Ziel muss es sein, aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen Anpassungen vorzunehmen, oft gewachsene und gefestigte Strukturen zu überprüfen, um die politischen Entscheidungswege zu optimieren. Protokolle verdeutlichen auch, dass bei den Beratungen in den einzelnen Ausschüssen keine neuen Argumente hinzukommen. Alle Berichterstattungen sind sich nämlich sehr ähnlich.

6.4.3. *Beratungsablauf*

Verfolgt man Beratungen in verschiedenen Sitzungen, so wird man feststellen, dass bei gleichen Tagesordnungspunkt nahezu das Gleiche erklärt wird. Diese politischen Wiederholungen, wie aus den Niederschriften zu entnehmen ist, nehmen sehr viel Zeit in Anspruch und produzieren viel Bürokratie: „Wir stimmen der Entscheidung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport zu“, so der Berichterstatter nach seinem Statement und der Mitberichterstatter schließt sich diesen Ausführungen an. Deshalb muss der Frage nachgegangen werden, ob Beratungswege verkürzt und eventuell gestrafft werden können. Dies ist der Fall.

6.4.3.1 *Reduzierung der Mitberatung*

Ein Blick auf den Beratungsablauf der in einer Vollsitzung eingereichten Dringlichkeitsanträge zeigt, dass diese sehr viele Ausschüsse passieren, bis sie wieder im Plenum auf der Tagesordnung zur abschließenden Beschlussfassung stehen. Der Antrag Drucksache 15/3511 vom 8. Juni 2005 wurde in fünf Ausschusssitzungen beraten und dann am 21. Juli 2005 im Plenum abgelehnt. Oder ein Antrag zum Lohndumping Nr. 15/3355 wurde am 10. Mai 2005 eingereicht und am 20. November 2005 nach sechs Ausschussberatungen im Plenum abgelehnt³²⁹.

11.05.2005 Plenum Plenarprotokoll Nr. 43 Überweisung Seite 3185	31.05.2005 Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten Ausschussprotokoll Nr. 26 Rückstellung Seite 1–9	27.09.2005 Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten Ausschussprotokoll Nr. 29 Ablehnung Seite 1–7	20.10.2005 Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Ausschussprotokoll Nr. 40 Ablehnung Seite 27–37
27.10.2005 Ausschuss für Sozial-, Ge- sundheits- und Familienpo- litik Ausschussprotokoll Nr. 41 Ablehnung Seite 50–51	23.11.2005 Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit Ausschussprotokoll Nr. 49 Ablehnung Seite 27–30	23.11.2005 Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten Beschlussempfehlung mit Bericht 15/4298 Ablehnung	
29.11.2005 Plenum Plenarprotokoll Nr. 54 Ablehnung Seite 4116 und Anlage	29.11.2005 Plenum Beschluss des Plenums 15/4348 Ablehnung		

Abbildung 18: Beratungsablauf eines Antrages, 5 Ausschüsse sind befasst³²⁹

Daher sind doch Überlegungen berechtigt, diese langen Zeiträume zu verkürzen, um schneller zu Entscheidungen zu kommen. Ziel sollte es sein, wie bereits in 5.4.2.1 ausgeführt, das System der Mitberatung zu reduzieren und den federführenden Ausschuss zu stärken und ihnen sogar eine endgültige Beschlussfassung zu übertragen.

Wenn die Mitberatung insgesamt wegfällt oder reduziert wird, gibt es weniger „kopierte“ Beratungen und dem einzelnen Parlamentarier steht mehr Zeit für die eigentlichen und wichtigen Themen zur Verfügung.

Im Übrigen sollte darauf hingewiesen werden, dass viele Beratungen oft nur für das Protokoll stattfinden. In einer schnelllebigem Zeit mit einer riesigen Informationsfülle werden diese oft nicht einmal mehr von den zuständigen Verbänden und Lobbyisten registriert. Oder weil es so viele beschlossene Initiativen gibt, sind Parlamentarier und Fraktionen nicht einmal mehr in der Lage, die eigentlichen Betroffenen von den Entscheidungen zu informieren. Mehr endgültige Entscheidungen in federführenden Ausschüssen würde auch eine Entzerrung der Beschlüsse bedeuten und die Informationsarbeiten erleichtern. Parlamentarier, so habe ich den Eindruck, haben die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt, sich auf die wesentlichen Aufgaben zu beschränken, Nebensächliches von Wichtigem zu trennen, und damit die eigentliche parlamentarische Arbeit einem ständigen Reformprozess zu unterziehen.

6.4.3.2 Bündelung inhaltlicher Beratung

Doch nicht nur der Ablauf der parlamentarischen Beratungen sollte gestrafft werden, sondern weitere durchgeführte Untersuchungen haben ergeben, dass es durch die Dominanz des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zeitliche Defizite vom Einreichen eines Antrages bis zur Beschlussfassung gibt. Der inhaltlichen Komponente, verbunden mit einem finanzpolitischen Rahmen, sollte größere Beachtung geschenkt und eine Bündelung oder Konzentration der Beratung vorgenommen werden. Es ist parlamentarisch nicht effektiv, wenn sich der Haushaltsausschuss mit vielen Anträgen, die in anderen Ausschüssen bereits beraten worden sind, noch einmal befassen muss und so manche Entscheidung ändert. Mit Antrag vom 19. Oktober 1995 Drucksache 13/2923 „Ausweitung des freiwilligen 10. Hauptschuljahres³³⁰“ hat sich der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport in der Sitzung vom 12. Dezember 1996, also vier Wochen nachdem er eingereicht worden war, befasst und zugestimmt. Am 21. Januar 1997 hat der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen den Antrag abgelehnt. Dieser Beratungsweg ist kein Einzelfall. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat die politische Bremse gezogen. Daher sind so viele Monate vergangen, bis endgültig entschieden wurde. Es ist dringend notwendig, nicht nur die Mitberatung und Federführung der Beratungsabläufe zu ändern, sondern die Initiativen bei der inhaltlichen Beratung zu bündeln.

6.4.3.3 Vollzug von Beschlüssen überprüfen

Über den Vollzug oder die Erledigung von Beschlüssen werden die Abgeordneten regelmäßig durch das Landtagsamt informiert. Doch hat ein Parlamentarier genügend Zeit, um die von der Verwaltung gegebenen Informationen überhaupt gründlich zu lesen, zu bearbeiten und nachzufragen? Kaum! Das Zeitbudget ist zu knapp bemessen. Es reicht oft nur für eine kurze Pressemitteilung, um zu informieren, dass der Politiker etwas Positives erreicht hat. Aber die weitere Aufgabe, zu kontrollieren wie der Beschluss umgesetzt wurde oder nachzufragen, wie die einzelnen Punkte erledigt worden sind, hierzu fehlt dem Parlamentarier die Zeit oder das Personal, das ihn bei dieser Arbeit unterstützt. Wie folgende Aufstellung zeigt, liegt es jetzt am einzelnen Parlamentarier zu überprüfen, wie die Beschlüsse umgesetzt wurden, wann dies erfolgt ist oder nachzufragen, warum die Erledigung so lange dauert und vor allem ist jeder Vollzugsbericht zu bearbeiten, die Betroffenen sind zu informieren und die Medien zu benachrichtigen. Es ist ein umfangreiches Arbeitspaket außerhalb der Sicht der Gesellschaft.

Zwischenbericht vom	Vollzugsbericht vom	des Staatsministeriums für des Leiters der Staatskanzlei	betreffend	Antrags-Drucksache	Beschluss vom
	06.02.2004	Umweltministerium	Revitalisierung der ökologisch bedeutsamen Schilfzonen in den Ramsar-Gebieten der oberbayerischen Seen	14/8008	18.04.2002
02.02.2004		Innenministerium	Modellversuch eingeschränkte Fahrerlaubnis ab 17 Jahren	14/8869	25.06.2002
	12.01.2004	Arbeitsministerium	Zukunft der Kindergärten I Finanzierung auf drei Säulen stellen	14/9604	13.02.2003
	03.02.2004	Wirtschaftsministerium	S-Bahnbetrieb München verbessern	14/11742	06.05.2003
	12.02.2004	Wissenschaftsministerium	Wirkungen der Mobilfunk-Hochfrequenzfelder auf Menschen, Tiere und Pflanzen - Einrichtung eines Lehrstuhls an einer geeigneten Hochschule	14/8982	09.07.2003
05.02.2004	05.02.2004	Wissenschaftsministerium	Optimierung der Innenstadtentwicklung IV Informations- und Fortbildungskampagne zu Nutzungsmöglichkeiten in denkmalgeschützten Innenstadtlagen	14/9995	09.07.2003
			Stärkung der Denkmalpflege V Sicherung und wissenschaftliche Aufarbeitung von Bodenfunden	14/10676	09.07.2003
	09.02.2004	Umweltministerium	Hochwasserschutz - Vorrangflächen für Hochwasserschutz	14/12761	09.07.2003
	25.02.2004	Umweltministerium	Umwelthilfe für Rumänien	14/5593	08.05.2001
	17.02.2004	Innenministerium	Katastrophenschutz und Großschadensereignisse XVII; Toxikologischer Notfalldienst	14/11438	25.06.2003
	11.02.2004	Innenministerium	Rückführung von Flüchtlingen nach Afghanistan	14/11791	25.06.2003
04.03.2004		Justizministerium	Änderung der Strafprozessordnung III; Besondere Haftprüfung durch das Oberlandesgericht	14/12278	09.07.2003
	05.03.2004	Finanzministerium	Gleichstellung von Beamten nach § 2 Abs. 3 SBG IX	14/12576	09.07.2003
	05.03.2004	Finanzministerium	Stabilisierung der Kommunal Finanzen durch Sofortprogramm und Ausgabenentlastung	15/57	27.11.2003
	08.03.2004	Staatskanzlei	EU-Verfassungsvertrag - Kein explizites Recht zur europäischen Gesetzgebung im Bereich der Daseinsvorsorge	15/101	10.12.2003
	08.03.2004	Staatskanzlei	Forderungen zum Europäischen Verfassungsvertrag	15/105	10.12.2003
	10.03.2004	Innenministerium	Modellhaftes Konzept zum Flächenrecycling in der Stadt Nürnberg	14/11269	06.05.2003
	11.03.2004	Finanzministerium	Finanzsituation der bayerischen Bezirke	14/11444	07.05.2003
09.03.2004		Umweltministerium	Überprüfung von Entwässerungsleitungen	14/8430	13.06.2002

Abbildung 19: Vollzugsmittelung über die durch die Staatsregierung erledigten Beschlüsse des Bayerischen Landtags³³¹

Ist ein Parlamentarier oder sein Büro überhaupt in Lage sich mit den Vollzugsmittelungen intensiv auseinanderzusetzen? Nein. Diese Arbeit kommt bisher zu kurz, obwohl sie äußerst wichtig ist und wäre. Es reicht oft nur für eine kurze Pressemitteilung, dass ein berechtigtes Anliegen, wie im Antrag über die Zukunft der Kindergärten Drucksache 14/9604 formuliert, jetzt überprüft werde oder ein Antrag positiv erledigt worden ist³³². Mehr Zeit steht nicht zur Verfügung. Aber die eigentliche Aufgabe, nämlich den mächtigen Apparat im Verwaltungsvollzug zu kontrollieren und nachzufragen, wie die Punkte erledigt worden sind, erfolgt nicht. Um dies künftig besser bewältigen zu können, muss sich der Politiker von anderen herkömmlichen Aufgaben trennen, Beratungsabläufe müssen optimiert und Aufgaben gebündelt werden, damit ihm mehr Zeit hierfür zur Verfügung steht.

Im Zusammenhang mit der Vollzugsmittelung muss auch der lange Beratungsweg gesehen werden. Der nachfolgende Antrag Drucksache 13/2923 zeigt, wie lange Initiativen unterwegs sind, bis sie verabschiedet werden und wie umfangreich Vollzugsmittelungen sein können. Die Initiative wurde am 19. Oktober 1995 im Parlament eingereicht und schließlich nach 16 Monaten in geänderter Form vom Parlament beschlossen. Unabhängig davon, dass die Initiative eineinhalb Jahre auf

dem parlamentarischen Weg war, ließ die Vollzugsmittelung ebenfalls sechs Monate auf sich warten und hatte einen Umfang von 14 Seiten.

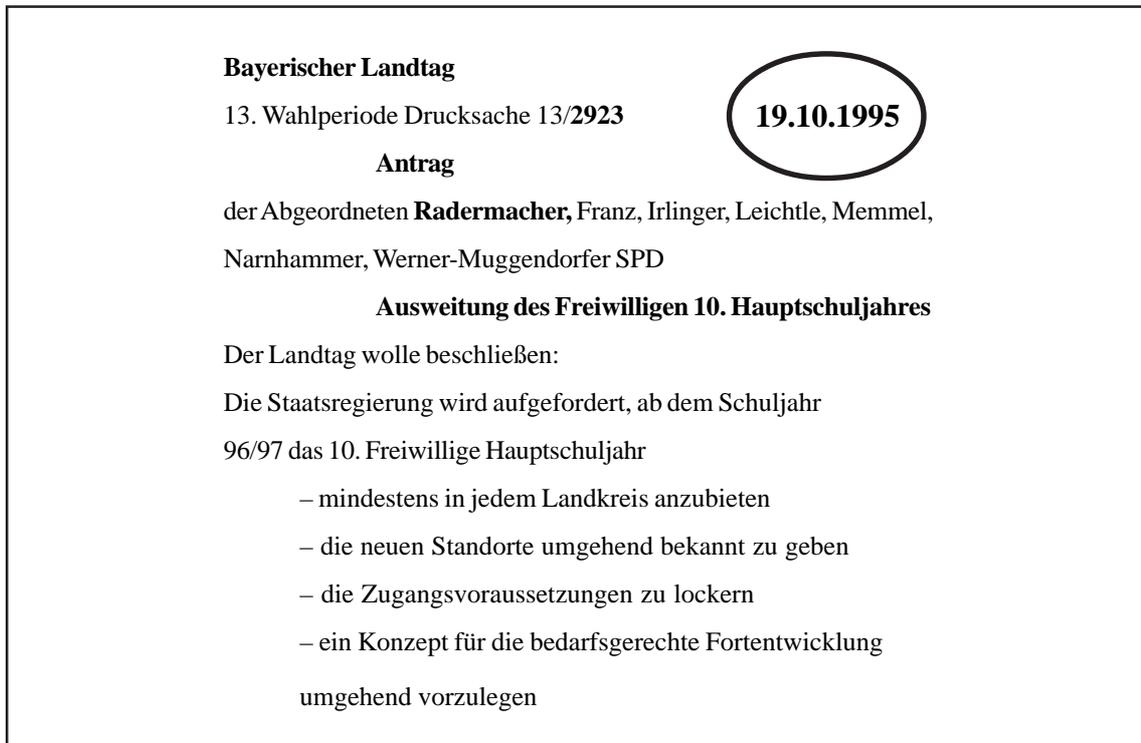


Abbildung 20: Ein Antrag Drucksache 13/2923 wurde am 19. Oktober 1995 eingereicht³³³

Noch eine weitere Problematik kann anhand dieses Beispiels aufgezeigt werden. Der federführende Ausschuss, nämlich der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat dem Parlament Zustimmung in geänderter Fassung empfohlen, während der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen die Ablehnung beschloss. Dies verdeutlicht die früher getroffene Aussagen von der Dominanz des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen. Sehr oft werden die in den Fachausschüssen getroffenen zustimmenden Entscheidungen in Ablehnung geändert, wie auch folgende Beschlussempfehlung 13/6773 zeigt:

Bayerischer Landtag
13. Wahlperiode Drucksache 13/6773

21.10.1997

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
Anflug der Abgeordneten Radermacher u.a. SPD
Drs. 13/2923
Ausweitung des Freiwilligen 10. Hauptschuljahres**

I. Beschlussempfehlung:
Zustimmung in folgender Fassung:
Ausgestaltung des Freiwilligen 10. Hauptschuljahres
Die Staatsregierung wird aufgefordert, bis zum 1. April 1997 zu berichten, wie die weiteren Anträge auf Einrichtung eines Freiwilligen 10. Hauptschuljahres entschieden werden und dabei klarzustellen, nach welchen Kriterien die Entscheidungen getroffen werden. Die Zugangsvoraussetzungen sind so zu modifizieren, dass im Zeugnis über den qualifizierenden Hauptschulabschluss die Durchschnittsnote 2,0 in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch ausreicht.
Berichterstatter: **Irlinger**
Mitberichterstatter: **Knauer Christian**

II. Bericht
1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 12. Dezember 1996 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Enthaltung
zu der in 1. enthaltenen Fassung **Z u s t i m m u n g** empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 118. Sitzung am 21. Januar 1997 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: kein Votum
A b l e h n u n g empfohlen.

Radermacher
Vorsitzende

Abbildung 21: Der Beratungsablauf wird wiedergegeben. Dauer der Beratung 16 Monate

Allerdings ist es bei diesem Antrag Drucksache 13/2923 geglückt, nach einer ablehnenden Empfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen am 21. Januar 1997 doch noch am 20. Februar 1997 eine positive Entscheidung im Bayerischen Landtag herbeizuführen wie die Drucksache 13/7316 zeigt. Dies ist allerdings äußerst selten und war nur durch hartes Verhandeln möglich.

Entscheidungen des Parlaments müssen in Bezug auf ihre Umsetzung überprüft werden, weil es oft große Spielräume gibt bzw. noch weitere Initiativen notwendig sind, wie am Beispiel um die Stärkung der Hauptschule aufgezeigt. Dies ist eine enorme Aufgabe für die 180 Parlamentarier im Verhältnis zu den jährlich im Schnitt über 2.500 Beschlüssen des Parlaments.

Trotz Bündelung der politischen und parlamentarischen Inhalte, trotz Stärkung der Federführung bei Ausschüssen ist das Zeitbudget eines Abgeordneten, vor allem wenn er noch die Vollzugsmitteilungen gründlich bearbeiten will, enorm eng.

6.4.4 Kontrolle schafft Vertrauen

Wie die einzelnen Beschlüsse vollzogen bzw. umgesetzt werden, muss natürlich kontrolliert werden. Dies kann regelmäßig oder auch stichprobenartig erfolgen. Die Wahrnehmung von Kontrollen zählt zu einem wichtigen Aufgabengebiet in der Politik. Mangelnde Kontrolle ist oft Ursache für so manche Skandale, die die Gemüter der Öffentlichkeit bewegen und die wiederum Ursachen für den Imageverlust von Politikern und Parteien sind. Um Vertrauen wieder zu gewinnen, müssen die Kontrollinstanzen funktionieren. Hierzu passt ein Beitrag aus dem Jahre 1987³³⁴, als bereits das Thema aktuell war, aber auch nicht ernst genug genommen wurde.

„Kann das demokratische System überhaupt funktionieren ohne entsprechende Kontrolle. Die Demokratie ist doch die beste Staatsform, die wir kennen. Doch immer wieder beobachten wir, welchen Gefahren sie ausgesetzt ist und wie oft Demokratien kommen und gehen, gehen und kommen. Überall dort, wo derartige Erscheinungen auftreten, ist eines zu beobachten, nämlich dass das Kontrollsystem nicht stimmt. Das Kontrollsystem hier ist das Volk bzw. in den einzelnen Parteien die, die Demokratie tragen, die die Glieder dieser Organisation ausüben müssen. Die Demokratie kann nicht funktionieren, wenn die Delegierten einer Partei nicht bereit sind, ihre Mandatsträger entsprechend zu kontrollieren, wenn sie sich unbemerkt in die Krankheiten der „Volksseuche“ einreihen und diejenigen, die sie mit Macht ausgestattet haben, im Großen und Kleinen walten lassen, was sie eben gerne tun. Daher ergibt sich die Frage, wenn heute die breite Masse der Gesellschaft darauf hinweist, dass die Politik ein unanständiges Geschäft ist, wer hier die eigentliche Verantwortung trägt, die Gesellschaft oder der Politiker, der ja wieder gewählt werden will und sich so verhält, dass dieses Ziel erreicht wird. Es ist ein Irrglaube, wenn man annimmt, in den westlichen Demokratien ist alles in Ordnung. Vielfach wird nur „darübergetüncht“, sodass das äußere Erscheinungsbild stimmt, aber das Grundwerk brüchig und krank ist. Daher werden die Strategien, die diese „Scheindemokratie“ vermitteln wollen, darauf achten, die Gesellschaft abzulenken, z.B. mit Kriegen oder anderen Aktionen im Großen und Kleinen. Sie werden auch immer wieder versuchen, rechtzeitig Waffen zu verkaufen, um im einen oder anderen

Kontinent ein wenig zu zündeln. Man hat nichts dagegen, denn man spricht über diese Zündeleien und nicht über die eigenen Probleme im Land. Doch wie soll die Gesellschaft dies alles erkennen, wenn dort, wo angeblich die tragenden Säulen der Demokratie stehen, nämlich die Parteien, es ebenfalls nicht funktioniert, wo die Grundregeln beachtet werden müssen und die Spielregeln zu beherrschen wären. Wo eine kritische Meinung vielleicht die Solidarität vieler bedürfte, doch plötzlich isoliert dasteht, weil auch die Delegierten versagen und den Mächtigen mit noch mehr Macht ausstatten, dadurch, dass sie schweigen, obwohl sie wissen, nicht schweigen zu dürfen. js 14. Oktober 1987“.

Das Spektrum der Kontrollen ist umfangreich. Es reicht von Aussagen über gegebene Versprechungen bis hin zu Ankündigungen, die nie in Angriff genommen werden.

6.4.4.1 Politische Aussagen nachprüfen

Sehr oft und sehr schnell, wenn eben ein Thema gerade aktuell ist werden politische Aussagen getroffen, jedoch das Umsetzen nicht näher nachgeprüft. Nach Schulbusunfällen werden schnell Forderungen für bessere Bedingungen erhoben. Unabhängig davon, dass die Sicherheit in und außerhalb der Schulbusse nach wie vor ein großes Problem darstellt. Gelöst ist es bis heute noch nicht, und zwar auch deshalb, weil Aussagen auf ihre Umsetzung nicht überprüft werden. Vielfach werden irgendwelche Versprechungen abgegeben und nie mehr kontrolliert, ob überhaupt etwas geschehen ist, wie folgendes Beispiel zeigt³³⁵.

So hat am 29. Juni 1989 um 9.40 Uhr der damalige Innenminister Dr. Edmund Stoiber erklärt, dass das Vorbeifahren an haltenden Schulbussen wie in den USA verboten werden soll. Innenminister Dr. Edmund Stoiber regte Anfang Juni 1989 in einem Schreiben an den Bundesminister für Verkehr, Dr. Friedrich Zimmermann, an, im Interesse der Verkehrssicherheit der Schulkinder ein Vorbeifahrverbot an haltenden Schulbussen überprüfen zu lassen. Dabei unterstrich er, dass ihm die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg besonders am Herzen liegt und führte im Einzelnen aus:

„Hier haben wir in den vergangenen Jahren erfreuliche Fortschritte erzielen können. So ist z.B. von 1972 bis 1988 die Zahl der auf dem Schulweg verletzten Kinder in Bayern von 1.165 auf 788 und die Zahl der getöteten Schulkinder von 35 auf 8 zurückgegangen. Ich meine aber, dass nach Wegen gesucht werden muss, um die Sicherheit auf dem Schulweg noch mehr zu erhöhen. In diese Überlegungen muss auch die Frage einbezogen werden, ob es möglich und Erfolg versprechend ist, ähnlich wie in den USA das Vorbeifahren an haltenden Schulbussen zu verbieten. Ich bitte dich deshalb, diese Frage in dem für die Straßenverkehrsordnung und die Verkehrspolizei

zuständigen Bund-Länder-Fachausschuss prüfen zu lassen und mir dann deine Auffassung mitzuteilen. Sollte mein Vorschlag deine Zustimmung finden, möchte ich in Bayern wenigstens einen befristeten Versuch durchführen³³⁶.“

Was ist in Wirklichkeit geschehen? Diese Meldung von Innenminister Dr. Edmund Stoiber wurde in allen Verbandszeitschriften veröffentlicht. Eine positive Reaktion. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Noch heute im Jahre 2006 dürfen Autos an Schulbussen vorbeifahren, im Gegensatz zu der Regelung in den USA. Die erste Meldung – wie in der USA gehört das Vorbeifahren an Schulbussen verboten – war für die Stimmung in der Gesellschaft entscheidend. Kein Nachfragen mehr, weder von Verbänden noch von Parlamentariern, ob eine Initiative hierfür eingeleitet wurde. Darum verhält sich der Politiker auch so, weil eben in einer Informationsgesellschaft eine Meldung die andere jagt und ein richtiges Instrument der Kontrolle noch nicht gefunden wurde. Die jährlichen Berichte der Obersten Rechnungshöfe sind zu wenig. Für die Medien sind ständige Kontrollen nicht so wichtig, mehr die Skandale und ihre Schlagzeilen, für die Verbände gibt es ständig neue und wechselnde Probleme und dem Abgeordneten fehlt für eine intensive Wahrnehmung der Kontrolle schlichtweg die Zeit. So ist es. Und weil dies so ist, geschieht zu wenig. Würde sich z.B. das Verkehrsverhalten ändern, ein neues Bewusstsein entstehen, hätten auch Initiativen im Straßenverkehr bis hin zu den Schulbussen höhere Priorität und Ankündigungen von Politikern würden gründlicher auf ihre Verwirklichung überprüft. Genügend andere Beispiele könnten aufgezählt werden, unabhängig von der politischen Zugehörigkeit. Daher ist die Forderung vom ehemaligen Bundesgeschäftsführer der SPD, Dr. Peter Glotz, nur zu unterstreichen, der in Donauwörth am 17. September 1989 den Politikern ans Herz legte: „Nur das versprechen, was wir auch halten können³³⁷.“

6.4.4.2 Kontrolle durch die Basis

Auch die Basis ist anders geworden. Hätte eine Bewerberin oder ein Bewerber für ein Mandat vor 15, 20 oder 30 Jahren, egal ob amtierend oder nicht, keinen schriftlichen Rechenschaftsbericht oder eine schriftliche Vorstellung neben der mündlichen vorgelegt, es wäre Kritik aufgekommen, es hätte Gegenstimmen gegeben, er wäre vielleicht gar nicht nominiert worden. Eine schriftliche Vorlage war Geschäftsgrundlage oder ungeschriebene Vereinbarung zwischen den Delegierten oder der Basis und den Bewerbern. Das war so. Gleich ob sie gelesen wurde oder nicht. Und heute? Es hat sich vieles geändert. Heute interessiert die Vorlage, der Rechenschaftsbericht nicht mehr. Wer liest schon diese vielen Seiten. Außer natürlich die Aktionäre in der Aktionärsversammlung. Bei den Parteitag oder Nominierungsversammlungen gibt es gut gemeinte

Informationen, aber gelesen und studiert werden sie nicht mehr. Das Verhalten der Basis hat sich völlig geändert. Die oft beschworene unmittelbare Kontrolle findet nicht mehr statt. Andere Bedürfnisse stehen im Vordergrund. Der Mensch ist nicht mehr gewohnt viel zu lesen, die Kürze ist eventuell noch gefragt und außerdem wird anderes gelesen als früher. Die Basis ist unkritisch geworden. So steht in der Niederschrift von einer Kreisversammlung der SPD Donau-Ries vom 14. September 1986, dass Berichte abgegeben wurden und wörtlich: „Aussprache zu den Berichten: Eine Aussprache zu den Berichten ist nicht erfolgt³³⁸.“ Fragen sind nicht erwünscht. Die Harmonie wird eingefordert, weil die Gesellschaft auch keinen Streit liebt, obwohl er medienwirksam ist. Die Diktatur der Harmonie bestimmt den politischen Ablauf. So ist es jetzt. Es hat sich eben die letzten vier Jahrzehnte viel geändert.

6.4.4.3 *Kontrolldefizite oder die Diktatur der Harmonie*

Rechenschaftsberichte dienen der Kontrolle. Gibt es sie nicht mehr, findet auch keine mehr statt, Kontrolle über Aktivitäten des Mandatsträgers, über seine Initiativen und seine Stellungnahmen. Interessant: Alle rufen nach mehr Kontrolle und diejenigen, die kontrollieren sollen, nehmen diese Aufgabe gar nicht wahr, natürlich aus den unterschiedlichen, zum Teil auch verständnisvollen Gründen: Arbeit, Beruf, Freizeit, Stress, Zeit usw. Außerdem sind Fragen und die damit verbundenen Diskussionen nicht mehr erwünscht. Eine harmonische Versammlung ist das Ziel und Wahlergebnisse wie früher im sozialistischen System werden angestrebt: 99,4 Prozent oder einstimmig. Ein Ergebnis mit 88,7 Prozent ist schon ein Denkwort. Außerdem soll die Sitzung oder Versammlung schnell zu Ende sein und schön harmonisch verlaufen. Dann wird in den Medien gut berichtet. So will es die Basis, so will es auch derzeit die Gesellschaft. Ja es geht so weit, dass ein Kandidat, der einen Rechenschaftsbericht vorgelegt und sich mit der Zusammenstellung viel Mühe machte, seine Arbeit glaubhaft und detailliert darstellte, trotz des Umfangs sich noch auf das Wesentliche konzentrierte, bei der Nominierung fünf Gegenstimmen und zwei Enthaltungen erhielt, also 78,7 Prozent. Über seine Vorlage hat man erst gar nicht gesprochen und diskutiert. Keine Nachfrage. Während ein anderer Kandidat, der überhaupt nichts vorlegt, einstimmig, also mit 100 Prozent gewählt wird. Die Delegierten haben die Macht und so werden die Kandidatinnen und Kandidaten, die Bewerberinnen und Bewerber oder die, die nach einem politischen Mandat streben, geformt. Sie wissen, was sie tun müssen, worauf es an der Basis ankommt: Harmonie, kurz und bündig. Warum soll sich ein Parlamentarier die Mühe machen und einen Rechenschaftsbericht zusammenstellen, wenn dies niemanden interessiert, wie eine Nominierungsversammlung am 12. Oktober 2002 gezeigt hat. Keine Frage, kein Nachfassen, kein Vorschlag – nichts. So ist die Gesellschaft im Kleinen oder an der Basis geworden

– sprachlos, kritiklos gegenüber denen, die dringend Anregungen bräuchten. Was ist zu tun? Wir brauchen wieder eine neue Streit- und Diskussionskultur auf allen politischen Ebenen. Unterschiedliche Positionen und andere Meinungen gehören zur Demokratie. Dies muss allen bewusst werden. Eine Diktatur der Harmonie bringt die demokratische Gesellschaft nicht weiter. Doch warum ist dies so?

6.4.4.4 *Einige Gründe hierfür*

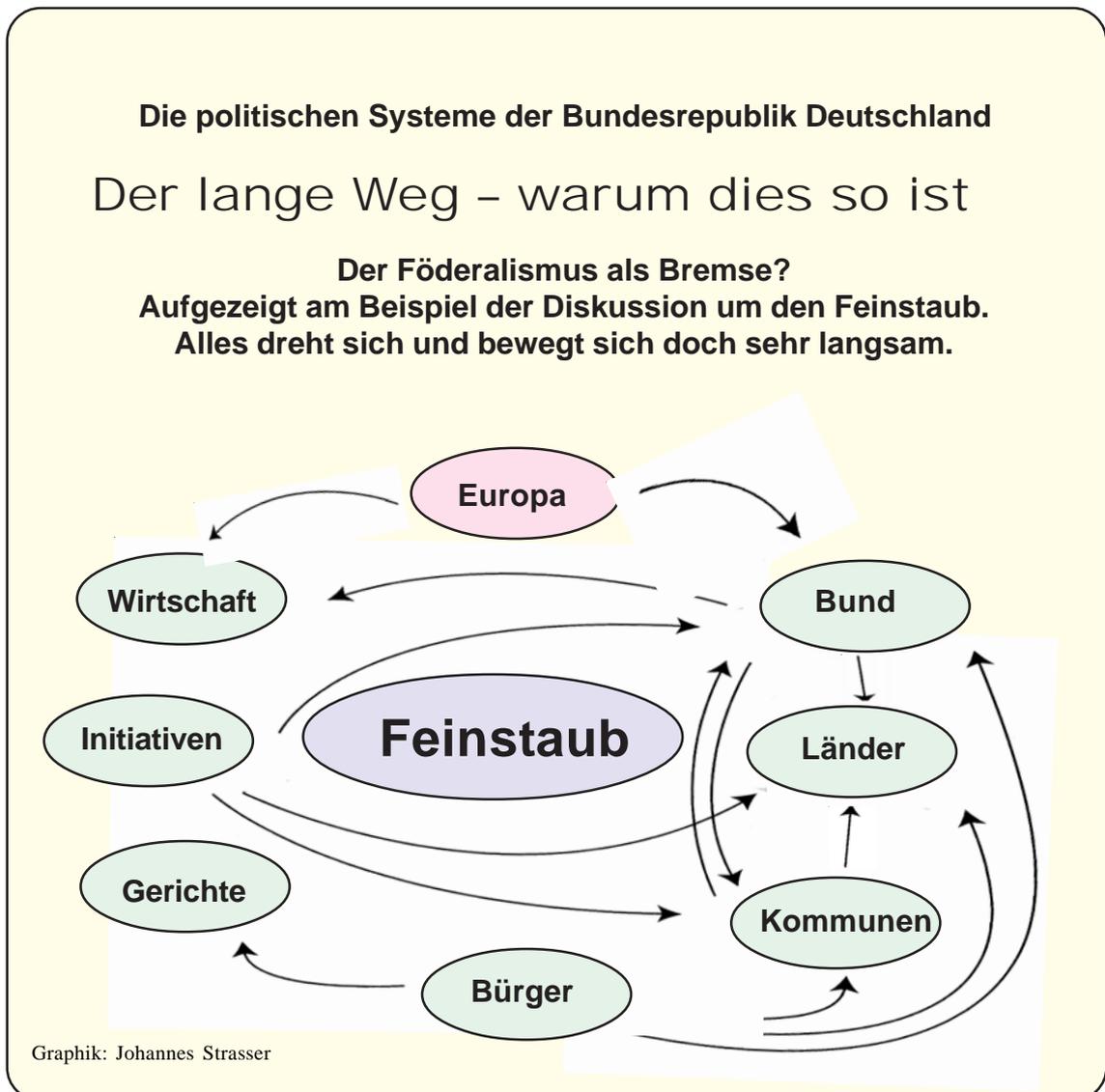
Es muss alles schnell gehen, kurz und bündig. Wenn der Rechner zu Hause zu langsam ist, ein Murren am PC. Wir sind von „Mouse und Bite“ gesteuert. Gelesen werden oft nur mehr die Schlagzeilen, alles andere interessiert nicht mehr. Darüber hinaus ist alles sehr kompliziert. Doch wie erklären wir schwierige politische Prozesse einfach und kurz, sodass sie verstanden werden? Daher die Forderung nach mehr Pädagogik in der Politik, nicht zu verwechseln mit mehr Pädagogen in der Politik. Aussagen und Botschaften in aller Kürze, der andere, der Empfänger einer Mitteilung oder Botschaft, muss schnell wissen, was gemeint ist. Die Botschaft muss ankommen. Das Positive steht im Vordergrund, Negatives gibt es ohnehin genügend. Und weil dies so ist, gibt es keine langen Rechenschaftsberichte mehr. Die Basis hat ihre Aufgabe, nämlich zu kontrollieren aufgegeben. Doch es muss auch bewusst sein, dass Kontrolle über Mandatsträger durch die Basis zu einer Qualitätssteigerung und zu mehr Vertrauen führt. Es wird wieder nachgefragt, das Warum und das Wie ist wieder interessant, trotz der oft schwierigen Komplexität.

6.4.4.5 *Demokratie braucht Vertrauen*

Um schneller im politischen Entscheidungsprozess etwas bewegen zu können und überhaupt zu Entscheidungen zu kommen, müssen die bereits vorhandenen Kontrollmöglichkeiten besser wahrgenommen, zum Teil ausgeweitet und dem Politiker hierfür genügend Zeit zur Verfügung gestellt werden. Es muss eine neue Basis des Vertrauens in der Gesellschaft aufgebaut und Misstrauen durch Kontrollen abgebaut werden. Darüber hinaus muss sich die Basis, entweder in der Partei oder auch das Volk als Gesamtheit dieser wichtigen Aufgabe widmen und sie nicht nur oder überwiegend den Journalisten überlassen. Würden im Straßenverkehr keine Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden, wäre die Anzahl der Schnellfahrer noch höher, als sie ohnehin schon ist. Außerdem führt in der Politik das Kontrollieren, das Nachfassen und Nachfragen zu einer Qualitätssteigerung.

6.5 Der Föderalismus – ein kompliziertes System

Der Bund entscheidet, 16 Länder reden mit, Verbände werden auf Bundes- wie auf Landesebene gehört, um Stellungnahmen gebeten. Der Föderalismus ist ein kompliziertes und arbeitsintensives System. Daher ist es äußerst wichtig, um künftig zu schnelleren Entscheidungen zu kommen, die Föderalismus-Diskussion oder -Reform voran zu bringen. Allein die Grafik und die Zuständigkeit von Feinstaub zeigt, wie kompliziert unser System im Vergleich zu Frankreich ist.



Grafik 24: Das Beispiel zeigt, dass es äußerst kompliziert ist, gesetzgeberische Initiativen zum Feinstaub auf den Weg zu bringen. Ein langer Weg zur Entscheidung.

Daher ist es enorm wichtig, sich im Rahmen der Föderalismusreform möglichst rasch darauf zu einigen, wer wofür zuständig ist – der Bund oder die Länder. Es müssten kurze Wege gefunden werden, so auch im Bereich der Bildungspolitik. Wobei hier auch die grundsätzliche Frage erlaubt sei, ob jedes Bundesland ein eigenes Bildungssystem benötigt und ob nicht mehr Gemeinsamkeiten

gesucht werden sollten. Wenn heute Familien von einem Bundesland in das andere aufgrund der flexiblen Arbeitswelt und des Angebotes an Arbeitsplätzen umziehen, dann bringt das jeweilige Schulsystem eines Bundeslandes große Probleme mit sich. Wenn wir die Flexibilität wollen, dann müssen wir auch die Schulsysteme angleichen. Der Schulwechsel darf keine Probleme mehr darstellen. Ein Arzt findet im Süden keinen Arbeitsplatz, sondern in Bremerhaven. Seine Kinder besuchen die 7. und 9. Klasse des Gymnasiums in Fürth. Es ist enorm schwierig, in welche Jahrgangsstufe er seine Kinder in Bremerhaven schicken soll. Das Gleiche gilt umgekehrt. Und somit müssen gerade im Bereich der Bildungspolitik straffe Organisationen für eine schnellere Entscheidungsfindung gewählt werden.

Der Föderalismus ist, wie diese kurzen Beispiele zeigen, ebenfalls ein politisches Mosaik für die Komplexität politischer Prozesse, die der Gesellschaft oft schwer zu vermitteln sind. „Der Staat bezieht seine Inhalte von seinen gesellschaftlichen Kräften. Er ist deshalb bei aller Kontinuität nicht ein für allemal konzipiert, sondern unterliegt dem Wandel der Zeit. Dies gilt auch für seine Organe. „Im Rahmen der gegenwärtigen Diskussion über Staatsvereinfachung sind nicht nur Strukturen und der Aufbau der Behörden und öffentlicher Dienste zu überprüfen, sondern auch die Strukturen und Arbeitsweise des Bayerischen Landtags“, so die Vorstellungen der SPD-Fraktion im Jahre 1996³³⁹. Im gesamten gesellschaftlichen Leben vollziehen sich ständig Veränderungen, die Bedürfnisse der Menschen ändern sich, andere Prioritäten werden gesetzt, das Rechts- und Wertebewusstsein ist einem ständigen Wandel unterworfen und die Politik hat darauf zu reagieren. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, muss sie auch ihre eigenen Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen einer ständigen Kontrolle unterziehen, neu definieren und organisieren, wie in dieser Arbeit anhand von einigen konkreten Beispielen dargelegt und analysiert wurde. Dadurch können vorhandene Schwachstellen abgebaut und beseitigt werden. Lösungen wurden aufgezeigt und beschrieben. Für den Politiker selbst muss eine Arbeitsgrundlage geschaffen werden, um auf sich ändernde gesellschaftliche Verhältnisse schneller reagieren zu können, neben einer dadurch zwangsläufig fortschreitenden Gesetzgebung, die tägliche Arbeit zu bewältigen und visionär oder über den Wahltag hinaus Politik zu gestalten. Somit ist Demokratie und damit verbundene Arbeit einem ständigen Prozess unterzogen.

7 Zusammenfassung und Ausblick

Aus den vorgetragenen Erläuterungen und Beispielen geht eindeutig hervor, dass sehr viel Zeit vergeht, Monate und Jahre, bis die Politik auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert. Zu lange Wege werden zurückgelegt, ein zu umfangreicher Schriftverkehr findet statt, Initiativen werden eingeleitet und Unterschriften gesammelt bis die politisch Verantwortlichen auf gesellschaftliche Veränderungen endlich reagieren und Verantwortung zeigen. Gründe und Erklärungen hierfür gibt es viele. Überlegungen werden angestellt und Vorschläge unterbreitet, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, um politische Prozesse auf dem Weg bis zur Entscheidung und zur endgültigen Ausführung zu beschleunigen. In unserer modernen, schnelllebigen Informationsgesellschaft mit ihrer Informationsfülle resultiert der politische Erfolg in erster Linie aus der Fähigkeit, schnell zu entscheiden und umzusetzen. Die Gegenwart: Nicht erledigte Anliegen nehmen an Umfang und Größe zu und sind nicht mehr überschaubar. Das Ergebnis führt in der Gesellschaft, wie wir derzeit beobachten und feststellen konnten, zu Resignation gegenüber der Politik und gegenüber den politisch Verantwortlichen. Welche Lösung wäre denkbar, um eine optimale Synthese aller beteiligten Interessen zu ermöglichen?



Politik: Schwieriger und komplizierter als viele glauben

Es sind oft schwierige und lange Prozesse, um überhaupt zu Lösungen zu kommen. Dies wird dem Bewusstsein des Einzelnen nicht hinreichend vermittelt. Veränderungen setzen voraus, dass das Ziel klar definiert und terminiert ist. Das Thema „Feinstaub“ ist ein typisches Beispiel für vielschichtige und vielseitige Beteiligung auf der einen Seite und die Kompetenzproblematik auf der anderen. Mit einem klaren Ziel vor Augen lassen sich schwierige Phasen und Wege besser überstehen. Die Wissensvermittlung und die Vermittlung des Bewusstseins, dass Politik nicht einfach ist, kommt den Schulen und den Parteien zu. Selbst die Parteibasis geht gelegentlich von einfachen und schnellen Lösungen bei einer komplizierten Materie und komplizierten Vorgängen aus. Die politische Bildung muss wieder eine stärkere Gewichtung erfahren. Parteien sind gefordert Konzepte zu erarbeiten, wie die Vermittlung von politischem Wissen wieder interessanter gestaltet werden kann. Der Politiker persönlich darf nicht den Eindruck vermitteln: „Wird schon gemacht!“ Die sehr hohe Erwartungshaltung der Betroffenen muss der „echten Realität“ gegenüber gestellt werden. Die Erkenntnis, dass vieles komplizierter ist, als oft geglaubt und angenommen wird, muss als politisches Grundwissen vorhanden sein. Jedoch trotz der Komplexität vieler Themen muss und kann auch schneller reagiert werden, wie an einigen Beispielen aufgezeigt wurde. Die Politik muss Bewegung und Flexibilität als politische Arbeit wieder lernen, wenn sie in der Zukunft gestalten und die Demokratie stärken will.

● *Kollektive Betroffenheit vermitteln*

Es konnte an Hand einiger vorgetragener Beispiele eindeutig belegt werden, dass der Politiker, ob als unmittelbar verantwortlicher Mandatsträger oder das Parlament in seiner Gesamtheit schnell reagieren kann, wenn es um eine kollektive Betroffenheit geht. Erfahrungen und Beobachtungen über einen längeren Zeitraum zeigen dies. Diese Betroffenheit zu schaffen, muss künftig eine stärkere Bedeutung erfahren und größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wenn die Studienbedingungen schlecht sind, ist eigentlich das ganze Volk betroffen, nicht nur die Studenten und Professoren. Wenn die Bildungseinrichtungen vernachlässigt werden, sind wir alle betroffen. Der Politiker reagiert dann schneller. Wenn sich das Klima verändert, sind wird eben alle betroffen und vor allem die folgenden Generationen – unsere Kinder und Enkelkinder. Die oft gehörten und von Politikern sehr gern gesprochenen Worte: „Bildung ist Rohstoff unseres Volkes“ müssen von der rhetorischen Floskel hin zum konkreten Handeln führen. Wenn die Betroffenheit bei der breiten Bevölkerung bewusst ist, wird auch gehandelt, und zwar schneller und zügiger.

● *Auf schnellen Zeitwandel einstellen*

Zeit ist ein Kostenfaktor, materiell und ideell. Erfolgreiche Politiker müssen „Ja“ zur Geschwindigkeit, zu schneller Entscheidung sagen. Dabei darf der Weg zur schnelleren Entscheidung keine Ausrede für oberflächliches Denken und Handeln sein. Zu langsames Handeln ist in dieser schnell veränderten (politischen) Welt nicht tragbar. Es gibt sehr viele andere Gebiete, auf denen sich Veränderungen vollzogen haben und die Politik überhaupt nicht oder sehr spät reagiert hat. Wo sie es versäumt hat, zu „agieren“ und nur noch in der Lage ist, verspätet zu „reparieren“. Wer und was muss sich ändern oder verändern, um dieses Ziel tatsächlich zu erreichen, das Vertrauen in die Demokratie zu festigen? „Du musst schon da sein, bevor Du angekommen bist“, schreibt Richard Bach. „Die Möwe Jonathan“ und die Politik sollten sich diese Worte zu Eigen machen.



Der Politiker selbst

Jeder Politiker selbst muss zunächst sein begrenztes Zeitbudget einer „terminlichen Flurbereinigung“ unterziehen, durchforsten, auf das Notwendige überprüfen und auf das Machbare konzentrieren. Was kann er in welchem Zeitbudget erledigen? Dieses ist wieder vom Wählerverhalten bestimmt. Das Durchschneiden eines Bandes bei einer neuen Straße ist publikumswirksam, aber mit viel Zeitaufwand verbunden. Sehr oft wird sehr viel Zeit und Energie damit verbraucht, um wieder

gewählt zu werden. Die Landespolitiker sind hier aufgrund des regionalen Bezugs besonders betroffen. Die Beschäftigung mit eigentlichen Fragen der Politik kommt dabei zu kurz. Um dies zu verändern, brauchen die Politiker andere Verhaltensweisen. Der Tag hat nur 24 Stunden und der Politiker ein begrenztes Zeitbudget. Nebenjobs sind nicht möglich und auf Ehrenämter in kommunalen Parlamenten soll verzichtet werden.



Politik über die Wahlperiode hinaus

Die derzeitige politische Arbeit wird gelenkt und geprägt durch Wahlperioden. In diesem Rahmen – vier oder fünf Jahre – wird agiert und gehandelt. Die Politik muss wieder über den Wahltag hinaus ausgerichtet werden. Derzeitige Erfahrungen jedoch zeigen, dass das jetzige System durchaus für den einzelnen Politiker erfolgreich ist, aber weniger für politische Prozesse insgesamt. Aktionen kurz vor dem Wahlsonntag, Flugblätter verteilen, Anzeigen schalten, Rosen an die Bürger verteilen, auf großen und vielen Plakaten lächeln sind für den Politiker Erfolg versprechend. Langfristig jedoch leidet die politische Qualität unter diesem kurzfristig angelegten Aktionismus. Die politische Bildung muss verstärkt werden. Der einzelne Politiker sollte andere Prioritäten setzen. Dies muss wieder gemeinsames Anliegen aller werden. Die Einweihung eines Rathauses oder ein Spatenstich 14 Tage vor einer Wahl darf nicht zur Grundlage für Wahlentscheidungen werden.



Nicht alleine Talkshows

Die Mandatsträger müssen wieder zur tatsächlichen politischen Kommunikation und Diskussion zurückkehren. Sie dürfen Politik nicht alleine Talkshows überlassen. Äußerst schwierig, aber notwendig! Nette Diskussionsrunden in den Medien sind zu wenig und erfüllen den politischen Auftrag nicht. Auf allen gesellschaftlichen Ebenen sollen Kontakte gepflegt und die Ergebnisse der Besprechungen auf ihre Erledigungen kontrolliert werden. Zum Teil geschieht dies schon bei parlamentarischen Abenden. Bei diesen regelmäßigen Konsultationen können die Politiker erfahren, wo es Probleme gibt und wie die Problemlösungen aus der Sicht der Betroffenen aussehen können. Wenn diese regelmäßig, und nicht nur vor anstehenden Wahlen, stattfinden, dann gehören sie fest in das politische Jahresprogramm der Mandatsträger und der Parteien. Durch Zuhören erfahren, lernen und dann handeln muss die Devise sein. Doch wenn ein Abgeordneter sich als „Ersatzbürgermeister“ betätigt und sich in dieser Zusatzfunktion nur um Zuschüsse kümmert, hat er für seine tatsächliche Aufgabe keine Zeit.



Das Parlament ist gefordert

Der Geschäftsgang von parlamentarischen Beratungen muss verkürzt und effizienter gestaltet werden. Nicht alles muss in der Vollsitzung des Parlaments beraten werden. Vieles könnten bereits die Ausschüsse kompetent und abschließend erledigen. Über 27 Anträge in einer einzigen Abstimmung im Plenum zu entscheiden, wie es derzeit der Fall war, bedarf dringend einer Korrektur. Vieles davon könnte den zuständigen Ausschüssen zur Entscheidung übertragen werden. Kostbare Zeit könnte hier gewonnen und der Verwaltungsaufwand reduziert werden. Dies führt selbstverständlich zu kürzeren Entscheidungsprozessen.



Landespolitik und nicht Bundespolitik

Ebenfalls einer Änderung bedarf es bei der Zuständigkeit und dem damit verbundenen Blick auf das tatsächliche Aufgabengebiet. Der Bayerische Landtag ist nicht für die Bundespolitik zuständig. Dafür gibt es den Bundestag. Initiativen wie „die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, über den Bundesrat darauf hinzuwirken, dass ...“ täuschen eine Zuständigkeit vor, die gar nicht vorhanden ist und vernachlässigen dadurch die Themen, wofür die Landespolitik primär verantwortlich ist. Sich im Bayerischen Landtag mit der europäischen Zuckermarktordnung zu befassen, ist ein politisches Beispiel für Aktionismus auf der falschen politischen Ebene. Die Bevölkerung, die Verbände und die Interessengruppen werden getäuscht. Sich auf seine eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren, muss wieder die Devise sein. Dafür bliebe dem Parlament mehr Zeit, sich z.B. mit der Bildungspolitik, seinem tatsächlichen Aufgabengebiet auseinander zu setzen. Diese Erkenntnis hätte eine positive Funktion und wäre ein sekundärer Gewinn.



Ausreichend Personal

Dass einem Abgeordneten des Landtags ausreichend Personal zur Verfügung gestellt werden muss, dürfte selbstverständlich sein. Mit nur einem wissenschaftlichen Mitarbeiter und einer Schreibkraft ist das umfangreiche Arbeitspensum eines Landespolitikers nicht zu bewältigen. Hier gibt es absoluten Handlungsbedarf. Wobei durchaus anzumerken ist, dass es große Unterschiede im Arbeitsumfang eines Politikers auf dem Lande im Vergleich zur Großstadt gibt. Wer allerdings keinen Einblick in diese unmittelbare politische Arbeit hat, wird für so eine Forderung kein Verständnis haben.



Den Ausschüssen mehr Verantwortung

Das Aufgabengebiet der einzelnen Ausschüsse ist neu festzulegen. Jedes einzelne Gremium benötigt ebenso die „Finanzhoheit“ im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung. Dadurch erhält der einzelne Ausschuss mehr Verantwortung zugewiesen. Dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen würde mehr Zeit für wichtige Aufgaben bleiben, wie z.B. einer haushaltsbegleitenden Kontrolle.



Politische Bildung

Ob Sozialkunde, politische Wissenschaften oder Seminare bei den politischen Stiftungen, der gesamte Bereich der politischen Bildung benötigt von Grund auf eine gründliche Renovierung, eine klare zielorientierte Ausrichtung und eine höhere Priorität. Der Politiker muss großes Interesse daran haben, dass der Staatsbürger über den Staat informiert ist, Bescheid weiß und über die Zusammenhänge der politischen Prozesse eingeweiht ist und damit am so genannten „politischen Leben“ teilhaben kann.



Mehr Transparenz

Transparenz und wahrheitsgetreue Informationen sind gefragt und wichtig! Zielklarheit – das sind übrigens 80 Prozent des Erfolges – muss sein, um den politischen Alltag so zu gestalten, dass wesentlich schneller auf die Veränderungen reagiert werden kann. Lange Wege sind in einer schnelllebigen Zeit für die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Strukturen gefährlich. Der Politiker muss lernen, schneller zu erfassen, schnell Informationen zu berücksichtigen, schnelle Impulse geben und komplexe Sachverhalte vereinfachen. Langsames Vorgehen und Handeln lähmt die politischen Prozesse und schadet dem Ansehen der Parteien, dem Politiker und letztendlich damit auch dem Ansehen der demokratischen Grundordnung.

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, institutionelle und prozessuale Defizite als Schwachstellen der Politik in der wechselseitigen Wirkung politischer Vorgänge und gesellschaftliche Akzeptanz zu untersuchen, zu analysieren, nach den Ursachen zu forschen und Lösungsansätze aufzuzeigen.

Zunächst galt es im einleitenden Abschnitt, der sich vor allem auf die methodische Vorgehensweise und die Eingrenzung des Themas bezog, sich mit der Relevanz von Politik und Gesellschaft zu befassen. Exemplarisch wurden anhand einiger Vorgänge mit regionalem und landespolitischem Bezug die langen Zeitspannen aufgezeigt, die von der Erkenntnis eines politischen Handlungsbedarfs bis zu dessen Erledigung führen. Dass die gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber der Politik abnahm, wurde analysiert und dokumentiert.

Bevor die Bildungspolitik verschiedener Zeitepochen vertieft untersucht werden konnte, befasste sich die Arbeit in Abschnitt 3 mit gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse waren wieder Grundlagen im Vergleich von bildungspolitischen Epochen und der Dokumentation von institutionellen und prozessualen Defiziten. Während als erstes die Zeitepoche der 70er Jahre einer bildungspolitischen Analyse und Betrachtung unterzogen wurde, konnten anschließend die wesentlichen Ursachen der Schwachstellen der Politik am Beispiel der Bildungspolitik in der, den 70er Jahren folgenden Zeitspanne erforscht und dargestellt werden.

Die Ergebnisse der Arbeit, nach erfolgten Analysen und Forschungen, werden schließlich in Abschnitt 6 als Konsequenzen für die Politik im allgemeinen, und die Politiker und das Parlament im Speziellen dokumentiert, und zwar immer in einer relevanten Beziehung von Politik und Gesellschaft, um die Demokratie zu festigen und zu stärken.

8 Anmerkungen

- 001** Stern, Ausgabe 38/2004. Hans-Ulrich Jörgers. Störung im Schlafsaal. Missachtete Abgeordnete, entmachtetes Parlament. Ein kritischer Zwischenruf.
- 002** Bayerischer Landtag, Maximilianeum, Ausgabe 8/1995. Volksvertretung ohne Volk wäre ein Abgesang auf die Demokratie.
- 003** Financial Times Deutschland, 7. April 2004. Schlicht Unmut. Die Deutschen sind nicht politikverdrossen. Der Stil und Umgang stoßen ab.
- 004** Kommunalwahl 1990 und Landtagswahlen 1994 und 1998. Änderung der Fahrgastzahlen, Vermerke vom 28. März 1984, 21. Februar 1994 und 13. September 1998. Ergebnisse von Zählungen, die Anzahl der Pendler ist rasant gestiegen.
- 005** Archiv, SPD-Unterbezirk Donau-Ries, Landtagswahl 1994. Interview mit Herrn Kilian Bradl, Bahnhofsvorsteher Donauwörth am 19. Februar 1993. Bestätigung der Beobachtung über einen längeren Zeitraum hinweg, die Zahl der Pendler steigt.
- 006** Archiv, SPD-Unterbezirk Donau-Ries. Landtagswahl 1998. Vermerk vom 10. November 1997, Verlagerung von Arbeitsplätzen in die Ballungsräume. Gespräch mit dem Personalrat der Finanzämter Dillingen und Donauwörth und der Polizeigewerkschaft GdP Nordschwaben.
- 007** Archiv, SPD-Unterbezirk Donau-Ries, Landtagswahl 1986. Vorlage zum Gründonnerstagsgespräch am 27. März 1986. Forderung der Dezentralisierung von Aufgaben. Gründonnerstagsgespräche finden regelmäßig statt, um die Medien über Aktuelles aus der Region zu informieren.
- 008** Archiv, SPD-Unterbezirk Donau-Ries, Vorlage zum Gründonnerstagsgespräch am 31. März 1988. Erneute Forderung, dass die Veranlagung der Körperschaftssteuer an das Finanzamt Nördlingen-Donauwörth vom Finanzamt Augsburg zurück verlagert wird.
- 009** Abgeordnetenarchiv, Bayerischer Landtag–04–Finanzen-1989. Brief von MdL Johannes Strasser an Staatsminister Gerold Tandler, 25. April 1989. Verlagerung von Aufgaben der Finanzverwaltung nach Nordschwaben.
- 010** Abgeordnetenarchiv, Bayerischer Landtag–04–Finanzen. Schreiben von Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser vom 12. November 2004. Forderung aus dem Jahr 1986 wurde erfüllt. Körperschaftssteuerveranlagung erfolgt künftig in Nordschwaben.
- 011** Abgeordnetenarchiv, Bayerischer Landtag-04-Finanzen. Schreiben vom 21. Dezember 2005 Finanzamt Nördlingen. Das Finanzamt teilt mit, dass künftig das Finanzamt Nördlingen für die Körperschaftssteuer verantwortlich ist. Zuständigkeit für die Körperschaftssteuer wird geändert.
- 012** Abgeordnetenarchiv, Bayerischer Landtag–02–Vorgänge 1999. Gesamtökologisches Gutachten, Kurzbericht S. 3, „Konkurrierende Nutzungen“ haben zu Problemen geführt.
- 013** Augsburger Allgemeine vom 4. April 1990. Das Donauried wird aufs Trockene gesetzt. Naturschutz will die Zerstörung nicht länger hinnehmen.
- 014** Donauwörther Zeitung, 14. Oktober 1998. Strasser, Johannes: Über den Wahltag hinaus denken. Zu den Gründen, warum die Initiative 1988 für ein Gesamtökologisches Gutachten (GÖK) notwendig war.
- 015** Bayerischer Landtag, Strasser, Johannes, Antrag DS 11/6800 vom 09. Juni 1988. Sanierung des Donaumooses und des Donauriedes. Das Parlament wird aufgefordert eine Sanierung des Donauriedes zu beschließen.
- 016** Bayerischer Landtag, Drucksache 11/13859, Einstimmiger Beschluss vom 15. November 1989. Sanierung des Donauriedes.
- 017** Abgeordnetenarchiv Bayerischer Landtag–02–Vorgänge, Gesamtökologisches Gutachten. Schreiben vom 03. Januar 2001 von Dr. Werner Schnappauf wegen der Umsetzung des GÖK.

- 018** Abgeordnetenarchiv Bayerischer Landtag–02–Vorgänge 1999, Gesamtökologisches Gutachten. Schreiben des Bayerischen Staatsministers Dr. Schnappauf vom 25. August 2005. Umsetzungsmaßnahmen sind ab 2003 in Gang gekommen.
- 019** Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart 1993. Bericht der Kommission: Gewalt in den Medien. Gewaltdarstellungen im Fernsehen–Problemaufriss und Konsequenzen. Empfehlungen und Vorschläge werden unterbreitet.
- 020** Bayerischer Landtag, Strasser Johannes, Antrag DS 11/9254 vom 09. Dezember 1988. Schutz von Kindern und Jugendlichen. Gründliche Information wird gefordert.
- 021** Bayerischer Landtag, Strasser Johannes, Antrag DS 11/9254. In der Begründung zum Antrag vom 6. November 1988 wurden die negativen Auswirkungen von Medien auf die psychische Entwicklung angesprochen.
- 022** Frankfurter Rundschau, 26. November 1992 „...damit die Grausamkeit ein Ende hat“. Bericht über Unterschriftenaktion des Bayerischen Bauernverbandes gegen Gewalt in den Medien.
- 023** Münchner Merkur, 31. März 1993. Aufklärung via Bildschirm – mit schrecklichen Szenen. Frankfurter Rundschau vom 18. März 1993: Aufgeschreckte Eltern und Süddeutsche Zeitung vom 25. August: Das Programm der immerwährenden Aufholjagd.
- 024** Abgeordnetenarchiv Bayerischer Landtag–02–Vorgänge: Gewalt in den Medien. Elternbrief vom 30. März 1990. Eltern fordern aktives Handeln von der Politik.
- 025** Abgeordnetenarchiv Bayerischer Landtag–03–Bildungspolitik. Brief an Johannes Strasser, 19. Mai 2003 von Rektor Rainer Paffendorf, Theresia-Haselmayr-Schule in Dillingen. Er weist auf die zunehmende Zahl von verhaltensauffälligen Schüler hin.
- 026** Süddeutsche Zeitung vom 07. Oktober 2005. „Ansturm auf die Schulpsychologen.“ Lange Wartezeiten bei den Schulpsychologen werden beklagt.
- 027** Bayerischer Landtag, Strasser, Johannes, Antrag Drucksache 11/7160 vom 28. Juni 1988 und Beschluss zur schulpsychologischen Beratertätigkeit vom 28. Juni 1988 und DS 11/12569.
- 028** Bayerischer Landtag, Antrag Drucksache 12/195 vom 06. Dezember 1990. Bericht über den schulpsychologischen Dienst und Personalstand sollte gegeben und die weitere Entwicklung aufgezeigt werden.
- 029** Süddeutsche Zeitung vom 07. Oktober 2005. „Ansturm auf die Schulpsychologen.“ Lange Wartezeiten bei den Schulpsychologen werden beklagt. Lehrkräfte beklagen den Zustand an den Schulen und die mangelnde Unterstützung für ihre Arbeit.
- 030** dpa-Dienst, Bonn, 2. Oktober 1989: Experten, Wirtschaft und Gewerkschaften in Sorge um die Ungelernten. Vorschläge für die förderbedürftigen Jugendlichen sollten unterbreitet werden.
- 031** Augsburger Allgemeine, 6. Juli 2005: Wirtschaft beklagt Ausbildungsreife. Die Industrie- und Handelskammer in Schwaben (IHK) kritisiert das niedrige Ausbildungsniveau.
- 032** Augsburger Allgemeine vom 4. Juli 2005, Frei, Hans, Kommentar. Die Probleme am Arbeitsmarkt. Viele Klagen über fehlende Ausbildungsreife.
- 033** Abgeordnetenarchiv Bayerischer Landtag–03–Bildungspolitik. Interview mit Metzgermeister Andreas Geiger vom 3. Februar 2004. Bereitschaft auszubilden hat wegen mangelnder Qualifikation der Lehrlinge nachgelassen.
- 034** dpa-Dienst für Kulturpolitik, Bonn, 2. Oktober 1989. Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB). Stärkere Förderung von Hauptschülern.
- 035** dpa-Dienst für Kulturpolitik, Bonn, 2. Oktober 1989. Mehr Abiturienten in der Berufsausbildung.
- 036** Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Schule und Bildung in Bayern, Reihe A, Bildungsstatistik Heft 39. Entwicklung der Schulen, Schülerzahlen und Abiturienten. Die Anzahl der Abiturienten ist gestiegen.
- 037** Abgeordnetenarchiv Bayerischer Landtag–03–Bildungspolitik. Brief vom 24. März 2003 an Frau Dr. Kusterer, Verbesserung der Ausbildungssituation an Schulen, Klagen von Eltern.

- 038** dpa-Dienst für Kulturpolitik, Bonn, 2. Mai 1989. Pressekonferenz Studenten, aufgrund fehlender Studienplätze müssen Hochschulen ausgebaut werden.
- 039** Bayerischer Landtag, Beschluss vom 24. Mai 1998. Die sechsstufige Realschule wird flächen-deckend eingeführt.
- 040** Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Schule und Bildung in Bayern, Reihe A, Bildungsstatistik Heft 45, Seite 79. Auf die steigende Zahl der Realschülerinnen und Realschüler in Bayern wird verwiesen.
- 041** Abgeordnetenarchiv Bayerischer Landtag–03–Bildungspolitik. Dr. Mack Andreas, 20. Dezember 2005. Die Schulentwicklung an der Realschule in Rain am Lech.
- 042** Abgeordnetenarchiv Bayerischer Landtag–03–Bildungspolitik. Alois Riggenmann, 05. November 2005. Schülerzahlen der Realschule Lauingen und Bericht: „25 Jahre Realschule Lauingen.“
- 043** Landratsamt Dillingen, Registratur. Haushaltssatzung des Landkreises Dillingen für das Jahr 2005. Die Finanzplanung mit Investitionsprogramm von 2005 bis 2009 enthält keine Ansätze für die RS Lauingen 7. Mai 2002.
- 044** Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, Drucksache 14/9519, 7. Mai 2002. Antwort auf eine schriftliche Anfrage zu den Kosten der Schulreform durch die Einführung der R 6.
- 045** Abgeordnetenarchiv Bayerischer Landtag–03–Bildungspolitik. Vorlage für den Arbeitskreis Bildung der SPD Fraktion und Bericht über den Europäischen Bildungskongress 1987 in Berlin im ICC. Englisch darf nicht mehr Fremdsprache sein.
- 046** Bayerischer Landtag, Strasser, Johannes, Drucksache 11/5855, 21. März 1988. Englisch an Hauptschulen. Englisch soll wieder Pflichtfach werden.
- 047** Augsburgere Allgemeine, 4. März 2006. Viele haben Probleme mit Englisch. Ein Drittel der Hauptschüler können dem Unterricht nicht folgen.
- 048** Donauwörther-Zeitung, 3. März 2006. Englisch im Beruf wird immer wichtiger. Auf einen Modellversuch zur Verbesserung der Sprachkompetenz wird verwiesen.
- 049** Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 26. Oktober 2005. Informationen über den fremdsprachlichen Unterricht. Das Interesse an der russischen Sprache ist zurückgegangen.
- 050** Abgeordnetenarchiv Bayerischer Landtag–03–Bildungspolitik. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 31. Mai 2005. Rückgang der Osteuropäischen Sprachen im Fremdsprachenunterricht.
- 051** Donauwörther Zeitung, 22. Januar 2005. Der Bauernverband Dillingen wendet sich gegen die Kürzung der Vorsteuerpauschale.
- 052** Augsburgere Allgemeine, 14. Mai 1992, Pieper, Alfons: Alarmsignale für Volksparteien. Pieper fordert die Menschen an politischen Prozessen teilhaben zu lassen.
- 053** Abgeordnetenarchiv - Bayerischer Landtag - 00 - Bürgeranliegen. Strasser, Johannes: Anliegenarchiv: Bürgeranliegen 1994–1998, Buchstabe S. Die Vielzahl der Anliegen soll dokumentiert werden, um einen kleinen Einblick in die umfangreiche, oft nicht bekannte, Arbeit eines Politikers zu erhalten.
- 054** Abgeordnetenarchiv, Bayerischer Landtag-00-Anliegen. Müller, Donat, Brief vom 27. Juli 1994. Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der mittelständischer Kleinbetriebe.
- 055** Abgeordnetenarchiv, Bayerischer Landtag-00-Anliegen. 22. Juli 1998. Kommunale Spitzenverbände in Bayern zum kommunalen Finanzausgleich und Bayerischer Lehrerinnen und Lehrerverband (BLLV) wegen der Anstellungen von Junglehrer vom 17. Juli 1991.
- 056** Abgeordnetenarchiv, Bayerischer Landtag-00-Anliegen. Sprechstunden 1992. Aufzeichnungen und Vermerke von Anliegen, die in der Sprechstunde vorgebracht wurden. Terminplan von den einzelnen Sprechstunden.
- 057** Abgeordnetenarchiv - Bayerischer Landtag - 1 - Partei. Donau-Ries Aktuell, 15. Juni 1993. Strasser, Johannes: Der hautnahe oder bürgernahe Politiker. Die Bürgernähe und die politische Ferne wird

anschaulich in diesem Beitrag beschrieben.

- 058** Abgeordnetenarchiv - Bayerischer Landtag - 1 - Politik. Umfrage im Zusammenhang mit dieser Arbeit, Juni 2005. Es ging um das allgemeine Politikverständnis. Ergebnis: Politiker diskutieren und versprechen zuviel.
- 059** Abgeordnetenarchiv - Bayerischer Landtag - 1 - Politik. Vermerk über Befragung von Kommunalpolitikern. Gebührenerhöhungen vor Wahlen werden abgelehnt. Nach den Wahlen wurden sie erhöht.
- 060** Abgeordnetenarchiv - Bayerischer Landtag - 1 - Politik. Drucksache 14/9770, bei kollektiver Betroffenheit wird sofort reagiert.
- 061** Allensbacher Berichte, 2005, Nr. 12. Allensbacher Berufsprestige-Skala 2005. Erläuterungen zur Allensbacher Umfrage, 2005/ Nr. 12.
- 062** Abgeordnetenarchiv Bayerischer Landtag–1– Politik-Studenten. Vermerk: 10.Februar 2005 über eine Diskussion mit Studenten. Auch Studenten haben von Politikern, trotz gründlicher Informationen ebenfalls keine hohe Meinung.
- 063** Hamburger Morgenpost, 19. August 2005. Umfrage in 18 Ländern. Manager und Politiker haben ein schlechtes Image.
- 064** Donau-Zeitung, 19. November 2005. Macht und Image von Politikern. Die Kompetenzfähigkeit wird angezweifelt.
- 065** Österreichischer Rundfunk, Manuskript, Nachrichten, 12. September 2004. Politiker leiden unter Image-Problemen. Das Ansehen der Politiker ist gesunken.
- 066** Hofmann, Gunter/Perger, Werner A.: Richard von Weizsäcker im Gespräch. Büchergilde Gutenberg, Frankfurt am Main, 1992, S.164.
- 067** Donau-Zeitung , vom 25. September 1970: Härtl: Schon vorher DM Aufweichung. Bericht über eine gut besuchte politische Versammlung.
- 068** Abgeordnetenarchiv Bayerischer Landtag–1– Politik-Medien. 21. Februar 2001. Strasser Johannes: Die Medien in der Region Nordschwaben, Regierungsbezirk Schwaben 1972 und 2002 im Vergleich.
- 069** Bildzeitung, 26. November 2005. 7.500 Euro Weihnachtsgeld für Eichel. Sehr groß werden die Zahlen dargestellt und auf die Bewohner von Altersheimen hingewiesen, die z.B. kein Weihnachtsgeld erhalten.
- 070** Augsburgere Allgemeine, 11. Januar 2006. Schröder bezieht kein Übergangsgeld. Hier wird eine Meldung der Augsburgere Allgemeine vom 18. November 2005 korrigiert.
- 071** Münchner Merkur, 30. September 1992. Hasslinger Claus, Kommentar: Parteien müssen demokratischer werden. Kein Konsens zwischen Basis und Führung, der Bürger wendet sich ab und dies hat nach Hasslinger sechs Ursachen.
- 072** Abgeordnetenarchiv Bayerischer Landtag–1–Politik: Umfrage zur Wahlbeteiligung. Politisches Desinteresse und kein Vertrauen in die Politik sind wesentliche Ursachen.
- 073** Abgeordnetenarchiv Bayerischer Landtag–1–Politik-Wahlbeteiligung: Ergebnis der Bürgermeisterwahl vom 17. April 2005 in der Stadt Gundelfingen. Bei einer Wahlbeteiligung von 35,99 Prozent hatte der Kandidat ein Ergebnis von 95,21 Prozent.
- 074** Donau-Kurier, 22. Oktober 1991. Langer, Michael. „Die Nichtwähler sind zweitstärkste Partei. Bereits 1992 haben die Medien dieses Thema aufgegriffen und darüber berichtet.
- 075** Augsburgere Allgemeine, 29. Oktober 1992. Jugendliche halten ihr Leben für „super“. Kein Interesse an der Politik. Jugendliche trauen den Politikern nach einer Umfrage immer weniger zu.
- 076** Augsburgere Allgemeine, 24. September 1993. Jugend traut Politikern immer weniger zu. Interesse der Jugend an Politik sinkt.
- 077** Süddeutsche Zeitung 25. März 1991. Erstwähler bleiben oft der Urne fern. Immer weniger Jugendliche interessieren sich für die Politik.

- 078** Archiv SPD Donau-Ries: Rehder, Klaus, Vorlage für die Vorstandssitzung am 7. April 1992 zum Thema Politikverdrossenheit und Wahlbeteiligung.
- 079** Augsburger Allgemeine, 11. Dezember 1990. Der Rückzug ins Private wird als Grund für den Rückgang der Wahlbeteiligung angeführt.
- 080** Fassl, Peter: Volkskundliche Beischreibung, Physikatsberichte Landkreis Dillingen, Wißner Verlag Augsburg, 2002.
- 081** Beschreibung der Volksschulstellen in Schwaben, Bayerisches Schulmuseum Augsburg, 1911.
- 082** Bott, Gerhard: Leben und Arbeiten im Industriezeitalter, Konrad Theis Verlag, Stuttgart, 1985.
- 083** Fassl, Peter: Volkskundliche Beschreibung, Physikatsberichte Landkreis Dillingen, Wißner Verlag Augsburg, 2002. Hinweis auf die Kinderarbeit.
- 084** Donau-Zeitung, 8. Oktober 1970, Wittislinger Schulvorhaben für Millionen. Eine Verbandsschule entsteht. Schulgebäude in den umliegenden Dörfern werden geschlossen, ein Neubau ist notwendig.
- 085** Strasser, Johannes, 17. Oktober 1983: 1972 – die Gemeindegebietsreform, der Beginn einer Gemeinde. Beitrag für den historischen Arbeitskreis der Gemeinde Tapfheim.
- 086** Abgeordnetenarchiv–1-Landtagswahlen.Familie und Berufstätigkeit in Einklang bringen. Programm der SPD in Bayern zur Landtagswahl 1982. Gleichberechtigung steht im Grundgesetz seit 1949. Forderung nach konkreten Maßnahmen, um dieses Ziel wirklich zu erreichen.
- 087** Strasser, Johannes, Beitrag : 23. Dezember 1980, Amtsblatt der Gemeinde Tapfheim. Wo ist die Umwelt? Wo steht der Mensch? Maßnahmen für die Umwelt werden erst dann ergriffen, wenn sich das Bewusstsein des Menschen, dass er von Naturveränderungen in seiner Lebensweise unmittelbar betroffen ist, ändert.
- 088** Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, 23. Oktober 2003. Das Ministerium für Mensch und Umwelt. eine ganzheitlich Betrachtungsweise von Natur, Mensch und Umwelt zeigt sich zumindest in der verwaltungsmäßigen Gründung eines Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz.
- 089** Ahlemann, Ulrich von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung Bonn 2003; es reicht nicht mehr aus, wie z.B. in den Nachkriegsjahren, dass die Politik nur durch wirtschaftliche Themen geprägt wird.
- 090** Reinhardt, Sibylle, 1996. Braucht die Demokratie politische Bildung? Aus Politik und Zeitgeschichte B 47/96.
- 091** Abgeordnetenarchiv–1–Politik, Wie können wir in Zukunft bestehen? – CSU Grundsatzkommission von 15. April 2006, „Wegmarken für ein neues Grundsatzprogramm. Parteitag der SPD am 19.11.2001 in Nürnberg und „Die Zukunft ist grün“. Grundsatzprogramm beschlossen am 17. November 2002.
- 092** Mühleisen, Hans-Otto. Wandel und Erosion des Wertekonsensus. Gefährdung der Demokratie? Akademischer Verlag, München, 2005.
- 093** Archiv SPD Dillingen, KV-Partei. Müntefering, Franz: Rede auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD am 21. März 2004.
- 094** Financial Times, 10. März 2002: „Streben nach Sicherheit“ – Wertewandel bei der Jugend, die Vorstellungen der Jugend in vielen Bereichen haben sich innerhalb 20 Jahre wesentlich verändert. Dies geht aus der Shell-Jugendstudie hervor.
- 095** Berliner Morgenpost, 10. September 1995: Vertrauensverlust“, Bericht über eine Emnid-Umfrage. Enormer Vertrauensverlust innerhalb 10 Jahren gegenüber Parlamenten und Parteien.
- 096** Wenstedt, Rolf, Bonn, Juli 1989, Zweiwochendienst, Bildung und Politik. Welche Bildungspolitik brauchen wir für welche Gesellschaft? Bildung und Politik; unter anderem wird dargelegt, dass der Einfluss der Schule durch die neuen Technologien immer mehr schwindet.
- 097** Süddeutsche Zeitung, 24. Februar 2003: Reformen im Vorschulbereich sind wegen der enormen Einflüsse auf die Kinder notwendig.

- 098** Archiv Gemeinde Tapfheim, Landkreis Donau-Ries, Beispiel „technischer Fortschritt“ – öffentliche Verwaltung; Gemeinde Tapfheim; die Ausstattung in der Verwaltung hat sich revolutionär die letzten 30 Jahre geändert.
- 099** Donauwörther-Zeitung, 20. Dezember 1999: Änderung der Produktionsstruktur, Zuckerrübenfabrik Rain am Lech. Betriebsbesichtigung. Der technische Wandel ist nicht zu übersehen.
- 100** Bayerischer Landtag, Archiv, Bayerischer Senat, Antrag vom 4. Juni 1999. Verbesserung benachteiligter Jugendlicher. Es werden Maßnahmen zur Verbesserung weniger qualifizierter Jugendlicher gefordert.
- 101** Augsburger Allgemeine, 6. Juli 2005: Die Industrie- und Handelskammer Schwaben beklagt in den Medien die mangelnde Ausbildungsreife.
- 102** Rieser Nachrichten, 19. April 2006: Kooperatives Lernen. Akademie für Lehrerbildung in Dillingen. Schlüsselqualifikationen werden durch kooperatives Lernen gefördert.
- 103** Archiv – SPD Donau-Ries – 2 Wirtschaft. Betriebsbesichtigung Rain am Lech.
- 104** Geschäftsbericht, Bosch und Siemenshaushaltsgeräte GmbH. Robert- Bosch-Str. 16, 89407 Dillingen/Donau. Der Umsatz steigt, doch nicht im gleichen Verhältnis die Zahl der Beschäftigten. Jahresüberschuss vor Gewinn steigt ebenfalls.
- 105** Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung. Die Erwerbstätigkeit – monatlicher Zahlenspiegel 2005. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte.
- 106** Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung. Gemeindedaten Ausgabe 2002, Einwohnerzahlen.
- 107** Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung. Gemeindedaten Ausgabe 1996. Beschäftigte im Bauhauptgewerbe.
- 108** Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung. Gemeinde Daten 1996/ 2002.
- 109** Jögers, Hans-Ulrich, Stern Ausgabe 38/2004. Störung im Schlafsaal. Jögers befasst sich mit allgemeinem Misstrauen gegenüber der Politik.
- 110** Abgeordnetenarchiv–3–Ausbildung. Umfrage: Von 10 Schreinergeesellen im Alter von 45 bis 60 Jahren hatten alle nur einen Hauptschulabschluss.
- 111** Amtsblatt, Gemeinde Tapfheim; eine Schreinerei mit 7 Beschäftigten stellt einen Auszubildenden ein mit Mittlerer Reife.
- 112** Münchner Merkur, 1. Dezember 1993: Hauptschülern stehen Wege nach oben offen.
- 113** Landratsamt Dillingen, Registratur. Übersicht über die Ausbildungssituation im Landkreis Dillingen von 1970 bis 2005. Der Anteil der Hauptschüler geht zurück.
- 114** Bayerischer Landtag, Dokumentation. Fachgespräch im Bayerischen Landtag am 07. April 1997. Dietmar Franzke: Hauptschüler haben keine Chancen im mittleren Dienst.
- 115** Pressemitteilung: Dresdner Verkehrsbetriebe legen als Ausbildungsvoraussetzungen für einen Kraftfahrzeugmechatroniker mindestens einen Realschulabschluss fest.
- 116** Bundesgesetz- und Verordnungsblatt, Seite 1359, der Beruf eines Kraftfahrzeugmechatronikers wird durch die Verordnung vom 9. Juli 2003 anerkannt; der technische Fortschritt macht neue Berufe erforderlich.
- 117** Strasser, Johannes, 30. April 2004. „Vom ... Zum“. Veränderungen in der Berufs- und Arbeitswelt.
- 118** Bayerischer Landtag, 6. Dezember 1988. Protokoll über die Beratungen im Ausschuss für kulturpolitische Fragen Förderklassen für Aussiedlerkinder. Die gegenwärtigen Probleme waren bereits vor 20 Jahren bekannt.
- 119** Bayerischer Landtag, 9. Dezember 1988. Antrag: Bessere Betreuung und Förderung der Aussiedlerkinder, um die Integration überhaupt erst zu ermöglichen und zu fördern, müsse die Sprache erlernt werden.
- 120** Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und Statistisches Bundesamt in Wiesbaden. Informationsmaterial zu allen Bereichen der Politik.

- 121 Deutscher Bundestag, Archiv. Zur Sache „Wohnen im Alter“. Dokumentation einer öffentlichen Anhörung im Deutschen Bundestag, 15. März 1989. Der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre wird steigen.
- 122 Gemeindedaten, Ausgabe 1996/2002, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Alterstruktur.
- 123 Augsburgener Allgemeine, 4. November 2005, PISA – erste Ergebnisse, aber keine Entwarnung.
- 124 Oberhümer, Pamela, Wiesbaden 2004. Frühpädagogik international. Im vorschulischen Alter sind die Kinder besonders aufnahmefähig und aus Kindergartenpädagogik Gerhard Friedrich, wenn Kinder ihre Nerven bündeln.
- 125 „Schule besser machen“, Albin Dannhäuser, 2003: Pädagogische Positionen und politische Postulate; auf die große Zahl der berufstätigen Eltern wird hingewiesen und politische Reaktionen gefordert.
- 126 Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Gemeindedaten, Ausgabe 1996 und 2002, Zahl der betreuten Kinder im Vorschulalter und der Kinder insgesamt.
- 127 Donauwörther Zeitung, 9. Dezember 1995. Sechste Vormittagsgruppe wird abgelehnt. Der Kostenfaktor spielt immer wieder eine entscheidende Rolle.
- 128 Archiv SPD Dillingen, Strasser, Johannes, 17. Januar 2005: Beitrag für Vorstandssitzung. McKinseyismus greift um sich. Hier werden etwas süffisant die Ergebnisse der Unternehmensberater dargestellt.
- 129 Süddeutsche Zeitung, 28. November 2005: McKinsey für bessere Bildung. Eine Offensive für die frühkindliche Förderung und Betreuung wird gefordert.
- 130 Chill, Hanni, Hermann Meyn: Funktionen, Bonn 1998. Massenmedien und Information zur politischen Bildung. Massenmedien haben eine flächendeckende Funktion übernommen, Seite 3.
- 131 Abgeordnetenarchiv Bayerischer Landtag–03–Medien. Beispiele von Anzeigenblätter im Landkreis Dillingen; Anzeigenblätter erfahren wegen der Kombination von Werbung und Berichten und weil sie nichts kosten, eine hohe Akzeptanz.
- 132 Abgeordnetenarchiv Bayerischer Landtag–03–Medien. Der Fax-Verteiler aus dem Jahre 1996 eines Landtagsabgeordneten. Viele Gruppen müssen informiert werden.
- 133 Augsburgener Allgemeine, 10. Oktober 1970, 12. Oktober 2005 und 21. November 2005. Ausgaben im Vergleich. Beweis für die Zunahme der regionalen Berichterstattung und der Anzeigen.
- 134 Augsburgener Allgemeine, 14. Oktober 1970 und 10. Oktober 2005. Berichterstattung im Vergleich. Beispiel der Sportberichterstattung 1970 und 2005. Weniger, dafür mehr. Der einzelne Bericht ist nicht mehr so umfangreich, dafür wird über mehr Begegnungen berichtet.
- 135 Information Presse-Druck-Verlags GmbH Augsburg. Textseiten der Lokalredaktionen. Die Entwicklung von 1995 bis 2005. Wesentliche Erweiterung der regionalen Berichterstattung.
- 136 Augsburgener Allgemeine, Lokalausgaben der Augsburgener Allgemeine, Übersichtskarte, aus der das Verbreitungsgebiet und der regionale Zuschnitt hervorgeht.
- 137 Rieser Nachrichten, 24. April 2006. Bericht über das Kinderfest in Bopfingen. Bopfingen liegt in Baden-Württemberg, also nicht im Landkreis Donau-Ries. Doch die regionalen Bindungen sind groß, deshalb gibt es in Bopfingen viele Leser der Rieser Nachrichten.
- 138 Donauwörther Zeitung, 24. April 2006, berichtet auch über Ereignisse in der Gemeinde Nordendorf-Ellgau, die bis 1972 zum Landkreis Donauwörth gehörte.
- 139 Wertinger Zeitung, 22. März 2006, informiert über Auseinandersetzung zwischen Meitingen und Thierhaupten. Beide Gemeinden gehören dem Landkreis Augsburg an. Aber Meitingen hat aufgrund des in der Zwischenzeit aufgelösten Landkreises Wertingen noch viele Leserinnen und Leser der Wertinger Zeitung.
- 140 Abgeordnetenarchiv Bayerischer Landtag–03–Medien. Verbreitungsgebiet von Abonnementzeitungen außerhalb des Landkreisgebietes.

- 141 Donau-Zeitung, 30. Oktober 1970: Schulbuskosten werden erstattet. Noch aktuelle Informationen über die parlamentarische Arbeit.
- 142 Donau-Zeitung, 7. Oktober 1970: MdB Lemmrich in den USA. Ausführlich wird über die vierzehntägige verkehrspolitische Informationsreise berichtet und das Programm im Detail geschildert.
- 143 Donau-Zeitung, 10. Oktober 1970: Minister Dr. Hans Eisenmann besucht den Landkreis Dillingen. Allein sein Lebenslauf und politischer Werdegang umfasst 87 Zeilen.
- 144 Donau-Zeitung, 25. September 1970: Über eine Anfrage im Landtag mit insgesamt 15 Zeilen würde heute, wenn überhaupt, nicht mehr so umfangreich berichtet werden.
- 145 Brandwacht, Fachzeitung des Bayerischen Feuerwehrverbandes, September 1997. Der Feuerwehrmann. Beispiel für die Personifizierung des Politikers, die enorm zugenommen hat. Seine Person steht im Mittelpunkt, weniger seine inhaltlichen Aussagen zur Feuerwehr.
- 146 Archiv SPD Donau-Ries, Bundestagswahl 2005: Prospekt zur Bundestagswahl vom 18. September 2005. Es ist zwar von Rezepten die Rede, aber gemeint sind kulinarische und keine politischen Rezepte.
- 147 Archiv SPD Dillingen, Kreisverband: Prospekte und Material für verschiedene Wahlen. Aussagen werden an Stelle von Bildern zurückgedrängt.
- 148 Augsburg Allgemeine, 7. September 1970: Luftpiraten überfallen vier Flugzeuge. Die Entführung begann am 6. September 1970 nachmittags.
- 149 Donauwörther Zeitung, 31. März 2006: Stadtrat verlangt ... Bericht über die Ergebnisse einer Stadtratssitzung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Donauwörth vom Abend zuvor.
- 150 Donau-Zeitung, 28. November 2004: Bericht über die Kreissauschuss im Landkreis Dillingen am 29. November 2006.
- 151 Augsburg Allgemeine, 13. Oktober 1970: Bildungsplaner im Wettlauf mit der Zeit. Die Bildungspolitik hat einen hohen Stellenwert, bildungspolitische Perspektiven und deren Finanzierung sollen erarbeitet werden.
- 152 Donau-Zeitung, 16. Oktober 1970: In Weisingen jetzt beste Bildungschancen. In einem Zeitungsbericht wird gefordert, sich künftig mehr den Fremdsprachen zu widmen. Das Bildungsangebot wurde wesentlich erweitert.
- 153 Augsburg Allgemeine, 12. November 1970: Mengenlehre auf dem Lehrplan. Es gab große Diskussionen an den Schulen und innerhalb der Verbände.
- 154 Augsburg Allgemeine, 23. September 1970 und 18. Oktober 1970: Über viele bildungspolitischen Themen wird in den Medien berichtet; z.B. in Kultur und Leben, sowie im Studienprogramm des Fernsehens.
- 155 Bayerischer Landtag, Tagesordnung der 31. Sitzung des Ausschusses für kulturpolitische Fragen vom 2. Dezember 1971.
- 156 Donau-Zeitung, 15. Oktober 1970: Dillingen will Institut für Lehrerfortbildung. Im Studienprogramm des Fernsehen werden Unterrichtssendungen wie Grundbegriffe der Mengenlehre angeboten.
- 157 Bayerischer Landtag, Tagesordnungen: Parlamentssitzungen vom 16.02.1971 und des Ausschusses für kulturpolitische Fragen vom 21.02.1971. Viele bildungspolitische Themen bestimmen die Tagesordnung.
- 158 Bayerischer Landtag, Tätigkeitsbericht über die 7. Wahlperiode, Seite 36 und 37. Berufsbildungsgesetz und Gründung einer Universität in Augsburg auf der Tagesordnung.
- 159 Kremer, Harry Andreas: Das Ausschusswesen des Bayerischen Landtags, Beiträge zum Parlamentarismus. München, April 1989.
- 160 Kremer, Harry Andreas: Das Ausschusswesen des Bayerischen Landtags, Beiträge zum Parlamentarismus. Ausschussüberweisungen München, April 1989. Tätigkeitsberichte der Wahlperioden von 1970 bis 2003
- 161 Bayerischer Landtag, Beschlussempfehlung Drucksache 13/76773 vom 21. Januar 1997

- 162** SPD-Fraktion, Niederschrift Sitzung 12. Dezember 1972: Die SPD hätte nach den Verhandlungen mit der CSU das erste Zugriffsrecht auf den Vorsitz. Dem KU-PO (Ausschuss für kulturpolitische Fragen) wird ein hoher Stellenwert eingeräumt.
- 163** SPD-Fraktion, Niederschrift Sitzung 12. Dezember 1970: Zwei Mitglieder waren zu wählen und vier Bewerbungen gab es.
- 164** SPD-Fraktion, Niederschrift Sitzung 29. Oktober 1986: Kein Interesse am Ausschuss für kulturpolitische Fragen.
- 165** Bayerischer Landtag, Chronik des Bayerischen Landtags: Bayerische Verlagsanstalt Bamberg, 1991. In dieser Chronik werden viele Initiativen in der Bildungspolitik gerade in der 7. Wahlperiode aufgezeigt.
- 166** Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Schule und Bildung in Bayern, Reihe A, Bildungsstatistik, Heft 39. München, Dezember 2000.
- 167** Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Schule und Bildung in Bayern, Reihe A, Bildungsstatistik, Heft 39. München, Dezember 2000. Zunahmen der Zahl der Abiturienten erfordert konsequentes Handeln im universitären Bereich.
- 168** Bayerischer Landtag, Chronik des Bayerischen Landtags. Bayerische Verlagsanstalt Bamberg, 1991. Beschlüsse 1969 und 1970 zur Gründung von weiteren Universitäten im Freistaat Bayern.
- 169** Augsburger Allgemeinen vom 17. Oktober 1970: Schwabens Universität will neue Wege weisen. Schwaben stellt 14 Prozent der Bevölkerung aber nur 10 Prozent der Studenten.
- 170** Augsburger Allgemeine vom 17. Oktober 1970: Zwölftonmusik verdrängt Gründungsdissonanzen über den Festakt im Stadttheater. Auch die kritische Jugend im Lehrkörper und in der Studentenschaft wurde angesprochen.
- 171** Augsburger Allgemeine vom 17. Oktober 1970: Leitartikel von Dr. Elisabeth Emmerich. Uni 70. Dr. Emmerich setzt sich hier kritisch mit der augenblicklichen Situation der Universitäten auseinander.
- 172** Augsburger Allgemeine vom 17. und 18. Oktober 1970: Hohe Bedeutung einer Universität für die Region in der damaligen Zeit kommt hier besonders zum Ausdruck.
- 173** Augsburger Allgemeine vom 17. und 18. Oktober 1970: Grußworte anlässlich der Eröffnung der Universität Augsburg.
- 174** Donau-Zeitung vom 4. November 1970. Hinweis auf die Kreisausschusssitzung.
- 175** Augsburger Allgemeine vom 24. September 1970: Schwerpunkte: Bildung, Umweltschutz, Wohnungen. Bericht über die Beratungen zum Bundeshaushalt 1970. Auf die Notwendigkeit verwiesen, den Bildungsetat endlich wieder aufzustocken.
- 176** Augsburger Allgemeine vom 17. September 1970. Ausgaben für Bildung werden vervielfacht. Bericht mit Zahlen zum Haushalt 1971.
- 177** Augsburger Allgemeine vom 21. September 1970: Erster Vorschulkongress in der Bundesrepublik in Hannover vor 7000 (!) Pädagogen, Studenten und Eltern. Klare Aussage zur Vorschulerziehung und Forderung auf einen kostenlosen Kindergartenbesuch.
- 178** Augsburger Allgemeine vom 19. September 1970: Länder: Bildungsfinanzierung erfordert höhere Steuern. 80 bis 90 Millionen kostet die Finanzierung der Bildungsaufgaben.
- 179** Augsburger Allgemeine vom 16. Oktober 1970: Bericht über die Delegiertenversammlung der Arbeitsgemeinschaft der schwäbischen Junglehrer vom 16. Oktober 1970.
- 180** Augsburger Allgemeine vom 31. Oktober 1970: Im Landtagswahlkampf 1970 spielt die Bildungspolitik eine Rolle.
- 181** Augsburger Allgemeine vom 31. Oktober 1970, Dr. Jaeger: Erbe Adenauers verschleudert. Eine Finnlandisierung droht. Aussagen im Rahmen des Wahlkampfes zur Landtagswahl 1970.
- 182** Süddeutsche Zeitung und die Augsburger Allgemeine vom 12. April 2006: Ausführlich haben die Medien über den Besuch vom Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber in Finnland berichtet.

- 183** Augsburger Allgemeine vom 31. Oktober 1970: Erster Lehrerstreik in der Bundesrepublik angekündigt. Es geht um die Reform der Lehrerbildung.
- 184** Bayerischer Landtag, Chronik des Bayerischen Landtags. Bayerische Verlagsanstalt Bamberg, 1991. „Der Landtag beschließt die Herabsetzung des Wahlalters“.
- 185** Augsburger Allgemeine vom 31. Oktober 1970: „Verbesserung des Berufsschulunterricht unter Sozialpolitik.“ Ein System der Förderung der Berufsbildung wird angekündigt.
- 186** Gymnasium Donauwörth, Jahresbericht 1970/71. Durch den internationalen Schüleraustausch steigt das Interesse am Erlernen von Fremdsprachen.
- 187** Gymnasium Donauwörth, Jahresbericht 1970/71. Das Interesse an neusprachlichen Zweigen steigt an den Gymnasien, aufgezeigt am Beispiel des Gymnasiums Donauwörth.
- 188** Gymnasium Donauwörth, Jahresbericht 1970/71. Oberstudiendirektor Kolz berichtet über die versuchsweise Einführung der 5-Tagewoche, die vom Bayerischen Landtag 1970 für das Schuljahr 1971/1972 beschlossen wurde.
- 189** Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 16/1977. Bayerisches Kindergartengesetz vom 25. Juli 1972. Unterschiedliche Meinungen im Landtag wegen der Finanzierung.
- 190** Bayerischer Landtag, Chronik des Bayerischen Landtags. Bayerische Verlagsanstalt Bamberg, 1991. 12. Juli 1972: Per Gesetz werden die Pädagogischen Hochschulen voll in die Universitäten integriert.
- 191** Bayerischer Landtag. Tätigkeitsbericht 7. Wahlperiode 1970 bis 1974. Auswertung bildungspolitischer Aktivitäten, wie Gesetze und Anträge nehmen in der Gesamtarbeit des Parlaments einen großen Umfang ein.
- 192** Die Bayerische Schule, Verbandszeitschrift des Bayerischen Lehrerinnen und Lehrerverbandes. 16. Januar 1970: Beispiele für die Diskussion um Lehrpläne in einigen Ausgaben 1970.
- 193** Gymnasium Donauwörth, Jahresbericht 1970/71. Das Interesse an neuen Sprachen steigt.
- 194** Fernsehprogramm, Studienprogramm des Fernsehen, 3. Programm, 29. September 1970. Es werden Sendungen mit Unterrichtsthemen für Lehrkräfte ausgestrahlt.
- 195** Archiv, SPD Dillingen – Landtagswahlen. Programme der CSU, der SPD, der FDP und Bündnis 90 Die Grünen zu den Landtagswahlen 1994, 1998 und 2003. Fragen der Bildung werden wieder öfter genannt und konkrete Aussagen in den Programmen getroffen.
- 196** SPD–Landtagsfraktion, Dokumentation zum Bildungskongress am 14. März 1998. Schule der Zukunft: Was muss sie lernen? Bildungspolitische Visionen und politische Forderungen.
- 197** Abgeordnetenarchiv, Schriftverkehr-Bürgeranliegen. Mütter gegen Schulnot; Resolution und Schriftverkehr aus den Jahren 1987 und 1988. Forderungen sind nach wie vor aktuell.
- 198** Donau-Zeitung vom 2. Juni 2005: KEG: Sparpolitik nicht auf dem Rücken der Kinder. Vor 100 Delegierten wird die Senkung der Klassenstärken gefordert.
- 199** Donauwörther Zeitung vom 18. Januar 1995: Jahr der Familie nur eine Worthülse? Politiker wurden befragt und es wurde hierüber berichtet.
- 200** Bayerischer Philologenverband, Zeitschrift Januar 2006: Das Gymnasium in Bayern, Stellenwert des Gymnasiums erhalten, Bericht über einen Parlamentarischen Abend; Aussagen werden getätigt und Positionen abgegeben.
- 201** Archiv SPD Donau-Ries, Landtagswahl 1986. Ein Grundsatzreferat, das Thema Bildung kommt nur am Rande in Kapitel 4.4. vor.
- 202** Archiv SPD Donau-Ries, Landtagswahl 1990. Musterrede, erstellt vom SPD–Landesverband; sie umfasst 14 Seiten, kein Kapitel wird der Bildungspolitik gewidmet, obwohl diese noch zu den spezifischen Aufgaben der Landespolitik gehört.
- 203** Archiv SPD Donau-Ries, Landtagswahl 1990. Grundsatzreferat zur Landtagswahl 1990 auf die Regionen, z.B. Landkreise bezogen. Auf Seite 9 des 12-seitigen Konzepts wird die Bildung erwähnt.
- 204** Bayerischer Landtag, Tätigkeitsberichte 12. und 13. und 15. Wahlperiode bis 31.12.2005 Eingaben oder Petitionen welche die Bildungspolitik betreffen.

- 205** Bayerischer Landtag, Sitzung 8. Dezember 2005: Tagesordnung: Ausschuss für kulturpolitische Fragen.
- 206** Bayerischer Landtag, Eingabe des Kollegstufenjahrgang 1993/1995 der Englischen Fräulein in Aschaffenburg vom 19. März 1993. Verstärkung der politischen Bildung an Gymnasien. Behandelt in der Sitzung vom 10. März 1995. Beschluss Anliegen ist berechtigt.
- 207** Bayerischer Landtag, in Chronik des Bayerischen Landtag, Bayerische Verlagsanstalt Bamberg, 1991. Landtagsbeschluss vom 12. Juli 1972. Kindergärten werden Teil des Bildungswesen; für 560.000 Kinder unter sechs Jahren standen nur 200.000 Kindergartenplätze zur Verfügung.
- 208** Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, Haushaltspläne, Auswertung, Kindergartenpersonal-kostenförderung seit dem Jahre 1973.
- 209** Bayerischer Landtag, Archiv. Kinderbetreuungsgesetz wird am 30. Juni 2005 um Mitternacht im Bayerischen Landtag verabschiedet. Die Finanzierung wird umgestellt; für einigen Kindergärten gibt es nach Auffassung der Bayerischen Staatsregierung finanzielle Verluste.
- 210** Abgeordnetenarchiv, Registratur Vorgänge–02. Kindergartenförderung. Über ein neues Finanzierungskonzept wird über 5 Jahre verhandelt, diskutiert und debattiert, wie aus dem Schriftverkehr vom 20. Juni 2001 mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung und verschiedene Anträgen hervorgeht.
- 211** Abgeordnetenarchiv, Registratur Vorgänge–02, Pressemitteilung vom 31. Juli 2000. Die Kindergartenförderung soll neu konzipiert werden. Die Gruppenförderung wird umgestellt in eine Förderung pro Kind; Träger von Einrichtungen sehen Probleme. Nach sechsjähriger Diskussion wird das Gesetz verabschiedet, bereits im Jahre 2000 wurden die Vorstellungen für eine neue Finanzierung kritisch gesehen.
- 212** Textor, Martin., Münster: Monsenstein und Vannerdat 2006. Kindergartenpädagogik. Frühe Bildung sichert Zukunftsfähigkeit.
- 213** Frankfurter Allgemeine Zeitung: Geist im Alter, Beitrag vom Paul B. Baltes und Ulman Lindenberger, beide vom Max-Planck-Institut Berlin, die Reifung des Gehirnes scheint biologisch terminiert. Daher besondere Anforderung an die frühe Bildung, 23. Oktober 2004.
- 214** Bayerischer Landtag vom 03. April 2003 und Interpellation DS 14/5261.
- 215** Donau-Zeitung vom 11. September 2002: Kindergarten gute Geldanlage. Auf eine Studie der Universität Bielefeld wird verwiesen. Wer 4.100 Euro in einen Kindergartenplatz investiert erzielt 15.850 Euro an volkswirtschaftlicher Wertschöpfung.
- 216** Augsburger Allgemeine, 4. Dezember 2005: PISA 2003. Fit durch den Kindergarten? Jugendliche, die über ein Jahr an der Vorschule teilgenommen haben, waren bis zu einer Kompetenzstufe erfolgreicher.
- 217** Süddeutsche Zeitung, Journalist Tanjev Schultz, vom 28. November 2005: Abkehr von der Halbtagsbildung. Die Abkehr von Halbtagschulen ist überfällig.
- 218** Archiv SPD–Landtagsfraktion, Klartext vom 23. Oktober 2004 und Klassenstärken im Vergleich von Franz Maget, 23. Mai 2005. Donau-Zeitung vom 26. Mai 2005: KEG. Sparpolitik nicht auf dem Rücken der Kinder. Vor 100 Delegierten wird die Senkung der Klassenstärken gefordert.
- 219** Bayerischer Lehrerinnen und Lehrerverband (BLLV), München 2005. Dannhäuser, Albin, Präsident. Regierungserklärung zur neuen Legislaturperiode, November 2006.
- 220** Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Schule und Bildung in Bayern, Reihe A, Bildungsstatistik 2002. Heft 42 und Bayerischer Landtag, Drucksache 13/11222. Schülerzahlen, Lehrerplanstellen und Stundentafeln.
- 221** Bayerischer Landtag, schriftliche Anfrage, Abgeordneter Wolfgang Gartzke, DS 14/2464 vom 29. Oktober 1999. Vergleich Übertrittssituation an weiterführende Schulen Oberpfalz und Bayern.
- 222** Bayerischer Landtag, Niederschrift über die Beratungen vom 25. November 1987. Erziehungs- und Unterrichtsgesetz, Einführung qualifizierten beruflichen Bildungsabschlusses (Quabi) an Hauptschulen.

- 223** Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband, Geschäftsberichte 1981, 1987–1990. Konzeption zur Hauptschule, Vorschläge für die Stärkung der Hauptschule.
- 224** Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband, Klaus Wenzel, Leiter der Abteilung Schul- und Bildungspolitik BLLV. Konzepte für die Hauptschule, als Regionalschule, 16.02.2000 in Laimering.
- 225** Bayerischer Landtag, Beschluss vom 22. Juli 2004, DS 15/1562. Schulorganisation an den Hauptschulen. Teilhauptschulen und Hauptschulen werden als Folge geschlossen.
- 226** Baden-Württembergischer Handwerkstag, Verbandszeitschrift im November 2003. Neun gemeinsame Jahre werden gefordert und tritt somit für eine längere Grundschulzeit ein.
- 227** Süddeutschen Zeitung Bericht vom 29. Oktober 2005: Zweiter Weg zum Abitur, über Fachoberschule, Berufsoberschule zum Abitur. Weg ist schwer zu vermitteln.
- 228** Donauwörther Zeitung vom 23. Dezember 1994: Für ein zehntes Schuljahr. Bericht aus der Allgäuer Zeitung vom 9. März 1995. Schüler und Lehrer von der Zehnten begeistert.
- 229** Bayerischer Landtag, Antrag Drucksache 12/ 13462 vom 11. November 1993: Gemeinsame Haupt- und Realschule.
- 230** Bayerischer Landtag, Antrag Drucksache 13/ 4303. vom 14. März 1996: Weiterentwicklung der Hauptschule.
- 231** Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband, München. Bayerische Schule, Ausgabe April 1998, Forderung nach einer starken Hauptschule.
- 232** Süddeutsche Zeitung, Kassian Stroh, München 25. Oktober 2005: Schwierige Hausaufgabe für die Landtags-CSU. Über die Schließung von Hauptschulen wird kontrovers diskutiert.
- 233** Bayerische Staatskanzlei, München. Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber im Bayerischen Landtag am 23. Oktober 2003: Die Gymnasialzeit wird verkürzt.
- 234** Augsburger Allgemeine, 17. März 2004: Unterrichtsausfall an Gymnasien. Städtetag droht mit Klage wegen Konnexität bei der Mittagsbetreuung.
- 235** Bayerischer Landtag, München. Tagesordnung Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport, Sitzung am 15. Juni 2005. Mit einer Vielzahl von Eingaben muss sich der Ausschuss befassen. Die organisatorischen Mängel werden in den Eingaben angesprochen.
- 236** Augsburger Allgemeine, Uli Bachmeier, 18. September 2005: Eltern sehen in der Einführung des G 8 große Mängel. Lehrer fehlen und Unterrichtsausfall wird bestätigt.
- 237** Bayerischer Verfassungsgerichtshof München, Urteil vom 17. Mai 2006: G 8 ist verfassungsgemäß zustande gekommen. Popularklage wurde abgewiesen.
- 238** Bayerischer Landtag, München. Drucksache 14/6926: Konzept der Bayerischen Staatsregierung zur flächendeckenden Einführung der sechsstufigen Realschule.
- 239** Landratsamt Dillingen, Registratur, Niederschrift Kreisausschuss, 3. Mai 1999: Die sechsstufige Realschule in Lauingen wird beantragt.
- 240** Realschule Lauingen, Mitteilung an die Eltern vom 7. November 2005: Es gibt keine Aushilfslehrkräfte. Dies erfordert eine Umverteilung des Unterrichts.
- 241** Realschule Lauingen, Verwaltung. Statistik vom 05. Dezember 2005: Ständig steigende Schülerzahlen führen zu Raumproblemen.
- 242** Donau-Zeitung 3. April 2006: Lauinger Realschule hat Raumproblem. Stadtrat war vor Ort um sich zu informieren. Mehr Räumlichkeiten, Forderung des Lauinger Stadtrates gegenüber dem Landkreis Dillingen.
- 243** Landratsamt Dillingen, Registratur, Niederschrift Kreisausschuss, 05. Dezember 1994: Bewerbung um einen Modellversuch sechsstufige Realschule.
- 244** Wertinger Zeitung, 18. Februar 2004: Teilhauptschulen in der Region von Wertingen werden geschlossen.
- 245** Landratsamt Dillingen, Registratur, Niederschrift Kreisausschuss, 3. Mai 1999: Antrag für sechsstufige Realschule und Bereitstellung von Haushaltsmittel.

- 246** Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung. Veröffentlichung 1999: Zahl der Studenten steigt.
- 247** Bayerischer Landtag, Archiv, Beschluss vom 17. Dezember 1969: Perspektive für die Universität Augsburg, was die Studentenzahl betrifft.
- 248** Archiv Hauptschule Höchstädt, Landkreis Dillingen. Stundenplan der 9.Klasse Volksschule im Schuljahr 1970/1971. Englisch wurde in der Außenstelle in Lutzingen unterrichtet.
- 249** Bayerischer Landtag, Archiv. Drucksache 11/5855. Antrag des Abgeordneten Johannes Strasser: Englisch an Hauptschulen soll wieder Pflichtfach werden.
- 250** Bayerischer Landtag, Archiv. Drucksache 11/8459. Ein Prüfungsantrag wurde beschlossen.
- 251** Verband der Handelslehrer (VDH). VDH-Mitteilungen 3–4, 1991: Der VDH fordert wieder die Einführung von Englisch an Hauptschulen als Pflichtfach.
- 252** Augsburgere Allgemeine, 13. Dezember 2005: Lieber Laufen statt im Taxi Mama. Mehr Bewegung für die Schüler wird gefordert.
- 253** Bayerischer Landtag, Archiv. Dokumentation zur öffentlichen Anhörung vom 4. Dezember 1995 der SPD-Fraktion zum Thema Schulsport.
- 254** Augsburgere Allgemeine, 31. Oktober 2005: PISA Chancen von Arbeiterkinder das Abitur zu erreichen sind geringer.
- 255** Bayerischer Landtag, Archiv. DS 12/873. Bildungsunterschied zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen.
- 256** Gymnasium Donauwörth, Jahresbericht 1962. Berufsstruktur der Eltern der Gymnasiasten.
- 257** Gymnasium Eichstätt, Jahresbericht 1962. Berufsstruktur der Erziehungsberechtigten.
- 258** Bayerischer Landtag, Archiv. Schriftliche Anfrage von Wolfgang Gartzke. Drucksache 14/2464 vom 29. Oktober 1999: Übertrittsquoten weiterführender Schulen in Bayern.
- 259** Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München. Zeitschrift Januar 2000. Regionale Einkommensunterschiede.
- 260** Landkreis Dillingen, Aufstellung der Kreisverwaltung über Straßenbauprojekte, die der Landkreis anstelle des Freistaates Bayern gebaut und finanziert hat.
- 261** Landkreis Dillingen, Haushaltsplan 2006. Der Investitionsbedarf der Bildungseinrichtungen wurde aufgezeigt.
- 262** Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Schule und Bildung in Bayern, Reihe A, Bildungsstatistik Heft 39. Entwicklung der Schulen, Schülerzahlen und Abiturienten. Die Anzahl der Abiturienten ist gestiegen.
- 263** Financial Times Deutschland, 28. Oktober 2004: Bildung zahlt Zinsen. Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik nach Ansicht der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft.
- 264** Umfrage Bildungspolitik Uni Augsburg: Bedeutung von politischen Themen. Umfrage im Zusammenhang mit dieser Arbeit. Bildungspolitik gewinnt an Bedeutung.
- 265** Bayerisches Staatsministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen. Organisationsplan und Geschäftsverteilung. Kindergartenwesen ist dem Sozialministerium zugeordnet.
- 266** Die Welt, 28. Februar 2001: Bildungstatort Kindergarten. Ist ein Kindergarten eine Verwahranstalt oder eine Bildungsanstalt. Über die Forderung von Johannes Strasser, die Kindergartenpolitik dem Bildungsministerium zuzuordnen wird berichtet.
- 267** Financial Times Deutschland, 20. Februar 2004: Zukunft der Bildung, Teil 10, Bildungsökonomie. Kosten und Nutzen errechnen lassen.
- 268** Bayerischer Landtag, Archiv, Strasser, Johannes: Vorlage, Pressekonferenz, 3.12.1997. Schule – Was darf sie kosten?
- 269** Bayerischer Landtag, Archiv, Strasser, Johannes: Vorlage, Pressekonferenz, 19.04.1999. Bildungsinvestitionen: Anschlag für innere Schulreform.
- 270** Abgeordnetenarchiv SPD Donau-Ries, Landtagswahl 1982: Mit uns in Bayern für mehr Rechte und Verantwortung der Bürger. Ein Programmpunkt war die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- 271 Straubinger Tagblatt, 18. August 2001: Nicht einseitig auf Ganztagschulen setzen. Kritik vom Städtetag weist die Bayerische Staatsregierung zurück.
- 272 Landespressedienst Bayern (lby), 10. Juli 1989: Bayerischer Philologenverband. Vorsitzender Rainer Rupp: Philologenverband gegen Ganztagsverschulung.
- 273 Donauwörther Zeitung, 16. Oktober 2005: Ganztagsbetreuung in Theorie und Praxis. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden auch die verschiedenen gesellschaftlichen Tendenzen angesprochen.
- 274 Bayerischer Landtag, Archiv. Drucksache 14/ 7706: Dringlichkeitsantrag. Maßnahmen für ein verantwortungsvolle Sicherheitspolitik werden gefordert. Die kollektive Betroffenheit zwingt die Politik zum unverzüglichen Handeln.
- 275 Bayerischer Landtag, Archiv. Drucksache 14/12257: Ein neues Verbraucherministerium wird geschaffen. Die Politik hat unverzüglich gehandelt.
- 276 Westdeutsche Zeitung, 18. März 2006. Lamparth, Brigitta: Nach PISA-Schock. Mit der Bildung geht es aufwärts.
- 277 Augsburger Allgemeine, 31. Oktober 2005 und Kommentar von Ursula Ernst-Flaskamp: Wir haben nichts zu verschenken.
- 278 Abgeordnetenarchiv–1–politische Arbeit: Parlamentarische Abende, Vermerk vom 25. Oktober 1999. Oft wird nur sehr eng im Verbandsbewusstsein diskutiert und größere Zusammenhänge nicht erörtert.
- 279 Abgeordnetenarchiv–1–politische Arbeit: Wahlprogrammen zu Landtagswahlen 1998, 2003.
- 280 Abgeordnetenarchiv–1–politische Arbeit. Wahlprogramme zu den Landtagswahlen 1986 und 1990.
- 281 Abgeordnetenarchiv–1–politische Arbeit: Landtagswahl 2003, Wahlprogramme. Alle Parteien haben sich bei den letzten Landtagswahlen zu bildungspolitischen Themen geäußert im Gegensatz zu früheren Jahren.
- 282 Augsburger Allgemeine, 16. April 2006: Leserbriefe zum Thema Bildungspolitik, speziell zum G8.
- 283 Donau-Zeitung, 23. April 2006: Bildung braucht einen langen Atem. Aussage von Ministerialdirektor Dr. Böck bei einem Festakt der Stadt Dillingen.
- 284 Süddeutsche Zeitung, 6. April 2006: Mehr Geld für Bildung. EU-Parlament und Ministerrat einigen sich. Zusätzliche Mittel sollen in die Finanzplanung bis 2013 in Bildung und Forschung fließen.
- 285 Münchner Merkur, 27. November 1993: Eltern beklagen die schlechten Bedingungen an Schulen. Probleme wie Gewalt an Schulen, Lernen in viel zu großen Klassen.
- 286 Bayerischer Landtag, Maximilianeum, Ausgabe 1/1998, Seite 5: Landtagspräsident Dr. Franz Heubl weist darauf hin, dass nur ein gut informierter Bürger seinen politischen Willen tun kann.
- 287 Akademie für politische Bildung Tutzing, Seminar 12. bis 13. Mai 2006: Vom Vorbild zum Zerrbild, Politiker-Image in der Mediokratie.
- 288 Akademie für politische Bildung Tutzing, Seminar 13. bis 17. Februar 2006: Demokratieerziehung in der Hauptschule.
- 289 Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, Haushaltsplan 2005/2006, Einzelplan 05. Zuschuss für die Akademie wird um 350.000 Euro gekürzt.
- 290 Sozialdemokratische Presse–Korrespondenz, 20. September 1996. Strasser, Johannes: Im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen wird ein Beispiel für Festlegung von Dringlichkeiten im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Bedeutung angeführt.
- 291 Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, Haushaltsplan 2005/2006, Einzelplan Haushalt öffentliche Volksschulen und Gymnasien.
- 292 Abgeordnetenarchiv–1–politische Arbeit, Auszug aus Fraktionsprotokoll 17. März 1993. An die Geschlossenheit der Abgeordneten wird appelliert. Diskussion im Zusammenhang mit den in der Öffentlichkeit kritisierten Parlamentsreisen.
- 293 Augsburger Allgemeine, 17. Februar 1993: Es wird über Parlamentarierreisen berichtet, die Firmen eventuell gesponsert haben. Ergebnis – Betriebsprüfung in München.

- 294** Fischer, Arthur 2000: Jugend und Politik. 13. Shell Jugendstudie. Das politische Interesse der Jugendlichen wird dargestellt.
- 295** Donauwörther Zeitung, 6. Juli 1992: Ohne Parteien gibt's keine Demokratie. Auf die Bedeutung der Parteien in einem demokratischen Staat wird hingewiesen.
- 296** Abgeordnetenarchiv-1-politische Arbeit: Parteiprogramme 2002 und 2005.
- 297** Abgeordnetenarchiv-1-politische Arbeit: Auszeichnungen über längere Zeiträume.
- 298** Bayerischer Landtag Volkshandbuch, 2. Auflage, 30. Januar 2006. Berufsstatistik, Stand: Januar 2006. Insgesamt sind von 80 Parlamentarier 74 Selbstständig und 68 gehörten dem öffentlichen Dienst an.
- 299** Financial Times Deutschland, 5. Januar 2006: Abgeordnete in der Krise. Als politischer Korrespondent fordert Peter Ehrlich eine präzise Regelung für die Nebentätigkeit von Politikern.
- 300** Bayerischer Landtag Volkshandbuch, 2. Auflage, 30. Januar 2006: Die kommunalen Ehrenämter sind bei den einzelnen Parlamentariern aufgeführt.
- 301** Landratsamt Dillingen, Registratur-Niederschriften u.a. 22. und 25. Sitzung Kreisausschuss. Aus den Niederschriften geht die oftmalige Abwesenheit der Parlamentarier hervor.
- 302** Abgeordnetenarchiv-1-politische Arbeit. Strasser, Johannes, Aufzeichnungen 1998, 2002: Verträge das Amt eines Politikers noch nebenbei andere Aufgaben. Beobachtungen und Auswertungen.
- 303** Donauwörther Zeitung, 14. März 1986: Die Abgeordneten Hans Raidel, Bundestag, Georg Schmid und Johannes Strasser erreichen hervorragende Ergebnisse bei der Kommunalwahl 1996.
- 304** Donau-Zeitung, 7. November 2002: Lauinger Ostspange soll zur Staatsstraße werden. Ein Verwaltungsvorgang ohne Einfluss von Seiten der Politik, trotzdem kümmern sich Politiker darum.
- 305** Abgeordnetenarchiv-1-Politik, Strasser, Johannes, 15. Oktober 2005: Beitrag für die Ortsvereinszeitschrift der SPD Lauingen. Politiker sind keine Übermenschen.
- 306** Abgeordnetenarchiv-1-Politik, Aufzeichnungen aus den Jahren über die Arbeit eines Abgeordneten für Informationen im Zusammenhang mit Landtagsfahrten von Gruppen.
- 307** Bayerischer Landtag, Archiv. Drucksache 14/7893 vom 8. November 2001: Antrag zum Thema Rauchmelder. Rauchmelder für alle Wohnungen. Aufgrund eines Gespräches mit dem Landesfeuerwehrverband.
- 308** Bayerischer Landtag, Archiv. Drucksache 11/7158 vom 28. Juni 1988: Dirigenten sollen ähnlich wie die Übungsleiter bei den Sportvereinen gefördert werden.
- 309** Bayerischer Landtag, Archiv. Drucksache 13/6063 vom 24. Oktober 1996: Über den Ausbau der Staatsstraßen, für die der Freistaat Bayern zuständig ist, soll berichtet werden.
- 310** Abgeordnetenarchiv-1-Politik, Aufzeichnungen aus den Jahren über den Posteingang einer Woche, um gründliche Informationen anschaulich geben zu können.
- 311** Kremer, Harry Andreas, Direktor des Bayerischen Landtags: Wider die Verdrossenheit, September 1994. Das Parlament muss sich öffnen und der Bevölkerung die echte Realität vermitteln.
- 312** Abgeordnetenarchiv-1-Landtagswahl 1994: Politiker sind bei der Eröffnung von Landkreisausstellungen und besonderen Anlässen in großer Vielzahl vertreten.
- 313** Abgeordnetenarchiv-1-Landtagswahl 2003: Rechenschaftsbericht über Initiativen im Bayerischen Landtag.
- 314** Bayerischer Landtag, Archiv. Drucksache 13/9084: Pakt für die Schwächeren. Antrag mit dem Ziel die Ausbildungsreife zu verbessern.
- 315** Bayerischer Landtag, Archiv. Drucksache 13/6773 zum Antrag Drucksache 13/2623: Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport entscheidet positiv, der Haushaltsausschuss lehnt ab.
- 316** Bayerischer Landtag, Archiv. Drucksache 12/16877 und 15/2692: Schulfinanzierungsgesetz 1995 abgelehnt und 2005 beschlossen.
- 317** Stadt München, Homepage, muenchen.de, 24. September 2005: Ob ein Schulgeld erhoben wird, steht noch nicht fest.

- 318** SPD-Landtagsfraktion, Archiv, Einsetzen einer Kommission zur zukünftigen Rolle des Landtags, 22. Mai 1996: Der Arbeitskreis für Parlamentsfragen hat eine Initiative eingeleitet.
- 319** Bayerischer Landtag, Archiv: Tätigkeitsberichte der 13., 14. und 15. Wahlperiode.
- 320** Bayerischer Landtag, Archiv: Volkshandbücher der 13., 14. und 15. Wahlperiode.
- 321** Kremer, Harry Andreas, Direktor des Bayerischen Landtags: Wider die Verdrossenheit, September 1994. Das Parlament muss sich selbst stets reformieren.
- 322** Bayerischer Landtag, Archiv: Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags vom 17. März 2004.
- 323** Bayerischer Landtag, Archiv. Drucksache 15/2692: Beratungsablauf . Der Gesetzentwurf wird dreimal im Plenum und viermal in Ausschüssen behandelt.
- 324** Drucksache 15/2215: Beratungsablauf. Förderung der Sprachkompetenz.
- 325** Bayerischer Landtag, Archiv: Sitzungsübersicht. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat in jeder Legislaturperiode mit Abstand die meisten Sitzungen.
- 326** Bayerischer Landtag, Archiv, Drucksache 14/88: Sitzung vom 14. Mai 2002. Gesamtbeschluss, Seite 6318 über Anträge, die nicht einzeln beraten wurden.
- 327** Bayerischer Landtag, Archiv, Drucksache 15/3628, 26. Juni 2005: Vier Ausschüsse waren mit diesem Antrag beschäftigt.
- 328** Bayerischer Landtag, Archiv, Niederschrift vom 14. Mai 2002: Ein Beschluss über 17 Anträge.
- 329** Bayerischer Landtag, Archiv, Drucksache 15/3511 8. Juni 2005: Der Antrag wurde ebenfalls in fünf Ausschusssitzungen behandelt.
- 330** Bayerischer Landtag, Archiv, Drucksache 13/2923 vom 19. Oktober 1995: Beispiel für unterschiedliche Beratungsergebnisse, Bildungsausschuss stimmt zu, Haushaltsausschuss lehnt ab.
- 331** Abgeordnetenarchiv-1-Landtag: Vollzugmitteilung Nr. 128. In regelmäßigen Abständen werden die Parlamentarier über den Vollzug der gefassten Beschlüsse informiert.
- 332** Abgeordnetenarchiv-3-Kindergärten: Information über eine Vollzugsmittteilung vom 12. Januar 2004, dass die Finanzierung der Kindergärten weiter gesichert ist.
- 333** Bayerischer Landtag, Archiv, Drucksache 13/2933 vom 19. Oktober 1995 und 13/6773 vom 21. Oktober 1997: Initiativen zur Stärkung der Hauptschulen hatten eine Beratungsdauer von 16 Monaten.
- 334** SPD Donau-Ries, Archiv, Strasser, Johannes, 14. Oktober 1987: Beitrag zum Thema Kontrolle, Vorlage SPD-Vorstandtschaft.
- 335** Landespressedienst Bayern (lby), 29. Juni 1989: Das Vorbeifahren an Schulbussen soll untersagt werden. Bericht über Vorschläge von Innenminister Dr. Edmund Stoiber.
- 336** Abgeordneten Archiv-Vorgänge 02: Schriftverkehr vom 14. Juni 1989 zwischen Innenminister Dr. Stoiber und dem Bundesverkehrsminister Innenminister Dr. Zimmermann.
- 337** Donauwörther Zeitung, 17. April 1989: Dr. Glotz: Nur das versprechen was man halten kann. Ein Appell an die Mandatsträger bei einer Versammlung in Donauwörth.
- 338** SPD Donau-Ries, Archiv. Niederschrift über den Parteitag auf Kreisebene vom 14. September 1986: Es gab keine Aussprache zu den umfangreichen Berichten.

9 Quellen- und Literaturangaben

9.1 Quellenverzeichnis

- Augsburger Allgemeine:** Ausgaben gebunden, Januar bis Dezember 1969.
- Augsburger Allgemeine:** Ausgaben gebunden, Januar bis Dezember 1970.
- Augsburger Allgemeine:** Ausgaben gebunden, Januar bis Dezember 1971.
- Augsburger Allgemeine:** Ausgaben gebunden, Januar bis Dezember 1972.
- Bayerischer Landtag:** Das Ausschusswesen des Bayerischen Landtags, 1989.
- Bayerischer Landtag:** Eine Chronik. Bayerische Verlagsanstalt, Bamberg 1990.
- Bayerischer Lehrerinnen- und Lehrerverband:** Mitteilungsblatt, München, 1990.
- Bayerischer Lehrerinnen- und Lehrerverband:** Mitteilungsblatt, München, 1992.
- Bayerischer Landtag:** 50 Jahre Bayerische Verfassung und Bayerischer Landtag, München 1996.
- Bayerischer Landtag:** Verabschiedet sich der Staat aus seiner Ausbildungspflicht?
Fachgespräch, Dokumentation, 17. April 1997.
- SPD-Landtagsfraktion:** Bildung 2000: Dokumentation über den Zukunftskongress.Nürnberg, Dezember 1989.
- CSU-Landtagsfraktion:** Bildung: Erfolg in der Schule – Freude an der Schule, bildungspolitisches Positionspapier der CSU. München 1986.
- Bayerisches-Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Forschung:**
Wissen und Werte für die Welt von morgen. Dokumentation zum Bildungskongress.
Ludwig-Maximilians-Universität München, April 1998.
- Bildungspolitische Position der Spitzenverbände der Wirtschaft:**
Differenzierung, Durchlässigkeit und Leistung, Köln 1992.
- SPD-Landtagsfraktion:** Bildung und Arbeit, **Resolution Parteitag der Bayern SPD,**
Memmingen April 1997.
- SPD-Landtagsfraktion:** Bildungsoffensive für Bayern, Aufbruch zur neuen Schule,
Schulbrief der SPD-Landtagsfraktion. München, Januar 1998.
- SPD-Kreisverbandes:** Donau-Ries Aktuell, gebunden, Informationsschrift, Donauwörth 1990-1994.
- Bayerischer Landtag:** Drucksachen: 07. Wahlperiode 1970/1974.
- Bayerischer Landtag:** Drucksachen: 08. Wahlperiode 1974/1978.
- Bayerischer Landtag:** Drucksachen: 09. Wahlperiode 1978/1982.
- Bayerischer Landtag:** Drucksachen: 10. Wahlperiode 1982/1986.
- Bayerischer Landtag:** Drucksachen: 11. Wahlperiode 1986/1990.
- Bayerischer Landtag:** Drucksachen: 12. Wahlperiode 1990/1994.
- Bayerischer Landtag:** Drucksachen: 13. Wahlperiode 1994/1998.
- Bayerischer Landtag:** Drucksachen: 14. Wahlperiode 1998/2003.
- Bayerischer Landtag:** Tätigkeitsberichte der 7. bis 14. Wahlperiode, gebunden.
- Staatsministerium für Unterricht und Kultus:** Erwachsenenbildung:
Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung, München 1974.
- Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen:**
Gesamtökologisches Gutachten (GÖG) Donauried, München, April 1999.
- Bayerische Landeszentrale für politische Bildung:** Grundgesetz für die
Bundesrepublik Deutschland. Bayerische Landeszentrale für Politik, München 2004.
- CDU Deutschland:** Grundsatzprogramm der, Hamburg 1994.
- SPD-Kreisverbandes:** Gründonnerstagsgespräch SPD Donau-Ries,
Pressevorlagen, Donauwörth, 1986. Gründonnerstagsgespräch SPD Donau-Ries, Pressevorlagen, 1988.
- Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung:**
Neue Hochschulstandorte in Bayern, München 1991.

- Gymnasium Donauwörth:** Jahresberichte 1970 bis 2004.
- Gymnasium Eichstätt:** Jahresberichte 1964/65.
- Gymnasium Lauingen:** Jahresbericht des Deutschen Gymnasiums und Instituts für Lehrerbildung, Lauingen a. d. Donau 1955/56.
- Bayerischer Landtag:** Maximilianeum: Aus dem Bayerischen Landtag, Verlag Bayerische Staatszeitung 1989.
- Bayerischer Landtag:** Maximilianeum: Aus dem Bayerischen Landtag, Verlag Bayerische Staatszeitung 1990.
- Bayerischer Landtag:** Maximilianeum: Aus dem Bayerischen Landtag, Verlag Bayerische Staatszeitung 1995.
- Bayerischer Landtag:** Maximilianeum: Aus dem Bayerischen Landtag, Verlag Bayerische Staatszeitung 1998.
- Bayerischer Landtag:** Maximilianeum: Aus dem Bayerischen Landtag, Verlag Bayerische Staatszeitung 1999.
- Bayerischer Landtag:** Maximilianeum: Aus dem Bayerischen Landtag, Verlag Bayerische Staatszeitung 2000.
- Bayerischer Landtag:** Maximilianeum: Aus dem Bayerischen Landtag, Verlag Bayerische Staatszeitung 2001.
- Bayerischer Landtag:** Maximilianeum: Aus dem Bayerischen Landtag, Verlag Bayerische Staatszeitung 2002.
- SPD-Landtagsfraktion:** Parteitag der SPD: Anträge. München Mai 1994.
- SPD-Bayern:** Programm der Bayerischen SPD zur Landtagswahl 1982, Schweinfurt 1982.
- SPD-Bayern:** Programm der Bayerischen SPD zur Landtagswahl 1986, Augsburg 1986.
- SPD-Bayern:** Programm der Bayerischen SPD zur Landtagswahl 1994, München 1994.
- SPD-Landtagsfraktion:** Protokolle SPD-Fraktionssitzung, München 1970.
- SPD-Landtagsfraktion:** Protokolle SPD-Fraktionssitzung, München 1972.
- SPD-Landtagsfraktion:** Protokolle SPD-Fraktionssitzung, München 1986.
- SPD Donau-Ries:** Rechenschaftsbericht Johannes Strasser, 12. Wahlperiode, Donauwörth 1994.
- Strasser, Johannes:** Rechenschaftsbericht, 14. Wahlperiode, Donauwörth 2002.
- Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus:** Schüler und Absolventenprognosen, München 1999.
- SPD-Landtagsfraktion:** Schule der Zukunft. Was muss sie leisten? Dokumentation Bildungskongress, München, März 1998.
- Handwerkskammer Schwaben:** Resolution. Schulsozialarbeit stärken und dauerhaft finanzieren, (HWK), Augsburg, Dezember 2001.
- Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung (ISB):** Oberste Bildungsziele in Bayern. Artikel 131 der Bayerischen Verfassung in pädagogischer Sicht. München 2003.
- Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung (ISB):** Jahresbericht 2002/2003. Was bleibt von PISA? München Juli 2003.
- VDH –** Mitteilungsblatt des Verbandes der Diplom- und Handelslehrer in Bayern, München, 1991.
- VDH –** Mitteilungsblatt des Verbandes der Diplom- und Handelslehrer in Bayern, 1992.

9.2 Literaturverzeichnis

- Arzheimer**, Kai: Politikverdrossenheit: Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs. Westdeutscher Verlag, Opladen 2002.
- Beyme**, Klaus von: Parteien im Wandel. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2000.
- Bundesverband Deutscher Banken**: Welche Bildung für morgen? Dresden 2000.
- Dannhäuser**, Albin: Schule besser machen. Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn 2003.
- Dannhäuser**, Albin: Bildungspolitische Zwischenrufe, vor dem PISA-Schock, Verlag Alois Erdl, Trostberg, 2002.
- Hasslinger**, Claus: Parteien müssen demokratischer werden. In: Münchner Merkur. München 30. September 1992.
- Heckel**, Martin: Zukunft der Bildung, Teil 10: Bildungsökonomie. Financial Times Deutschland, Februar 2004.
- Kepplinger**, Hans: Die Demontage der Politik. Alber Verlag, 1998.
- Kleinhenz**, Thomas: Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1995.
- Kock**, Peter Jakob: Der Bayerische Landtag. Eine Chronik. Bayerische Verlagsanstalt Bamberg, 1990.
- Kremer**, Harry Andreas: Das Ausschusswesen des Bayerischen Landtags. Reiff-Verlag, München 1989.
- Kremer**, Harry Andreas: Wandlungen in der Gesetzgebungsfunktion des Bayerischen Landtags von 1946 bis 1986. Reiff-Verlag, München 1990.
- Mühleisen**, Hans-Otto: Wandel und Erosion des Wertekonsensus: Gefährdungen der Demokratie Akademischer Verlag, München 2005.
- Nohlen**, Dieter / **Schultze**, Rainer-Olaf: Lexikon der Politikwissenschaft, Band 1 und 2, Verlag C.H. Beck, München 2002.
- Riescher**, Gisela: Zeit und Politik. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1994.
- Rudolf**, Karsten / **Zeller**, Melanie: Der Bürger als Bildungspartner. Chancen und Möglichkeiten der Evaluation politischer Bildungsarbeit. In: Journal für politische Bildung, 1/2000.
- Sarcinelli**, Ulrich: Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft 1989.
- Schipanski**, Dagmar: Reden, Vorträge und Statements der Vorsitzenden des Wissenschaftsrates 1996-1998. 1998.
- Schmidt**, Manfred G: Politiksteuern in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt 2002.
- Strasser**, Johannes: Bildungsinvestitionen: Anshub für innere Schulreform. Sozialdemokratische Presse-Korrespondenz (SPD). München, April 1999.
- Weber**, Max: Politik als Beruf. Philipp Reclam jun., Stuttgart 1992.
- Zoll**, Ralf: Politikverständnis im Wandel. Die Abkehr der Studierenden von der Partei in der Demokratie. Aus Politik und Zeitgeschichte B 32/97, 1997.
- Wolling**, Jens: Politikverdrossenheit durch Massenmedien? Westdeutscher Verlag, Opladen 1999.

10 Anhang:

Bedeutung von politischen Themen –Fragebogen

In der Politik gibt es verschiedenen Aufgabengebiete, die ein unterschiedliches Interesse, eine unterschiedliche Bedeutung oder Gewichtung für den Einzelnen haben. **Welche Wichtigkeit haben für Sie die nachstehend aufgeführte politischen Themenbereiche.** Kreuzen (x) Sie auf der jeweiligen Skala einen Wert von 1 bis 6 an, der nach Ihrer Meinung, also für Sie persönlich, am ehesten zutrifft.

<input type="checkbox"/>					
1	2	3	4	5	6
sehr wichtig			unwichtig		

Umweltpolitik

<input type="checkbox"/>					
1	2	3	4	5	6
sehr wichtig			unwichtig		

Tierschutz

<input type="checkbox"/>					
1	2	3	4	5	6
sehr wichtig			unwichtig		

Bildungspolitik

<input type="checkbox"/>					
1	2	3	4	5	6
sehr wichtig			unwichtig		

Wirtschaftspolitik

<input type="checkbox"/>					
1	2	3	4	5	6
sehr wichtig			unwichtig		

Renten-/Sozialpolitik

<input type="checkbox"/>					
1	2	3	4	5	6
sehr wichtig			unwichtig		

Außenpolitik

<input type="checkbox"/>					
1	2	3	4	5	6
sehr wichtig			unwichtig		

Finanzpolitik

<input type="checkbox"/>					
1	2	3	4	5	6
sehr wichtig			unwichtig		

Verteidigungspolitik

<input type="checkbox"/>					
1	2	3	4	5	6
sehr wichtig			unwichtig		

Europapolitik

<input type="checkbox"/>					
1	2	3	4	5	6
sehr wichtig			unwichtig		

Ausländerpolitik

<input type="checkbox"/>					
1	2	3	4	5	6
sehr wichtig			unwichtig		

Alter.....

Frau

Mann

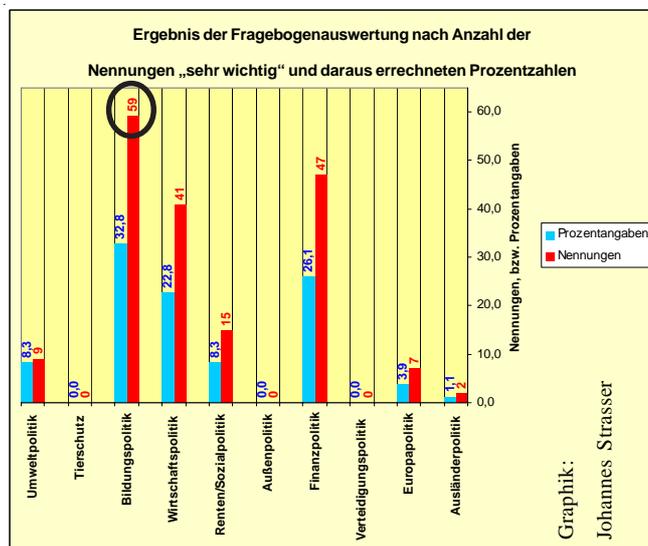
Bedeutung von politischen Themen

150 Fragebogen –Auswertung nach „sehr wichtig“

Auswertung für folgende Fragebögen: In der Politik gibt es verschiedenen Aufgabengebiete, die ein unterschiedliches Interesse, eine unterschiedliche Bedeutung oder Gewichtung für den Einzelnen haben. **Welche Wichtigkeit haben für Sie die nachstehend aufgeführte politischen Themenbereiche.** Kreuzen (x) Sie auf der jeweiligen Skala einen Wert von 1 bis 6 an, der nach Ihrer Meinung, also für Sie persönlich, am ehesten zutrifft.

<input type="checkbox"/>					
1	2	3	4	5	6
sehr wichtig					nicht wichtig

Auswertung: 180 mal wurden Themenbereiche als sehr wichtig (Benotung mit 1) eingestuft. Das Verhältnis wurde dann in Prozentangaben ermittelt.



Summe Nennungen „sehr wichtig“: 180

Summe der Prozentzahlen : 100,0 %

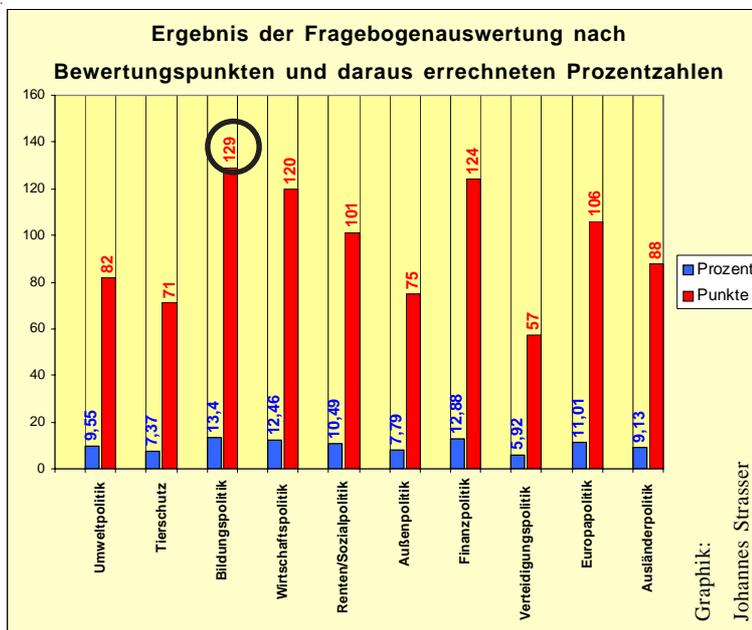
Bedeutung von politischen Themen

150 Fragebogen– Auswertung nach „Punkten“

Auswertung für folgende Fragebögen: In der Politik gibt es verschiedenen Aufgabengebiete, die ein unterschiedliches Interesse, eine unterschiedliche Bedeutung oder Gewichtung für den Einzelnen haben. *Welche Wichtigkeit haben für Sie die nachstehend aufgeführte politischen Themenbereiche?* Kreuzen (x) Sie auf der jeweiligen Skala einen Wert von 1 bis 6 an, der nach Ihrer Meinung, also für Sie persönlich, am ehesten zutrifft!

<input type="checkbox"/>					
1	2	3	4	5	6
sehr wichtig					nicht wichtig
Punkte: 5	4	3	2	1	0

Auswertung: Die in jedem Themenbereich erzielten Punkte wurden addiert, die jeweilige Gesamtpunktzahl wurde aufgerundet, durch 10 dividiert und auf Prozentzahlen umgerechnet.



Summe der Bewertungspunkte:

963 Punkte

Summe der Prozentzahlen:

100,0 %

Die Akzeptanz der Politik – das Image der Politiker

Der Fragebogen

Politikverdrossenheit, mangelndes Ansehen der Politiker, Wahlenthaltung, kein Vertrauen in die Politiker und vieles mehr ist ständig zu hören und zu lesen. Treffen diese Äußerungen zu?

Wie ist Ihre Meinung zu diesen Äußerungen?

Kreuzen (x) Sie einfach bei den unten stehenden Aussagen auf der Skala den Wert von 1 bis 6 an, der Ihnen am ehesten entspricht.

Politiker geht es nur um die Macht.

Diese Aussage.....

<input type="checkbox"/>					
1	2	3	4	5	6
trifft zu			trifft nicht zu		

Politiker versprechen zu viel und halten ihre Versprechungen nicht ein.

Dieser Beurteilung...

<input type="checkbox"/>					
1	2	3	4	5	6
stimme ich zu			stimme ich nicht		

Politiker diskutieren zu viel und entscheiden zu wenig oder es dauert viel zu lange.

Dieser Feststellung.....

<input type="checkbox"/>					
1	2	3	4	5	6
stimme ich zu			stimme ich nicht		

Politik ist sehr kompliziert und schwer zu verstehen.

Diese Auffassung.....

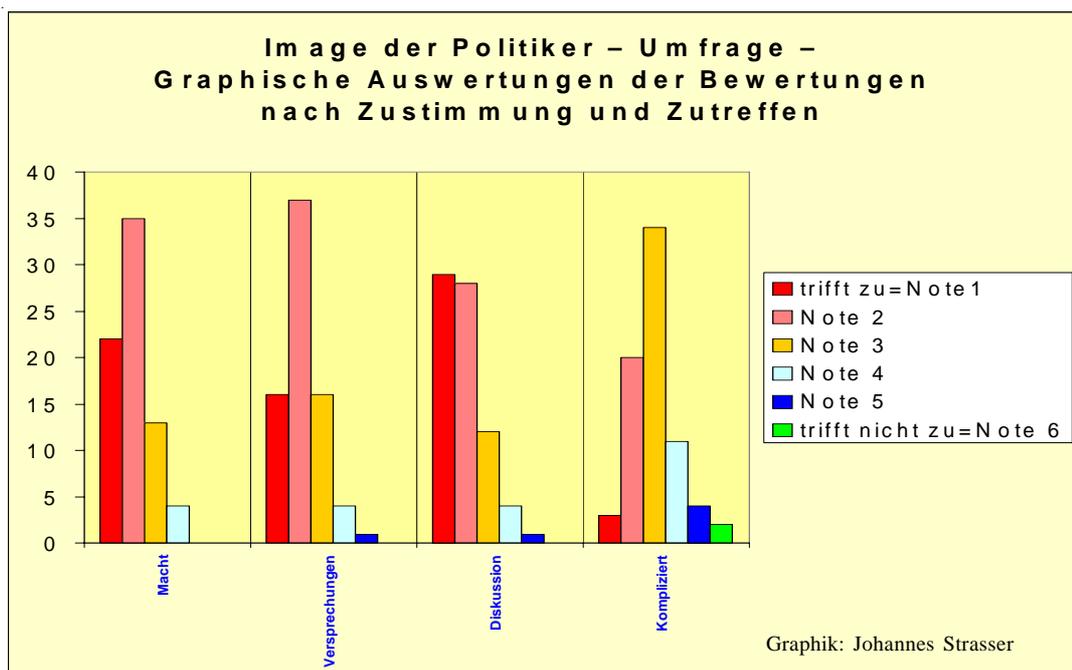
<input type="checkbox"/>					
1	2	3	4	5	6
trifft zu			trifft nicht zu		

Diese Umfrage wurde in der Zeit vom 6. Juni bis 19. Juni 2005 mit **74 Personen** durchgeführt.

Personenkreis: **30 Studenten**

18 Teilnehmer einer Versammlung

26 Personen aus der unmittelbaren Nachbarschaft



11 Persönlicher Werdegang



Johannes Strasser

Jahrgang 1945

Besuch des musischen Gymnasiums in Eichstätt

Studium der Pädagogik an der Universität München

1969 1. Staatsexamen

1972 2. Staatsexamen, Thema der Zulassungsarbeit:
„Aktuelle Probleme der Katholischen Jugendarbeit“

1972 bis 1986 Hauptberuflicher Bürgermeister der Gemeinde Tapfheim

Da zu Beginn der neuen Gemeinde 1972 weder Verwaltung noch Räumlichkeiten vorhanden waren, musste eine völlig neue Verwaltungs- und Organisationsstruktur aufgebaut werden.

1986 bis 2003 Mitglied des Bayerischen Landtages

Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ab 1994

Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

Mitglied im Ausschuss für kulturpolitische Fragen

Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Mitglied im Landessportbeirat

Mitglied im Vorstand der Landeszentrale für politische Bildung

Stellv. Vorsitzender des Gefängnisbeirates der Justizvollzugsanstalten Kaisheim und
Niederschönefeld (beide Landkreis Donau-Ries)

Mitglied im Kuratorium der Universität Augsburg

Besondere Schwerpunkte der politischen Arbeit

Bildungspolitik

Haushaltspolitik

Föderalismus und internationale Beziehungen

Teilnahme an Delegationsreisen nach Israel, Syrien, Jordanien, Jemen, Ägypten,

Dubai, USA, Kanada, Brasilien, Argentinien, Senegal, Finnland, Dänemark,

Schweden, Ukraine, Rumänien, Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei, China, Japan,

Indien und Indonesien

Teilnahme an der Balkankonferenz in England

Während der Zugehörigkeit zum Bayerischen Landtag wurden Beiträge zu Themen der Bildungspolitik, Haushalts- und Finanzpolitik sowie zum Thema Demokratie und Parteien geschrieben und veröffentlicht.

Ehrenamtliche Aufgaben

Politisches Engagement

Von 1978 bis 2000 Mitglied des Kreistages Donau-Ries

Seit 2002 Mitglied des Kreistages Dillingen

Orts- und Kreisvorsitzender

Stellvertretender Bezirksvorsitzender

Sportliches Engagement

Vorsitzender des Turnbezirkes Schwaben

Trainer und Jugendleiter

Musikalisches Engagement

Organist und Chorleiter

Internationale Kontakte

Deutsch-Französischer Jugendaustausch 1964 bis 1972

Aktiver Feuerwehrmann bis 2005

Seit 2004 Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Politische Wissenschaften der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Augsburg